

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e.V.



Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 53

Mit 61 Abbildungen

1999

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

ZA 4772, 53. 1999 LS

0 640



ISSN 0179-1842

Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck
unter Mitarbeit von Wolfgang Läßle, Asperg

Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich

Gesamtherstellung: ARA-Druck GmbH + Co, Stuttgart

Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Kaiserstr. 14, 71636 Ludwigsburg

Inhalt

Mitarbeiter/innen an diesem Band	4
Vorwort (<i>Wolfgang Bollacher</i>)	5
Markus Otto zum Gedenken (<i>Wolfgang Bollacher</i>)	7
Ein »Grafentag« in Ingersheim (1105/1120) von <i>Stephan Molitor</i>	9
Die Eglosheimer Katharinenkirche im 15. Jahrhundert als Wallfahrtskirche Unserer Lieben Frau von <i>Hermann Burkhardt</i>	14
Ketlin Klein und die Säkularisation von Kirchengütern in Häfnerhaslach unter Herzog Ulrich von <i>Martin Burkhardt</i>	29
»Die Magd bey dem Knecht angetroffen«. Gesinde im Strohgäu in der frühen Neuzeit von <i>Volker Trugenberger</i>	37
Die Marbacher Tortürme von <i>Albrecht Gühring</i>	75
Vom Lumpen zum Kulturträger. Herstellung und Geschichte des Papiers unter Berücksichtigung der Markgröninger Papiermühle von <i>Petra Schad</i>	95
Das Gefecht bei Erligheim am 3. November 1799 von <i>Wolfgang Klusemann</i>	109
Werden und Vergehen des Oberamts Marbach von <i>Hermann Schick</i>	133
Der Ratskeller in Ludwigsburg. Geschichte und Geschichten von <i>Günther Bergan</i>	153

Berichte und Notizen	
Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1998/99 (<i>Wolfgang Läßle</i>)	199
Rückblick auf das Jahr 1998 (<i>Thomas Schulz</i>)	207
Buchbesprechungen	218
Bildnachweis	227
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–1999	228
Beilage: Ein »Grafentag« in Ingersheim (1105/1120) (Faksimile)	3. Umschlagseite

Mitarbeiter/innen an diesem Band

Bergan, Günther, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg
 Dr. Bollacher, Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg
 Britsch, Markus, Diplom-Theologe, Niefern-Öschelbronn
 Burkhardt, Hermann, Professor i. R., Ludwigsburg
 Dr. Burkhardt, Martin, Archivar, Heidenheim
 Flamm, Hans-Jürgen, Journalist, Michelfeld
 Gühring, Albrecht, Stadtarchivamtsrat, Möglingen
 Klusemann, Wolfgang, Oberstleutnant a. D., Ludwigsburg
 Läßle, Wolfgang, Stadtarchivrat, Asperg
 Dr. Molitor, Stephan, Archivdirektor, Marbach a. N.
 Dr. Schad, Petra, Stadtarchivarin, Ludwigsburg
 Dr. Schick, Hermann, Studiendirektor a. D., Marbach a. N.
 Dr. Schulz, Thomas, Kreisarchivrat, Remseck
 Dr. Trugenberger, Volker, Archivdirektor, Sigmaringen
 Wolf, Reinhard, Landeskonservator, Marbach a. N.
 Zimmerstädt, Karl-Heinz, Steinheim a. d. Murr

Vorwort

Wann endet das zweite Jahrtausend? Lassen wir die Frage offen und begnügen wir uns damit, daß ein Jahr zu Ende geht, dessen vierstellige Zahl letztmals von einer Eins angeführt wird, und das ist auch etwas.

Es war ein Jahr mit Naturkatastrophen, so dem Lawinenunglück von Galtür, dem »Pfungsthochwasser« in Oberbayern, den Erdbeben bei Izmet in der Türkei und auf Taiwan und dem Zyklon in Ostindien, ein Jahr mit dem seltenen kosmischen Ereignis einer totalen Sonnenfinsternis in unserem Land am 11. August, ein Jahr mit kriegerischen Auseinandersetzungen in Tschetschenien, Osttimor und besonders im Kosovo, wo erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg auch wieder deutsche Soldaten beteiligt waren. Die Türkei nahm den Kurdenführer Abdullah Öcalan fest und machte ihm den Prozeß, der mit einem Todesurteil endete, das freilich noch nicht vollstreckt ist. Am 12. Oktober erklärte UN-Generalsekretär Kofi Annan einen in Sarajewo geborenen bosnischen Buben zum sechsmilliardsten Bürger der Erde, und am 1. Januar wurde der Euro, die neue europäische Währung, geboren. Der Begriff »Globalisierung« ergriff von der Wirtschaft und ihren Führern Besitz und erzeugte ein wahres Fusionsfieber. So kam es auch zur Verschmelzung der Ludwigsburger Wüstenrot-Gruppe mit der Württembergischen Versicherung AG. Günter Grass erhielt den Nobelpreis für Literatur. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stürzte nicht zuletzt durch den Rücktritt Oskar Lafontaines vom Amt des Finanzministers und allen seinen Parteiämtern in eine Krise. Die deutsche katholische Kirche und ihr Episkopat gerieten wegen der Schwangerenberatung in Konflikt mit dem Heiligen Stuhl. In Stuttgart fand der 28. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. In Augsburg unterzeichneten Vertreter des Vatikans und des Lutherischen Weltbundes die »Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre« und hoben damit die Hauptursache der Kirchenspaltung auf.

Fügen wir dem kurzen Rückblick noch eine Beobachtung Johann Wolfgang von Goethes an, dessen 250. Geburtstag in diesem Jahr gedacht wurde. Sie betrifft eine der offenbar unbeherrschbaren Kräfte, welche die Menschheit zur Zerstörung des Hergebrachten und zur Gewalt gegen sich selbst treibt, aber eben auch »Geschichte erzeugt«, und die deshalb an dieser Stelle erwähnt werden darf: »Der Kampf des Alten, Bestehenden, Beharrenden mit Entwicklung, Aus- und Umbildung ist immer derselbe. Aus aller Ordnung entsteht zuletzt Pedanterie; um diese loszuwerden, zerstört man jene, und es geht eine Zeit hin, bis man gewahr wird, daß man wieder Ordnung machen müsse. Klassizismus und Romantizismus, Innungszwang und Gewerbefreiheit, Festhalten und Zersplittern des Grundbodens: es ist immer derselbe Konflikt, der zuletzt wieder einen neuen erzeugt. Der größte Verstand des Regierenden wäre daher, diesen Kampf so zu mäßigen, daß er ohne Untergang der einen Seite sich ins Gleiche stellte; dies ist aber den Menschen nicht gegeben, und Gott scheint es auch nicht zu wollen.«

Der Historische Verein mußte von seinem Ehrenmitglied Markus Otto Abschied nehmen, der im Oktober 86jährig gestorben ist. Ihm ist auf den folgenden

Seiten besonders gedacht. Im übrigen enthält der vorliegende 53. Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter ein breitgefächertes Programm. Aus Mittelalter und früher Neuzeit handeln die Aufsätze von Dr. Stephan Molitor über einen »Graffentag« in Ingersheim, von Prof. Hermann Burkhardt über die Eglosheimer Katharinenkirche im 15. Jahrhundert als marianische Wallfahrtskirche, von Dr. Martin Burkhardt über die Säkularisation von Kirchengütern in Häfnerhaslach unter Herzog Ulrich, von Dr. Volker Trugenberger über Gesinde im Strohgäu, von Albrecht Gühring über die Marbacher Tortürme und von Dr. Petra Schad über die Markgröninger Papiermühle. Oberstleutnant a. D. Wolfgang Klusemann stellt das Gefecht bei Erligheim von 1799 zwischen württembergischen und österreichischen Truppen einerseits und französischen unter General Ney andererseits vor, Dr. Hermann Schick das Werden und Vergehen des alten Oberamts Marbach und Günther Bergan die Geschichte des Ratskellers in Ludwigsburg. Notizen und Buchbesprechungen vervollständigen den Band, den Dr. Thomas Schulz redigiert hat und dem dafür wie natürlich allen Autoren und Mitarbeitern herzlichster Dank gesagt wird. Dank sei auch Stadt und Landkreis Ludwigsburg sowie allen Spendern bezeugt, die durch finanzielle Hilfe – in Zeiten, da überall nur »Sparpakete« geschnürt werden, keine Selbstverständlichkeit – die Drucklegung dieses Bandes ermöglicht haben.

Im November 1999

Dr. Wolfgang Bollacher

Markus Otto zum Gedenken



Markus Otto

Am 9. Oktober 1999 ist Markus Otto im Alter von 86 Jahren in Bietigheim-Bissingen gestorben. Markus Otto war eine ungewöhnliche, vielseitige Persönlichkeit, ein Weggefährte mit großen Geistes- und Herzensgaben, charakterfest und mit ungebrochenem Lebensmut, ein Mann mit naturwissenschaftlichem Talent, das seinen Beruf als Apotheker bestimmt hat, ein Freund der Musik, ein Verehrer Ludwig van Beethovens, dessen Werk ihn beschäftigt hat, ein Mann der Feder, der gut beobachten und das Beobachtete treffend und in klarem Stil wiedergeben konnte, wie seine Berichte, Abhandlungen und Briefe beweisen, ein fröhlicher Liebhaber des Eisenbahnwesens und vor allem ein Kunsthistoriker mit der Fähigkeit, sich in die sakrale Kunst – Kirchenbau und Glasmalerei – vergangener Zeiten hineinzuversetzen und sie zu interpretieren,

ein rückwärtsgekehrter Prophet, wie es der Geschichtsforscher sein soll. Er verstand es, einen Kirchenraum und seinen Schmuck – gewissermaßen die Theologie von beidem – in bewegender Weise zu erklären. Viele seiner Kirchenführungen wurden so zu einem Stück christlicher Verkündigung und zeigten die Wurzeln des Pfarrerssohnes auf, aus denen er lebte und seine Zuversicht schöpfte. Noch bis in seine letzten Tage hinein beschäftigte er sich mit Kirchenkunst. Im November wollte er vor dem Historischen Verein über die emblematischen Emporenbrüstungsbilder der Freudentaler Kirche referieren.

Markus Otto wurde am 18. August 1913 in Stuttgart als Sohn des an der Johanneskirche wirkenden Stadtpfarrers Willi Otto geboren. Den größten Teil seiner Schulzeit verbrachte er in Nagold, wohin sein Vater versetzt worden war. Das Abitur legte er 1931 am Stuttgarter Karls gymnasium ab. Nach einem zweijährigen Praktikum in der großväterlichen Johannes-Apotheke in Stuttgart studierte er von 1934 bis 1936 Pharmazie in Tübingen und anschließend noch zwei Semester Lebensmittelchemie. Einer ersten beruflichen Tätigkeit an der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt Württemberg folgte von August 1939 an der Wehrdienst. Markus Otto wurde Stabsapotheker und war zuletzt Leiter der Chemischen Untersuchungsstelle in Hamburg. 1952 gründete er die Enz-Apotheke in dem damals noch selbständigen Bissingen, der er bis zum Eintritt in den Ruhestand

1981 vorstand. Dann widmete er sich ganz der kirchlichen Bau- und Kunstgeschichte, worin er sich schon lange zum Experten entwickelt hatte.

Dem Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg, für den er von den Professoren Oscar Paret, Hermann Roemer und Kurt Bachteler gewonnen worden war, hat Markus Otto viel gegeben, als Mitglied und als Angehöriger des Ausschusses in vielen Jahrzehnten. Sein Rat und seine Einschätzungen waren unentbehrlich. Seit Kriegende hat er zur Geschichte unserer Heimat in den Ludwigsburger Geschichtsblättern elf größere Arbeiten veröffentlicht, in der Beilage »Hie gut Württemberg« der Ludwigsburger Kreiszeitung gar 84 Aufsätze. Die von ihm geplanten und geführten Exkursionen des Vereins zu historischen Stätten Württembergs, Badens, der Kurpfalz und Bayerns sind ohne Zahl und bekamen durch ihn besondere Anziehungskraft und Glanz. Der vielfach ausgezeichnete Mann – er war Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und der Eberhard-Ludwig-Medaille des Landkreises Ludwigsburg – darf als ein Segen für den Verein und seine Mitglieder bezeichnet werden. Aus Anlaß seines 80. Geburtstages 1993 wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. Man mag versucht sein, diese Ernennung als eine leicht angestaubte und nicht sehr strahlende Ehrung anzusehen. Das wäre falsch. Die Ehrenmitgliedschaft ist die einzige und höchste Auszeichnung, die der Verein zu vergeben hat, und sie war und ist eine tiefe Verneigung und eine Geste der Dankbarkeit vor den Verdiensten des Mannes, den am 13. Oktober – einem farbenglühenden Herbsttag – eine große Trauergemeinde zur letzten Ruhe auf dem Bissingen Friedhof geleitete.

Wenn Friedrich Rückert einmal geschrieben hat: »Du nimmst nichts mit herein, du nimmst nichts mit hinaus, laß eine güld'ne Spur im dunklen Erdenhaus«, so gilt dies wahrhaftig für Markus Otto, den guten und treuen Freund, dessen Spur leuchten wird und den die vielen Mitglieder des Vereins nicht aus der Erinnerung verlieren werden.

Dr. Wolfgang Bollacher

Ein »Grafentag« in Ingersheim (1105/1120)*

von Stephan Molitor

Eine Grafschaft Ingersheim ist schon früh belegt: Bereits im Jahre 972 werden im Tausch vergebene Besitzungen des Diakons Wolvald in Marbach und Umgebung in *comitatu in Ingeribesheim* lokalisiert.¹ In der auf 1075 datierten Urkunde König Heinrichs IV. für Kloster Hirsau, dem berühmten und umstrittenen »Hirsauer Formular«², wird das Schwarzwaldkloster »im Bistum Speyer im sogenannten Würmgau in der Grafschaft Ingersheim«³ situiert. Und schließlich erscheint die »Grafschaft Ingersheim« nochmals in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts: Eine Traditionsnotiz im Codex Hirsaugiensis, auf den noch einzugehen sein wird, hält fest, daß das Gut, das ein gewisser Ulrich von Waibstadt dem Kloster Hirsau gab, *in villa Nuszdorff in Entzgöwe in comitatu Ingerßheim*⁴, also in Nussdorf⁵ im Enzgau in der Grafschaft Ingersheim, gelegen war. Die Erwähnung eines »Grafen Eberhard von Ingersheim« (*Eberhardus comes de Ingeresheim*) in dem auf 1037 datierten sogenannten »Öhringer Stiftungsbrief«⁶ schien nun in das Bild zu passen, das auf die verfassungsgeschichtliche Lehre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Diesem Bild zufolge gab es schon in der Karolingerzeit eine lückenlose Einteilung des Reichs in Comitate (»Grafschaften«) mit genau bestimmten, festliegenden Grenzen. Die Vorstellungen verdichteten sich weiter dahingehend, daß in diesen – oft zeitenübergreifend stabil gedachten – Grafschaften festgefügte »Grafengeschlechter« walteten. Heute wissen wir jedoch, daß die Geschichte der Grafschaften im frühen und hohen Mittelalter wesentlich differenzierter betrachtet werden muß und auch die überkommenen Vorstellungen vom Adel und seinen Strukturen in dieser Zeit dringend der Revision bedürfen.

Vor diesem Hintergrund ist zunächst festzuhalten, daß ein »Graf von Ingersheim« lediglich in jener eben erwähnten »Öhringer Stiftungsurkunde« genannt wird, diese Urkunde von der Forschung aber als spätere Fälschung⁷ erkannt wurde. Schon die anachronistische Art der Benennung⁸ entzieht phantasievollen Mutmaßungen die Grundlage: Der im Kontext anderer zweifelhafter Zeugen des angeblichen Stiftungsbriefs genannte *comes de Ingeresheim* muß nach Lage der Dinge als Erfindung des Fälschers gelten. »Grafen von Ingersheim« und damit einen »Grafensitz Ingersheim« hat es demnach nicht gegeben. Genealogische Spekulationen über die Verwandtschaftsverhältnisse der angeblichen Ingersheimer Grafen sind vor diesem Hintergrund hinfällig. Der wohl Ende des 11. Jahrhunderts ebenfalls im Codex Hirsaugiensis genannte *Burckardus de Ingerßheim*⁹ dürfte zwar ein vornehmer und mächtiger Mann gewesen sein, ob er aber »dem Hochadel und dem Calwer Geschlechte« angehörte¹⁰, muß bis auf weiteres offenbleiben. Gleiches gilt für den 1134 erwähnten *Bertholfus de Ingerisheim*.¹¹

* Der Beitrag nimmt Bezug auf einen Eintrag im sogenannten Codex Hirsaugiensis. Eine farbige photographische Wiedergabe dieses Eintrags ist Beilage zu diesem Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter. Dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist für die Reproduktionsvorlage und die Abdruckerlaubnis zu danken.

Bleiben wir zunächst bei der »Grafschaft Ingersheim«. Die Benennung von Grafschaften nach Orten ist bis ins 11. Jahrhundert hinein eher die Ausnahme denn die Regel. Im allgemeinen werden die Comitate in Königs- wie Privaturkunden dieser frühen Zeit nach amtierenden Grafen benannt. Zu betonen ist daneben nochmals, daß zwischen »Gau« (*pagus*) und Grafschaft nicht zwangsläufig Dekungsgleichheit herrscht. Eine Identität des *comitatus* Ingersheim etwa mit Murr- oder Enzgau (oder beiden) ist nicht bewiesen. Vielmehr konnte ein Gau auch zu mehreren Grafschaften gehören, andererseits konnte eine Grafschaft mehrere Gaue einbeziehen. Im Frühmittelalter ist gelegentlich sogar festzustellen, daß *comitatus* nicht zur Bezeichnung des jurisdiktionell-administrativen »Amtsbezirks« eines Grafen verwendet wurde, sondern wie *pagus* zur Umschreibung eines bestimmten Raumes. Gerade der älteste Ingersheim-Beleg von 972 (*in comitatu in Ingerihesheim*¹²) könnte auch in diese Richtung interpretiert werden. Sicher ist jedenfalls, daß die »Grafschaft Ingersheim« nicht im Sinne einer kleinräumigen Gebiets Herrschaft um die »Stammburg« eines namengebenden Grafengeschlechts zu deuten ist. Diese Auffassung von Grafschaft ist erst für eine spätere Zeit zutreffend, eine Zeit, in welcher der *comitatus* Ingersheim – weder dem Begriff noch der Sache nach – nicht mehr existierte.

Die heute nicht mehr haltbare Fixierung auf einen Comitatus Ingersheim im Sinn einer spätmittelalterlichen Grafschaft hat indessen bei der Lokalforschung meist zur Vernachlässigung eines weiteren Belegs für diesen Comitatus geführt: In einer auf 1134 datierten Urkunde wird die Lage eines Guts, das Markgraf Hermann von Baden der Pankratiuskirche zu Backnang übereignete, *in pago Huningen*¹³, näherhin *in comitatu Adalberti* lokalisiert.¹⁴ Die Lage des Schenkungsguts im Bereich der unteren Murr, wo ja auch bereits die Tauschgüter von 972 lagen, erlaubt – ohne dabei festgeschriebene Territorialgrenzen zu postulieren – eine Identifizierung dieses dem Grafen Adalbert zugewiesenen Comitatus mit der »Grafschaft Ingersheim«. Eine Bestätigung dieser Identifizierung ergibt sich aus der Person des hier im Jahre 1134 genannten Grafen namens Adalbert. Ein *comes Adalbertus* erscheint nämlich wiederum in der Schilderung eines Rechtsvorgangs, der zur Zeit des Hirsauer Abtes Bruno (1105–1120) wegen eines in Heggisheim gelegenen Guts in Ingersheim vollzogen wurde. Die betreffende Darstellung findet sich in dem heute im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrten Traditionsbuch des Klosters Hirsau, dem sogenannten Codex Hirsaugiensis. Der 70 Blatt starke Band ist zwar erst um das Jahr 1500 nach älteren, heute verlorenen Vorlagen zusammengestellt worden, die Authentizität der hier in großer Zahl überlieferten Schenkungs- und Tauschvorgänge des späten 11. und 12. Jahrhunderts ist indessen gesichert.

Man darf davon ausgehen, daß der 1105/1120 genannte Graf Adalbert mit dem gleichnamigen Grafschaftsverwalter von 1134 identisch ist. Es handelt sich dabei um einen Enkel jenes 1099 verstorbenen Grafen Adalbert II. von Calw¹⁵, der als Wiederbegründer des Klosters Hirsau bekannt ist. Sein Enkel, Adalbert IV., wurde als Graf nicht nur nach Calw, sondern auch nach Löwenstein genannt und erscheint als solcher mehrfach in Urkunden König Konrads III. Seine Anwesenheit in Ingersheim ist ausschließlich mit seiner Funktion als gräflicher Amtswalter zu deuten. Die gelegentlich vertretene Auffassung, wonach er (auch) als Vogt von Hirsau zugegen gewesen sei, ist irrig. Als Inhaber der in der Calwer Grafenfamilie seit Adalbert II. faktisch erblichen Hirsauer Vogtei ist zur fraglichen Zeit Adalberts IV. Onkel, Graf bzw. Pfalzgraf Gottfried von Calw, belegt.

Ein *placitum* (»Gerichtstag«), wie es in dem hier vorgestellten Eintrag des Hirsauer Codex erwähnt wird, fand zur Klärung von Streitfragen und Bestätigung von Rechtsvorgängen (wie etwa einer Besitzübereignung) an öffentlicher Stelle, in der Regel in der Nähe wichtiger Straßen statt. Dies macht den Ort, an dem man in Gegenwart des zuständigen Grafen tagte, zwar noch nicht zum »Grafensitz«. In Verbindung mit der namengebenden Funktion für den ganzen Comitatus unterstreicht das *placitum* von 1105/1120 gleichwohl die Bedeutung Ingersheims noch zu Beginn des 12. Jahrhunderts.

Edition

*Wilhelmus de Hessikeim*¹⁶ *tradidit super altare*
[fol. 40a]
sanctorum apostolorum Petri et Pauli in monasterio Hirsau-
*giensi*¹⁷ *unam salicam terram in eadem villa Hessickeim*
sitam et unum vinetum, quod ad sex carradas vini
potest sufficere, quod factum est sub abbate Bru-
none. Ut autem hec traditio firma et inconcussa
semper permaneret, idem Wilhelmus venit ad
*Ingerßheim*¹⁸ *in locum secularibus placitis consti-*
tutum, ubi predictus abbas Hirsaugiensis cum comite
Adalberto presens erat, et cum multis probis et
idoneis huius rei testibus. Ubi etiam idem Wilhelmus
omni proprietate eiusdem predii se abdicavit nullo
contradicente et hoc coram omnibus confessus est et
confirmavit. Huius rei testes fuerunt: Remming
*de Hochdorf*¹⁹, *Erlewinus de Steinheim*²⁰, *Rüding*
*de Rutingßhusen*²¹, *Wernherus de Erckmarßhusen*²²,
*Wolfgang de Hessickeim, Swigger de Botebor*²³,
*et Hiltebolt filius eius, Swigger de Sweigern*²⁴
et Birtilo frater eius, Eckhart de Hessickeim, Matolf
*de Illingen*²⁵, *Rütger et Bertoldus de Bietikeim*²⁶,
*Gerlach de Rüxingen*²⁷, *Folpertus de Lochenheim*²⁸,
*Heinricus de*²⁹ *Emhart de Friecheim*³⁰, *Bertold et*
*Ruding de Murra*³¹.

Übersetzung

Wilhelm von Hessigheim übergab über dem Altar der heiligen Apostel Petrus und Paulus im Kloster Hirsau ein in demselben Ort Hessigheim gelegenes Herrngut und ein Weingut, welches für sechs Wagenladungen Wein ausreichen kann. Dies geschah unter Abt Bruno. Damit diese Schenkung aber immer sicher und unerschütterlich bleiben möge, kam dieser Wilhelm nach Ingersheim an einen für weltliche Rechtsverhandlungen bestimmten Platz, wo der vorgenannte Hirsauer Abt mit dem Grafen Adalbert und mit vielen rechtschaffenen und geeigneten Zeugen für diese Angelegenheit zugegen war, wo dieser Wilhelm sich [dann] auch von

allem Besitzrecht an diesem Gut lossagte, wogegen niemand Widerspruch einlegte, und dies in Gegenwart aller bekannte und bestätigte. Zeugen dieser Angelegenheit waren Remming von Hochdorf, Erlwin von Steinheim, Ruding von Rielingshausen, Werner von Erdmannhausen, Wolfgang von Hessigheim, Swigger von Bottwar und sein Sohn Hiltelbold, Swigger von Schwaigern und sein Bruder Birtelo, Eckhard von Hessigheim, Matolf von Illingen, Rutger und Bertold von Bietigheim, Gerlach von Riexingen, Folbert von Löchgau, Heinrich und Emhard von *Frieheim*³², Bertold und Ruding von Murr.

Anmerkungen

- 1 Stephan Molitor: Der Vertrag des Bischofs Balderich von Speyer mit dem Diakon Wolvald vom 29. Januar 972, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 50, 1996, S. 11–19, S. 15.
- 2 Monumenta Germaniae Historica. Diplomata VI/1, Hannover 1977, S. 357–362 Nr. 280. – Vollständige Übersetzung der Urkunde bei Hermann Jakobs: Das »Hirsauer Formular«: Die Urkunde König Heinrichs IV. für Kloster Hirsau von 1075. Eine Übersetzung, in: Unverrückbar für alle Zeiten. Tausendjährige Schriftzeugnisse in Baden-Württemberg, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1992, S. 22–25. – Forschungsstand bei Hermann Jakobs: Eine Urkunde und ein Jahrhundert. Zur Bedeutung des Hirsauer Formulars, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 140, 1992, S. 39–59.
- 3 MGH VI/1 (wie Anm. 2) S. 359 Z. 21 f.: *in episcopatu Nemetensi in pago Wiringowa dicto in comitatu Ingirisheim*.
- 4 Codex Hirsaugiensis, hrsg. von Eugen Schneider (Württembergische Geschichtsquellen 1 = Anhang zu Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte 10, 1887), S. 57 fol. 69a. – Zitate aus dem Codex Hirsaugiensis nach der Vorlage im Hauptstaatsarchiv Stuttgart H 14 Nr. 143.
- 5 Nussdorf im Kreis Ludwigsburg.
- 6 Württembergisches Urkundenbuch (künftig: WUB) 1, Stuttgart 1849, S. 263–265 Nr. 222. – Vgl. (mit gewissen Vorbehalten) Hansmartin Decker-Hauff: Der Öhringer Stiftungsbrief, in: Württembergisch Franken 41, 1955, S. 17–31.
- 7 Als formale Fälschung gilt einer allgemein akzeptierten Auffassung zufolge eine Urkunde, die sich »nach der Absicht des Herstellers als etwas anderes ausgibt, als sie in der Tat ist«; so Ahasver von Brand: Werkzeug des Historikers, 9. Aufl. Stuttgart 1980, S. 102.
- 8 Zur »Zweinamigkeit« vgl. insb. Dieter Mertens: Beutelsbach und Wirtemberg im Codex Hirsaugiensis und in verwandten Quellen, in: Person und Gemeinschaft im Mittelalter. Karl Schmid zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerd Althoff u. a., Sigmaringen 1988, S. 455–475.
- 9 Codex Hirsaugiensis (wie Anm. 4) S. 35 fol. 38b.
- 10 So z. B. Siegfried Greiner: Ingersheim – Der Hauptort einer Grafschaft, in: 1200 Jahre Ingersheim, Ingersheim 1979, S. 23 f., S. 23.
- 11 WUB 1 S. 382 f. Nr. 302.
- 12 Wie Anm. 1.
- 13 Heiningen im Rems-Murr-Kreis.
- 14 WUB 1 S. 382 f. Nr. 302.
- 15 Vgl. Gerhard Fritz: Kloster Murrhardt im Früh- und Hochmittelalter. Eine Abtei und der Adel an Murr und Kocher, Sigmaringen 1982 (Forschungen aus Württembergisch Franken 18), S. 91 mit Anm. 66.
- 16 Hessigheim.
- 17 Hirsau.

- 18 Kleiningersheim bzw. Großingersheim.
- 19 Hochdorf an der Enz.
- 20 Steinheim an der Murr.
- 21 Rielingshausen.
- 22 Erdmannhausen.
- 23 Großbottwar bzw. Kleinbottwar.
- 24 Schwaigern.
- 25 Illingen im Enzkreis.
- 26 Bietigheim im Kreis Ludwigsburg.
- 27 Oberriexingen bzw. Unterriexingen.
- 28 Löchgau.
- 29 So Vorl.; vermutlich verschrieben für *et.* – Nach Schneider, Codex (wie Anm. 4), S. 36 Anm. 1 wäre die Stelle *Heinricus et Emhart de Steten, . . . de Forcheim* aufzulösen. Zwar erscheinen an anderer Stelle im Codex Hirsaugiensis sowohl ein nach *Steten* benannter Heinrich als auch ein ebensolcher Emhart, doch sollte die von Schneider vorgeschlagene Emendation, insbesondere die Lesung *Forcheim* statt *Frieheim* (wovor dann zudem der Ausfall eines oder mehrerer Personennamen zu unterstellen wäre) mit Vorbehalt betrachtet werden.
- 30 Vgl. Anm. 29.
- 31 Murr.
- 32 Vgl. Anm. 29.

Ketlin Klein und die Säkularisation von Kirchengütern in Häfenhaslach unter Herzog Ulrich

von Martin Burkhardt

Im Sommer 1525, nachdem die aufständischen Bauernhaufen aufgerieben und zerstreut waren, fand in Tübingen ein württembergischer Landtag statt. Der Landesherren, Erzherzog Ferdinand von Österreich, begehrte weitere oder höhere Steuern; die städtischen Abgeordneten konterten, die öffentlichen Finanzen sollten eher durch Säkularisierung des Kirchenvermögens saniert werden. Die Klostergüter seien zur Kammerverwaltung zu ziehen, die Konvente könne man »absterben« lassen, die Zahl der Weltpriester und ihrer Pfründen solle auf einen je Pfarrsprengel beschränkt werden, die Einkünfte der überflüssigen Pfründen möge man zur »Unterhaltung« des Landes verwenden.

Nahm dieses Verlangen die betreffenden Maßnahmen des Herzogs Ulrich ab 1534 im wesentlichen bereits vorweg, so argumentierten die städtischen Deputierten im Juli 1525 ihrem katholischen Landesherrn gegenüber auch ganz im Einklang mit der lutherischen Theologie: Verständige Prediger müßten das Evangelium rein verkündigen, Kirche werde »allein uff den glauben« gegründet.¹

Nach der schnellen militärischen Entscheidung bei Lauffen am Neckar am 13. Mai 1534 erhielt Ulrich von Württemberg mit dem am 29. Juni in Kaaden geschlossenen Vertrag das Herzogtum wieder zurück. Ab August desselben Jahres zogen die Reformatoren Erhard Schnepf und Ambrosius Blarer durch die Ämter unter beziehungsweise über der Stuttgarter Steige und »verhandelten mit den Geistlichen über die Annahme der evangelischen Lehre; wer von der Messe und anderen Gebräuchen abstehen wolle, werde einen gnädigen Herrn haben; wer nicht, werde entlassen werden«. Daraus entwickelte sich ab 1535 die »Visitation«. Herzogliche Beauftragte bereisten ein Amt nach dem anderen und stürzten dort das Kirchenwesen um, nicht nur in theologischer, sondern erst recht in materieller Hinsicht.

Das Patronat, also die Verfügungsgewalt über die gut tausend Pfründen im Land stand ohnehin zu fünf Sechsteln dem Herzog direkt oder indirekt – über geistliche Institutionen des Landes wie Stiftskirchen, Spitäler oder die Universität – zu; nur ein Sechstel lag bei fremden Herrschaften oder Personen. So konnte Herzog Ulrich am 3. März 1535 befehlen, alle Geistlichen, die »während seiner Abwesenheit« 1519 bis 1534 württembergische Pfründen erlangt hätten, müßten diese binnen acht Tagen aufgeben, die Einkünfte seien von den Amtleuten einzuziehen. Die Visitationskommissare hoben die Klöster, Beginenhäuser, Bruderschaften und dergleichen auf, schickten die Insassen mit Leibgedingen von meist 40 Gulden im Jahr in Pension und zogen deren Güter für die landesherrliche Zentralkasse ein; entsprechende »Verzichtbriefe« der Betroffenen sind reichlich erhalten. In der Regel blieb so in jedem Dorf nur die Pfarrpfründe bestehen. Teilweise verwies man kleinere Gemeinden als Filialort an die nächstgelegene größere Pfarrkirche; umge-

kehrt richtete die Visitation nur wenige Pfarrstellen neu ein. Unter dem Strich resultierte ein geschätzter Gewinn von 600 bis 700 Pfründen für das Kammergut, rund zwei Drittel des vorreformatorischen Bestands. Die Meßgeräte aus Gold und Silber wurden 1535 in Stuttgart eingeschmolzen. Endlich ließ Herzog Ulrich alle Urkunden, Lagerbücher und sonstigen Dokumente, welche die Rechtstitel der Pfründen im Land bewiesen, ohne Rücksicht auf das jeweilige Patronat in die Amtsstadt schaffen und im dortigen »Gewölbe«, also im Archiv verwahren.²

Den Taten entsprach die Begründung. »Etliche teutsche Gottsgelehrte« wetterten 1536, daß »die papisten, pfaffen und münche in den kirchen güetern sitzen als dieb und rauber, und das kirchengüeter [...] seind nicht freie lehen, die man ainem solchen miessigen gottlosen hauffen geben soll, unnutzlich und in unzucht zu verschwenden [...]«, sondern die Obrigkeit müsse sie dazu verwenden, Predigtamt und Schule zu unterhalten und den Armen zu helfen.³

Am Vorabend der Reformation war die Auffassung, Kirchengut gehöre zum Kammergut, weder sonderlich neu noch revolutionär; dies galt auch für Regierungen, die später in ihren Territorien die katholische Konfession verteidigten. Unter »Kammergut« verstand man noch im 15. Jahrhundert das Privateigentum des Territorialherrn; im 16. Jahrhundert faßte dieser Begriff dann alle vom Landschreiber verbuchten allgemeinen landesherrschaftlichen Einkünfte, etwa aus den Domänen, im Unterschied zu den Mitteln, die aus ständischer Bewilligung flossen.⁴

Trotz dieser Auffassung vom Kirchengut als Kammergut erregte deren konkrete Verwirklichung im Herzogtum Württemberg bei katholischen wie evangelischen Zeitgenossen erhebliches Aufsehen. Herzog Ulrichs Vorgehen galt, verglichen mit den ebenfalls evangelischen Territorien Hessen und Kursachsen, als besonders rigoros, es lieferte Anlaß und Thema für überterritoriale Konferenzen.⁵ Zum »Bundstag« der evangelischen »Bundes-Stände« etwa schickte Kaiser Karl V. im Februar 1537 seinen Vizekanzler Dr. Matthias Held nach Schmalkalden. Der warf Herzog Ulrich unter anderem vor, er habe »sonderlich der Geistlichen Güter halb geschwinder gehandelt und mehr Neuerungen sich unterfangen, als weder von dem Churfürsten zu Sachsen, noch dem Landgraven [von Hessen] geschehen wäre«. Ulrich rechtfertigte sich damit, auf solche Weise würden die »armen Unterthanen« vor weiteren Abgaben und Lasten »geschonet«.⁶

Ganz diesem Geist verpflichtet klingen die Maßnahmen der »Ordnung eines gemeinen kasten für die armen, wie der allenthalb im fürstenthumb Wirtemberg angericht soll werden« aus dem Jahr 1536: Alles Geld, das »biß anher auff messen, vigilien, ewige liecht, wachs und öl« oder zum Almosen aufgewendet worden war, jeglichen Besitz der kirchlichen Pfründgüter, des »Heiligen«, der Bruderschaften und ähnlicher Institutionen, mußten die Keller und Kastenvögte in jedem Ort einziehen. »Redliche Männer« sollten dieses Vermögen als Armenpfleger verwalten, zur Besoldung von Pfarrer und Lehrer, zum baulichen Erhalt von Kirche und Pfarrhaus verwenden, sowie mit dem, was übrigblieb, die Armen im Pfarrbezirk unterstützen. Selbstverständlich war die regelmäßige korrekte Rechnungslegung vorgeschrieben. Die örtlichen ehrbaren Pfleger mußten, so bestimmte die Kastenordnung im Einklang mit ihrem Titel, Bargeld, Urkunden und sonstige rechtlich relevante Dokumente in einem »kasten oder trog«, der mit Beschlägen und drei verschiedenen Schlössern zu sichern war, in der Kirche oder einem anderen geeigneten Ort unterbringen.

Soweit Buchstaben und Geist dieser Kastenordnung, die annehmen lassen, alle kirchlichen Güter wären zu örtlichen Armenkästen zusammengefaßt worden. Doch bietet die württembergische Kastenordnung ein treffliches Beispiel für das Auseinanderklaffen von normativer Quelle einerseits, andererseits der Wirklichkeit. Tatsächlich flossen in die neuen Armenkästen der Gemeinden nämlich nur die Einkünfte eventuell vorhandener »Heiliger« und frommer Stiftungen – die jedoch schon vor der Reformation unter lokaler Verwaltung gestanden waren – sowie die Erlöse vom Verkauf der Priesterornate und, falls überhaupt vorhanden, das Vermögen von Laienbruderschaften. Ansonsten erhielten die Gemeinden keine Anteile am säkularisierten Kirchenvermögen, noch nicht einmal an Pfründen, die sie in der katholischen Vergangenheit womöglich selbst gestiftet hatten. Im Effekt existierten in Württemberg im 16. bis 18. Jahrhundert Armenkästen mit nennenswerten Umsätzen nur in Amtsstädten; in den Dörfern bildete, wie vor der Reformation, der »Heilige« faktisch wie sprachlich den »Kasten«.

Der Großteil des verweltlichten Kirchenvermögens in Württemberg besserte die Einnahmen der »geistlichen Zentralkasse« auf, die, trotz praktizierter gegenseitiger Deckung, bis 1806 vom weltlichen Staatsvermögen getrennt verwaltet wurde. Aus dem »Kirchengut«, das seit der Reformation der Landesherr als »summus episcopus«, oberster Kirchenherr in Württemberg mit seiner Regierung kontrollierte, bezogen die Amtsträger der Landeskirche bis zu den Schulmeistern und Mesnern ihre Besoldungen. Die wurden allmählich soweit aufge bessert, daß ein Pfarrer damit seine Familie erhalten konnte und nicht, wie noch vor der Reformation üblich, mehrere Pfarrpfründen für ein hinreichendes Auskommen akkumulieren mußte. Freilich dauerte es Jahrzehnte, bis diese dem herzoglichen Kammergut beigelegte Vermögensmasse flächendeckend geordnet verwaltet werden konnte.⁷

Kirchengüter bestanden praktisch in Form von Nutzungsrechten, Gefällen, Gülten, Zinsen oder unter welchem Namen sonst geführt; ihre Verwaltung war aufwendig, zumal von einer entfernten Zentrale aus. Es erscheint daher nur konsequent, daß Herzog Ulrich parallel zum Beginn der Ämtervisitation ab 1535 zunächst vereinzelt derlei verstaatlichte Kirchengüter verkaufen ließ. Größeren Umfang erlangten diese Verkäufe mit einem herzoglichen Ausschreiben vom Frühjahr 1538 »ann all amptleut, so gaistliche guetter haben«, welches die Ampteute instruierte, »uff was weis die geistliche güter von häusern, äckern, wisen, weyngarten etc. ze verkauffen und das geltt dem landschreiber Haffenbergern ze lifern« wären. Die Landschreiberei verbuchte als Erlös aller zwischen 1535 und 1548 veräußerten geistlichen Vermögenswerte (häufig handelte es sich um Häuser) 36 150 Gulden. Maßstäbe zur Einschätzung dieses Gewinns liefern die Bruttoeinkünfte aller 458 württembergischen Pfarrpfründen 1534 in Höhe von rund 27 000 Gulden. Die realen Gesamtüberschüsse der geistlichen Zentralkasse in den Jahren 1534 bis 1550, üblicherweise zum Ausgleich der defizitären weltlichen Landschreiberechnung verwendet, betragen im Mittel jährlich 30 000 bis 35 000 Gulden. Die Gesamteinnahmen des Landesherrn, also was nach Abzug aller Personal- und Sachkosten der Gemeinden und Ämter in Stuttgart anlangte, summierten sich im Jahr 1519 auf gut 103 000 Gulden.⁸

Was in der Forschungsliteratur gewöhnlich im großen Rahmen der »Kirchenpolitik« und des »Staatshaushalts« verbleibt, wies vielfältige konkrete, anschauliche Aspekte auf, die freilich aufgrund der Quellenlage nur vereinzelt überliefert sind.

In Häfnerhaslach traf die oben umrissene Kirchen- und Finanzpolitik der württembergischen Regierung eine Untertanin namens Ketlin Klein hart, wie folgende Bittschrift vom 25. August 1543 zeigt:

»Durchleuchtiger hochgeborner fürst! Euer fürstliche gnaden seien in aller düemüetigkait meine willige gehorsame dinsten altzeit zuvor, gantz demietigklichen bittende, sie wellen mich hier innen inn meinem anligen genedigklichen erheeren. Genediger fürst, es hat sich in zeiten, und zuvor und ehe euer fürstliche gnaden derselben fürstenthumb widerumben genedigklichen unnd glickseligklichen erobert, begeben, das mein vatter seliger, Clein Hanns von Hefnerhaslach, ein dritteil eins ackers ungeverlichen von dreien morgen in die früemes daselbsten gegeben, damit die selbig auch dest stattlicher mechte uffgericht werden, welcheß aber nit bescheen, auch die pfrind nit becrefftigt und rotifficiert, wie dan billich sein solte; und nachdem ich nun, mit acht cleinen unnerzognen kindlin beladen, ich solchen dritteil ackers zu meiner narung seer hoch bederfftigt, vermeinende, berürter dritteil ackers solte mir als ein aigenthumblich ererbt gut heimgestellt werden, so hat man doch denselbigen und andere ynzogen (und, wie ich bericht) mit andern güetern verkofft, des dan mir und meinen cleinen unnerzognen kindlin an unser leibs narung gar nachteilüg; bitt euer fürstliche gnaden ich armes weib ganntz demüetigklichen und lauter umb Gottes willen, sie wellen mein und meiner cleinen kind armuot und nott genedigklichen zu hertzen fassen und mir also solchenn dritteil ackers genedigklichen widerumen (und umb Gottes willen) volgen und zustellen lassen; daran werden sonder zweyfels euer fürstliche gnaden gegen Gott dem almechtigen ein sonder houch almuosen schaffen; ich und meine kindlin wellen auch für dieselben, tag und nacht, Gott den herrn zu bitten und anzurüeffen nimer underlassen; hieruff genediger antwort verhoffende euer fürstlicher gnaden demietige arme fraw Kleins Ketlin zu Hafner Haslach.«⁹

Ketlin Klein hatte ihre Bittschrift formal korrekt in der Kanzlei des Obervogts im Zabergäu, Wilhelm von Massenbach¹⁰, in Brackenheim abfassen lassen und sich damit gleichsam an den vorgeschriebenen Dienstweg gehalten, nämlich mit Eingaben zunächst die lokalen Amtsträger anzusprechen. Die ihrerseits hatte Herzog Ulrich verpflichtet – offenbar ein Dauerthema der öffentlichen Verwaltung –, sich der Untertanen hilfsbereit anzunehmen: »Wir ordnen, setzen, unnd wöllen auch, daz unsere amptleüt die klagende partheien in händeln, darinnen sie vor inen zuklagen und zehandeln haben, unbeschwerdt gutwillig bey sich lassen, freündtlich hörn und bescheiden, damit aus forcht irer granigen [zornigen] unfreündtlichen wort die armen ire anligendt notdurfft und sachen zu klagen und anzubringen dardurch nit abgeschreckt werden.« Nachdem Obervogt Wilhelm von Massenbach der Bitte Kleins offensichtlich nicht entsprechen konnte, brachte er ihr Anliegen vor den Landesherrn und folgte damit weiter der Landesordnung: »Were es aber sach (des wir uns keins wegs versehen [was Wir nicht hoffen], unnd auch nit sein soll), das den supplicierenden unnd klagenden in unser cantzley, von unsern rhäten, nit geholffen wölt werden, [. . .] mögen alßdann [die Untertanen] sonder all entsetzung unnd forcht damit unser person wol besuchen, sollen sie gnediglich gehört und nach billicheit bescheiden werden.«¹¹

Katharina, die sich Ketlin nannte, war mit acht minderjährigen Kindern offensichtlich verheiratet – freilich nicht verwitwet, sonst hätte sie sich in ihrer Supplik gewiß nicht als »armes weib« bzw. »arme fraw«, sondern als »arme wittib« bezeichnet. Dennoch führte sie hier ihren Geburtsnamen Klein, was in der Früh-

neuzeit generell nicht ungewöhnlich war und in diesem Fall wohl außerdem noch gezielt ihre Ansprüche auf den gestifteten Acker ihres Vaters unterstreichen sollte. Ebenso offensichtlich war Ketlin das einzige im August 1543 lebende Kind Hans Kleins, mithin erbe sie die Hinterlassenschaft ihres Vaters allein. In der weiteren Geschichte von Häfnerhaslach taucht der Familienname Klein nicht mehr auf.¹²

Der kürzlich erfolgte Tod ihres Vaters Hans Klein, der Antritt der Erbschaft und eine damit verbundene Bilanz der Erbmasse dürfte für die Tochter Ketlin den Anlaß für ihre Eingabe geboten haben; möglicherweise spielte außerdem der Abzug des letzten katholischen Pfarrers aus dem Dorf 1541 eine Rolle, dem zunächst kein evangelischer Geistlicher nachfolgte.¹³

Hans Klein hatte den Acker während der österreichischen Verwaltung des katholischen Landes, vielleicht anlässlich schwerer Krankheit, der Frühmesse seiner Pfarrkirche gestiftet. Spätestens mit seinem Ableben fiel die Stiftung dem Vermögen der Frühmesspfründe, unterdes also dem protestantischen württembergischen Landesherrn anheim. Die Angabe, sie sei »nit becrefftigt und rotifficiert« worden, könnte darauf verweisen, daß die Stiftung nicht ordentlich verbucht worden war, daß Hans Klein oder seine Tochter keinen Revers erhalten haben. Aufgrund der veränderten konfessionellen Umstände fiel jedenfalls die Gegenleistung bei dem Geschäft weg, nämlich das regelmäßige Gedenken für Hans Klein, das Beten für ihn, vor allem die Verkürzung der Frist, während der seine Seele nach allgemeiner Auffassung im Fegefeuer brennen mußte. Ketlin Klein teilte noch, wie kaum anders zu erwarten, dieses ältere Verständnis von Seelsorge: Sie stellt für die Rückgabe des Ackers Gottes Lohn in Aussicht und bietet an, mit ihren Kindern für Ulrich zu beten, wenn er ihrem Ansuchen stattgeben wollte.

Hans Klein hatte, wie seine Tochter angab, der Frühmesspfründe »ein drittel eins ackers ungeverlichen von dreien morgen« gestiftet. Dies dürfte so zu interpretieren sein, daß der ganze Acker drei Morgen umfaßte, von denen Hans Klein den dritten Teil weggab. Dieser eine Morgen lohnte den Einsatz, denn er stellte einen erheblichen Wert dar. Der Frühmesspfründe gehörten vor Hans Kleins Stiftung nicht mehr als ein Morgen Acker- und Gartenboden sowie zweieinhalb Morgen Wiesen innerhalb der Dorfgemarkung. Im 16. Jahrhundert betrug die gesamte Ackerfläche von Häfnerhaslach um die 335 Morgen, dazu kamen noch 172 Morgen Wiesen und 70 Morgen Weinberge. Diese Angaben zum Umfang der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche korrespondieren mit denen für das Jahr 1873, als das württembergische Statistisch-topographische Bureau 300 Morgen Äcker in der Gemarkung ermittelte. Von den vergleichsweise wenig ertragreichen Böden lebten zur Reformationszeit rund 45 Haushalte, das bedeutete etwa 180 bis 200 Einwohner. Für Ketlin Klein ging es also darum, rund ein Dreihundertstel des gesamten Ackerbodens von Häfnerhaslach wiederzubekommen. Im Jahr 1873 wäre ein Morgen immerhin ein Drittel der Fläche gewesen, auf der ein ärmerer Haushalt im Dorf sein karges landwirtschaftliches Auskommen finden mußte.¹⁴

Im Jahr 1538 übernahm die Rentkammer die Aufsicht über die eingezogenen wie die fortbestehenden Kirchengüter, der Schwerpunkt verlagerte sich also aus der Sphäre der Theologie hin zur Finanzverwaltung. Indes zog sich das Verfahren der Säkularisation in Württemberg noch über Jahrzehnte hin. Außer Kleins Eingabe findet sich auch weit verbreiteter Widerstand andernorts dokumentiert; vor allem sträubten sich viele Kleriker gegen die angebotenen oder aufgedrängten Abfindungen. Die letzten enteigneten Pfründenbesitzer dürften noch bis weit in

die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts Pensionszahlungen aus der Staatskasse erhalten haben.¹⁵

Ketlin Klein bekam den Acker ihres Vaters nicht wieder zurück. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stand ihre Supplik mit anderen Akten der württembergischen Rentkammer zur Kassation an; es war vermutlich der zweite Archivar und Registrator des Finanzarchivs, Rudolf Moser, der das Schreiben der Vernichtung entzog und es, mit anderen interessanten Stücken, der historiographischen Materialsammlung des Statistisch-topographischen Bureaus zuführte.

Die Begründung für solche strikte Umwidmung von Eigentum trug damals ein theologisches Gewand, heute würde man die Gedankenführung sozialpolitisch nennen. Maßgebend sei der Wille der Stifter; dieser Wille ziele auf den wohlgefälligen Dienst an Gott; die Stifter hätten, irrend, die Ehre Gottes mit falschen Mitteln zu befördern gesucht: »Dieweyl nuhn durch gottes gnad am tag ligt, [. . .] daß das fegfeuer ein lauter erdichtete fabel; vigilien und messen, der meinung gesungen und gelesen, daß durch sie die arme[n] seelen auß der poenen [Strafe] des fegfeuers erlöset sollen werden, ein grewliche abgötterey [. . .], die anrüeffung der hayligen [. . .] wider gott ist«, so müsse, ähnlich wie beim Umgang mit unmündigen Kindern, ein Verständiger den wahren Willen der Stifter erfüllen. Diese Pflicht oblag in Württemberg dem Herzog als dem Landesfürsten und Schirmvogt über die Kirche und deren Güter.¹⁶

Die Verlierer des beschriebenen Vorgangs waren die acht Kinder der Ketlin Klein, genauer gesagt die unter ihnen, welche die Volljährigkeit erreichten. Der verlorene Acker dürfte weniger die akute Ernährung der Familie gefährdet als vielmehr die Ausstattung der Kinder bei ihrer Heirat beziehungsweise die elterliche Erbschaft bei deren Tod schmerzlich geschmälert haben: Häfnerhaslach gehörte zum Realteilungsgebiet, hier erbte jedes legitime Kind exakt den gleichen Anteil, auf der Kehrseite mußte sich jedes Kind mit der gleichen unzureichenden Vermögenmasse bescheiden.

Auf der anderen Seite wurde keineswegs die Kirchengemeinde im Ort begünstigt. Erst nach Aufhebung der Häfnerhaslacher Beginenklausel Ende 1556 konnte Pfarrer Balthasar Vischer aus seinem alten und ungelegenen Gebäude in das neue Pfarrhaus umziehen; daß er es mit dem ehemaligen Beginenhaus wenig besser getroffen hatte, belegt der Visitationsbericht von 1574, in dem Abt Johannes Magirus von Maulbronn festhielt: »Pfarrbehausung baufällig, die Wände wollten einfallen.« Von seinem Einkommen, so klagte Vischer, könne er kaum die Kleider für sich und seine sieben Kinder kaufen, von Büchern zu schweigen; weil er das Lehrgeld nicht aufbringen konnte, ließ Pfarrer Vischer seine Söhne kein Handwerk lernen. Erst um das Jahr 1580 bekam die Gemeinde einen Schulmeister und eine Schule, vorher hatte der Pfarrer auch unterrichten müssen, dies freilich nur winters.¹⁷

Die Gewinner in dieser Sache waren zum einen der württembergische Landeshaushalt, zum anderen derjenige Untertan, vermutlich ein Dorfbürger in Häfnerhaslach, der den Morgen Acker um das Jahr 1540 in sein Privateigentum erkaufte.

Der hier vorgeführte Splitter Ortsgeschichte reflektiert noch mehr als allein die Landeshistorie. Er zeigt den Sprung in die Richtung einer Verweltlichung des gesellschaftlichen Lebens in Europa. Aus den größeren und kleineren Umbrüchen des 16. Jahrhunderts gingen jedoch weniger die Gemeinden gestärkt hervor, was eine Hauptforderung der aufständischen Bauern 1525 gewesen war; sondern viel-

mehr schaffte der hierarchisch geprägte und zentralisierende Fürstenstaat den Durchbruch zum Paradigma für die weitere politische Entwicklung in Deutschland. Die Säkularisation des Kirchenguts in der Reformationszeit bewirkte einen Schub von der – jeweils grob geschnitzt ausgedrückt – mittelalterlichen Domänenwirtschaft zum frühneuzeitlichen Steuerstaat.¹⁸

Anmerkungen

- 1 Christian Friedrich Sattler: Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzogen. Beilage 124 zu Teil II in Teil III, Tübingen 1771, Beilagen S. 1–4, Zitat S. 2: »... damit das gotzwort dem volck fürterhin durch from, erber [ehrbare], gotzforchtig und verstendig prediger rain, luter [lauter] und nach dem gaist on [ohne] allen menschlichen [Eigen-]nutz, fürwitz und aigen gutbedüncken gelert und verkindt« werde; Walter Grube: Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957, S. 148 f.
- 2 Viktor Ernst: Die Entstehung des württembergischen Kirchenguts, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde Jg. 1911, Stuttgart 1912, S. 377–424; hier S. 383–387, Zitat S. 386.
- 3 Sattler (wie Anm. 1) Beilage 34, S. 151–154: »Bedenken etlicher Teutschen Gottsgelehrten von dem Gebrauch und Verwaltung der Kirchen-Güter«, undatiert [1536].
- 4 Ernst (wie Anm. 2) S. 397; Wilhelm Bofinger: Kirche und werdender Territorialstaat. Eine Untersuchung zur Kirchenreform Herzog Ulrichs von Württemberg, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 65, 1965, S. 75–149, hier S. 130.
- 5 Ernst (wie Anm. 2) S. 394.
- 6 Sattler (wie Anm. 1) S. 110 f.
- 7 August Ludwig Reyscher: Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd. 12, Tübingen 1841, Nr. 22 Erste Kastenordnung von 1536, S. 122–132; Ernst (wie Anm. 2) S. 377, 388–390; Bofinger (wie Anm. 4) S. 131, 136 f.; Werner-Ulrich Deetjen: Studien zur württembergischen Kirchenordnung Herzog Ulrichs 1534–1550. Das Herzogtum Württemberg im Zeitalter Herzog Ulrichs (1498–1550), die Neuordnung des Kirchengutes und der Klöster (1534–1547), Stuttgart 1981, über die Kastenordnung S. 116–141, hier v. a. S. 129.
- 8 Deetjen (wie Anm. 7) S. 142, Zitat in Fußnote 284, S. 339 mit Verweis auf Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 64 Bü 11; Heinrich Hermelink: Zwei Aktenstücke über Behandlung der Kirchengüter in Württemberg zur Reformationszeit, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 7, 1903, S. 172–185; das Zahlenmaterial bei Ernst (wie Anm. 2) S. 379, 391.
- 9 Staatsarchiv Ludwigsburg E 258 VI Bü 930. Transkription buchstabengetreu; geregelte Kleinschreibung; die Interpunktion, insbesondere das Setzen und Weglassen von Kommata, folgt dem Ziel bestmöglicher Lesbarkeit; diakritische Zeichen sind weggelassen, »u« und »v« nach Lautwert transkribiert, gebräuchliche zweifelsfreie Abkürzungen stillschweigend aufgelöst.
- 10 Von 1534 bis zum Tod 1558 im Amt; Walther Pfeilsticker: Neues württembergisches Dienerbuch, Band 2, Stuttgart 1963, § 2252.
- 11 Reyscher (wie Anm. 7) S. 83 f.; Generalreskript wegen der Bittschriften und Beiberichte vom 23. Oktober 1535, ebd. S. 84 ff.; Vierte Landesordnung vom 1. Juni 1536, Punkt [25] S. 102–105 »Vom Supplicieren«, Zitate S. 103, 105.
- 12 Karl-Josef Schromm: Häfnerhaslach. Perle am Stromberg, Sachsenheim 1992, S. 37, 48 f.
- 13 Ebd. S. 175, 187. Häfnerhaslach wurde 1547 bis 1551 vom Ochsenbacher Pfarrer Johann Flacht mit versorgt und hatte erst ab 1551 wieder eigene Pfarrer.
- 14 Beschreibung des Oberamts Brackenheim, hg. vom Statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1873, S. 273 f.; Gerhard Aßfahl: Zur Frühgeschichte von Häfnerhaslach, in:

- Zeitschrift des Zabergäüvereins 1987, Heft 3, S. 37–49, hier S. 41 f.; Schromm (wie Anm. 12) S. 176, 213.
- 15 Ernst (wie Anm. 2) S. 392, 394, Anhang S. 418 (hier noch 1551).
- 16 Hermelink (wie Anm. 8) S. 172–175, 181, Zitat S. 174 f. Undatierte württ. Denkschrift, nach Hermelink im Sommer 1535 konzipiert, blieb vermutlich Konzept.
- 17 Max Duncker: Eine Kirchenvisitation in Häfnerhaslach im Jahr 1574, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 9, 1905, S. 85–88, Zitat S. 87; Ernst Baßler: Die Aufhebung der Beguinenklause in Häfnerhaslach, in: ebd. 8, 1904, S. 87–91; Aßfahl (wie Anm. 14) S. 43 f.
- 18 Zu letzterem finanzpolitischen Aspekt vgl. Werner Buchholz: Geschichte der öffentlichen Finanzen in Europa in Spätmittelalter und Neuzeit. Darstellung, Analyse, Bibliographie, Berlin 1996, S. 47–54.

»Die Magd bey dem Knecht angetroffen«

Gesinde im Strohgäu in der frühen Neuzeit

von Volker Trugener

Im Jahre 1531 wurde Marx Goller aus Heimsheim ins Gefängnis geworfen. Als Knecht war er seinem Dienstherrn Aberlin Machtolf in Enzweihingen entlaufen, um als Landsknecht in den Krieg zu ziehen, weil er sich davon mehr Geld versprach. Bei seiner Festnahme fand man auch noch einen halben Gulden – Geld, das er sich ohne Wissen seines Meisters nebenher verdient hatte.¹ Es war kein Einzelfall, daß ein Angehöriger des Gesindes ohne zu fragen den Dienstherrn einfach verließ. Die württembergische Landesordnung von 1621 beklagte nicht nur die hohen Lohnforderungen des Gesindes, sondern stellte darüber hinaus fest, »so schon jemandts Knecht oder Mägdt gehabt, haben sie . . . gegen ihren Herrn, Meistern und Frawen, allerley Muthwillens gebraucht, ihnen leichtlich . . . ohne redlich und nothwendig Ursachen und sonderlich zu den Zeiten, wann sie [die Dienstherrn] ihrer am allerbedürftigsten gewesen, ausser ihren Diensten tretten, hingeloffen und die verlassen«. ²

Derlei Klagen über Mutwillen, Frechheit, Widerspenstigkeit des mürrischen, halstarrigen und gegen den Dienstherrn verwegenen Gesindes begegnen uns allenthalben in den einschlägigen Rechtstexten der frühen Neuzeit.³ Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Verkleinerungsform von Gesinde – Gesindel – seit dem 17. Jahrhundert die heutige abschätzigste Bedeutung annehmen konnte. Umgekehrt kam es natürlich auch vor, daß dem Gesinde »von ihren Herrn, Meister oder Frawen, Unbillichs begegnete, sie übervortheilt würden«, um wieder die württembergische Landesordnung von 1621 zu zitieren.⁴ Frühneuzeitlicher Gesindedienst⁵ war eben ein Beschäftigungsverhältnis mit Interessengegensätzen zwischen Herren und Gesinde, mit Leistungserwartungen von seiten des Dienstherrn und Lohnforderungen von seiten des Knechts oder der Magd. Dabei konnte jeder der beiden Partner den anderen in seinen Erwartungen (ent)täuschen.⁶

Doch Gesindedienst war mehr als nur ein Beschäftigungsverhältnis. Daran erinnert bis heute das Wort Mädchen, die Verkleinerungsform von Magd. Denn die Mägde und Knechte gehörten ebenso zum Haushalt, zur Hausgemeinschaft des Dienstherrn wie dessen eigene heranwachsenden Mädchen und Jungen.⁷ Dabei konnten den Mägden bei der häuslichen Arbeit durchaus ähnliche oder gar gleiche Aufgaben übertragen sein wie den Töchtern, und die Knechte verrichteten Arbeiten, die in anderen Haushalten die Söhne machten.

Das Gesinde als Teil des Haushalts

Die Zugehörigkeit zum Haushalt des Dienstherrn bedeutete, daß das Gesinde selbstverständlich in dessen Haus wohnte und mit dessen Familie aß. Die Magd

bei Adam und Katharina Widmaier in Eltingen teilte ihre Kammer 1750 mit dem fünfzehnjährigen Widmaier-Sohn Jakob.⁸ Wenn abends die Frauen des Ortes in einigen Häusern zusammenkamen, um zu spinnen und sich zu unterhalten, waren in der Regel auch die erwachsenen ledigen Töchter und die Mägde dabei.⁹

Der Haushalt, nicht der einzelne, das Individuum, war in der frühen Neuzeit die kleinste soziale Einheit.¹⁰ Den Haushalten kamen die Leistungen der Gemeinde zugute, etwa – in manchen Gemeinden – die kostenlose Brennholzabgabe aus dem Gemeindewald. Die Haushalte hatten aber auch die Pflichten zu tragen, die die Gemeinde ihren Gliedern auferlegte, etwa die Heranziehung zu Steuerumlagen oder die Leistung von Fron-, Wach- und Militärdiensten.

Einen eigenen Haushalt begründete man durch die Heirat. Bis dahin gehörte man zum Haushalt der Eltern, der Pflegeeltern oder – wenn man sich als Bauernknecht, Handwerksgeselle oder Magd verdingt hatte – zum Haushalt des Dienstherrn.¹¹ Single-Haushalte lediger waren so ungewöhnlich, daß der Malmsheimer Pfarrer Johann Ulrich Faesch 1605, als er eine nach Haushalten gegliederte Zusammenstellung seiner Gemeindeglieder fertigte, den Haushalt des Junggesellen Jakob Siglin mit dem einer Witwe zusammenfaßte, die bei Siglin offensichtlich zur Miete wohnte. Aus der Bezeichnung »Hausvogt«, die der Pfarrer verwendete, um die Beziehung Siglins zu der Witwe zu charakterisieren, geht jedoch eindeutig hervor, daß es sich um zwei selbständige Haushalte gehandelt haben muß.¹² Dagegen führten Witwer und vor allem Witwen oft weit über die kurze Trauerzeit hinaus, die sie vor einer Wiederverheiratung einhalten mußten, einen eigenen Haushalt. Von den 165 Haushalten, die es 1598 in Ditzingen gab, waren 19 Witwenhaushalte, in Eltingen 20 von 143 Haushalten, in Gerlingen 28 von 233 Haushalten.¹³

Die Aufgaben der einzelnen Haushaltsmitglieder waren genau verteilt. Der Hausvater hatte die unumschränkte Hausgewalt. Er vertrat den Haushalt nach außen, er war bei Gemeindeversammlungen dabei, und er konnte Ämter in der kommunalen Selbstverwaltung übernehmen. Er bestellte die Felder und/oder übte ein Handwerk aus, und er war zuständig für die Knechte und Gesellen. Der Hausmutter oblag die Sorge für das Haus im weitesten Sinn. Zu ihrem Aufgabenbereich gehörten nämlich nicht nur das Kochen und Putzen, das Wäschewaschen – auch für die Knechte und Gesellen¹⁴ – oder die Aufzucht der Kinder, sondern auch der Garten, die Versorgung des Kleinviehs, das Melken der Kühe, das Wasserholen am Brunnen sowie die Flachs- und Hanfbearbeitung. Und schließlich führte sie Aufsicht über die Mägde.¹⁵

Die Überschreitung der jeweiligen Aufgabenbereiche konnte Anlaß zu heftigen Eheauseinandersetzungen werden, wie zwei Beispiele aus dem Eltingen des 18. Jahrhunderts zeigen: Die Frau eines Schreiners beklagte sich bei der Obrigkeit »über das harte Tractament« ihres Mannes. »Sie habe nemlich an dem Freytag abends zu dem Kochen und Schnitzdörren ein Feuer gemacht, er aber habe das Holtz wieder aus dem Ofen herausgezogen und versteckt; darauff sie, nachdem er zu Bett gegangen, aus Mangel deß Brennholzes ihme von dem Handwercksholtz genommen und auff's Neue eingebrennt, ihne aber in die Stuben eingesperrt, daß er das Feuer nicht wieder verschüren können, zugleich habe sie auch von dem Handwercksholtz in den Keller getragen zum künftigen Gebrauch. Nachdem aber solches ihme seine Kinder angezeigt und sie an dem Sambstag Milch in den Keller getragen, seye er nachgefolgt, um das Holtz wieder abzuholhen, weil sie aber solches nicht gestatten wollen, habe er sie bey der Gurgel genommen und

gewürgt, daß sie nicht schreyen können, dahero sie gezwungen gewesen, ihme nach den Haaren zu greiffen, darauff er sie gehen laßen, daß sie einen Schrey thun können, worauff er davongeloffen, anbey aber auch sie einen alten Blitz gescholten, welches Schelten und Fluchen auch sonst immerfort währe.«¹⁶ Eine andere Frau brachte vor, »da ihre von ihrem Meel, welches sie auf der Bühne liegen gehabt, gekommen, so habe sie durch den Schreiner eine neue Thuren an diese ihre Kammer, wo sie ihr Meel habe, machen lassen, auch ein neues Schloß daran gekaufft, um diesem vorzubiegen, und dieses seye die Ursache des Haders zwischen ihre und ihrem Ehemann, weil diese Vormachung oder gute Beschliessung ihrer Kammer ihm nicht gefallen wolle.«¹⁷

Sowohl vom Haushaltsvorstand als auch von seiner Frau wurde erwartet, daß sie das bei ihnen beschäftigte Gesinde nicht nur fachlich beaufsichtigten, sondern auch religiös-moralisch: 1587 rügte man in Leonberg, daß der frühere Forstmeister und Leonberger Bürger Gall von Sachsenheim einen Knecht habe, der in fünf Jahren »nie zum Nachtmal« (Abendmahl) gegangen sei, und einen Buben, der nicht beten könne.¹⁸ Bei der Beerdigung von Katharina Schnauffer, der Ehefrau des Renninger Schultheißen und Wirts Hans Schnauffer, hob der Pfarrer 1603 dagegen lobend hervor, sie habe »das Haußgesind zu Gottesforcht und fleissigem Gehör der Predigten ernstlich angehalten«.¹⁹ Wenige Jahre später betonte der katholische Kapuzinerpater Fidelis in einer Predigt, daß »die Eltern, wie auch Herr und Meister und Frau« verpflichtet seien, ihren Kindern und ihrem Gesinde, das heißt Magd und Knecht, die Predigt gegebenenfalls zu erklären und, falls sie sie an Sonntag und Feiertag aus irgendwelchen Gründen nicht zur Predigt schicken könnten, anstelle der Predigt »einen geistigen . . . Sermon zu lesen oder sonst ein anderes geistliches Buch«.²⁰ Umgekehrt wurde ein Dienstverhältnis gern als Ausrede vorgebracht, wenn man in der Kinderlehre fehlte, die dem Religionsunterricht der Heranwachsenden diene: Der Zimmerjunge Johann Michael Walkam, der »schon etliche Mal nicht in die Kinderlehr kommen«, entschuldigte sich 1783 in Eltingen damit, daß er »nicht alle Mal könne und hin müsse, wo sein Meister ihn heisse, und vors 2te habe er nach seiner Heimat müssen«.²¹ Gesellen, die die Kinderlehre schwänzten und deshalb zur Rechenschaft gezogen wurden, konnten gelegentlich durchaus auf die Unterstützung des Meisters hoffen. Als zu Beginn des Jahres 1774 ein Glasergeselle in Eltingen sich zu rechtfertigen hatte, »um willen er nicht in die Kinderlehr stehen wollen«, erschien an Stelle des Gesellen der Meister selbst vor dem zuständigen Gremium, dem Kirchenkonvent, und erklärte, »daß es bei diesem Handwerk . . . nicht angehe, wann ein Gesell zum Exempel am Sonntag komme, so gehe er nicht mit ihm in die Kirche, und sonst gehe er wieder fort«. Der Kirchenkonvent schärfte dem Meister ein, daß sein Geselle »eben, wenn er in die Kirch kommen könne, . . . in die Kinderlehr stehen solle«.²² Auch Schulversäumnisse von Heranwachsenden, die in fremden Diensten standen, wurden genauso gerügt wie die von Kindern, die im Haushalt ihrer Eltern lebten. Im Juli 1774 stellte man beispielsweise in Eltingen fest, es »seind einige, die ihre Kinder sehr unfließig in die Schul schicken«. Darunter seien auch »Jacob Pfeiffens Mägden bei Jacob Weiß dienend und Caspar Wendels Treibub«.²³

Die zitierten Quellen geben Anlaß, kurz auf die Begrifflichkeit beim Gesindedienst einzugehen. Das Wort »Gesinde« als Oberbegriff war in unserer Gegend eher ungebräuchlich, man sprach vielmehr wie allgemein im oberdeutschen



Blick in den Handwerkerhaushalt eines Hutmachers Ende des 16. Jahrhunderts. In der Werkstatt sind der Meister und zwei Gesellen mit der Herstellung von Filzhüten beschäftigt; ein Kind des Meisters, vielleicht auch ein Lehrlinge

Sprachraum von den »Eehalten« oder »Ehalten«. ²⁴ Bis ins 18. Jahrhundert hinein umfaßte der Begriff »Gesinde« sämtliche abhängig Beschäftigte, die im Haushalt ihres Arbeitgebers lebten und arbeiteten, also auch die Kaufmannsgehilfen oder die Gesellen und Lehrlingen der Handwerksmeister, bevor sich die Bedeutung auf die Dienstboten des Hauses und die Knechte und Mägde auf dem Bauernhof verengte. ²⁵ Den folgenden Ausführungen liegt – den Quellen angemessen – die frühere umfassende Bedeutung des Wortes »Gesinde« zugrunde. ²⁶ Weibliche Gesindedienstleistende werden durchgängig als Magd bezeichnet, männliche Gesindedienstleistende überwiegend als Knecht. Bei den Knechten wird bereits im 16. Jahrhundert häufig differenziert: Es gibt den Bauernknecht, aber auch den Handwerksknecht, das heißt den Handwerksgesellen. Für die Handwerksknechte hat sich im 18. Jahrhundert der Ausdruck Geselle durchgesetzt. Von den Knechten unterschied man die Jungen oder Buben. Zum einen sind darunter Lehrlingen wie der Zimmermannslehrling Johann Michael Walkam zu verstehen, die im Rahmen der Lehre nicht nur bei einem Handwerksmeister ausgebildet wurden, sondern



setzt sich gerade die Rohform eines Hutes auf den Kopf. Im Laden bedient die Frau des Meisters Kunden. (Aus: Sigrid und Wolfgang Jacobeit: Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes 1550–1810, 2. Aufl. Köln 1988)

auch in dessen Haushalt lebten. Zum anderen sind damit Kinder und Jugendliche gemeint, die in Bauernhaushalten einfache Tätigkeiten in der Landwirtschaft übernahmen, beispielsweise Hirtenjungen. Angestellte mit höherer Qualifikation in der Vorbildung und/oder Tätigkeit hießen nicht Knechte, sondern Diener. Dies trifft insbesondere für den kaufmännischen Bereich zu. Bis ins 16. Jahrhundert hinein wurden aber auch die Amtsträger in der Territorialverwaltung, die im »Dienst« des Landesherrn standen, als Diener bezeichnet, bevor sich der Begriff Beamte durchsetzte. Im Bereich von Kultus und Schule hielten sich die Begriffe »Kirchendiener« und »Schuldiener« für die Geistlichen beziehungsweise Lehrer noch länger.

Aus der Einbettung des Gesindes in die Gemeinschaft des Haushalts einerseits und dem Beschäftigungsverhältnis andererseits resultiert ein Spannungsverhältnis in der sozialen Zuordnung. Stand das Gesinde auf einer Stufe mit unverheirateten Kindern des Haushaltsvorstandes – wie bei der religiösen und schulischen Erziehung – und war das Sozialprestige abhängig von dem des Haushaltsvorstandes?

Oder bildete das Gesinde generell einen eigenen Stand, den man – da es sich um abhängig Beschäftigte handelte, die mindestens zum Teil niedrige Tätigkeiten verrichteten – der Unterschicht zurechnen muß?

Dieses Spannungsverhältnis²⁷ hat zeitgenössisch seinen Niederschlag nicht zuletzt in den Bestimmungen frühneuzeitlicher Kleiderordnungen gefunden. Die Kleiderordnungen, mit denen die Obrigkeit einen übermäßigen Luxus in der Kleidung einschränken, aber auch soziale Rangordnungen durch die Kleidung sichtbar machen wollte, kannten zwar häufig eigene Rubriken für das Gesinde, doch heißt es beispielsweise in der zweiten württembergischen Polizeiordnung von 1644, daß die »Handwercks-Knecht unnd Gesellen« sich im wesentlichen »mit den Klaidern halten sollen« wie die Handwerker und gemeinen Bürger, die »Dienstmägd«, wie es den »gemeinen Burgerweiber und Töchtern« vorgeschrieben sei.²⁸ 1652 wurde nicht nur dem Gesinde, sondern auch »gemeinen Burgers-Söhnen und Töchtern« verboten, »die seidene und Atlasbändel, Nesteln, auch ausländische kostbarliche Zeug, Thücher und Beltzwerck, so dann güldene und silberne Spitzen, sie seyen gleich gut oder falsch, conterfeiht Gürteln« zu tragen.²⁹ Ein herausgehobener sozialer Stand des Haushaltsvorstands beeinflusste auch den Status des Gesindes. Die Polizeiordnung von 1644 erlaubte, daß »diejenige Mägd und Dienstbotten«, die bei hohen herzoglichen Beamten in Diensten standen, »sich etwas säuberer tragen mögen«.³⁰ In der württembergischen Polizeiordnung von 1712, die die Bevölkerung in neun Klassen einteilte und vorschrieb, »nach derjenigen Claß, darein er oder die Seinige gehörig, sich oder dieselbe zu kleiden«, waren die Oberkammermägde am herzoglichen Hof der vierten Klasse zugeordnet, wo wir auch die Archivare, Dekane, Gymnasialprofessoren, Rechtsanwälte und Landärzte finden. Kammerdiener und Köche beim Adel gehörten der sechsten Klasse an wie etwa auch die Angehörigen der Stadtmagistrate. Dagegen vereinigte die siebte Klasse unter anderem »Gemeine Burger, Handwercks-Leutt in Stätten und deren Gesellen wie auch die Wirth in Stätten«, außerdem »die Haus-Mägde, sie mögen bey denen von Adel oder anderswo dienen«, während »die gemeine Bauersleuthe« die neunte und letzte Klasse bildeten, in die damit auch die Bauernknechte gehörten.³¹ Zählte der Haushaltsvorstand jedoch zu den städtischen oder dörflichen Honoratioren, so durften er und seine Familienangehörigen kostbarere Kleidung tragen als das Gesinde. Umgekehrt gab es zumindest in der Reichsstadt Schwäbisch Hall die Regelung, daß Honoratiorentöchter, die als Mägde dienten, sich nicht ihrem Berufsstand gemäß, sondern nach ihrer familiären Herkunft, also aufwendiger, kleiden durften.³²

Gesinde im Spiegel der Statistik

Das Wirtschaften vieler Haushalte war nur durch die Mithilfe von Gesinde möglich. Produktionstechniken in der Landwirtschaft, aber auch im Handwerk waren wenig mechanisiert, das heißt, der Arbeitskräftebedarf war durch die Betriebsgröße mehr oder weniger zwangsläufig vorgegeben. Ab einer bestimmten landwirtschaftlichen Nutzfläche brauchte ein Bauer eine Hilfe – sei es einen erwachsenen Sohn oder einen Knecht –, um diese Fläche überhaupt bearbeiten zu können. Ähnliches gilt für die Haushaltsführung im engeren Sinne, traditionell Aufgabe der Frau. Eine bestimmte Haushaltsgröße

erforderte die Mithilfe von erwachsenen Töchtern oder eben einer Magd.³³

Witwer benötigten – soweit sie es sich leisten konnten – für die Haushaltsführung eine Magd, die die Aufgaben der Frau übernahm, Witwen einen Knecht, der die Felder bestellte. So beschäftigte die Witwe Helfried in Leonberg 1525 einen Knecht³⁴ zur Bewirtschaftung ihres für die damalige Zeit recht umfangreichen landwirtschaftlichen Besitzes, der 19 Morgen (6 Hektar) Acker, $2\frac{3}{4}$ Tagwerk (1,3 Hektar) Wiesen und 1 Morgen (0,3 Hektar) Weingarten sowie einen Krautgarten auf dem Leonberger Stadtgraben umfaßte.³⁵ Auch die Witwe des Leonberger Landwirts und Gastwirts Christof Mang hatte 1581 einen Knecht, der für sie und ihren blinden Sohn die Weingärten (1 Hektar), Äcker (6 Hektar) und Wiesen (2 Hektar) bebaute³⁶, ebenso wie 70 Jahre später, 1648, die Witwen des Hans Konrad Sorg, des Stadtschreibers Werner Feucht oder des Forstmeisters Johann Ulrich Bauder.³⁷ In Eltingen arbeiteten im 18. Jahrhundert Knechte bei der Witwe Anna Ansel (1747)³⁸ und bei der Müllerswitwe Anna Magdalena Münsinger (1766).³⁹

Daneben war es offensichtlich für manche Witwe häufig geradezu unabdingbar, daß ihr eine Magd bei den Hausgeschäften zur Hand ging.⁴⁰ In Malsheim hatten 1593 nach einem »Verzeichnis und Register aller Communicanten und Catechisten« unter anderem die Witwen Anna Gummel, Agathe Wolfangel und die namentlich nicht genannte alte Schneiderin (wohl die Witwe eines Schneiders, in deren Haushalt eine kleine Enkeltochter aufwuchs) je eine Magd, die Pfarrwitwe Margaretha sogar zwei. Auch der alleinstehende Bartlin Siglin hatte eine Magd. Dagegen benötigte Balthas Schrieppe nach seiner zweiten Heirat keine Magd mehr, was daraus hervorgeht, daß der entsprechende Eintrag in dem Verzeichnis gestrichen wurde.⁴¹ Daß eine Handwerkerwitwe mit Hilfe eines Gesellen den Betrieb ihres verstorbenen Mannes fortführte, läßt sich in Ditzingen 1737 belegen. Dort arbeitete im Haushalt von Jakob Dollingers Witwe ein Geselle.⁴²

Zahlen für die Strohgäudörfer Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und die Stadt Leonberg, aber auch Vergleichszahlen aus dem Raum Marbach für die Stadt Marbach und die Dörfer Pleidelsheim und Murr aus den Türkensteuerlisten von 1544/45 zeigen, daß damals ein beträchtlicher Teil der Haushalte Gesinde beschäftigte.⁴³ Die Türkensteuerlisten wurden zur Erhebung einer Sondersteuer angelegt, die der Finanzierung des Krieges gegen die Türken diente. Es war eine kombinierte Vermögens- und Lohnsteuer. Grundsätzlich hatte man von seinem Vermögen 0,5 Prozent als Steuer zu entrichten. Wer kein Vermögen oder nur ein geringes von unter 20 Gulden besaß, zahlte – soweit er überhaupt konnte – eine Kopfsteuer von vier Kreuzern, in Ditzingen teilweise auch eine Vermögenssteuer von fünf Kreuzern (1 Gulden = 60 Kreuzer). Lohnempfänger (das waren damals so gut wie ausschließlich die Angehörigen des Gesindes) hatten $\frac{1}{3}$ Prozent der Lohnsumme als Steuer zu zahlen, Bezieher von Pfründeinkünften wie die Pfarrer zehn Prozent der jährlichen Pfründeinnahmen. Die Steuerlisten führen steuerpflichtige Vermögenshaushalte auf. Darunter fallen auch juristische Personen, Erbengemeinschaften und Pflegekinder, die alle natürlich keinen tatsächlichen Haushalt bildeten. Für die folgenden Berechnungen wurde versucht, die tatsächlichen Haushalte zu ermitteln, das heißt die Haushalte, für die das Kernmerkmal »Zusammenleben« gilt.⁴⁴ Dabei ist mit einer geringen Fehlerquote zu rechnen, denn alte Leute, die noch eigenes Vermögen besaßen, aber im Haushalt eines ihrer Kinder lebten, können nicht identifiziert werden, ebensowenig Fortgezogene, die noch Besitz am jeweiligen Ort hat-

ten, den sie versteuern mußten. Im einzelnen ergeben sich aus den Türkensteuerlisten die in Tabelle 1 zusammengestellten Zahlen über die Anzahl der Haushalte in den einzelnen Orten.

Tabelle 1: Haushaltszahlen in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen, Leonberg, Marbach, Murr und Pleidelsheim nach den Türkensteuerlisten 1544/45

Ort	Steuerhaus- halte gesamt	davon Körper- schaften	davon Pfleg- schaften	tatsächl. Haushalte
Ditzingen	154	0	11	143
Eltingen	137	1	11	125
Gerlingen	195*	2	12	181
Höfingen	87	1	5	81
Leonberg	187	1	6	180
Marbach	339*	3	23	313
Murr	112	1	19	92
Pleidelsheim	115	2	14	99

* Einträge ohne Steuerbetrag sind nicht berücksichtigt

In Ditzingen war nach den Türkensteuerlisten beinahe in jedem vierten Haushalt ein Knecht oder eine Magd anzutreffen, nämlich in 35 von 143 Haushalten (24 Prozent), in Leonberg beinahe in jedem fünften, genauer in 31 von 180 Haushalten (18 Prozent). In Eltingen, Gerlingen und Höfingen gab es immerhin noch in ungefähr zehn Prozent aller Haushalte Gesinde: in Eltingen in 13 von 125 Haushalten, in Gerlingen in 14 von 181 Haushalten und in Höfingen in 9 von 81 Haushalten.

Noch höher als im Raum Leonberg war der Anteil der Haushalte mit Gesinde im Raum Marbach: In Pleidelsheim lebte in jedem dritten Haushalt Gesinde (33 von 99 Haushalten), in Marbach in jedem vierten (78 von 313 Haushalten) und in Murr immerhin fast in jedem fünften (17 von 92 Haushalten).

In Ditzingen waren 33 Knechte und 26 Mägde beschäftigt. In den 13 Eltinger Haushalten mit Gesinde arbeiteten 18 Knechte und sieben Mägde, dazu kam der herzogliche Knecht, der das Seehaus beim Glemseck bewirtschaftete. In Gerlingen gab es 13 Knechte und neun Mägde (dazu zwei herrschaftliche Forstknechte im Malmstal und im Mahdental), in Höfingen 13 Knechte und fünf Mägde. In den 31 Leonberger Haushalten mit Gesinde standen 24 Knechte und 21 Mägde in Dienst. Eine weitere Magd war im Spital angestellt. In Marbach sind 71 Knechte (einschließlich eines »Buben« und eines »Lerknechts«) und 48 Mägde nachzuweisen, in Murr 14 Knechte und neun Mägde und in Pleidelsheim 23 Knechte, zwei »Buben« und 26 Mägde.

Mit Ausnahme Pleidelsheims gab es in allen untersuchten Orten mehr Knechte als Mägde. In Leonberg war das Verhältnis zwischen der Anzahl der Mägde und der Anzahl der Knechte noch beinahe ausgeglichen. In den übrigen Orten schwankte es zwischen 1 : 3 (Eltingen und Höfingen) und 4 : 5 (Ditzingen). Faßt man alle acht untersuchten Orte zusammen, betrug bei 152 Mägden und 214 männlichen Gesindeangehörigen (einschließlich der drei herrschaftlichen Knechte in Eltingen und Gerlingen) das Verhältnis ungefähr 2 : 3.

Zwar sind aus der Mitte des 16. Jahrhunderts keine Einwohnerzahlen aus der

Region überliefert. Da jedoch davon auszugehen ist, daß ein Haushalt durchschnittlich vier bis fünf Personen umfaßte, kann man bei einem Multiplikationsfaktor von 4,3 erschließen⁴⁵, daß in Ditzingen 1544 etwas über 600 Menschen lebten, in Eltingen knapp 550. Gerlingen hatte zwischen 750 und 800 Einwohner und Höfingen um die 350. Die Einwohnerzahl Leonbergs dürfte damals zwischen 750 und 800 Menschen gelegen haben, die Marbachs zwischen 1300 und 1400. Für Murr und Pleidelsheim ist eine Bevölkerungszahl von etwas über 400 anzunehmen. Der Anteil des Gesindes an der Gesamtbevölkerung lag damit in den fünf untersuchten Strohäuorten zwischen fünf und sechs Prozent. In Ditzingen betrug der Anteil sogar zwischen neun und zehn Prozent, während es in Gerlingen nur drei Prozent waren. In der Stadt Leonberg waren es knapp sechs Prozent. Ähnlich hoch wie in Leonberg war – in Prozentzahlen gemessen – der Gesindeanteil beispielsweise auch in der Stadt Wertheim, die 1542 ungefähr 2000 Einwohner hatte.⁴⁶ Im Raum Marbach war der Anteil des Gesindes an der Gesamtbevölkerung mit knapp neun Prozent deutlich höher. Dabei erreichte Pleidelsheim einen Wert von zwölf Prozent, während in Murr von knapp sechs Prozent auszugehen ist und in Marbach von knapp neun Prozent. In größeren Städten dürfte der Prozentsatz sogar nicht viel unter 20 Prozent gelegen haben.⁴⁷

Wenn in Ditzingen der Anteil des Gesindes an der Gesamtbevölkerung über neun Prozent ausmachte und fast ein Viertel aller Haushalte Gesinde beschäftigte, während in dem benachbarten Gerlingen der Gesindeanteil nur drei Prozent betrug und nur in acht Prozent der Haushalte Gesinde anzutreffen war, so sind die Gründe hierfür in Unterschieden der Wirtschaftsstruktur und der daraus resultierenden unterschiedlichen Vermögensverteilung zu suchen. Der Historiker Karl-Otto Bull, der sich eingehend mit den Türkensteuerlisten beschäftigt hat, ist zu einer Einteilung der Steuerzahler, genauer der steuerpflichtigen Vermögenshaushalte, in fünf Vermögensgruppen gelangt: Vermögen unter 20 Gulden, Vermögen 20 bis 99 Gulden, Vermögen 100 bis 499 Gulden, Vermögen 500 bis 999 Gulden und Vermögen über 1000 Gulden.⁴⁸ Legt man dieses

Tabelle 2: Vermögensverteilung in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen, Leonberg, Marbach, Murr und Pleidelsheim nach den Türkensteuerlisten 1544/45 (Steueranteile aus Besoldungs- und Pfründeinkommen wurden auf Vermögen umgerechnet)

	Ditzin- gen	Eltin- gen	Gerlin- gen	Höfin- gen	Leon- berg	Mar- bach	Murr	Pleidels- heim
unter 20 fl.	19 (12%)	31 (23%)	21 (11%)	8 (9%)	24 (13%)	44 (13%)	4 (4%)	9 (8%)
20– 99 fl.	51 (33%)	48 (35%)	79 (41%)	29 (34%)	67 (36%)	86 (26%)	34 (30%)	27 (24%)
100–499 fl.	61 (40%)	53 (39%)	84 (43%)	43 (50%)	66 (36%)	132 (39%)	58 (52%)	57 (51%)
500–999 fl.	16 (10%)	3 (2%)	7 (4%)	2 (2%)	19 (10%)	40 (12%)	13 (12%)	14 (12%)
über 1000 fl.	7 (5%)	1 (1%)	2 (1%)	4 (5%)	10 (5%)	34 (10%)	2 (2%)	6 (5%)
	154	136	193	86	186	336	111	113

Strukturmodell zugrunde, so erhält man für die untersuchten acht Orte die in Tabelle 2 aufgelistete Verteilung der Steuerhaushalte ohne Körperschaften.

Sowohl in Ditzingen als auch in Pleidelsheim und Murr, wo es ja ebenfalls sehr viel Gesinde gab, ist die Zahl der Wohlhabenden und Reichen, die ein Vermögen von über 500 Gulden besaßen, beträchtlich höher als in den übrigen untersuchten Dörfern. Ein großes zu versteuerndes Vermögen deutet bei Haushalten in Dörfern immer auf großen landwirtschaftlichen Grundbesitz hin. So war Bernhard Dollinger in Ditzingen, der ein Vermögen von 1210 Gulden versteuerte, unter anderem Inhaber einer Hälfte des ehemaligen württembergischen Fronhofes.⁴⁹ Die beiden größten Steuerzahler in Pleidelsheim, Enderis Lemp mit 1600 Gulden Vermögen und Lucia Schäfer mit 1200 Gulden Vermögen, hatten je zur Hälfte den Murrhardtschen Hof in Pleidelsheim inne.⁵⁰ Haupterwerbsquelle dieser großen landwirtschaftlichen Betriebseinheiten war der Ackerbau, der damit in Dörfern, in denen es viele große und mittlere Höfe gab, auch die Wirtschaftsstruktur wesentlich bestimmte. Große landwirtschaftliche Betriebseinheiten erforderten häufig Gesinde zur Bestellung der Äcker oder zum Führen des Haushalts. Gerade in Ditzingen sollte ferner das Gewerbe nicht unterschätzt werden. Darauf deutet die Existenz eines Jahrmarkts hin. Dagegen waren Dörfer wie Eltingen und Gerlingen stärker vom Weinbau geprägt (obwohl etwa in Ditzingen durchaus auch Weinbau getrieben wurde).⁵¹ Der Weinbau ermöglichte vielen ärmeren Familien eine Existenz. Das Gesagte wirkt sich nicht zuletzt auf das Durchschnittsvermögen aus, das in Ditzingen bei 224 Gulden lag, in Murr bei 225 Gulden und in Pleidelsheim gar bei 315 Gulden. Demgegenüber betrug das durchschnittliche Vermögen in Eltingen und Gerlingen nur 132 Gulden beziehungsweise 134 Gulden, während es in Höfingen immerhin bei 202 Gulden lag.

Die Wirtschafts- und Vermögensstruktur in den Städten Leonberg und Marbach war zwar ebenfalls stark durch die Landwirtschaft bestimmt. Hier saßen jedoch auch Inhaber großer Vermögen, das sie durch Handel erwirtschafteten und in Renten, aber auch in Grundbesitz auf der Stadtmarkung oder auf dem Lande anlegten. Dies trifft in Leonberg auf Martin Heusler oder Johann Dreher ebenso zu wie in Marbach auf Hans Schendlin, die alle ein Vermögen von um die 5000 Gulden versteuerten. Aus diesen Familien kamen in der Regel auch die landesherrlichen Beamten, die ebenfalls ihren Sitz in der Stadt hatten. Es waren nicht zuletzt die großen Vermögen, die das Durchschnittsvermögen in den Städten nach oben zogen: in Leonberg betrug es 1544/45 277 Gulden, in Marbach 325 Gulden.

Doch die Städte waren aufgrund ihrer Marktfunktion auch Sitz von Handwerkern, die für einen überörtlichen Bedarf produzierten. Deshalb finden wir dort nicht nur die Knechte in der Landwirtschaft, sondern auch viele Handwerksgesellen. Deren Meister konnten große Vermögen besitzen, mußten es aber nicht. Denn das Handwerk konnte eine Existenzgrundlage bieten, ohne daß man über nennenswertes Vermögen – und damit in der Regel landwirtschaftlichen Grundbesitz – verfügen mußte. Solche Handwerksmeister sind in Leonberg wohl der Schuhmacher Jörg Genßlin⁵², in Marbach Veltin Nestler, Hans Hafner und Jochum Wunderlich. Alle vier beschäftigten einen Knecht, obwohl sie nur ein Vermögen von 20 Gulden versteuerten.

Einzelne Haushalte von Handwerkern und Gewerbetreibenden, in denen ein Knecht arbeitete, obwohl der betreffende Haushalt kaum Vermögen versteuerte, finden sich auch auf den Dörfern. So ist das Vermögen der Witwe des Bartlin Beck

in Gerlingen, die mit Hilfe ihres Knechts den Handwerksbetrieb ihres Mannes fortgeführt haben dürfte, nur mit 20 Gulden angegeben. Noch geringer war mit 15 Gulden das Vermögen des Ditzinger Müllers Claus Beyttel. Bei ihm ist davon auszugehen, daß er mit seinem Knecht die Mühle seines verstorbenen Vaters betrieb, für die seine Mutter in der Steuer veranlagt wurde. Der Gerlinger Zimmermann Michel Buck, der mit einem Vermögen von 80 Gulden auch nicht gerade zu den Reichsten gehörte, hatte sogar zwei Knechte angestellt, einen »alten« und einen »jungen«.

Indes, wer Gesinde beschäftigte, verfügte in der Regel über ein gewisses Vermögen. Wenn in Marbach 1545 bei Peter Müller und Hans Heuglin jeweils ein Knecht und bei Wendel Knauf eine Magd in Diensten standen, obwohl die beiden Dienstherren nur die Mindeststeuer von vier Kreuzern bezahlten, ist dies als Ausnahme anzusehen. Denn die Durchschnittsvermögen der Haushalte mit Gesinde sind 1544/45 beträchtlich höher als das Durchschnittsvermögen aller Haushalte (vgl. Tabelle 3 und Tabelle 4). Betrug das Durchschnittsvermögen aller Vermögenshaus-

Tabelle 3: Durchschnittliches Vermögen der Dienstherren von Gesinde 1544 in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und Leonberg (Steueranteile aus Besoldungs- und Pfründeinkommen wurden auf Vermögen umgerechnet)

Ort	Durchschnittliches Vermögen der Dienstherren von			
	Knechten oder Mägden	Knechten	Mägden	Knechten und Mägden
Ditzingen	543 fl. (35)	557 fl. (27)	627 fl. (25)	656 fl. (17)
Eltingen	450 fl. (13)	468 fl. (11)	571 fl. (7)	660 fl. (5)
Gerlingen	461 fl. (14)	505 fl. (10)	506 fl. (9)	630 fl. (5)
Höfingen	557 fl. (9)	557 fl. (9)	612 fl. (5)	612 fl. (5)
Leonberg	749 fl. (31)	620 fl. (20)	960 fl. (21)	935 fl. (10)
alle fünf Orte	584 fl. (102)	547 fl. (77)	708 fl. (67)	715 fl. (42)

(in Klammern die Anzahl der Dienstherren)

Tabelle 4: Durchschnittliches Vermögen der Dienstherren von Gesinde 1545 in Marbach, Murr und Pleidelsheim (Steueranteile aus Besoldungseinkommen wurden auf Vermögen umgerechnet)

Ort	Durchschnittliches Vermögen der Dienstherren von			
	Knechten oder Mägden	Knechten	Mägden	Knechten und Mägden
Marbach	726 fl. (78)	706 fl. (54)	982 fl. (45)	1213 fl. (21)
Murr	581 fl. (17)	684 fl. (12)	557 fl. (9)	838 fl. (4)
Pleidelsheim	495 fl. (33)	540 fl. (23)	510 fl. (26)	584 fl. (16)
alle drei Orte	647 fl. (128)	660 fl. (89)	781 fl. (80)	931 fl. (41)

(in Klammern die Anzahl der Dienstherren)

halte (ohne Körperschaften) in Ditzingen 224 Gulden, so verfügte ein Haushalt, in dem ein Knecht oder eine Magd angestellt war, durchschnittlich über ein Vermögen von 543 Gulden, was einen Verhältnisfaktor von 2,4 ergibt. Ähnlich lauten die Verhältniszahlen für Höfingen (202 : 557 Gulden; Faktor 2,8) und Leonberg (277 : 749 Gulden; Faktor 2,7) oder auch für Murr (225 : 581 Gulden; Faktor 2,6). Größer war die Schere in Eltingen und Gerlingen. Für beide Dörfer ließ sich jeweils ein Verhältnisfaktor von 3,4 errechnen (Eltingen 132 : 450 Gulden; Gerlingen 134 : 461 Gulden). Günstigere Verhältniszahlen hingegen sind in Marbach und Pleidelsheim festzustellen: in Marbach ein Verhältnis von 325 : 726 Gulden, was einem Faktor von 2,2 entspricht, in Pleidelsheim gar ein Faktor von 1,6 (315 : 495 Gulden). Noch höher war das Durchschnittsvermögen der Haushalte, die sowohl Knechte als auch Mägde in Diensten hatten. Bemerkenswert ist, daß das Durchschnittsvermögen der Haushalte, die eine Magd beschäftigten, in allen untersuchten fünf Strohgäuerorten, aber auch in Marbach höher lag als das Durchschnittsvermögen der Haushalte mit Knecht.

In Haushalten, die von Frauen geführt wurden, war sehr viel weniger Gesinde beschäftigt als in Haushalten, an deren Spitze ein Mann stand.⁵³ Von den 179 Knechten und Mägden, die 1544 in Haushalten in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen oder Leonberg arbeiteten, waren in Frauenhaushalten nur vier Knechte (bei Hans Beurlins Witwe und Hans Ansels Witwe in Ditzingen, bei Bartlin Becks Witwe in Gerlingen sowie bei Agnes Scheff in Leonberg) und zwei Mägde (bei Hans Beurlins Witwe in Ditzingen und Barbara Schertlin in Leonberg) angestellt, das heißt: Nur etwas über drei Prozent des Gesindes arbeitete in Frauenhaushalten. Die fünf Frauenhaushalte mit Gesinde machten sieben Prozent der 67 Frauenhaushalte in den fünf Gemeinden aus. Dagegen gab es immerhin in 97 von 642 Haushalten (15 Prozent), denen ein Mann vorstand, Knechte oder Mägde. In Marbach, Murr und Pleidelsheim war in jedem fünften Frauenhaushalt Gesinde anzutreffen, genauer in 11 von 51 (= 21 Prozent). Doch auch im Raum Marbach war bei den Haushalten, an deren Spitze ein Mann stand, der prozentuale Anteil der Haushalte mit Gesinde mit knapp 26 Prozent höher (117 von 453 Haushalte).

In einem beträchtlichen Teil der Haushalte mit Gesinde gab es nicht nur einen Knecht oder eine Magd (vgl. Tabelle 5 und Tabelle 6): In den fünf Strohgäuerorten

Tabelle 5: Gesinde in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und Leonberg 1544 nach Haushalten (K = Knecht, M = Magd, B = Bube)

Haushalt mit	Ditzingen	Eltingen	Gerlingen	Höfingen	Leonberg
3 K 1 M				1	
3 K		1			
2 K 2 M	1				
2 K 1 M	3	3	2	2	2
2 K	2	1	1		2
1 K 1 M 1 B		1			
1 K 1 M	13	1	3	2	8
1 K	8	4	4	4	8
1 M	8	2	4		11
Summe	35	13	14	9	31

Tabelle 6: Gesinde in Marbach, Murr und Pleidelsheim 1545 nach Haushalten (K = Knecht, M = Magd, B = Bube)

Haushalt mit	Marbach	Murr	Pleidelsheim
3 K 2 M	1		
2 K 2 M 1 B	1		
2 K 1 M	7	1	1
2 K	6	1	1
2 M	1		
1 K 1 M	12	3	13
1 K	27	7	6
1 M	23	5	10
1 M 1 B			2
Summe	78	17	33

Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und Leonberg hatten 49 Haushalte, das heißt fast die Hälfte aller Haushalte mit Gesinde, mehr als einen Knecht oder eine Magd angestellt. Zwölf Haushalte gaben zwei Knechten und einer Magd Arbeit. Bei Michel Kaiser in Höfingen, der ein Vermögen von 380 Gulden versteuerte, standen ein Knecht, ein Mittelknecht und ein Unterknecht sowie eine Magd in Diensten, beim Eltinger Müller Jakob Kerner, obwohl nur mit einem Vermögen von 100 Gulden zur Steuer veranlagt, je ein Mahl-, Fuhr- und Unterknecht, bei dem mit einem Vermögen von 1750 Gulden recht wohlhabenden Ditzinger Schult heißen Hans Schyhung (Scheihing) zwei Knechte und zwei Mägde.

In Marbach, Murr und Pleidelsheim betrug der Anteil der Haushalte, in denen mehr als ein Angehöriger des Gesindes lebte, 39 Prozent (50 von 128 Haushalten mit Gesinde). Im Haushalt der »Hofmeisterin« in Marbach gab es einen Oberknecht, einen Weingartenknecht, einen Unterknecht und zwei Mägde, im Haushalt des Bläsin Portler einen Oberknecht, einen Mittelknecht, einen Buben sowie je eine Ober- und Untermagd.

Handwerker, die auch über größeren landwirtschaftlichen Grundbesitz verfügten, beschäftigten neben ihrem Handwerksgesellen oft noch einen Bauern- oder Weingartenknecht für die landwirtschaftliche Arbeit, so die Bäcker Zacharias Hunn, Bernhard Eisenlauer und Alexander Beck sowie der Nestler Jakob Nestler in Marbach oder der Küfer jung Benedikt Beutelspacher in Leonberg.

Gegenüber 1544/45 hatte 200 Jahre später, um 1740, das Gesinde im Raum Leonberg zugenommen, sowohl in absoluten Zahlen als auch was den Anteil an der Gesamtbevölkerung anbelangt. Dies geht aus einer statistischen Erhebung über das Gesinde im Amt Leonberg von 1737 hervor.⁵⁴ Nach dieser Erhebung, die im Gegensatz zum 16. Jahrhundert innerhalb des Gesindes stärker differenziert in Diener, Knechte, Gesellen, Jungen und Mägde, gab es in den fünf Orten Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und Leonberg zusammen 304 Angehörige des Gesindes (vgl. Tabelle 7)⁵⁵, während es 1544 173 gewesen waren.

Für Vergleiche mit dem 16. Jahrhundert dürfen allerdings die 42 »Jungen« nicht berücksichtigt werden, da diese 1544 in der Regel offensichtlich nicht erfaßt wurden. Gleiches gilt für die fünf 1737 erfaßten »Diener« in Gerlingen und Leonberg: Die drei Diener in Leonberg waren im Haushalt des adligen Forstmeisters ange-

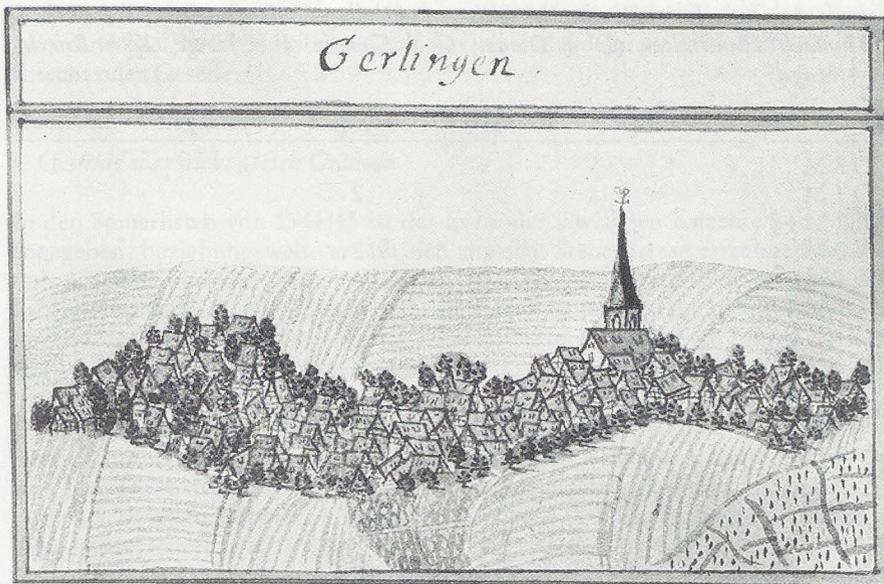
Tabelle 7: Gesinde in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und Leonberg 1737

	Ditzingen	Eltingen	Gerlingen	Höfingen	Leonberg
Diener (5)			2		3
Knechte (72)	21	5	26	9	11
Gesellen (16)	1	2	3		10
Jungen (42)	8	6	1	5	22
Mägde (169)	26	17	46	22	58
	56	30	78	36	104

stellt. Bei den beiden »Dienern« in Gerlingen, die zu den Haushalten des Pfarrers und des Schulmeisters gehörten, handelt es sich sicherlich um den Vikar und den Provisor. Die verbleibenden 257 Knechte, Gesellen und Mägde machten unter den circa 4200 Einwohnern, die damals in den fünf Orten lebten⁵⁶, einen Anteil von über sechs Prozent an der Gesamtbevölkerung aus, das heißt wohl ein Prozent mehr als 1544.

Vor allem wurde nunmehr in Gerlingen, Höfingen und Leonberg mehr Gesinde beschäftigt: in Gerlingen 75 Personen (ohne den »Jungen« und die beiden »Diener«), in Höfingen 31 Personen (ohne die fünf Lehrjungen), in Leonberg 79 (ohne die Lehrjungen und Diener). Dies ergibt in Gerlingen bei einer Einwohnerzahl von 939 Menschen im Jahr 1741 einen Anteil des Gesindes an der Gesamtbevölkerung von knapp acht Prozent. In Höfingen (435 Einwohner 1741) und Leonberg (1147 Einwohner 1741) lag der Anteil des Gesindes bei rund sieben Prozent. Dabei ist in allen drei Orten die Zunahme des Gesindes auf die Zunahme der beschäftigten Mägde zurückzuführen. In Gerlingen hatte sich zwar auch die Zahl der Knechte und Gesellen von 15 im Jahr 1544 auf 29 beinahe verdoppelt, doch die Zahl der Mägde hatte sich mit 46 gegenüber neun mehr als verfünffacht. In Höfingen gab es 1737 22 Mägde, während es 1544 ja nur fünf gewesen waren. Dagegen war die Zahl der Knechte von 13 auf neun zurückgegangen. In Leonberg war die Zahl der Mägde von 22 im Jahr 1544 auf 58 im Jahr 1737 gestiegen. Die Gesamtzahl des männlichen Gesindes (ohne die 22 Lehrjungen) war mit 21 (elf Knechte, zehn Gesellen; ohne die drei Diener) gegenüber 1544 – damals gab es 24 Knechte in Leonberg – ungefähr gleich geblieben.

Keine Zunahme der Knechte und Mägde gegenüber dem 16. Jahrhundert ist in Eltingen festzustellen. Es gab hier 1737 24 Knechte, Gesellen und Mägde gegenüber 25 Knechten und Mägden im Jahr 1544. Doch statt der etwas über 120 Haushalte hatte Eltingen nunmehr über 180 Haushalte aufzuweisen⁵⁷, und die Bevölkerung war auf über 800 Menschen gestiegen.⁵⁸ Die Knechte, Gesellen und Mägde machten deshalb hier nur noch drei Prozent der Gesamtbevölkerung aus. In Ditzingen gab es sogar einen leichten Rückgang gegenüber 1544. Sind 1544 33 Knechte und 26 Mägde nachweisbar, so sind es 1737 21 Knechte, ein Geselle, 26 Mägde sowie acht Jungen. Die 48 Knechte und Mägde in 33 (von ungefähr 190⁵⁹) Ditzinger Haushalten stellten immerhin noch einen Anteil von knapp sechs Prozent an der Gesamtbevölkerung (1741 828 Einwohner). Auffallend ist in Ditzingen die hohe Zahl des männlichen Gesindes. Unter Einbeziehung der »Jungen« gab es mehr männliches Gesinde als Mägde, auch ohne »Jungen« gab es beinahe gleich



*Gerlingen um 1680. Ansicht aus dem Leonberger Forstlagerbuch
von Andreas Kieser*

viele Knechte und Gesellen wie Mägde. Dagegen waren in Eltingen, Gerlingen, Höfingen, aber auch in Leonberg die Mägde 1737 beträchtlich in der Überzahl.

Insgesamt hatte sich mit 169 Mägden in allen fünf Orten die Zahl der Mädchen und Frauen, die in einem Dienstverhältnis standen, gegenüber 1544 (69 Mägde) mehr als verdoppelt. Dagegen hatte die Zahl des männlichen Gesindes von 104 Knechten 1544 abgenommen auf 88 Knechte und Gesellen. Der prozentuale Anteil der Mägde am Gesinde machte nunmehr 66 Prozent aus gegenüber 40 Prozent 1544.

Beschäftigten 1544 in den fünf Orten Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und Leonberg 102 Haushalte Gesinde, so waren es 200 Jahre später einschließlich der 25 Haushalte, die nur einen »Jungen«, sonst aber kein weiteres Gesinde im Haushalt hatten, 204 Haushalte (vgl. Tabelle 8). Deutlich gestiegen war der Anteil der Haushalte, in denen nur ein einziger Angehöriger des Gesindes arbeitete. Sowohl wenn man die »Jungen« berücksichtigt als auch wenn man sie nicht in die Berechnung miteinbezieht, machte der Anteil dieser Haushalte über 60 Prozent aller Haushalte mit Gesinde aus. 1544 war es noch die Hälfte gewesen. Umgekehrt: Gab es 1544 15 Haushalte, in denen mehr als zwei Angehörige des Gesindes (ohne Jungen und Buben) lebten, waren es 1737 nur noch 13.

Die Veränderungen gegenüber 1544 waren sicher eine unmittelbare Folge der gestiegenen Bevölkerungszahlen: Im Realteilungsgebiet des mittleren Neckarraums führte eine wachsende Bevölkerung zu kleineren landwirtschaftlichen Betriebseinheiten, das heißt für das Gesinde: Immer weniger Bauern brauchten einen Knecht, der ihnen bei der Feldbestellung half, nur wenige konnten es sich

Tabelle 8: Gesinde in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen und Leonberg 1737 nach Haushalten (D = Diener, G = Geselle, J = Junge, K = Knecht, M = Magd)

Haushalt mit	Ditzingen	Eltingen	Gerlingen	Höfingen	Leonberg
3 D 3 M					1
1 D 1 M			2		
2 K 2 M 1 J				1	
2 K 2 M	1		2		
2 K 1 M	3		1		
2 K 1 M 1 J					1
2 G					1
1 K 2 M			2		1
1 K 1 M 1 J	2	1			3
1 K 1 M	8	2	11	5	3
1 G 1 M		1			2
1 K 1 J	1	1			1
1 G 1 J					1
1 K	2	1	7	2	1
1 G	1	1	3		5
2 M					9
1 M 1 J	1	1			3
1 M	10	12	24	15	23
1 J	4	3	1	4	13
Summe	33	23	53	27	68

noch leisten, mehrere Knechte oder Mägde in Diensten zu halten. Die Zunahme der Mägde ist vielleicht auch damit zu erklären, daß Mägde in aller Regel, wie noch gezeigt werden wird, sehr viel weniger verdienten als Knechte und damit für die Dienstherrschaft auch billiger waren als männliches Gesinde.

Eine Gegenprobe läßt sich für Leonberg mit Zahlen aus der Mitte des 17. Jahrhunderts machen. Die Kriegseignisse des Dreißigjährigen Krieges und vor allem die große Pest von 1634/35 hatten die Einwohnerschaft auf ungefähr 700 bis 750 Personen gegenüber über 1000 vor der Pest dezimiert.⁶⁰ Obwohl große Flächen öde lagen, mußte man deshalb zur Bestellung der Äcker vermehrt auf Gesinde zurückgreifen. Und in der Tat zeigt eine Erhebung von 1648, daß es damals in Leonberg einschließlich des »Dieners« beim Forstmeister 45 Knechte und 47 Mägde gab⁶¹, während 1737 nach einer Bevölkerungszunahme um über 50 Prozent nur noch insgesamt 24 Diener, Knechte und Gesellen in Leonberg ihr Brot fanden, aber 58 Mägde.

Die 92 Angehörigen des Gesindes 1648 lebten und arbeiteten in 56 Haushalten, während 1737 Gesinde in 55 Haushalten (ohne die 13 Haushalte, in denen nur ein »Junge« anzutreffen war) nachweisbar ist. Gegenüber den Zahlen von 1544 und 1737 ist 1648 auffallend, daß viele Haushalte (27) nicht nur einen Knecht oder eine Magd beschäftigten. Der Geistliche Verwalter hatte drei Knechte und eine Magd in Diensten, in zwei weiteren Haushalten gab es zwei Knechte und Mägde, ein Haushalt hatte zwei Knechte und eine Magd, zwei Haushalte einen Knecht und zwei Mägde, 17 Haushalte je einen Knecht

und eine Magd. In einem Haushalt gab es zwei Mägde, in drei Haushalten jeweils zwei Knechte. In 18 Haushalten half nur eine Magd, in elf Haushalten nur ein Knecht oder Geselle.

Gesinde war nicht gleich Gesinde

In den Steuerlisten von 1544/45 ist der Lohn der jeweiligen Knechte und Mägde angegeben, beziehungsweise er läßt sich aus dem Steuerbetrag errechnen, so daß sich Angaben über die Verdienstmöglichkeiten machen lassen. Unter dem Vorbehalt, daß einzelne zu allen Zeiten nicht alles, was sie verdienten, auch versteuerten und aus der Quelle nicht hervorgeht, ob es sich jeweils um Jahreslöhne oder Halbjahreslöhne handelt, schwankte danach der Lohn in den fünf Orten Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen sowie Leonberg zwischen einem Gulden (den der Unterknecht des Eltinger Müllers Jakob Kerner und die Mägde der Gerlinger alt Simon Gültlinger, jung Jakob Gültlinger und Hans Scheuerlin sowie des Höfingers Jörg Dolmetsch als zu versteuernden Lohn angaben) und 14 Gulden (die ein Fuhrknecht eines weiteren Eltinger Müllers und der Knecht eines Leonberger Zieglers versteuerten).⁶²

Deutlich ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern. Die Knechte erhielten durchschnittlich $6\frac{1}{2}$ Gulden Lohn⁶³, die Mägde nur knapp über drei Gulden.⁶⁴ Auch örtliche Unterschiede sind feststellbar: In Leonberg betrug der durchschnittliche Lohn für einen Knecht knapp über sieben Gulden⁶⁵, in Eltingen knapp unter sieben Gulden⁶⁶, in Ditzingen ungefähr $6\frac{1}{2}$ Gulden⁶⁷ und in Gerlingen sechs Gulden, während in Höfingen ein Knecht durchschnittlich nur fünf Gulden erhielt. Der Durchschnittslohn für Mägde war in Ditzingen mit $3\frac{2}{3}$ Gulden am höchsten; in Eltingen und Leonberg war er etwas niedriger (jeweils $3\frac{1}{3}$ Gulden), während die Mägde in Gerlingen und Höfingen durchschnittlich nur zwei Gulden verdienten.

Aufschlußreich ist der Vergleich mit dem Raum Marbach. Denn in der Stadt Marbach war man ausweislich des Durchschnittsvermögens deutlich wohlhabender als in der Stadt Leonberg, und auch die Dörfer Murr und Pleidelsheim waren wohlhabender als etwa Eltingen oder Gerlingen. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, daß der Durchschnittslohn der Knechte in Marbach, Murr und Pleidelsheim mit $7\frac{1}{2}$ Gulden um einen Gulden über dem Wert lag, der sich für den Raum Leonberg ermitteln läßt. Allerdings: Sieht man von Murr ab, wo der Durchschnittslohn der 14 Knechte neun Gulden betrug, bewegte sich der in der Stadt Marbach bezahlte Durchschnittslohn in Höhe von $7\frac{1}{3}$ Gulden durchaus auf der Ebene des in der Stadt Leonberg bezahlten und der Pleidelsheimer Durchschnittslohn auf der Ebene des Eltinger. Die Spitzenlöhne in Marbach waren dabei höher als die in Leonberg und Umgebung: Der Bauernknecht des Hans Schendlin versteuerte 16 Gulden Lohn, der Oberknecht des Ludwig Bender sowie der Oberknecht und der Weingartenknecht der Hofmeisterin jeweils 15 Gulden. Im Unterschied zum Durchschnittslohn der Knechte war der Durchschnittslohn der Mägde hingegen in den drei untersuchten Orten des Marbacher Raums mit $2\frac{3}{4}$ Gulden niedriger als in der Leonberger Region. In Marbach betrug er $2\frac{1}{2}$ Gulden, in Pleidelsheim $2\frac{3}{4}$ Gulden. Nur Murr fällt mit einem Durchschnittslohn von $4\frac{1}{3}$ Gulden aus dem Rahmen. Grund hierfür ist zum einen der exorbitante Spitzen-

lohn von neun Gulden, den die Magd des Mesners Lienhard Huber versteuerte. Zum anderen erhielten die übrigen acht Mägde alle Löhne zwischen drei und vier Gulden, während in Marbach und Pleidelsheim auch Mägde anzutreffen sind, die nur einen Kreuzer Steuer bezahlten, was einem Lohn von einem Gulden entspricht.

Bereits an den Angaben zu den durchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten sieht man: Gesinde war nicht gleich Gesinde. Abgesehen von dem deutlichen Unterschied im Gehaltsgefüge zwischen den Geschlechtern gab es sowohl innerhalb der Gruppe der Knechte als auch bei den Mägden beträchtliche Lohnunterschiede. Spitzenlöhne von über zehn Gulden finden wir bei den Mahl- und Fuhrknechten der Müller⁶⁸ sowie bei den Knechten, die in größeren landwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten.⁶⁹ Welche Tätigkeiten der Knecht des Leonberger Zieglers Gall Beltzner für seinen Lohn von 20 Pfund Heller (14 Gulden) auszuführen hatte, ist nicht bekannt. Dienten mehrere Knechte in einem Haushalt, nahmen diese meist unterschiedliche Funktionen wahr und wurden dann auch unterschiedlich entlohnt. Der (Groß-)Knecht des Michel Kaiser in Höfingen verdiente elf Gulden, der Mittelknecht sechs Gulden und der Unterknecht zwei Gulden. In Leonberg erhielt der Weingartenknecht des jung Benedikt Beutelspacher zehn Gulden, dessen Küferknecht, also ein Handwerksgeselle, jedoch nur drei Gulden und damit weniger als die Magd, deren Lohn vier Gulden betrug. Die großen Lohnunterschiede, aber auch Bezeichnungen wie Großknecht, Oberknecht, Mittelknecht und Unterknecht spiegeln deutliche Hierarchien innerhalb des Gesindes.⁷⁰

Auch die Zusammenstellung des Leonberger Gesindes von 1648 bietet Informationen zur Lohnsituation, zusätzlich aber auch zu den Verdingungsbedingungen. Der Großteil des Gesindes, darunter sämtliche Mägde, hatte sich damals offensichtlich für ein Jahr verdingt. Bei drei Knechten ist angegeben, daß die Lohnangabe sich auf ein halbes Jahr beziehe, nämlich beim Knecht des Michel Mehrer (elf Gulden Lohn), beim Knecht des Georg Abel (10½ Gulden) und beim Schuhknecht des Hans Müller (drei Gulden). 14 Knechte erhielten einen Wochenlohn, was auf eine noch kürzere Verdingungszeit hindeutet.

Unter den Wochenlohneempfängern befanden sich die vier Knechte bei den beiden Leonberger Müllern, die jeweils ihren beiden Knechten 30 und 20 Kreuzer Wochenlohn bezahlten. Zwei Handwerksgesellen bei Sebald Keppler und Johann Friedrich Theurer erhielten 20 beziehungsweise 24 Kreuzer. Bei den übrigen Knechten mit Wochenlohn ist nicht eindeutig, ob es sich um Handwerksgesellen oder Knechte in der Landwirtschaft handelt. Die Wochenlöhne schwankten zwischen 30 Kreuzern und zwölf Kreuzern.⁷¹

Bei den 28 Knechten, die sich über ein ganzes Jahr verdingt hatten, differierten die Löhne zwischen 25 und sieben Gulden, der Durchschnittslohn lag bei 16 Gulden. Drei Knechte hatten zusätzlich zu ihrer Geldentlohnung (und der obligaten freien Kost und Schlafstelle) von ihrem Dienstherrn einen Morgen Acker überlassen erhalten, auf dem sie Sommergetreide anbauen durften. Bei zwei Knechten heißt es, daß zu ihrem Lohn noch die »Zuegehördt« komme, bei einem weiteren, daß »die halb Zuegehörung« dazukomme, ohne daß ausgeführt wäre, was darunter im einzelnen zu verstehen ist. Beschäftigte ein Dienstherr mehr als einen Knecht, so sind immer noch – wie 100 Jahre früher – beträchtliche Lohnunterschiede festzustellen. Im Hause Hirschmann erhielt der Knecht Christian 25 Gulden Lohn, der Knecht Hans 8½ Gulden. Bei Peter Fricker wurde der Knecht

Georg mit 22 Gulden entlohnt, der zweite Knecht nur mit 7½ Gulden. Der Geistliche Verwalter zahlte zwei Knechten je 23 Gulden, dem dritten aber lediglich neun Gulden.

Der durchschnittliche Lohn einer Magd betrug 5½ Gulden.⁷² Spitzenverdienerin war die Magd Rosina bei Amtsschreiber Johann Nikolaus Ege mit neun Gulden. Der niedrigste Lohn, den eine Magd erhielt, betrug mit 2 Gulden 52 Kreuzern nicht ganz ein Drittel von diesen neun Gulden. Drei Mägde, deren Geldlohn zwischen 5 Gulden und 5 Gulden 43 Kreuzern lag, erhielten zusätzlich je sieben Ellen gröberes und feineres (»reistin« und »fläxin«) Tuch.

Dienten mehrere Mägde im Haus – was in fünf Haushalten der Fall war –, waren die Lohnunterschiede nicht so gravierend wie bei Knechten, die gleichzeitig in einem Haushalt angestellt waren. Wenn Peter Fricker seinen beiden Mägden mit 5 Gulden 43 Kreuzern den gleichen Lohn bezahlte, war dies allerdings eine Ausnahme. Im Haus der Forstmeisterswitwe Bauder erhielten die beiden Mägde 5½ Gulden beziehungsweise vier Gulden (zum Vergleich: der Lohn des Knechts betrug 20 Gulden). Thomas Held und Michael Hailos bezahlten für die erste Magd jeweils fünf Gulden, für die zweite 3 Gulden 35 Kreuzer beziehungsweise 2 Gulden 52 Kreuzer. Die beiden Mägde im Hause Hirschmann verdienten mit 6 Gulden 26 Kreuzern beziehungsweise 5 Gulden 43 Kreuzern relativ gut, doch bedeutend weniger als die beiden Knechte, denen 25 und 8½ Gulden bezahlt wurden.

Daß sich die Lohnschere zwischen den Knechten und Mägden 1648 gegenüber 1544 weiter geöffnet hatte, lag sicher an dem Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft aufgrund des großen Bevölkerungsrückgangs im Dreißigjährigen Krieg. Allgemein kletterten damals die Löhne, aber auch die Preise für Handwerkerleistungen in die Höhe.⁷³ Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, traf der Schwäbische Kreis, in dem die Territorien des deutschen Südwestens zusammengeschlossen waren, 1652 eine Regelung, »wie es wegen der Eehalten, Tagelöhner unnd Handwercker in Bedingung und Arbeit auch sonst in gemeinem Handel unnd Wandel durchgehends im Craiß solle gehalten werden«. Gesinde sollte sich unter anderem künftig nur noch jahrweise (jeweils vom 27. Dezember bis zum 27. Dezember des Folgejahres) verdingen. Falls das Arbeitsverhältnis nach diesem Jahr nicht fortbestehen sollte, war eine Kündigungsfrist von mindestens sechs Wochen einzuhalten. Um dem Arbeitsmarkt Arbeitskräfte zuzuführen, sollten »auch diejenige arme Leut, welche offermalen mit vielen Kindern begabt, solche aber nit mögen dienen, sondern ehe in dem Bettel herumblauffen, angehalten werden, daß sie solche ihre Kinder, welche wol schaffen köndten, verdingen sollen«. Schließlich wollte man, »dieweiln die Handwercksleut, welche ihre habende Gesellen speisen und halten müssen, sich beschweren, daß sie in viel Weg Newerungen sowol in Essen und Trincken, Trinckgelt etc., als Lohn und andern Vortheil suchen«, solche Nebeneinkünfte der Gesellen abschaffen. Man dachte auch an die Gesundheit, indem »das Tabac-Trincken, als ein sowol der Gesundheit halben als wegen der Fewers-Gefahr unnd sonst in viel Weg hochschädliches Wesen, gänzlichen abgeschafft« und verboten werden sollte.⁷⁴

Im Anschluß an diese allgemeinen Regelungen einigten sich noch 1652 die Städte und Ämter Stuttgart, Esslingen, Cannstatt, Leonberg, Waiblingen und Denkendorf auf Höchstlöhne. Danach sollten künftig die »guten Fuhr- oder Weingardknecht das halbe Jahr hindurch für alles und alles« zwölf Gulden als

Höchstlohn erhalten dürfen, einem »starcken Weingardt- oder Oberknecht« standen maximal elf Gulden zu, einem »Under- oder Mittelknecht« neun Gulden, einem »Treibbuben oder Jungen« 4½ Gulden. Einer »Vihmacht« (Viehmagd) durften »für alles das Jahr hindurch« höchstens acht Gulden bezahlt werden, einer »Köchin oder Haußmagdt« 6½ Gulden und einem »Dienst- oder Kinds-Mägdlein deß Jahrs« drei oder 3½ Gulden. Wie die in Leonberg 1648 erhobenen Gesinde-



Mägde bei einem Handwerker, einem wohlhabenden Bürger und einem Bauern klagen über ihr hartes Leben im Haushalt ihres Dienstherrn und erhoffen sich durch Heirat und Gründung eines eigenen Haushalts eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. (Aus: Sigrud und Wolfgang Jacobeit: Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes 1550–1810, 2. Aufl. Köln 1988)

löhne zeigen, überstiegen die damals gezahlten Löhne meist nur unwesentlich die 1652 festgelegten Höchstgrenzen.

Aus der genannten Lohnregelung geht auch hervor, daß mancher Knecht sich Nebenverdienste zu sichern wußte, indem er für andere als für seinen Dienstherrn im Taglohn arbeitete, oft zum Nachteil des Dienstherrn: »Nachdem sie auch begibt, daß nicht wenig under der Bürgerschaft, welche etwann 4, 5 oder mehr Morgen Weingartens haben, keine Knecht dingen noch Blaulut zu denen

Weingärten, welche sie nicht selbst mit ihrer Hand bawen können, bestellen, sondern anderer Bawleut zu gutem Wetter mit doppeltem Lohn anstellen, dadurch anderer Baw-Herren Weingardt liegen bleiben oder doch die Arthen [= Bodenbearbeitung] nur bey bestem Wetter geschehen, als erachten die beyeinander versamblete Städt und Aempter solches gar abzuthun und keinem Bawmann, er habe dann die Arten in Lohn-Weingarten verrichtet, in Taglohn zu bawen zu vergonnen.«⁷⁵

Die kurzfristige Beendigung von Arbeitsverhältnissen oder die Arbeit für andere als für den Dienstherrn waren keine zeittypische Erscheinung für die Jahre nach dem Dreißigjährigen Krieg, wie das eingangs erwähnte Beispiel des Marx Goller belegt. Generell ist davon auszugehen, daß die persönliche Bindung zwischen Dienstherr und Gesinde meist nicht sehr ausgeprägt war. Der Dienstherr wurde häufig gewechselt⁷⁶: 1769 heißt es von der 29jährigen Barbara Ulmer aus Möhringen auf den Fildern, sie habe schon über neun Jahre in Eltingen »bei zerschiedenen Meistern gedient«, gegenwärtig diene sie seit anderthalb Jahren in der Rothenmühle.⁷⁷ Johannes Scheller aus Mönshheim war 1776 Knecht bei Johann Georg Wöhr in Eltingen, im Januar des folgenden Jahres wird von ihm gesagt, er diene nunmehr in Hirschlanden.⁷⁸ Bei demselben Bauern war 1782 ein gewisser Johann Georg Thumm Knecht, der im darauffolgenden Jahr Knecht in Bauschlott bei Pforzheim war.⁷⁹ Bezeichnend ist auch ein Eintrag im Leonberger Gerichtsprotokoll vom Juni 1577, in dem festgehalten ist, daß der Leonberger Michel Schwartz »dißmal« zu Pflugfelden »diennt«.⁸⁰

Daneben mag es jedoch durchaus Knechte oder Mägde gegeben haben, die länger bei einem Dienstherrn blieben, so daß sich engere persönliche Bindungen zwischen Dienstherrschaft und Gesinde entwickeln konnten. Dies scheint – zumal wenn es sich um Verwandte handelte – vor allem für einen Teil der Mägde zuzutreffen.⁸¹ Nur so läßt sich beispielsweise erklären, daß 1576 der Leonberger Stadtschreiber Michel Schmid und seine Ehefrau Maria Engelhart ihre Magd Anna in ihrem Testament bedachten.⁸²

Gesindedienst war für viele eine Station zwischen der Kindheit und der Verheiratung.⁸³ So heißt es 1765 von Rosina Stöcklin in Eltingen, sie habe ehemals als Magd gedient, sei aber nun Lorenz Stöcklins Frau.⁸⁴ Ja, Gesindedienst konnte geradezu Teil der Ausbildung sein, eine Zeit des Lernens und Vorbereitung für die Gründung eines eigenen Haushalts. Dies trifft institutionalisiert für die Lehrlinge und Gesellen im Handwerk zu. Doch auch die »Jungen« und Knechte, die bei einem Bauern in Dienst standen, lernten durch Beobachtung und Nachahmung die Arbeiten auf dem Feld.⁸⁵ Manches Mädchen, das die Mutter oder gar beide Elternteile verloren hatte, dürfte vom Vater beziehungsweise den Vormündern als Magd in den Dienst eines anderen Haushalts gegeben worden sein, um dadurch Fertigkeiten zu erlernen, die eine Hausfrau benötigte. Die Magd Anna Ursula Reinöhl, Tochter des Landgerichtprokurators Reinöhl (also eines Angehörigen der Oberschicht) und Bürgerin zu Isny, brachte in einem Prozeß vor dem Landgericht Schwaben gegen ihren Dienstherrn, einen Memminger Lodenweber, 1718 vor, sie sei »eines ehrlichen und wolbekannten Mannes Tochter und mütterlosen Waysen, die eben nicht aus Brotmangel oder aber um dises Lodwebers willen, zu dem sie aus Einfalt und ohne ihres Vatters Vorwissen oder Willen sich verdingen lassen, sondern deswegen in die Frembde gestellt worden, damit sie unter honetten Leütten die dem Frauenzimmer wolanstehende Sitten und Geschaffte mit grösserer

Emsigkeit, als etwan bey denen Eltern zu geschehen pflegt, fassen und einen mehr aufgeraubteren Humor erlangen möge«. ⁸⁶

Nicht wenige mußten jedoch gerade »aus Brottmangel« Gesindedienste annehmen. Für arme Familien bedeutete der Gesindedienst eines Kindes eine spürbare Entlastung, da damit ein Esser weniger am Tisch saß. ⁸⁷ Einen Einblick, wie man in einer vielköpfigen Familie auswärtige Dienste annahm, bietet das tragische Schicksal der Familie des Georg Wendel in Eltingen, die 1596 beinahe vollständig von der Pest ausgerottet wurde. Im August jenes Jahres wurde die Tochter Anna von Hirschlanden, wo sie als Magd gedient hatte, krank nach Eltingen gebracht. Ein Sohn wurde von Pforzheim, wo er offensichtlich in Diensten stand, ebenfalls krank nach Eltingen geschafft, eine 15jährige Tochter starb in Enzweihingen. ⁸⁸ Aus Schwäbisch Haller Quellen wissen wir, daß mehr als die Hälfte der dortigen Mägde bis zum Alter von vierzehn Jahren ihren elterlichen Haushalt schon verlassen hatten, ja fast 30 Prozent bei Dienstantritt noch richtige Kinder waren, nämlich zwischen sechs und zehn Jahre alt. ⁸⁹ In Ditzingen starb 1689 eine vierzehnjährige Magd. ⁹⁰ Kinder und Heranwachsende wurden durchaus auch auswärts in Dienste gegeben. Die 15jährige Tochter des Eltingers Georg Wendel in Enzweihingen war keine Ausnahme. 1587 heißt es von den Leonberger Torwärttern Adam Has und Hans Ellsesser, sie hätten »ire alte Kinder in das Bapstumb«, das heißt wohl in die katholische Reichsstadt Weil der Stadt, verdingt. ⁹¹ Dabei handelt es sich bei dem Kind des Hans Ellsesser wohl um den 1576 geborenen Sohn Hans, der damals also elf Jahre alt war, bei Adam Has kommen unter anderem die Söhne Hans (* 1573), Jakob (* 1576) oder die Tochter Katharina (* 1578) in Frage. ⁹²

Die frühneuzeitliche Agrargesellschaft war eine Mangelgesellschaft. Ungefähr die Hälfte der Leonberger Bevölkerung des 16. Jahrhunderts lebte am Existenzminimum oder darunter. ⁹³ Ähnliches dürfte für die Dörfer gelten. Mißernten und damit verbundene Teuerungszeiten, Seuchen, aber auch individuelle Krisen wie etwa langwierige Krankheiten waren für große Teile der Bevölkerung verbunden mit akuter Not, nämlich mit Hunger. Gesindedienst war für manchen Witwer und manche Witwe, die nicht oder nicht mehr über die materiellen Ressourcen verfügten, um einen eigenen Haushalt zu führen, oft die einzige Möglichkeit, sich den Lebensunterhalt zu verdienen.

Stephan Schyvelweins Witwe in Eltingen diente 1544 als Magd in Oßweil, und die Witwe des Caspar Röckle stand 1770 in einem Beschäftigungsverhältnis auf der Eltinger Rothenmühle. ⁹⁴ Der Leonberger Witwer Michel Schwartz schließlich verdingte sich 1577 als Knecht in Pflugfelden. Sein unmündiges Kind ließ er offensichtlich in Leonberg zurück, denn das Leonberger Stadtgericht, das auch die Funktion eines heutigen Gemeinderats wahrnahm, stellte ihm im Juni 1577 ein Ultimatum, er solle »seim Meister wol biß Weyhennecht außdienen, volgendts soll er sich alher stellen, sein Kindt erziehen und sich wol haltten«, sonst verliere er sein Bürgerrecht. ⁹⁵

Gelegentlich begegnen sogar Verheiratete unter dem Gesinde: Hans Lonhart, 1548 Knecht bei Oswald Renhart in Leonberg, war seit 1547 Leonberger Bürger, ein untrüglicher Hinweis, daß er verheiratet war. ⁹⁶ Als 1580 Barbara, Tochter von Michel Schäfer und der Appollonia Kreuzlin, sich in ihrem Geburtsort Leonberg ihre eheliche Geburt bescheinigen ließ, beurkundete man ihr, ihre Eltern hätten in Eltingen geheiratet und »vor ettlich Jarn sie dienstweis alhie in ehelichem Standt erzeugt«. ⁹⁷ Friedrich Buchter aus Birkenfeld, der Mahlknecht

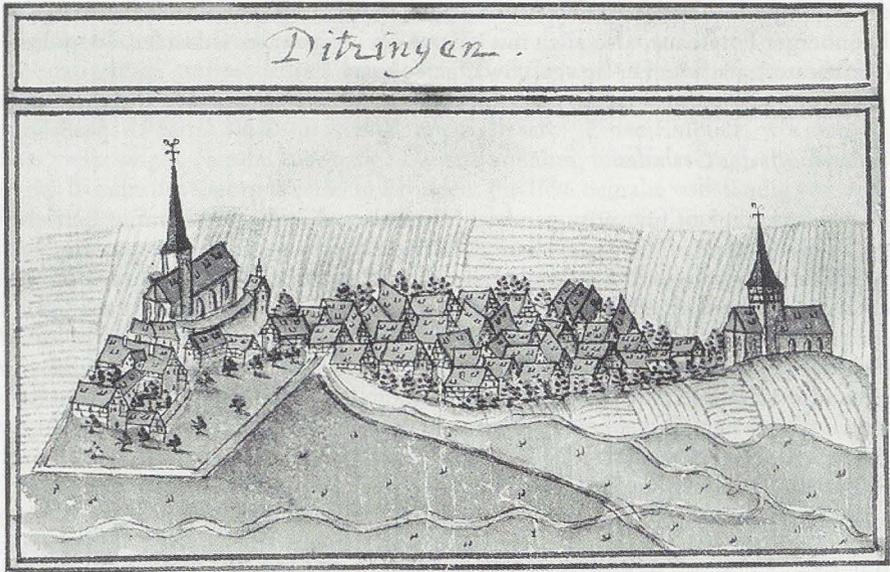
des Eltinger Müllers Christian Münsinger, hatte sich mit der Saugamme im Leonberger Forsthaus, also auch mit einer Angehörigen des Gesindes, »copulirt« (verheiratet), nachdem er sie »geschwängert« hatte.⁹⁸

Herkunft des Gesindes

Die Notwendigkeit für vermögendere Haushalte, ab einer bestimmten Betriebsgröße und/oder Familienkonstellation Gesinde beschäftigen zu müssen, die Notwendigkeit, den vielen Waisen und Halbwaisen eine angemessene Vorbereitung für eine eigene Haushaltsgründung zukommen lassen zu müssen, die Notwendigkeit für arme Familien, durch Gesindedienst einen Teil der Familie zu versorgen, kurz: die ökonomischen und familiären Zwänge der Agrargesellschaft erklären, daß vor allem die Mägde häufig aus dem Ort stammten, wo sie dienten. Ja, nicht selten waren sie mit dem Dienstherrn verwandt: Jakob Fricker in Leonberg beschäftigte 1648 seine Schwester als Magd⁹⁹, im Eltingen des 18. Jahrhunderts war Anna Maria Schäufole Magd im Haushalt ihres »Vetters« Jakob Widmaier, Anna Roth bei ihrer »Basen«, der Frau des Leonhard Kohler. In ihrem Heimatdorf Eltingen – und wohl oft bei Verwandten – verdingten sich als Magd unter anderem Magdalena Böhmler (bei Anna Böhmler), Anna Maria Böhmler (bei der Frau des Michael Böhmler, bei dem auch Margaretha Magdalena Oßwald und die Schäferstochter Margaretha Böhmler zeitweise in Dienst standen), Magdalena Eiß (bei Johann Leonhard Kohler), Helena Böhmler (bei Johann Georg Vogenberger) und Margaretha Meyer (bei Jakob Eiß) sowie – jeweils bei einem Eltinger Müller – Margaretha Ziegler, Margaretha Mörk geb. Wöhr und Margaretha Röckle.¹⁰⁰

Die übrigen Mägde, die sich nicht aus dem Dienstort rekrutierten, kamen aus der näheren Umgebung, genauer: aus einem Umkreis von 25 Kilometern Luftlinie, wie sich aus Leonberger Quellen des 16. Jahrhunderts, aus Ditzinger des 17. und aus Eltinger Quellen des 18. Jahrhunderts erkennen läßt.¹⁰¹ Daß eine Frau aus Eisingen bei Pforzheim, eine andere aus Ebershardt bei Nagold in Ditzingen Mägde waren, ist ebenso als Ausnahme anzusehen wie die Herkunft einer Eltinger Magd aus Gomaringen bei Reutlingen.¹⁰² Wer sich als Magd auswärts verdingte, ging umgekehrt meist in Orte der näheren Umgebung: Eltingerinnen sind im 18. Jahrhundert als Mägde in Leonberg¹⁰³, Gebersheim¹⁰⁴ und Stuttgart¹⁰⁵ nachgewiesen.

Anders sieht es bei den Knechten aus. Durch die obligatorische Wanderschaft der Handwerksgesellen kamen diese gelegentlich von weit her. 1569 hielt sich der Kürschnergeselle Adam Quil aus dem schlesischen Reichenbach in Leonberg auf, ein 18jähriger Kürschnergeselle aus Crailsheim starb 1654 in Ditzingen.¹⁰⁶ Direkte Zeugnisse über die Herkunft der Handwerksgesellen sind indes die Ausnahme. Oft läßt sich eine Gesellentätigkeit jedoch erschließen, wenn ein auswärtiger Handwerker nach seiner Wanderschaft das Bürgerrecht erwarb. Denn zu diesem Zweck mußte er die Bescheinigung des Heimatorts über seine eheliche Geburt, den sogenannten Geburts- oder Mannrechtsbrief¹⁰⁷, den er für seine Wanderschaft benötigt hatte, auf dem Rathaus abliefern.¹⁰⁸ Dazu gehörten in Leonberg der Glaser Hans Moller (Müller) aus Prettin in Sachsen, der 1556 auf die Wanderschaft gegangen war¹⁰⁹ und sich zu Beginn der 1560er Jahre in das Leonberger Bürgerrecht einkaufte¹¹⁰, sowie der Schlosser und Kleinschmied Jürgen Hinrich Dacke



*Ditzingen um 1680. Ansicht aus dem Leonberger Forstlagerbuch
von Andreas Kieser*

aus Verden an der Aller, der 1704 seinen 1701 ausgestellten Geburtsbrief vorlegte.¹¹¹ Die meisten Handwerksgesellen in Leonberg stammten aber – wie eine Analyse ihrer Herkunftsorte für das 16. Jahrhundert ergibt – aus dem schwäbisch-fränkischen Raum von Wertheim im Norden¹¹² bis Ebingen¹¹³ und dem Bodensee-Raum im Süden.¹¹⁴ Viele kamen offensichtlich aus dem ostschwäbischen Raum¹¹⁵, während im Westen der Schwarzwald eine deutliche Barriere bildete. Der Großteil der Heimatorte der Handwerksgesellen befand sich innerhalb eines Umkreises von 40 Kilometern Luftlinie.¹¹⁶

Die Beobachtung, daß viele Handwerksgesellen bei einem Meister in der näheren und weiteren Umgebung ihres Heimatortes arbeiteten, wird durch eine Analyse des Eltinger Quellenmaterials für das 18. Jahrhundert bestätigt, zumal hier im Gegensatz zur Stadt Leonberg mit ihrer Marktfunktion weitgehend nur die typischen Dorfhandwerker wie die Bäcker, Schuhmacher, Wagner, Zimmerleute oder Maurer anzutreffen waren, die zur Deckung des täglichen Bedarfs, für die Landwirtschaft und für das Bauen notwendig waren. 1740 erfahren wir von einem Schuhknecht aus Gechingen¹¹⁷; der Eltinger Maurergeselle Friedrich Wöhr, Sohn des Maurers Johann Jakob Wöhr, arbeitete bei einem Maurermeister in Leonberg¹¹⁸, der Eltinger Schneidergeselle Johann Ulrich Riethmüller in Pforzheim.¹¹⁹

Aus einem Umkreis von maximal 40 Kilometern Luftlinie, wenn nicht gar aus dem Ort, in dem sie dienten, stammten die Fuhrknechte und die Mahlknechte auf den Mühlen und die Knechte in der Landwirtschaft¹²⁰: Im Leonberg des 16. Jahrhunderts kam Hans Lonhart, 1548 Knecht bei Oswald Renhart, aus Gerlingen, war aber – wie bereits erwähnt – seit 1547 Leonberger Bürger.¹²¹ Jörg Höschele, 1533 Knecht bei Bastian Kurtz, war in Magstadt zu Hause¹²², ein Knecht von jung

Benedikt Beutelspacher 1559 in Vaihingen.¹²³ 1566 beschäftigte Lorenz Haug Hans Kercher von Heimsheim als Knecht, 1567 der Krämer Michel Klein einen gewissen Jörg Sautter von Darmsheim.¹²⁴ Hans Paur, 1570 Mahlknecht des Fleischmüllers Bastian Beutelspacher, kam aus Weilheim unter Teck, ein weiterer Müllerknecht aus Aspach bei Backnang (1546).¹²⁵ Auffallend ist, daß alle drei Leonberger Fuhrknechte, von denen der Herkunftsort bekannt ist, aus dem Oberen Gäu und dem Korngäu stammten.¹²⁶ Außerhalb des genannten 40-Kilometer-Radius lagen lediglich die Herkunftsorte des Schmid Hansen von Gruibingen, Knecht der Mutter des Hans Helfrid, und des Melcher von Bopfingen, Knecht des Hans Miller.¹²⁷

In Ditzingen verdingten sich im 17. Jahrhundert Knechte aus Friolzheim, Flacht, Rutesheim, Gebersheim, Schöckingen, Münchingen, Asperg und Winnenden sowie aus Effringen bei Wildberg. Von weiter her kamen ein Müllerknecht aus Tuningen und ein Eselsknecht aus der Gegend von Lauingen, der sicher ebenfalls auf einer Mühle in Diensten stand. Mit den großen Wanderungsbewegungen nach dem Dreißigjährigen Krieg ist zu erklären, daß für die zweite Hälfte des Jahrhunderts zwei Knechte aus der Schweiz und einer aus Böhmen in Ditzingen nachgewiesen werden können.¹²⁸

In Eltingen trat 1762 der Eltinger Matthäus Wöhr in die Dienste des Schweizermüllers.¹²⁹ Auf Eltinger Mühlen sind für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts ferner Knechte aus Vollmaringen (bei Nagold), Bondorf (ebenfalls bei Nagold), Walddorf bei Tübingen, Birkenfeld bei Pforzheim und Knittlingen quellenmäßig belegt.¹³⁰ Herkunftsorte weiterer Knechte, die in Eltingen im 18. Jahrhundert dienten, sind Ottenbronn bei Calw, Möttlingen, Mönshheim und Altdorf bei Tübingen.¹³¹

Ehe, Liebe, Liebelei

Im Gesindedienst lernten viele ihren künftigen Ehepartner kennen. Hans Scheufelin aus Kuppingen, geboren um 1546, ist 1567 als Fuhrknecht des Lorenz Haug in Leonberg belegt, Hans Betz aus Beilstein 1569 als Geselle des Bäckers Hans Lauer, Georg Benzlin aus Möhringen, geboren 1553, 1573 als Knecht des Sebastian Besserer. Alle drei heirateten Leonberger Bürgerstöchter, erwarben das Leonberger Bürgerrecht und begründeten damit einen bürgerlichen Haushalt: 1569/70 Scheufelin und Betz, 1573 Benzlin. Betz besaß 1575 ein Haus und geringen landwirtschaftlichen Grundbesitz. Bei einem Gesamtumfang von 0,7 Hektar verteilte sich dieser auf drei Äcker und eine Wiese, von denen er sich jedoch bald trennte, sowie einen Weinberg, ein »cleins Stückhlin Egarten« (ein brach liegender Weinberg) und einen Garten.¹³² Er dürfte überwiegend von seinem Handwerk gelebt haben. Scheufelin konnte erst 1579 ein halbes Haus erwerben. Daneben besaß er noch zwei Morgen Acker und drei Morgen (knapp ein Hektar) Weingarten, mit denen er seine Familie durchbringen mußte. Zeitweise verdiente er sich wie andere Angehörige der Unterschicht durch die Übernahme städtischer Dienste ein Zubrot, nämlich als Feldschütz beziehungsweise Waldschütz. Benzlin besaß 1591 beim Tod seiner Frau ein Haus, knapp ein Hektar Acker, 0,4 Hektar Weinberge und einen Baumgarten, die einen Wert von 510 Gulden hatten. Dem standen Schulden in Höhe von 140 Gulden gegenüber. Es ist davon auszugehen, daß sein landwirtschaftlicher Besitz nicht ausreichte, seinem Haushalt den Lebensunter-

halt zu sichern, so daß er sich als Tagelöhner, vielleicht auch weiterhin als Knecht verdingen mußte.¹³³

Heirat war nicht nur eine Sache der Gefühle. Denn die Zustimmung der Eltern beziehungsweise Vormünder wurde verlangt. Voraussetzungen einer Ehe waren außerdem nach der württembergischen Eheordnung von 1687 zum einen die »Tüchtigkeit« zur Ehe, zum anderen die Fähigkeit, den neuen Haushalt ernähren zu können.¹³⁴ Als der Leonberger Stadtschreiber Michel Schmid und seine Ehefrau Maria Engelhart ihrer Magd testamentarisch zehn Gulden, eine Bettstatt und eine Kuh zur Aussteuer vermachten¹³⁵, schufen sie damit für die Magd alle materiellen Voraussetzungen, um eine Ehe eingehen und einen eigenen Haushalt gründen zu können.

Für manchen Angehörigen des Gesindes stellten Witwen beziehungsweise Witwer eine gute Partie dar. Die hohe Sterblichkeit führte dazu, daß es immer Witwer und Witwen »im besten Alter« gab. Der Witwer brauchte eine Frau zur Führung des Haushalts und für die Erziehung der Kinder¹³⁶, die Witwe einen Mann, der die Landwirtschaft umtrieb oder den Handwerksbetrieb des verstorbenen Mannes fortführte. Das bekannte Phänomen, daß Witwen einen Gesellen aus dem Beruf des verstorbenen Mannes heirateten¹³⁷, läßt sich in Leonberg für das 16. Jahrhundert mehrfach belegen, so bei den Witwen der Metzger Martin Genßlin und Severin Haid, bei der Witwe des Bäckers Hans Laurer oder der Witwe des Kannengießers Michel Beck. Altersunterschiede zwischen den Ehepartnern wurden dabei oft in Kauf genommen. Als allerdings die Eltinger Müllerswitwe Anna Magdalena Münsinger 1766 ihren Knecht Johann Friedrich Würzbacher aus Knittlingen heiraten wollte, meldete die Obrigkeit am 23. September 1766 Bedenken an: »Man nimmt aber Anstand ab seiten hiesigen Unteramts darein zu willigen, angesehen die Münsingerin schon bereits 51 Jahr zurückgeleget und ihr Sponsus [Verlobter] erst 20 Jahr alt ist, zudem er Würzbacher ein böser, eigennütziger, leicht- und eigensinniger Mensch ist, indem er lezt den 7. September Sonntagsnacht mit einem Pferd eigenmächtiger Weiße davongeritten und drei Tage ausgeblieben. Solches hat er samstags, montags und heut wieder ohne Vorwissen der Meisterin gethan, dadurch die Mühle versäumt, die Meisterin verderbt und die Kunden verloren werden.«¹³⁸

Andere, die nicht die entsprechenden Mittel zu einer erfolgreichen Haushaltsgründung aufbringen konnten oder denen sich nicht die Chance bot, einen Witwer oder eine Witwe zu heiraten, mußten dagegen viele Jahre, oft zeitlebens ledig bleiben und versuchen, sich als Knecht oder Magd ihren Lebensunterhalt zu verdienen.¹³⁹ Dazu gehörten sicher Agnes, die Magd des Konrad Hemminger in Ditzingen, die als 50jährige 1635 starb, oder Maria Osswald von Ebershardt bei Nagold, von der es bei ihrem Tod 1673 heißt, sie sei seit ungefähr 20 Jahren in Ditzingen. Hans Roschart war 40 Jahre Knecht in Ditzingen, als er 1688 im Alter von 67 Jah-

*Abb. rechts:
Tagelöhner und Viehmagd um 1700. Viele Mägde, denen die Mittel für eine Aussteuer fehlten, mußten lange oder sogar ihr Leben lang ledig bleiben. Sie standen – wie die Abbildung zeigt – mit den armen Tagelöhnern sozial auf einer Stufe. (Aus: Sigrid und Wolfgang Jacobeit: Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes 1550–1810, 2. Aufl. Köln 1988)*



Tagelöhner.
 Ist gute Nacht auf heut! für's bäck
 will ich laufen
 Mein Crema lass mir auch den heug-
 gen weiter laufen.

Wich-Magd.
 Ich mache alles mit und geh mir
 Licht darin
 Weil meine Sau schon sind ver-
 schen und eingethan.

ren verschied.¹⁴⁰ Mit 55 Jahren diente 1770 noch der katholische Matthäus Kieffer aus Vollmaringen bei Nagold als Bauernknecht auf der Eltinger Schweizermühle. Über seine Vermögensverhältnisse sagte er aus, »von Eltern habe er nichts; was er habe, sei Liedlohn [Arbeitslohn], das er seiner Schwester bei Rastat drinn wohnend aufzuheben gegeben, welches beiläufig 60 Gulden sein werden, bei seinem Meister werde er 15 bis 20 Gulden haben«. Er »sei eben ein armer Kerl«.¹⁴¹

Außer- und voreheliche Sexualkontakte waren streng verboten und unter Strafe gestellt¹⁴², kamen aber gerade bei Angehörigen des Gesindes häufig vor, wie Beispiele aus dem Eltingen des 18. Jahrhunderts zeigen mögen. 1740 störten »in der Nacht deß heiligen Dreyfaltigkeitsfest« drei Burschen ein Rendezvous des Schuhknechts Johann Georg Wagner mit der Magd der Anna Böhmler. 1750 bezeugten Katharina Widmaier und ihr 15jähriger Sohn, der mit der Magd Christina das Zimmer teilte, daß ein gewisser Christoph Wieland bei der Magd »nächtlicher Zeit in der Kammer gewesen«. Zwei Jahre später, im August 1752, wurde Christoph Wieland erneut auf frischer Tat ertappt, diesmal bei Margaretha Bieder, die seit wenigen Wochen, genauer seit Juni, Magd bei Johann Georg Metzger war: Ein Streifengänger im Ort sah um Mitternacht am Haus Metzgers »einen auff der Leiter stehen vor der Magd Kammerladen und die Magd in der Kammer ebenfalls vor dem Laden, jenem gab er ein paar Streich auff die Füße, und als er nicht reden wolte, versetzte er ihm noch ein paar, biß er redete, der war dann Christoph Wieland, Cunrad Wielands Schreiners Sohn«. Eine Stunde später sah der Sohn Metzgers, der mähen gehen wolte, »vor der Magd Kammerladen die Scheurenleiter stehen«, machte Licht und holte den Nachtwächter Jacob Raisch. Dann ging er »mit dem Licht in das obere Hauß [Obergeschoß] für die Kammer seines Vatters Magd und beehrte eingelaßen zu werden, die aber nicht gleich einwilligte; indeßen hörete er einen, der sich von dem Bett loßmachte und den Laden aufrieß; Jacob Raisch, der unten stunde, sahe ihn zum Laden heraussteigen, und als er die Leiter herunter war und die Flucht ergreifen wolte, erwischte er ihn bey den Haaren und führte ihn in den Hoff herfür, der war dann der obgedachte Christoph Wieland«.¹⁴³

Zwischen Knechten und Mägden, die im gleichen Haushalt dienten, scheint es häufig nicht nur ein gemeinsames Dienstverhältnis gegeben zu haben¹⁴⁴: Als Maria Sybilla Günth bei der Witwe Anna Ansel gedient habe, sei der Knecht – so später die Magd – »öffters bey ihm gewesen und ihro beygewohnt«. Anna Ansel bestätigte, »daß sie zum zweyten Mahl die Magd bey dem Knecht angetroffen« habe. Die 21jährige Magd in Christian Münsingers Mühle, eine Eltingerin, hatte zweimal Geschlechtsverkehr mit dem Mahlknecht, obwohl dieser verheiratet war.

Ein Verhältnis zwischen dem Knecht und der Magd in einem Haushalt wurde in der Regel dann offenkundig, wenn die Frau schwanger wurde. Die 24jährige Magdalena Wöhr, die bereits zwei uneheliche Kinder hatte und in Diensten eines Leonberger Maurermeisters stand, erwartete 1773 ihr drittes Kind. Als Vater gab sie den Gesellen ihres Dienstherrn an. Dieser, Friedrich Wöhr, Sohn des Eltinger Maurers Johann Jakob Wöhr, habe sie »in ihres Meisters Hauß und in ihrem gewöhnlichen Magdbett« geschwängert. Zehn Jahre später war die 27jährige Schwester Friedrich Wöhrs, die als Magd seit dem 27. Dezember 1782 auf der Eltinger Schweizermühle diente, von Johann Georg Bart schwanger, der »mit ihr in der Schweizermühle gedient« und noch eine weitere Frau, die 30jährige Maria Katharina Raisch, geschwängert hatte. 1780 war die 22jährige Anna Maria Stegmüller, Tochter des

Tagelöhners Caspar Stegmüller, die »schon bei 1½ Jahren ausser dem Ort in Diensten« war, schwanger von – wie sie sagte – dem 24jährigen Adam Sauter von Ditzingen, »der neben ihr im Maierhauß zu Gebersen [Gebersheim] gedient«, 1785 die 36jährige Maria Magdalena Kuppinger von dem 19jährigen Johann Georg Wanner, »der neben ihr auf dem Seehaus gedient«. ¹⁴⁵

Fünf weitere Mägde, von denen uneheliche Schwangerschaften in Eltinger Quellen zwischen 1736 und 1786 überliefert sind, waren zwischen 21 und 30 Jahre alt. ¹⁴⁶ Zu der sicheren Strafe, die eine Schwangerschaft nach unehelichem Geschlechtsverkehr nach sich zog, kam noch das Risiko für die Magd, von ihrem Dienstherrn deswegen entlassen zu werden. ¹⁴⁷ So wurde 1749 die 26jährige Margaretha Wolfangel, die in Stuttgart »seit Georgi [23. April] in Herrn Regierungsrath Mylii Hauß in Diensten gewesen, . . . von ihrem Herrn den 1. August mit einem Brieff« in ihren Heimatort Eltingen »gesandt und als verdächtig der Schwangerschaft angegeben«. ¹⁴⁸

Ein Verhältnis mit dem Bauernknecht ihres Dienstherrn brachte die 37jährige Margarethe Wöhr 1770 um die Chance, durch Heirat einen eigenen Haushalt begründen zu können. Im Frühjahr hatte sie Johann Georg Mörk geheiratet. Nach zwei Monaten stellte es sich heraus, daß sie mit dem Bauernknecht in der Schweizermühle, dem 55jährigen Matthäus Kieffer, »in ihres Meisters Johann Michael Müllers Schweizermüllers Hauß« Geschlechtsverkehr gehabt hatte und schwanger geworden war, worauf ihr Mann erklärte, er wolle sie nicht als Frau behalten. ¹⁴⁹

Von wem im selben Jahr 1770 die Initiative ausging, von dem jungen, bereits mit einer anderen Frau verlobten Müller Johann Michael Münsinger, dem Sohn der Dienstherrin, in deren Bett es zum Geschlechtsverkehr kam, oder von der Magd, einer 36jährigen Witwe, läßt sich heute nicht mehr sagen. Die Magd behauptete, er sei zu ihr gekommen, der Müller, »sie habe ihm keine Ruhe gelassen«. ¹⁵⁰

Eindeutig sexuell zudringlich wurde hingegen Georg Friedrich Prophet in Gebersheim gegenüber seiner Magd Dorothea Seitzinger. Prophet habe sie – so die Aussage der Magd – »zu einer Hure machen wollen, indeme er ungefähr vor der Erndte deß Nachts« auf dem Weg in die Schlafkammer, die man als gefangenen Raum nur durch die Magdkammer erreichen konnte, »zue ihre übers Bett gekommen, über sie hingelegen und sie geküßt habe mit dem Zusaz, sie solle ihn bey ihr liegen lassen«. ¹⁵¹

Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß auswärtiger Gesindedienst den einen oder die andere dazu bringen konnte, die Partnerwahl noch einmal zu überdenken. Der Eltinger Schneidergeselle Johann Ulrich Riethmüller lernte die 23jährige Maria Johanna Gußmann aus Sindelfingen in Pforzheim kennen, »allwo sie in Diensten gewesen und er als Gesell geschafft«; er sei mit ihr »in ihres Veters Hauß, des Meisterschneiders Gußmans in Pforzheim bekannt worden«. Zwar war Riethmüller mit einer anderen Frau bereits »versprochen«, das heißt verlobt, doch gegenüber Maria Johanna erklärte der Eltinger, »es warte eine Leonbergerin auf ihn, aber er nehme sie nicht«. ¹⁵²

Anmerkungen

- 1 Urfehden aus dem Gerichtsbezirk Vaihingen 1416 und 1498–1563, bearb. von Christine Bührlen-Grabinger, Vaihingen/Enz 1992 (Beihefte zur Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz 2), S. 53 (Nr. 101).
- 2 Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, hrsg. von August Ludwig Reyscher, Bd. 12, Tübingen 1841, S. 787. Die Zitate aus gedruckten und handschriftlichen zeitgenössischen Quellen sind in diesem Aufsatz buchstabengetreu wiedergegeben, der Gebrauch von vokalischem und (halb-)konsonantischem i und j beziehungsweise u und v wurde ebenso wie die Groß- und Kleinschreibung, die Zusammen- und Getrennschreibung sowie die Zeichensetzung nach heutigem Sprachgebrauch normalisiert.
- 3 Rainer Schröder: Das Gesinde war immer frech und unverschämt. Gesinde und Gesinderecht vornehmlich im 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992, S. 67 f. und S. 130 ff.
- 4 Reyscher (wie Anm. 2), Bd. 12, S. 788.
- 5 Die Literatur zum Thema (ohne Handwerksgelesen) ist nunmehr zusammengestellt von Claudia Harrasser: Von Dienstboten und Landarbeitern. Eine Bibliographie zu (fast) vergessenen Berufen, Innsbruck/Wien 1996. Darin noch nicht berücksichtigt ist Renate Dürr: Mägde in der Stadt. Das Beispiel Schwäbisch Hall in der Frühen Neuzeit, Frankfurt a. M./New York 1995; Gesinde im 18. Jahrhundert, hrsg. von Gotthardt Frühsorge, Rainer Gruenter und Beatrix Freifrau Wolff Metternich, Hamburg 1995.
- 6 Vgl. Rainer Schröder: Gesinderecht im 18. Jahrhundert, in: Gesinde im 18. Jahrhundert (wie Anm. 5) S. 13–39, hier S. 33 ff.
- 7 Vgl. zusammenfassend Ingeborg Weber-Kellermann: Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte, 7. Aufl. Frankfurt a. M. 1982, S. 76 f. und S. 87 ff.
- 8 Ev. Pfarrarchiv Eltingen (PfarrAE) Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 74. Für das großzügige Entgegenkommen bei der Benutzung des Pfarrarchivs Eltingen sei an dieser Stelle Herrn Pfarrer Gerd Koch gedankt.
- 9 Vgl. beispielsweise PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 216 (19. 11. 1770): Im November 1770 wurden Lichtkärze – so wurden diese Zusammenkünfte genannt – »wegen der harten und theuren Zeiten« in zwölf Haushalten gehalten, und zwar im ersten Haushalt für neun Frauen, im zweiten Haushalt für sechs Frauen, darunter zwei Mägde, im dritten Haushalt für acht Frauen, darunter »Martin Widmeiers Weib und Magd«, im vierten Haushalt für sieben Frauen, darunter Lorenz Bömlers Magd, im fünften Haushalt für sieben Frauen, darunter jung Sebastian Röklins Frau und Magd sowie eine weitere Magd, im sechsten und siebten Haushalt jeweils für sechs Frauen, im achten Haushalt ebenfalls für sechs Frauen, darunter Michel Wendels Frau, Tochter und Magd sowie zwei weitere Mägde, im neunten Haushalt für sieben Frauen, darunter zwei Mägde, im zehnten Haushalt für acht Frauen, im elften Haushalt für sieben Frauen, im zwölften Haushalt schließlich für drei Frauen.
- 10 Grundlegend Otto Brunner: Das »Ganze Haus« und die alteuropäische »Ökonomik«, in: Otto Brunner: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, 2. Aufl. Göttingen 1968, S. 103–127, vor allem S. 105 und 112; zusammenfassend Erich Egner: Epochen im Wandel des Familienhaushalts, in: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen, hrsg. von Heidi Rosenbaum, Frankfurt a. M. 1974, S. 56–87, hier S. 57–63, und neuerdings Dürr (wie Anm. 5) S. 18 ff.
- 11 Peter Laslett: Familie und Industrialisierung: eine »starke Theorie«, in: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1976, S. 13–31, hier S. 13 f.
- 12 Ev. Pfarrarchiv Malmshaus I A 1.2 (Kirchenbuch Bd. 2) S. 58.
- 13 Beschreibung des Oberamts Leonberg, hrsg. vom Württembergischen Statistischen Landesamt, 2. Bearbeitung Stuttgart 1930, S. 397.
- 14 Reinhard Sieder: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt a. M. 1987, S. 108.
- 15 Dies kommt in den Quellen dadurch zum Ausdruck, daß die Ehefrau des Haushaltsvorstands eigens als Dienstherrin bezeichnet wird; vgl. beispielsweise PfarrAE Kirchen-

- konventsprotokoll 1736–1775, S. 36: Magdalena Böhmeler, Magd der Anna Böhmeler (1740); ebd. S. 223: Anna Maria Schäufele, Magd der Catharina Widmaier, Frau des Jakob Widmaier (1771).
- 16 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 69 f.
- 17 Ebd. S. 205 f.
- 18 Stadtarchiv Leonberg, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 4 (1574–1644), Eintrag vom 20. 11. 1587.
- 19 Ev. Pfarrarchiv Renningen, Leichenpredigt für Katharina Schnauffer, S. 24.
- 20 Predigt des Fidelis (Markus Roy) auf Sonntag Sexagesima über das Gleichnis vom Sämann, zitiert nach: St. Fidelis von Sigmaringen. Leben – Wirken – Verehrung. Begleitveröffentlichung zur Ausstellung im Staatsarchiv Sigmaringen 1996, bearb. von Otto H. Becker, Gebhard Füssler und Volker Trugenberger, in: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte 32, 1996, S. 1–165, hier S. 51.
- 21 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 102.
- 22 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 252.
- 23 Ebd. S. 260.
- 24 Vgl. Hermann Fischer: Schwäbisches Wörterbuch, Bd. 2, Tübingen 1908, Sp. 548 f., und Bd. 3, Tübingen 1911, Sp. 528 f.
- 25 Paul Kollmann: Geschichte und Statistik des Gesindewesens in Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 10, 1868, S. 237–301, hier S. 239 f.; vgl. Jacob und Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch, Bd. 4/1,2, bearb. von Rudolf Hildebrand und Hermann Wunderlich, Leipzig 1897, Sp. 4111, und Otto Könnecke: Rechtsgeschichte des Gesindes in West- und Süddeutschland, Marburg 1912, S. 239 ff.
- 26 Vgl. ähnlich Franz Eder: Gesindedienst und geschlechterspezifische Arbeitsorganisation in Salzburger Haushalten des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Gesinde im 18. Jahrhundert (wie Anm. 5) S. 41–68, hier S. 44.
- 27 Vgl. den Forschungsüberblick bei Dürr (wie Anm. 5) S. 23 ff. Zur pauschalen Einordnung des Gesindes in ein Schichtenmodell grundlegend Michael Mitterauer: Probleme der Stratifikation in mittelalterlichen Gesellschaftssystemen, in: Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, hrsg. von Jürgen Kocka, Göttingen 1977, S. 13–43, hier S. 24 f; vgl. auch Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes 1600–1945, Bd. 1, 2. Aufl. Köln 1981, S. 197: »So recht man hat, unter wirtschaftlichem (Stellung in der Produktion) und rechtlichem Standpunkt (etwa der Art des Ausgesetzseins dem außerökonomischen Zwang) das Gesinde als eine besondere Schicht zu betrachten, so falsch wäre es, ihm als Schicht eine einheitliche gesellschaftliche Position zuzuschreiben.«
- 28 Reyscher (wie Anm. 2), Bd. 13, Tübingen 1842, S. 43; vgl. Ernst Mummenhoff: Der Handwerker in der deutschen Vergangenheit, 2. Aufl. Köln 1924, S. 94: »In der Kleidung hielt sich der Geselle dem Meister beinahe gleich.«
- 29 Deß Hochlöblichen Schwäbischen Craisses geschloßne Vergleichung Etliche General-Puncten Wie es wegen der Ehehalten / Tagelöhner / vnnd Handwerker / in Bedingung vnd Arbeit auch sonst in gemeinem Handel vnnd Wandel durchgehends im Craiß solle gehalten werden. Nicht weniger wie sich hierüber die Städt vnnd Aembter Stuttgart / Eßlingen / Candstadt / Leonberg / Weiblingen vnd Denckendorff vnder einander vereinbart. Gedruckt zu Stuttgart Durch Johann Weyrich Rösslin / Im Jahr Christi / 1652, S. 8 (benutzt wurde das Exemplar Württembergische Landesbibliothek HBfa 611, auf das ich von Frau Dr. Renate Dürr, Stuttgart, dankenswerterweise aufmerksam gemacht wurde). Zu der Vergleichung und ihre Einbettung in das württembergische Gesinderecht vgl. Könnecke (wie Anm. 25) S. 234 f.
- 30 Reyscher (wie Anm. 2), Bd. 13, Tübingen 1842, S. 44.
- 31 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 238 Bü 39, Fünfte württembergische Polizeiordnung vom 6. Dezember 1712.
- 32 Dürr (wie Anm. 5) S. 183.
- 33 Vgl. Hans Linde: Familie und Haushalt als Gegenstand bevölkerungsgeschichtlicher Forschung. Erörterung eines problembezogenen und materialorientierten Bezugsrahmens, in: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas (wie Anm. 11) S. 32–52,

- hier S. 45 (»Zahl und Geschlecht der Dienstboten vom Umfang des Arbeitsanfalls aus den im Hausstand vereinigten Ressourcen abhängig«); Sieder (wie Anm. 14) S. 50.
- 34 HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 103; Schmidhans von Gruibingen, Knecht der Mutter des Hans Helfrid 1525.
- 35 HStAS A 572 Bü 23, Steuerbuch Leonberg 1528 fol. 64.
- 36 Volker Trugenberger: Zwischen Schloß und Vorstadt. Sozialgeschichte der Stadt Leonberg im 16. Jahrhundert, Vaihingen/Enz 1984, Teil 2: Die Leonberger Bürgerschaft 1560–1580, S. 405 f.
- 37 HStAS A 572 Bü 56, Dienstboten Nr. 3. Ich danke Frau Dr. Renate Dürr, Stuttgart, für den Hinweis auf die Quelle HStAS A 572 Bü 56, Dienstboten.
- 38 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 68: Ludwig Heim, Sohn eines Soldaten aus Sachsen und der Anna Maria, die sich 1748 zu Ottenbronn aufhält.
- 39 Ebd. S. 172: Johann Friedrich Würzbacher von Knittlingen.
- 40 Zur weiblichen Dienstbotenarbeit in Frauenhaushalten vgl. die Typisierung von Eder (wie Anm. 26) S. 52.
- 41 Ev. Pfarrarchiv Malsheim I A 1.1 (Kirchenbuch Bd. 1) S. 183–204.
- 42 HStAS A 572 Bü 56, Dienstboten Nr. 16.
- 43 Türkensteuerliste Leonberg 1544: HStAS A 54a St 146; Türkensteuerliste Marbach 1545: HStAS A 54a St 147.
- 44 Vgl. zur Unterscheidung von Haushalten in den Steuerlisten, bei denen der Haushaltsbegriff auf der »Aufteilung des Vermögens« beruht, und dem Haushalt, bei dem das »Zusammenleben« als Kernmerkmal gilt, neuerdings für Zürich Randolph C. Head: Haushalt und Familie in Landschaft und Stadt Zürich, nach Steuerbüchern des 15. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 40, 1992, S. 113–132, hier S. 115.
- 45 Für die Stammsitzbevölkerung (d. h. die Personen aus einem Ort, deren Familien ihren Wohnsitz in diesem Ort haben, gleich ob die Personen zur Wohnbevölkerung des Ortes gehören oder nicht) lassen sich aus anderen Territorien des deutschen Südwestens für das 16. Jahrhundert Multiplikationsfaktoren zwischen 4,2 und 4,5 ermitteln; vgl. Volker Trugenberger: Quellen zur bevölkerungstatistischen Regionalstruktur des schwäbisch-fränkischen Raumes im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit (bis 1648), in: Bevölkerungstatistik an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Quellen und methodische Probleme im überregionalen Vergleich, hrsg. von Kurt Andermann und Hermann Ehmer, Sigmaringen 1990, S. 27–46, hier S. 46. Mit der Stammsitzbevölkerung werden die Knechte und Mägde nicht erfaßt, soweit sie von auswärts stammten. Umgekehrt gehören Söhne und Töchter von Einwohnern dazu, die in anderen Orten in Diensten standen. Für die ortsanwesende Bevölkerung in Ditzingen, Eltingen, Gerlingen und Höfingen, d. h. die Wohnbevölkerung einschließlich der von auswärts stammenden Knechte und Mägde, aber ohne die ortsabwesenden Bürger und Bürgerskinder, lassen sich für die Zeit um 1740 folgende Multiplikationsfaktoren ermitteln: Gerlingen 4,0 (237 Haushalte, 939 Einwohner), Höfingen 4,1 (105 Haushalte, 435 Einwohner), Ditzingen 4,3 (191 Haushalte, 828 Einwohner) und Eltingen 4,5 (184 Haushalte, 829 Einwohner); die Angaben über die Zahl der Haushalte und Einwohner aus der Beschreibung des Oberamts Leonberg (wie Anm. 13) S. 399, 685, 703, 743 und 856.
- 46 Kurt Zimmermann: Obrigkeit, Bürgertum und Wirtschaftsformen im alten Wertheim. Untersuchungen zur verfassungs-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Struktur einer landesherrlichen Stadt Mainfrankens im 16. Jahrhundert, Würzburg 1975, S. 54 ff. (nach der Türkensteuerliste von 1542).
- 47 Erich Maschke: Die Unterschichten der mittelalterlichen Städte Deutschlands, in: Gesellschaftliche Unterschichten in den südwestdeutschen Städten. Protokoll über die V. Arbeitstagung des Arbeitskreises für südwestdeutsche Stadtgeschichtsforschung, hrsg. von Erich Maschke und Jürgen Sydow, Stuttgart 1967, S. 1–74, hier S. 29 f.
- 48 Karl-Otto Bull: Die Türkensteuerlisten als Geschichtsquelle, in: Beiträge zur Landeskunde 1974/2, S. 5–11; Karl-Otto Bull: Die durchschnittlichen Vermögen in den altwürttembergischen Städten und Dörfern um 1545 nach den Türkensteuerlisten. Beiwort zur Karte XII,1 des Historischen Atlas von Baden-Württemberg, 4. Lieferung 1975.

- 49 Beschreibung des Oberamts Leonberg (wie Anm. 13) S. 682.
- 50 Volker Trugenberger: Pleidelsheim im Mittelalter, in: Pleidelsheimer Heimatbuch, Pleidelsheim 1994, S. 43–74, hier S. 67.
- 51 Vgl. Beschreibung des Oberamts Leonberg (wie Anm. 13) S. 686–688, 703 und 743.
- 52 Vgl. Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 2, S. 196.
- 53 Vgl. für die Stadt Zürich Head (wie Anm. 44) S. 125 f. Danach lebten dort 1467 nur 39 von 266 Knechten und Mägden (= 14 Prozent) in einem Frauenhaushalt. Durchschnittlich beschäftigte nur jeder zehnte Frauenhaushalt (neun Prozent) Gesinde, während es bei den Haushalten mit einem männlichen Haushaltsvorstand immerhin zwei von fünf (41 Prozent) waren.
- 54 HStAS A 572 Bü 56, Dienstboten Nr. 4–18.
- 55 HStAS A 572 Bü 56, Dienstboten Nr. 8 (Eltingen), Nr. 15 (Höfingen), Nr. 16 (Ditzingen), Nr. 17 (Gerlingen) und Nr. 18 (Leonberg). Die Anzahl des Gesindes wurde in den einzelnen Orten dadurch erhoben, daß man die Haushalte mit Gesinde auflistete und notierte, wieviel Diener, Knechte, Gesellen, Mägde und Jungen in dem jeweiligen Haushalt lebten. In der Leonberger Liste (Nr. 18) stimmen die Summen nicht mit den Angaben der namentlichen Erhebung überein, die drei Diener, elf Knechte, zehn Gesellen, 58 Mägde und 22 Jungen aufführt, während der Schreiber 1737 als Summen drei Diener, neun Knechte, zehn Gesellen, 57 Mägde und 21 Jungen ermittelt hatte. Bei den folgenden Zahlen liegen die Angaben der namentlichen Erhebung zugrunde.
- 56 Zugrunde liegen hier wie im folgenden die Einwohnerzahlen von 1741; vgl. Anm. 45. Summe Ditzingen, Eltingen, Gerlingen, Höfingen, Leonberg: 4178 Einwohner.
- 57 Beschreibung des Oberamts Leonberg (wie Anm. 13) S. 703: 166 Bürger und 18 Witwen 1731.
- 58 Beschreibung des Oberamts Leonberg (wie Anm. 13) S. 399: 829 Einwohner 1741.
- 59 Beschreibung des Oberamts Leonberg (wie Anm. 13) S. 685: Ditzingen 1743: 165 Bürger, 23 Witwen und drei Beisitzer.
- 60 1634: 259 Bürgerhaushalte (darunter 65 Witwenhaushalte); 1655: 163 Bürgerhaushalte (darunter 18 Witwenhaushalte) und zwei Beisitzerhaushalte; Beschreibung des Oberamts Leonberg (wie Anm. 13) S. 397.
- 61 HStAS A 572 Bü 56, Dienstboten Nr. 3. Die Auflistung unterscheidet bei den männlichen Gesindeangehörigen zwischen Dienern (1), Knechten (39), einem Schuhknecht, Gesellen (2) sowie dem Mahlknecht und dem Eseltreiber des Fleischmüllers. Bei den 39 Knechten ist davon auszugehen, daß es sich dabei nicht ausschließlich um Knechte handelt, die in der Landwirtschaft eingesetzt waren. Vielmehr dürfte auch der eine oder andere Geselle darunter sein, was nicht zuletzt die Nennung eines »Schuoknechts« nahelegt.
- 62 Unklar ist, was der Großknecht des Leonberger Untervogts Hans Dreher verdiente, der 18 Kreuzer (4½ Batzen) für »Aigens und Lon« Steuer bezahlte. Nach den Steuersätzen, die keine Steuerprogression kannten, sondern nur zwischen Vermögen (Steuersatz 0,5 Prozent) und Lohn (Steuersatz 1,67 Prozent) unterschieden, entsprachen 18 Kreuzer 18 Gulden Lohn oder 60 Gulden Vermögen.
- 63 6,4 Gulden ohne den Großknecht des Hans Dreher; 6,6 Gulden mit dem Großknecht des Hans Dreher.
- 64 3,2 Gulden.
- 65 7,1 Gulden; ohne den Großknecht des Hans Dreher.
- 66 6,9 Gulden; ohne den Großknecht und Kleinknecht des Mathis Wolfangel, die in Döfingen beziehungsweise Ditzingen zur Steuer veranlagt waren.
- 67 6,4 Gulden.
- 68 Eltingen: Mahl- und Fuhrknecht des Claus Müller zwölf beziehungsweise 14 Gulden; Fuhrknecht des Müllers Jakob Kerner zwölf Gulden (der Mahlknecht allerdings nur fünf Gulden); Leonberg: zwei Knechte des Hans Müller je zehn Gulden.
- 69 Ditzingen: einer der beiden Knechte des Schultheißen Hans Schyhung 13 Gulden, die beiden Knechte des Bläsin Krafft je zwölf Gulden; Eltingen: Großknecht des Hans Finz 13 Gulden, herzoglicher Knecht auf dem Sehaus zwölf Gulden; Gerlingen: Knecht des Jakob Schult elf Gulden; Höfingen: Knecht des Michel Kaiser elf Gulden; Leonberg:

- Knecht des Spitalpfündners Hans König 13 Gulden, Knecht des Sebastian Besserer elf Gulden.
- 70 Zur Hierarchie beim bäuerlichen Gesinde vgl. Walter Hartinger: Bayerisches Dienstbotenleben auf dem Land vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 38, 1975, S. 598–638, hier S. 611, und Sieder (wie Anm. 14) S. 51 und 58.
- 71 1 × 30 Kreuzer, 1 × 26 Kreuzer, 2 × 24 Kreuzer, 2 × 20 Kreuzer, 1 × 18 Kreuzer, 1 × 12 Kreuzer.
- 72 Bei der Berechnung wurden zwei Mägde nicht berücksichtigt, bei denen in der Erhebung als Lohn »0« beziehungsweise (weil die Betreffende »ain ganntz Jhar krankch gewesen«) kein Betrag angegeben ist.
- 73 Vgl. Schröder (wie Anm. 3) S. 77 f.
- 74 Defß Hochlöblichen Schwäbischen Craisses geschloßne Vergleichung (wie Anm. 29) S. 3, 7, 10 und 11.
- 75 Ebd. S. 50.
- 76 Vgl. für Mägde aus dem neckarschwäbischen Raum Andreas Maisch: »Wider die natürliche Pflicht und eingepflanzte Liebe« – Illegitimität und Kindsmord in Württemberg im 17. und 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 56, 1997, S. 65–103, hier S. 87. Maisch geht davon aus, daß die normale Verweildauer bei einem Dienstherrn ein Jahr betrug, manchmal auch weniger, selten erheblich länger.
- 77 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 197.
- 78 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 18 f.
- 79 Ebd. S. 107.
- 80 HStAS A 572 Bü 33, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 3 fol. 42.
- 81 Vgl. Dürr (wie Anm. 5) S. 211 f. und Ernst Schubert: Soziale Randgruppen und Bevölkerungsentwicklung im Mittelalter, in: Saeculum 39, 1988, S. 294–339, hier S. 315, der anhand Nürnberger Beispiele feststellt, »daß die Verweildauer von Mägden in einem Haushalt viel länger war als die der Knechte, wodurch oft genug auch eine engere Bindung an das Haus entstanden sein mag«.
- 82 Stadtarchiv Leonberg, Inventuren und Teilungen Leonberg Bd. 2 (Testamente 1556–1616) fol. 166.
- 83 Vgl. Walter Hartinger: Zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur von Oberpfalz und Niederbayern in vorindustrieller Zeit, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 39, 1976, S. 785–822, hier S. 807: »... daß wir es hier gar nicht mit einer sozial klar faßbaren Schicht zu tun haben, sondern mit einer Altersgruppe, der Gesindedienst war Durchgangsstufe zu einer anderen Lebens- und Arbeitsform.«
- 84 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 159.
- 85 Sieder (wie Anm. 14) S. 57.
- 86 HStAS B 58 Bü 94.
- 87 Schröder (wie Anm. 3) S. 59.
- 88 Konrad Fröschle: Eltingen. Ein Streifzug durch die Ortsgeschichte, Leonberg 1982, S. 60 f.
- 89 Dürr (wie Anm. 5) S. 159; vgl. auch Sieder (wie Anm. 14) S. 52: »Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts dürften männliches und weibliches Gesinde um das 10. Lebensjahr in den Dienst eines Bauern getreten sein.«
- 90 Werner Schmidt: Ortsfremde in württembergischen Kirchenbüchern, Heft 4: Ditzingen, Kreis Ludwigsburg, Stuttgart 1998, S. 45.
- 91 Stadtarchiv Leonberg, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 4 (1574–1644), Eintrag vom 20. 11. 1587.
- 92 Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 2, S. 159 und 246.
- 93 Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 1, S. 199; vgl. allgemein für Stadtbevölkerungen Schubert (wie Anm. 81) S. 304.
- 94 HStAS A 54 St 146 fol. 38; PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 213.
- 95 HStAS A 572 Bü 33, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 3 fol. 42.
- 96 HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 287 und HStAS A 572 Bü 115 Nr. 65.
- 97 HStAS A 572 Bü 33, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 3 fol. 96.

- 98 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 79 f.
- 99 HStAS A 572 Bü 56, Dienstboten Nr. 3.
- 100 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 36, 79, 83, 110, 157, 179, 209, 213, 223, 245; PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 90, 109; vgl. zur Rekrutierung der Mägde aus dem Wohnort des Dienstherrn Dürr (wie Anm. 5) S. 188 und Maisch (wie Anm. 76) S. 86 f., der auch auf die häufig zu beobachtenden verwandtschaftlichen Beziehungen zu ihren Dienstherrn hinweist.
- 101 Zum gleichen Ergebnis gelangt für Schwäbisch Hall Dürr (wie Anm. 5) S. 186 ff.
- 102 Herkunft Leonberger Mägde im 16. Jahrhundert: Bernhard Clemers Tochter von Eltingen, Magd des Ludwig Dolmetsch 1511 (HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 33); Katharina, Hans Komaps Tochter von Schwieberdingen, alten Zahlmeisters Magd 1556 (ebd. fol. 34); Barbara von Calw, Christof Drehers Magd 1565 (HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2 fol. 34 und 121v). – Herkunft Ditzinger Mägde im 17. Jahrhundert: Katharina Gaus von Holzgerlingen (†1623); Katharina Hebich von Feuerbach (†1627); Anna von Weilimdorf, Magd der Maria Ansel (†1635); Barbara von Ochsenbach, Magd des Theiss (†1635); Agnes von Eisingen, Magd des Konrad Hemminger (†1635); Barbara von Kornwestheim, des Schultheißen Magd (†1638); Maria Osswald von Ebershardt bei Nagold (†1673; da es von ihr heißt, sie sei ungefähr seit 20 Jahren in Ditzingen, handelt es sich wohl um eine Magd); Schmidt (wie Anm. 90) S. 43 ff. – Herkunft Eltinger Mägde im 18. Jahrhundert: Maria Sybilla Günth (Günthin), Tochter des Jacob Günth, Bürger zu Alzenberg, Amt Calw, hat 1747 bei der Witwe Anna Ansel (Anßlerin) gedient; Christina Wagner, Tochter des Rutesheimer Bürgers Matthaeus Wagner, Magd bei Catharina, Adam Widmaiers Frau, 1750; Margaretha Bieder, Tochter des Anton Bieder, Bürger zu Heimsheim, dient bei Johann Georg Metzger 1752; Barbara Ulmer von Möhringen/Fildern dient in Eltingen 1769 über neun Jahre bei verschiedenen Meistern; Maria Barbara Schelling, Tochter des † Balthasar Schelling, Maurer in Gomaringen, 1774; PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 68, 74, 84/5, 197, 258.
- 103 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 66: Margaretha, Tochter des Bartholomäus Vogenberger (1748); S. 248: Magdalena Wöhr, Tochter des † Caspar Wöhr, hat 1773 bei dem Maurermeister Sekler in Leonberg als Magd gedient.
- 104 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1775–1784, S. 64: Anna Maria, Tochter des Tagelöhners Caspar Stegmüller, hat 1780 im Maierhaus zu Gebersheim gedient.
- 105 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 72: Johann Georg Wolfangels Tochter Margaretha in des Regierungsrats Mylius Haus in Diensten 1749.
- 106 HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2 fol. 171v; Schmidt (wie Anm. 90) S. 44.
- 107 Volker Trugenberger: Leonberger Mannrechtsbriefe, in: Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde 21, 1995, S. 261–284.
- 108 Im Fall des Jörg Wern(er) läßt sich belegen, daß ein Handwerker, der das Leonberger Bürgerrecht erwarb, zuvor als Geselle in Leonberg gearbeitet hatte: Jörg Wern(er) wird 1564 als Bäckerknecht Georg Laurers im Leonberger Gerichtsprotokoll genannt (HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2 fol. 115v). 1568 erwarb er das Leonberger Bürgerrecht und übte als selbständiger Bäckermeister seinen Beruf aus; Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 2, S. 666.
- 109 HStAS A 572 Bü 115 Nr. 78, Geburtsbrief vom 21. 3. 1556.
- 110 Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 2, S. 433.
- 111 HStAS A 572 Bü 118 Nr. 51.
- 112 Wendel Ott von der Haid (Haidhof) bei Wertheim, Schuhmacherknecht 1543 (HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 254).
- 113 Veit Gutbier, Sattlergeselle von Ebingen 1566 (HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2 fol. 136v).
- 114 Der Schneider Bartlin Jung aus Ruschweiler (Gemeinde Illmensee, Landkreis Sigmaringen) erwirbt 1570 das Leonberger Bürgerrecht und legt seinen 1566 ausgestellten Geburtsbrief vor: HStAS A 572 U 94.
- 115 HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1: Hans Beck von Göppingen, Henslin Metzgers Knecht 1515 (fol. 52); Jakob Röckelin von Ellwangen, Schuhmacher-

- knecht 1542 (fol. 242v); Matheus Schwartz, Schreinergeßell von Zöschingen 1542 (fol. 247). – HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2: Eberhard Kupferschmid von Schwäbisch Gmünd, Zimmergeselle 1556 (fol. 35); Stoffel Schweickhart von Aalen, Mathis Schuchmachers Knecht 1568 (fol. 162v); Lienhart Ruof von Dienhausen (bei Schongau), Hans Schuhmachers Knecht 1568 (fol. 162v). – Auswärtige Handwerker, die sich nach ihrer Gesellenzeit in Leonberg bürgerlich niederließen: Hans Stahel aus Hechlingen (Gemeinde Heidenheim, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen) (HStAS A 572 U 84); Melchior Stohrer aus Oberdorf bei Bopfingen (HStAS A 572 U 100 und A 572 Bü 115 Nr. 111).
- 116 HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1: Hans Ferbers Knecht Hans von Esslingen 1540 (fol. 219); Ulrich Stainlin von Vaihingen, Metzgergeselle 1545 (fol. 268v). – HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2: Hans Plessing von Schmiden, Zieglers Knecht 1557 (fol. 41); Georg Laurers Bäckerknecht Jörg Werner (von Steinenbronn) 1564 (fol. 115v; vgl. zum Herkunftsort HStAS A 572 U 98); Hans Erhart von Vaihingen, Mathis Schwartzen Schreiners Junge 1566 (fol. 137); Hans Betz von Beilstein, Hans Laurers Knecht 1569 (fol. 170).
- 117 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 36 (Johann Georg Wagner).
- 118 Ebd. S. 248 (1773).
- 119 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 27.
- 120 Vgl. Eder (wie Anm. 26) S. 55: »Im Vergleich mit dem Stadtgesinde (besonders wiederum mit den Gesellen) waren die Wanderungsdistanzen des bäuerlichen Gesindes wesentlich kleiner.«
- 121 HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 287 und HStAS A 572 Bü 115 Nr. 65.
- 122 HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 144v und HStAS A 572 Bü 115 Nr. 47.
- 123 HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2 fol. 53v; wohl Vaihingen auf den Fildern, da sich Beutelspachers Sohn später dort niederließ, vgl. Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 2, S. 27.
- 124 HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2 fol. 133v und 149.
- 125 Ebd. fol. 171v; HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 269v.
- 126 Hans von Gültlingen, Fuhrknecht des Fleischmüllers Bastian Beutelspacher 1566; Hans Scheufelin von Kuppingen, Fuhrknecht des Lorenz Haug; Jakob Ziegler von Ehningen, Fuhrknecht des Christof Dreher (HStAS A 572 Bü 21, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 2 fol. 136 und 150v).
- 127 HStAS A 572 Bü 20, Gerichtsprotokoll Leonberg Bd. 1 fol. 103 (1525) und fol. 191 (1538).
- 128 Herkunft Ditzinger Knechte im 17. Jahrhundert: Endris Schiffer von Wöllhausen bei Nagold, Müllerknecht (1602); Jochen, Eselsknecht, nicht weit von Lauingen daheim (†1632); Hans von Tuningen, Müllerknecht (†1635); Jakob von Winnenden, Müllerknecht (†1635); Andreas Wölfflin von Gebersheim (†1635); Balthas von Asperg (†1635); Hans Künlin von Friolzheim (†1635); Jörg Seiblin von Rutesheim, Knecht des Martin Stroh (†1639); Sebastian Mann von Flacht (†1639); Veltin Keller von Schöckingen, Knecht des Jörg Hemminger (†1639); Michel von Friolzheim, Knecht des Michel Siglin (†1640); Hans Häüßel von Aichelberg (im Schwarzwald bei Wildbad?; auf dem Schurwald?; bei Kirchheim/T.?) (†1677); Jakob Wölfflin aus Efringen, münchingscher Oberknecht (†1680); Hans Jakob Weber aus »Engelsweyher«/Bern, im Dienst der Fleischmühle (†1681); Hans Roschart aus »Roschau«/Böhmen (Röscha bei Eger?; Roschau in der Oberpfalz?) (†1688); Hans Jakob Mayer von Neerach bei Zürich, Bauernknecht (†1689, 22 Jahre); Schloßhänslin von Münchingen (†1693; 50 Jahre); Schmidt (wie Anm. 90) S. 32 und S. 43 ff.
- 129 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 137.
- 130 Friedrich Buchter von Birkenfeld, Mahlknicht in Christian Münsingers Mühle 1751; Johann Friedrich Würzbacher von Knittlingen, Knecht auf der Mühle der Anna Magdalena Münsinger 1766; Matthäus Kieffer von Vollmaringen, Knecht auf der Schweizermühle 1770; Johann Schenk von Walddorf (Oberamt Tübingen), Mahlknicht in der

- Rothenmühle 1774; Johann Georg Bart von Bondorf, Knecht auf der Schweizermühle 1783 (PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 79, 172, 209, 258 und Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 111).
- 131 Ludwig Heim, Sohn des Soldaten Ludwig Heim aus Sachsen und der Anna Maria, die sich 1748 zu Ottenbronn, Amt Hirsau, aufhält, hat 1747 bei der Witwe Anna Anßlerin gedient; Andreas Heldmaier, Sohn des Leinenwebers Johann Georg Heldmaier in Möttlingen, ehemaliger Knecht des Rappenwirts in Eltingen 1775; Johannes Scheller aus Mönshheim, Knecht bei Johann Georg Wöhr 1776; Johann Georg Wanner, Sohn des Bauern Joseph Wanner von Altdorf bei Tübingen, Knecht auf dem Seehaus 1784 (PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 68, 276 und Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 18, 19, 130).
- 132 HStAS A 572 Bü 37a, Steuerbuch Leonberg 1575 Bd. 2 fol. 52.
- 133 Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 2, S. 59 f., 80 und 501 f.
- 134 Maisch (wie Anm. 76) S. 73.
- 135 Stadtarchiv Leonberg, Inventuren und Teilungen Leonberg Bd. 2 (Testamente 1556–1616) fol. 166.
- 136 Vgl. Kuczynski (wie Anm. 27) S. 241 f.
- 137 Maschke (wie Anm. 47) S. 40–42; Schubert (wie Anm. 81) S. 318 f.; die folgenden Beispiele nach Trugenberger (wie Anm. 36), Teil 2, S. 15, 197, 237, 377.
- 138 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 172.
- 139 Vgl. Schubert (wie Anm. 81) S. 316; grundsätzlich Laslett (wie Anm. 11) S. 15.
- 140 Schmidt (wie Anm. 90) S. 44 f.
- 141 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 209.
- 142 Maisch (wie Anm. 76) S. 74 f.
- 143 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 36 f., 74 und 84.
- 144 Vgl. dazu auch Maisch (wie Anm. 76) S. 89.
- 145 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 68, 79 f., 248 und Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 64 f., 111.
- 146 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 72, 176, 179, 218, 245.
- 147 Maisch (wie Anm. 76) S. 88; vgl. auch Schröder (wie Anm. 3) S. 46.
- 148 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1736–1775, S. 72.
- 149 Ebd. S. 209.
- 150 Ebd. S. 213.
- 151 Zitiert nach Maisch (wie Anm. 76) S. 83.
- 152 PfarrAE Kirchenkonventsprotokoll 1775–1804, S. 27.

Die Marbacher Tortürme

von Albrecht Gühring

Die 972 erstmals genannte Siedlung Marbach befand sich vermutlich im Bereich der Alexanderkirche. Wohl gegen Ende des 12. Jahrhunderts entstand ein Herrnsitz auf dem heutigen Burgplatz, dem bald die Verlegung des Ortes in den Bereich der heutigen Altstadt folgte. Mitte des 13. Jahrhunderts wurde Marbach zur Stadt erhoben und hatte damit das Recht auf eine Umwehrgung, die aber vermutlich erst nach Festlegung des Straßenverlaufs erbaut wurde. Die Stadtmauer und das Obere Tor werden 1290 erstmals erwähnt. Wohl ebenfalls mit Anlage der Stadtmauer entstanden das Wicklinstor¹ und das Neckartor.² Eine andere Theorie besagt, daß erst mit der Entstehung der Neckarmühle (1377 erstmals genannt) das Neckartor und damit verbunden der Mühlweg entstanden sei.³ So wird 1513 bestimmt, daß die Stadt Marbach nur die beiden Brücken am Oberen Tor und am Wicklinstor ohne finanzielle Beteiligung der Amtsorte im Bau erhalten sollte⁴, hingegen schließen die Stadt- und Amtspflegerechnungen des 18. Jahrhunderts den Neckartorturm stets mit ein.⁵ Möglich wäre auch, daß sich vor dem Neckartor gar keine Brücke befand. Dies ist aber eher unwahrscheinlich, denn der Graben vor den Mauern zog sich die heutige Grabenstraße hinunter und mußte zwangsweise durch eine Brücke überwunden werden.

Die Stadtmauern samt Gräben und Tortürmen mußten nach dem Lagerbuch von 1473 zu einem Viertel von der Stadt und zu drei Vierteln vom Amt baulich erhalten werden.⁶ In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurde die Stadtbefestigung durch die Zwingermauer (äußere Stadtmauer) verstärkt.⁷ Im Lagerbuch von 1584 erstreckt sich die Maßgabe von 1473 daher auch auf den Zwinger und die Zwingermauern. Anfallende Baukosten des Malefiz- und Bürgerturms (heute Haspelturm) waren von »gnädigster Herrschaft« allein zu tragen.⁸ In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurden die Türme über den Stadttoren erhöht und renoviert.⁹

Eine entscheidende Zäsur brachte das Jahr 1693. Im Rahmen des pfälzischen Erbfolgekriegs drangen französische Truppen bis weit nach Württemberg vor und plünderten zahlreiche Städte und Dörfer der Umgebung. Marbach wurde in der Nacht vom 27. auf 28. Juli 1693 angezündet und brannte bis auf wenige Gebäude vollständig nieder. Nur die steinernen Bauteile überstanden, wenn auch teilweise in desolatem Zustand, den Feuersturm. Dazu gehörten die steinernen Mauern der Tortürme, wohingegen die Aufbauten und die Innenausstattung verbrannten.¹⁰

Das 18. Jahrhundert brachte den Wiederaufbau der drei Marbacher Tortürme, von denen jedoch der Wicklinstorturm 1794 und der Neckartorturm 1811/12 abgebrochen wurden, nachdem die Tortürme ihren Zweck verloren hatten. Nur der Obere Torturm ist bis heute in späterer Überformung erhalten. Mit seiner ursprünglichen Form als Schalenturm, also zur Stadtseite hin offen, entsprach er einem in der Region vom 14. bis ins frühe 17. Jahrhundert verbreiteten Typus.¹¹ Ähnliche Tore sind in Bietigheim, Markgröningen, Besigheim und Bönnigheim erhalten.¹²

Stadt und Amt waren auch im 18. Jahrhundert gemeinsam für die Türme, Tore und Stadtmauern der Amtsstadt zuständig, zudem für das Marbacher Physikat- haus, die Feuerspritzen in Marbach und Kirchberg sowie die Kampf- und Block- wagen in Pleidelsheim und Kirchberg.¹³

Wenige Jahre nach dem Stadtbrand von 1693 wurden von April bis August 1700 die Dächer »in dem obern Thor, am mittlern und Wicklens Thor am äußern Portal«, die »ganz zugrund gegangen« waren, neu aufgebaut. Die Zimmermeister Heinrich Nagel und Hans Michael Deschler brachen das alte Dachwerk vollends ab und errichteten einen neuen Dachstuhl aus Floßholz, das von der Lohmühle herangeschafft wurde. Am Oberen Tor wird ein Schlagbaum erwähnt¹⁴, der 1707 aus von der Geistlichen Verwaltung zur Verfügung gestellten Eichen ausgebessert wurde.¹⁵ 1702 wurde ein neues Schloß an das äußere Obere Tor angebracht.¹⁶

Nach erneuten Franzoseneinfällen im Jahr 1707 wurde beschlossen, die Tore zur künftigen Sicherheit in besseren Zustand zu bringen, indem man den Oberen Torturm mit einem ganz neuen Tor sowie den Niklastorturm mit einem neuen großen und einem kleinen Tor versah. Auch am Neckartorturm wurden, besonders im »Thurmstüble«, Ausbesserungen vorgenommen. Alle Tore wurden mit Riegel und Sprießen versehen. Zum Einlegen der Riegel mußten beim Niklastor zwei Lager in die Werksteine gehauen werden. Zudem brach man als Durchlauf für das Wasser des Holderbrunnens ein Loch in die Stadtmauer.¹⁷ 1736 wurden an allen drei Toren durch Schlosser Johann Adolph Schneider die alten Schösser herausgebrochen und repariert, »damit die 3 Thor . . . wiederum recht verwahrt seyn möchten«.¹⁸

Marbach erweckte von Ferne wohl den Eindruck einer Bergfestung. Philipp Röder, Diakon in Marbach, beschreibt Marbachs Lage 1801 als »auf einem bergigten Grund, der dieser Stadt eine sonderbare Lage giebt. Sie hat drei Thore; wenn man vor das eine Thor kommt, so kommt man einen Berg hinab, und von dieser Seite scheint die Stadt in der Tiefe zu liegen. Wenn man aber zum anderen Thor, von der Nekarseite kommt, so hat die Stadt eine Lage wie eine Bergfestung, und vor dem dritten Thor ist der Prospekt der Stadt ganz eben.«¹⁹ In der Oberamtsbeschreibung von 1866 erfahren wir: »Die Stadt trägt heute noch den echten Charakter eines im Mittelalter wohlbefestigten Orts und hat, von der Nordwestseite gesehen, sogar einige Aehnlichkeit mit einer kleinen Festung.«²⁰ Als exponierte Bauwerke dieser »Festung« waren die Tortürme stets durch Wind und Wetter gefährdet. Wie so oft beschädigte beispielsweise am 18. Februar 1760 ein Sturmwind die Dächer des Oberen, Neckar- und Wicklinstorturms.²¹

Der Obere Torturm

Nach dem Stadtbrand von 1693 dauerte es 25 Jahre, bis der Obere Torturm grundlegend saniert wurde. Man hatte den ausgebrannten Turm wohl mehr schlecht als recht mit einem Bretterdach abgedeckt. 1710 mußte der Zimmermann Hans Michael Deschler das zerfallene Bretterdachwerk wieder »zusammenmachen«.²² Ein Jahr später beschloß die Amtsversammlung Marbach auf Antrag des Vogts, den Oberen Torturm wieder zu überbauen.²³ Jedoch erst 1713 wurden zu dem Bauwesen, besonders zur Wiederherstellung der Hochwacht, im Hartwald sechs sehr große Eichen bestellt²⁴, und sogar erst vom 14. April 1717 datiert ein endgültiger Baubeschluß. Es scheint höchste Zeit gewesen zu sein, denn es habe »die hohe,



Gang der Gasse in Marbach. Nach einer Originalzeichnung von J. v. H.

Die Darstellung der oberen Marktstraße zum Einzug der Schillerglocke 1860 zeigt zugleich die Ansicht des Oberen Torturms nach dem Wiederaufbau von 1718

ja unumgängliche Nothdurfft erfordert, den Thurn am obern Thor, worauff hievor die Hochwacht gestanden, ehe das Gemäuerwerck mehreren Schaden genom[m]en, nicht nur allein wiederum beyfangen, sondern von frischem, mit einem Einbau, auff dem End des steinernen Stocks aber eine Wohnung für einen Hochwächter richten zu lassen«. ²⁵

Mitte Oktober wurde der Plan des Stuttgarter Baumeisters Heim genehmigt, jedoch begannen die Bauarbeiten erst am 16. Mai 1718. Dabei wurden unter anderem das Gewölbe über dem Portal und die Tormauern abgebrochen und erneuert. Die zu Stadt und Schloß gekehrte Turmseite war so schadhaft, daß sie abgebrochen und 24 Schuh ²⁶ mit neuen, aber auch den alten Quadern aufgemauert werden mußte. Um ein Einfallen der restlichen Mauern zu verhindern, wurde ein starkes Gerüst eingebaut. Da der Turm auf der Süd- und Nordseite aufgeschlitzt war, umgab man ihn mit eisernen Ankern. »Gegen der Stadt herein und den obern Thor hinauswärts« wurden zwei »Altane« (Balkone) gebaut. Die drei beschäftigten Maurermeister erhielten einen Zuschlag, »weil es in der Höhe und in der Gefahr gewesen«. Der Gang auf der Stadtmauer Richtung Torgasse führte zur Toilette des Hochwächters, die ebenso erneuert wurde wie ein Stück Stadtmauer auf der anderen Seite über dem »Schloßgarten«, wo ein großes Loch war, durch das man hindurchsteigen konnte. Wir erfahren, daß wenige Jahre zuvor eine »aus dem Gefängnuß gebrochene Weibsperson sich dorten über die Mauer hinaus und davon gemacht« hatte. ²⁷

Der Marbacher Zimmermann Heinrich Nagel hatte die Aufsicht über die Zimmerarbeiten an dem bis zum obersten steinernen Stockwerk 70 Schuh hohen, ²⁷

Schuh langen und 17 Schuh breiten Turm, auf den eine 12 Schuh hohe Wohnung mit Stube, Stubenkammer, Ern (Hausflur) und Küche gebaut wurde. Geziert wurde der Turm von einem acht Schuh hohen Glockenstuhl, den eine »aufgeschweifte Spitze« krönte. Der Blechner Hans Jörg Schneider versah die Spitze mit einer großen Knaufkugel, Stern, Hahn und Stiefel aus Weißblech. In die Kugel wurde ein Kupferrohr gelegt, »worin eine Schrifft der herrschaftlichen Geist- und Weltlichen, nicht weniger der Stadt- und Amtsbedienten, sodann der Stadtbürgermeister und Amtsschultheißen, unter welchen berührte Hochwacht mit Göttlicher Hülffe, auch in welchem Jahrgang auffgerichtet, zu ewigem Gedächtnuß geleet worden«. Zur Versorgung der Wohnung mit Holz und Wasser wurde für den Hochwächter ein Flaschenzug eingebaut. Zum Teil konnte bereits in den Jahren vorher von der Amtspflege angeschafftes Holz verwendet werden, aus dem der Schreiner auch die Gläser- und Schüsselbretter sowie die Wasserbank der Küche fertigte. Zum Streichen des Dachs verwendete man vier Pfund »Haußfarb«, ein Pfund »Silberglätt« und sechs Pfund Leinöl.²⁸

Glaser Johannes Baaß mußte eine sechseckige große Laterne machen, die bei Feuergefahr nachts aus dem Turm zu hängen war. Brach tagsüber ein Feuer aus, wurde eine rote Fahne, zu deren Herstellung zwei Ellen rotes Leinentuch nötig waren, an einer roten Stange zum Turm herausgehängt. Die Hafner formten fast 6400 Ziegel und stellten gemeinsam mit dem Kupferschmied Michael Häffner die Öfen her. Seiler Gottfried Hettler lieferte die Flaschenzüge und Gerüstseile, und die Nagelschmiede Gottfried Oberländer und Daniel Schneider stellten rund 7750 Nägel in Rechnung. Schlosser Adam Albrecht Majer bearbeitete sämtliche Türen, auch die der neuen Kammern im dritten und vierten Stockwerk. Sogar eine Türglocke erhielt der Hochwächter, die mittels Draht von unten geläutet werden konnte. Stadtbote Johann Leonhard Kraz hatte diese Glocke für 18 Kreuzer bei David Körner in Stuttgart gekauft.²⁹

Zum Richtfest erhielten die Zimmerleute, die dazu den Bau mit Zweigen geschmückt hatten, wie bei einem Neubau einen Trunk von einem Imi³⁰ Wein und ein »Tüchle«. Die Maurer bekamen nach »eingedecktem Thurn Dach« und dem Aufsetzen der Knaufkugel je zwei Imi Wein. Bevor alle Rechnungen in Höhe von rund 930 Gulden ausbezahlt wurden, besichtigten Bürgermeister Johann Sebastian Jäger, Gerichtsmitglied Gottfried Hettler und der Kirchberger Schultheiß Paul Bühlmayer den Turm.³¹

1730 beschloß die Marbacher Amtsversammlung, die Altane auf dem Turm für den Zinkenisten Hertler reparieren zu lassen, der noch im selben Jahr durch Johannes Seubert, einen »gelernten Instrumental Musicus« aus dem Dragonerregiment, ersetzt wurde.³² 1735 begannen seit Jahren überfällige Reparaturarbeiten, da an einigen Stellen Wasser eingedrungen war und bereits erhebliche Schäden verursacht hatte. Der ganze Turm wurde 1736 »verblendet« und mit Steinfarbe angestrichen. Um alle Stockwerke zog man ein »Gürtgesimß«, die restlichen Außenfassaden wurden mit »Schattierstrichen quadriert« und der untere Bogen war »zierlich einzufassen«. Leider lassen sich diese Maßnahmen mangels Bauplänen nicht mehr genau definieren. Zum Auftragen der 50 Pfund Farbe lieferten die Weiß- und Rotgerber fünf Pfund Rehhaare und neun Pfund Kuhhaare.³³ Die beiden Altane, je elf Schuh lang und dreieinhalb Schuh breit, wurden mit neuen Brettern belegt und der eine, »worauf der Zinkenist abplaket«, außerdem noch mit einem hölzernen Notenpult versehen.³⁴



Nach 1859 und noch vor der Renovierung von 1881 entstandene älteste bekannte Fotografie des Oberen Torturms

Ob damals schon ein Wappen an der Ostseite des Tors angebracht war, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls wurde bei den Bauarbeiten 1736 durch den Maurermeister eine Wappenbemalung angebracht, und zwar »Ihro Durch[lauch]t deß regierend[en] Herrn Hertzogs, und dero Frau Gemahlin Durch[lauch]t gebohrne Fürstin von Thurn und Taxis beede Wappener, auf der einten Seiten des Thurns, auswärts der Statt Item eine Vertical Sonnen Uhr mit lebendigen Farben«. Der Lohn für die fünf Tage dauernde Arbeit betrug zwei Gulden und zehn Kreuzer.³⁵ Diese Bemalung hatte natürlich auch einen politischen Hintergrund, denn man wollte dem Herzog schmeicheln, der in eben diesem Jahr die Abtrennung der Orte Benningen und Poppenweiler vom Oberamt Marbach befohlen hatte und ein Jahr später trotzdem realisierte.³⁶

In der Turmstube des Oberen Tors wohnte der Hochwächter, der bekanntlich bei Feuergefahr bei Tag eine Sturm- oder Feuerfahne und bei Nacht eine sechseckige Laterne herausstreckte. Weiter gehörte zu seinen Dienstobliegenheiten die Instandhaltung der auf einen herzoglichen Befehl von 1738 angeschafften und in dem »Kirchlen neben der Hochwacht« (Wendelinskapelle) aufbewahrten »28 Flinten, 27 Bajonnets und 28 Patron-Taschen«. Die Torwachtstelle wurde an den Meistbietenden vergeben, der dafür den Zoll behalten durfte. Dieser war durch den Magistrat der Stadt genau bestimmt und betrug pro Wagen acht, pro »Karren« vier und pro Stück Vieh einen Heller. Zudem unterstand die Uhr seiner Aufsicht.³⁷ Der Glockenstuhl an der Turmspitze wurde 1769/70 repariert.³⁸

Zwei Jahre später wird deutlich, daß der Obere Torturm sich durchaus von den beiden anderen Türmen unterschied, denn 1772 wird sein Wert mit 3000 Gulden, hingegen der des Neckarturms mit 1700 Gulden und der des Wicklinsorturms sogar nur mit 1400 Gulden angegeben.³⁹



Die vor 1904 entstandene Postkarte zeigt den ursprünglichen Zustand der 1736 angebrachten Bemalung

Die beiden letzteren Türme waren allerdings auch nur rund halb so hoch wie der Obere Torturm⁴⁰, der außerdem die Hochwacht beherbergte. Während die beiden anderen Türme zu dieser Zeit praktisch schon keinen Zweck mehr erfüllten, sicherte die Hochwacht den Bestand des Oberen Torturms.

So wurde 1790 von der Amtsversammlung Marbach eine über 220 Gulden teure Zimmermannsreparatur des Oberen Torturms beschlossen. Dazu kamen etwa zehn Gulden für Schreinerarbeiten. Zur »Verhütung weitem Schadens und Gefahr« sollte sofort mit dem Bauwesen begonnen werden, weshalb man die Stadtvorsteher ermächtigte, »tüchtige Meister« zu beauftragen.⁴¹ Zehn Jahre später wurden für fast 40 Gulden die Böden, Fenster und Fensterläden sowie der Glockenzug der Hochwacht erneuert.⁴² Vor dem Oberen Torturm war 1819 ein neues Gefängnis eingerichtet worden⁴³, und seit den 1820er Jahren setzte östlich des Turms eine bescheidene Vorstadtentwicklung ein.⁴⁴

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Wehrfunktion der Tortürme endgültig Vergangenheit. Der Wicklinstorturm war bereits abgebrochen; den Neckartorturm sollte bald dasselbe Schicksal ereilen. Der Obere Torturm hingegen blieb wegen der Hochwacht verschont, jedoch wurde 1802 das Vortor beim Haus des Bäckers Pressel abgebrochen.⁴⁵ Die drei Torwarte Karle, Walker und Nußberger blieben aber im Amt.⁴⁶ Erst zum 1. Juli 1833 wurden die drei Torwartstellen aufgegeben und im März des darauffolgenden Jahres berieten Stadtrat und Bürgerausschuß das weitere Vorgehen bezüglich der Torhäuser. Im Torhaus des Oberen Tors durfte Schultheißenamtsdiener Mayer weiter wohnen bleiben, unter der Bedingung, daß er künftig die Reparaturen selbst bezahlte. Ebenso sollte er seine Zwingler- und Grabenteile von der Brücke an gegen Süden behalten. Den Graben nördlich der Brücke behielt sich die Stadt zur weiteren Verpachtung vor. Das »Torhäusle« vor dem Neckartor wurde dem schon lange dort wohnenden Torwart Wilhelm Walker für 400 Gulden überlassen. Der alte und gebrechliche Niklastorwart Jakob Nußberger erhielt das Wohnrecht in dem dortigen »Torhäusle« auf Lebenszeit. Dazu wurde ihm für zehn Gulden jährlich der nordwestlich vom Tor gelegene Zwingler überlassen.⁴⁷ In diesem Torhaus, das 1824 als »1.stokete Wohnung« mit Stall bezeichnet wird⁴⁸, hatte von 1762 bis 1771 Georg Friedrich Kodweiß, der verarmte Großvater Friedrich Schillers und frühere Löwenwirt, gewohnt.⁴⁹ Es wurde 1855 abgebrochen.⁵⁰

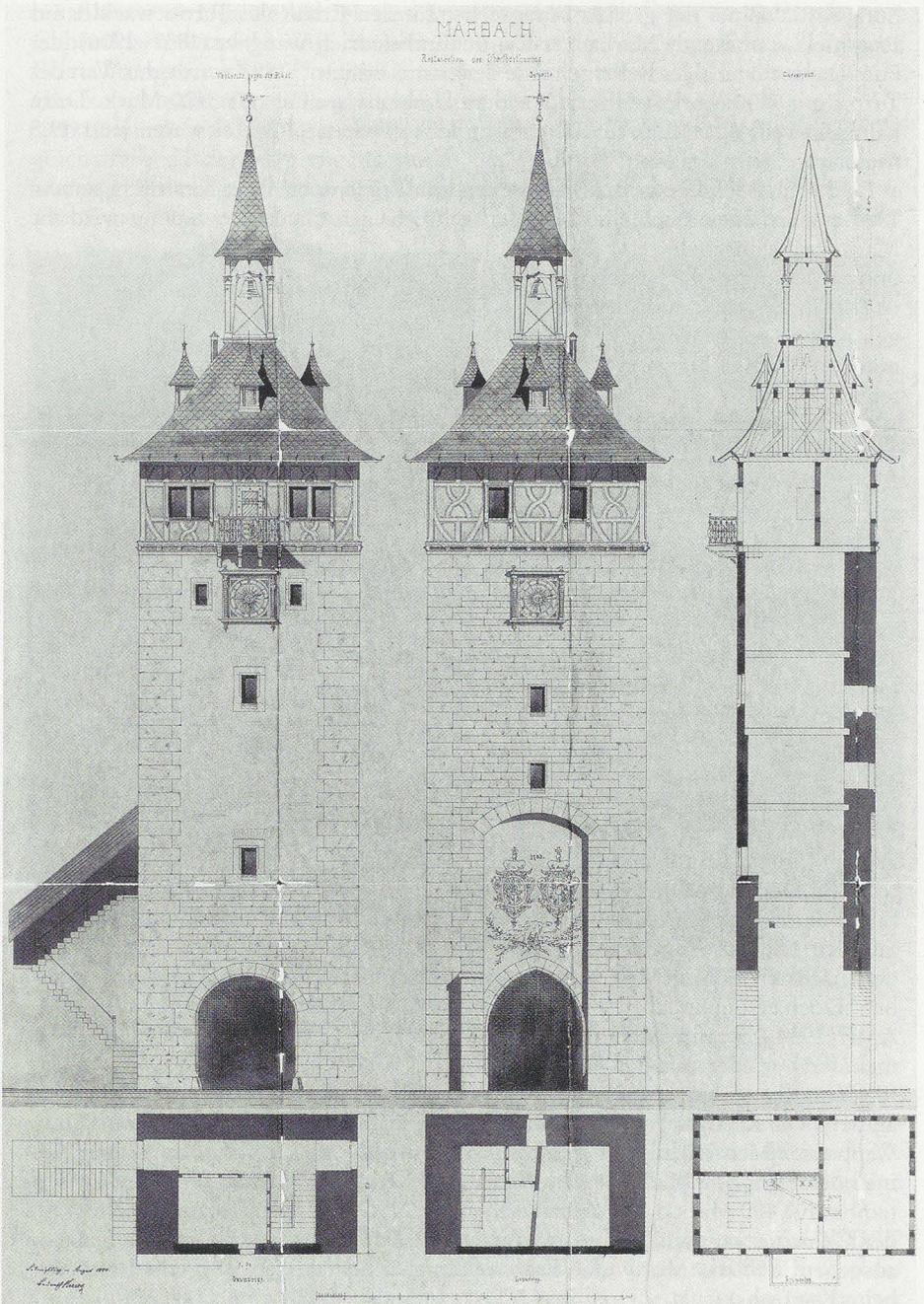
1841 wurde die Hochwacht auf dem Oberen Torturm eingestellt, weil sich die Amtsorte nicht mehr an den Kosten für Licht und Heizung beteiligten.⁵¹ Anstelle des Hochwächters bewohnte jetzt der Stadtmusikus den Turm.⁵² Das Torwartshaus, ein »1.stoketes Häußlen« neben dem Stadtgraben und der Stadtmauer, hatte man bereits 1839/40 abgebrochen.⁵³ Noch 1824 war die »alte Amts-Corporation Marbach«, also die Amtsorte vor dem Zusammenschluß mit den Ämtern Beilstein und Bottwar, Eigentümerin des Turms.⁵⁴ 1843 befand sich im fünften Stockwerk eine heizbare Stube, eine Kammer und eine Küche. Im zweiten und dritten Stockwerk hatte der Turm zwei heizbare oberamtliche Gefängnisse mit je einem Vorkamin.⁵⁵ Die einst zum alten Oberamt gehörenden Orte Kirchberg, Murr, Pleidelsheim, Erdmannhausen, Rielingshausen, Weiler zum Stein, Erbstetten, Affalterbach und Burgstall bezahlten 1852 über 800 Gulden an die Stadt Marbach zur Ablösung der Baulast der Stadtbefestigung. Somit war die Stadt allein für den Turm verantwortlich.⁵⁶ Dieser war 27,5 Meter hoch, hatte fünf »Zwischengebälk«, davon im zweiten und fünften je ein heizbares Zimmer. Drei Seiten des

Turms bestanden bis in 17 Meter Höhe aus Stein; die vierte Seite und das oberste Stockwerk waren sogenannte Ringfachwerkkonstruktionen. Das Walmdach bestand aus Platten und beherbergte zudem die Glocke.⁵⁷

Im Gemeinderat war der Erhalt des »sogenannten Oberen Thorturms« am 10. September 1867 Verhandlungsgegenstand.⁵⁸ Doch sollte es von da an noch zwölf Jahre bis zu einer Beschlußfassung und 14 Jahre bis zur tatsächlichen Restaurierung des Bauwerks dauern. Bei einer Versammlung im Gasthaus Sonne anlässlich der Planung des Eisenbahnbaus im November 1867 schlug Geometer und Stadtrat Wilhelm Kleinknecht den Abbruch des reparaturbedürftigen Oberen Torturms wegen Verkehrsbehinderung vor. Eine Flut von Leserbriefen in der Marbacher Zeitung »Der Postillon« brachte andere Meinungen zum Ausdruck. Der größte Heuwagen passe durch das Tor, war zu lesen, und schließlich müsse man sich ja von einem Dorf unterscheiden. Kleinknecht meinte, der Turm sei ein alter Zopf, eine Stadt unterscheide sich nicht durch Türme, sondern durch ihren Gewerbebetrieb vom Dorf, wie man beispielsweise in Göppingen sehe. Uhr und Glocke könne man auch auf einem Dachreiter auf der Wendelinskapelle unterbringen.⁵⁹ Die öffentlich geführte Diskussion zog sich über Jahre hin und es wurden zahlreiche Argumente beider Seiten ins Feld geführt. So sollte man »Rücksicht nehmen auf das, was die Zeit und der Verkehr erfordert«, zudem könnte man beim Abbruch mit den Steinen die Brunnenstube im östlichen Stadtgraben wieder richten. Die Städtewahrzeichen der neuen Zeit seien die Fabrikschornsteine.⁶⁰

1876 verordnete das Ruggericht Marbach, da der Turm inzwischen stark einsturzgefährdet war, daß er »entweder restauriert oder, was noch zweckmäßiger ist, entfernt werden« solle. Ein Gutachten schätzte die Restaurierung auf 7500 Mark⁶¹, worauf die zahlreichen Gegner kundtaten, daß »die immerwährende Schuldenmacherei den ökonomischen Ruin der Stadt herbeiführe«. Im Juni 1879 beschloß der Gemeinderat mit sechs gegen fünf Stimmen, das Dach sowie das obere Stockwerk nebst Wohnung neu aufzubauen und auf der Stadtseite des Turms das Fachwerk durch Stein zu ersetzen. Von der Amtskörperschaft wurde das Vorhaben mit 28 zu 2 Stimmen abgelehnt und statt dessen ein Abbruchbeschluß gefordert, da den nebenstehenden Oberamtsgefängnissen durch den Turm »Luft und Licht« entzogen werde.⁶² Der Abbruch wurde mit 750 Mark veranschlagt, hingegen mußte dann für 3400 Mark ein Dachreiter mit Glocke und Uhr auf das Oberamtsgerichtsgefängnis gesetzt werden.⁶³

Am 17. März 1880 nahmen über 200 Bürger an einem Treffen teil und stellten dem Gemeinderat eine Unterschriftenliste für den Abbruch des »verkehrsstörenden Hindernisses« zu. Darunter befanden sich beispielsweise Druckereibesitzer Gattinger, Adlerwirt Wildermuth, Oberamtsbaumeister Dillenius und Präzeptor Schall. Zugleich wurde mitgeteilt, daß ca. 50 Bürger 726 Mark in Beträgen zwischen 5 und 50 Mark für den Abbruch gegeben hätten. Zudem würde Dr. Föhr auf jegliche Ansprüche bei Beschädigung seines Gartens verzichten. Doch am 28. März beschloß der Gemeinderat mit acht zu drei und der Bürgerausschuß mit elf zu zwei Stimmen definitiv die Sanierung des Torturms. Ende September 1880 fand die öffentliche Ausschreibung statt und am 22. November wurden die Zuschläge erteilt. Das penibel mit Wetterangaben geführte Bautagebuch beginnt schon am 31. Juli 1880 mit Einsicht der Pläne in Ludwigsburg. Das Bauwesen selbst dauerte vom 14. Januar bis 30. Juli 1881. Die Schlußzusammenstellung ergab Kosten in Höhe von rund 7030 Mark einschließlich der 60 Mark für das Menü zum Einwei-



Plan von 1880 zur »Restauration des Oberthorhürms«

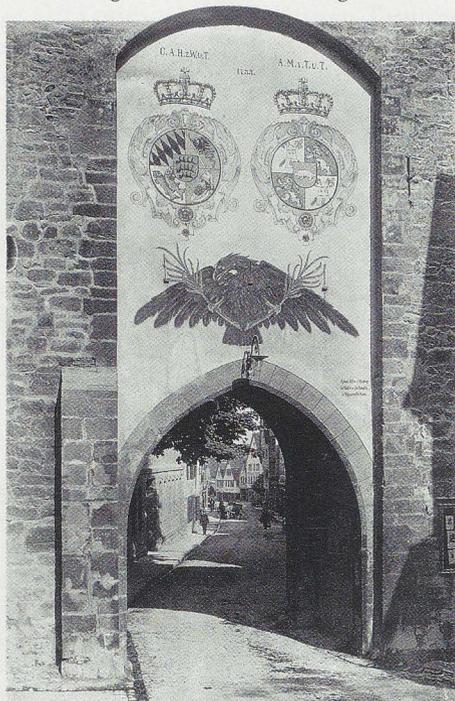
hungsfest.⁶⁴ Einer der großen Fürsprecher für den Erhalt des Turms war der aus Rosenfeld stammende Marbacher Kaufmann Friedrich Wangner (1837–1906), der zum Dank ein farbiges Reliefgemälde des Turms erhielt.⁶⁵ 1882 wurde der Wert des Turms mit 7400 Mark beziffert. Vor dem Umbau waren es nur 3400 Mark. Dazu kamen jeweils 600 Mark für Uhr und Glocke.⁶⁶ Statt 17 Meter waren jetzt 19,5 Meter von Stein gemauert.⁶⁷

Bald nach Beendigung der Bauarbeiten lobt Präzeptor Albert Kautter in seinem 1884 erschienenen Büchlein über Marbach: »Gegen Osten hin verengt wird die Marktstraße durch den erst 1881 neu und geschmackvoll hergerichteten obern Thorturm, durch dessen Bogen man in die Marbacher Vorstadt mit freundlichen Häusern und Gärten gelangt.«⁶⁸

Die 1736 aufgemalten zwei Wappenschilder wurden samt dem Adler 1904 für 60 Mark renoviert.⁶⁹ Leider wurden die Kunstwerke im Stil der Zeit geändert und teilweise sogar verfälscht, indem beispielsweise die Herzogshüte über den Wappenschildern durch Kronen ersetzt wurden.⁷⁰

1925 empfahl das Landesamt für Denkmalpflege, die Embleme wegen der schlecht erhaltenen Putzschicht und der für Marbach »an sich bedeutungslosen Schilder« zu ersetzen. Vorgeschlagen wurde eine Darstellung des Stadtwappens in großen Linien, am besten in Freskotechnik. Der Marbacher Gemeinderat beschloß, erst ein Gutachten einzuholen und die Angelegenheit auf den nächsten Sommer zu verschieben. Doch erst neun Jahre später, im April 1934, befaßte sich der Gemeinderat wieder mit den Wappen, für deren Ersatz er nur 150 Mark ausgeben wollte. Dann solle man, so das Landesamt für Denkmalpflege, lieber einen rauhen Putz in Naturfarbe wählen. Da die Wappenschilder »dringend erneuerungsbedürftig« waren, beauftragte der Gemeinderat am 30. Mai 1934 den Kunstmaler R. Yelin in Stuttgart, der im September für 450 Mark das Hoheitszeichen der NSDAP an den Torturm malte.⁷¹ Da der Gemeinderat damals nur noch beratende Funktion hatte, können wir davon ausgehen, daß das Motiv eine Entscheidung des damaligen Bürgermeisters Wilhelm Kopf war.

Seit Ende Dezember 1927 war die neue Uhr auf dem Oberen Torturm in Gang, die für 1900 Mark bei der Turmuhrfabrik Hörz in Ulm gekauft worden war. Im Gegensatz zur alten Uhr, die nur Stundenzeiger und Stundenschlagwerk hatte,



Zustand der Wappenschilder nach der verfälschenden Restaurierung von 1904

besaß die neue Uhr ein Viertel- und Stundenschlagwerk.⁷² Bei der Schätzung zur Gebäudebrandversicherung im Jahr 1930 hatte der Torturm eine »elektrische Beleuchtungseinrichtung mit 3 Lampen, 1 Uhr mit Viertelstundenschlag . . . 1 Glocke von rund 60 cm Durchmesser samt eisernem Glockenstuhl (150 kg)«. ⁷³

1929 wurde auf der Nordseite des Turms ein neuer Durchbruch für Fußgänger geschaffen, da der »Durchgang durch das Haupttor für Fußgänger geradezu lebensgefährlich geworden« sei. Dazu mußte der unterste Teil der Staffel zum Turm von Ostwestrichtung unter Verwendung der alten Steine in Nordsüd-



*Ansicht der Ostseite des Oberen Torturms von 1934 bis 1945 (links)
und von 1945 bis 1955 (rechts)*

richtung gedreht werden.⁷⁴ Der Durchgang ist heute wieder geschlossen.

Im November 1934 weihten die Nazis das bereits im Ersten Weltkrieg angeordnete und in der Zeit der Weimarer Republik oft diskutierte und bis heute umstrittene Kriegerdenkmal ein, das der Stuttgarter Bildhauer Jakob Brüllmann entworfen hatte.⁷⁵

Nach dem Krieg mußte zwar das Hakenkreuz als Hoheitszeichen der NSDAP geschwärzt werden, aber der Adler blieb noch fast zehn Jahre erhalten. Erst in der Gemeinderatssitzung vom 18. September 1955 wurden Vorschläge des Stuttgarter Kunstmalers Kläiber diskutiert. Bürgermeister Zanker trug vor, daß für die Bemalung kaum historische Figuren, außer dem Städtegründer Ulrich dem Vielgeliebten⁷⁶, in Frage kämen. Der »Wilde Mann« als reiner Wappenhalter komme auch

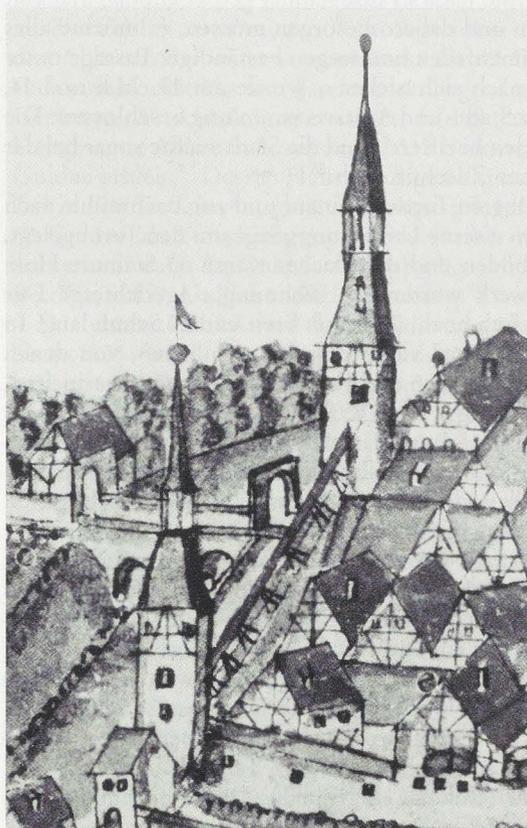
auswärts vor. In »langen und eingehenden Besprechungen« hatte man sich auf die Vorschläge Stadtwappen, Ulrich und »Deutscher Adler« mit Stadtwappen geeinigt, wozu Klaiber fünf Entwürfe vorlegte. Der Beschluß lautete, den Adler mit Stadtwappen anzubringen.⁷⁷ Klaiber vollzog den Auftrag unter Hinzuziehung von Marbacher Handwerkern innerhalb eines Monats. Nicht mehr lange Freude an dem neuen Bild hatte Katharina Walz, die Bewohnerin des Torturms seit 1914, denn sie starb am 4. November 1958.⁷⁸ Seitdem ist der Torturm unbewohnt.



Katharina Walz bewohnte von 1914 bis zu ihrem Tod 1958 den Oberen Torturm

Zu Schillers 200. Geburtstag sollte natürlich auch der Torturm in neuem Glanz erstrahlen, zumal der Gemeinderat schon im Februar 1959 feststellte: »Die Reparatur des Torturms ist unaufschiebbar und muß sofort in Angriff genommen werden.« Die Kosten wurden auf 15 000 bis 20 000 Mark geschätzt.⁷⁹ Bereits im März stand das Gerüst und die Neueindeckung des Dachs mit Schiefer sowie die Erneuerung der Dachrinnen und Fenster konnte beginnen. Die Uhrenfabrik Philipp Hörz, Ulm, die bereits 1927 die Turmuhr geliefert hatte, baute ein von innen beleuchtetes Zifferblatt ein, wozu das Mauerwerk hinter dem Zifferblatt durchbrochen werden mußte. Dadurch entstanden relativ hohe Kosten von rund 2500 Mark.⁸⁰

Vermutlich entstand dieses Tor ebenfalls mit Anlage der Stadt, auch wenn es erst 1473 (Garten beim Wicklinstor auf dem Graben) erwähnt wird.⁸¹ Die bisher früheste bekannte Bezeichnung als »Niklastor« finden wir auf der Stadtansicht von Georg Wilhelm Kleinsträtfl aus dem Jahr 1664. Es trug diesen Namen wohl nach der 1393/94 von Berthold Blaich in Marbach gestifteten Nikolauspfünde, deren



Die Ansicht aus dem 1685 entstandenen Forstlagerbuch Andreas Kiesers zeigt das Wicklinstor und das Obere Tor vor dem Stadtbrand von 1693

Pfründhaus erst in der Mittleren Holdergasse und später in der unteren Niklastorstraße nahe dem Wicklins- oder Niklastor stand.⁸² Beide Bezeichnungen wechseln bis zum Abbruch des Tores im 19. Jahrhundert, wobei jedoch wesentlich häufiger »Wicklinstor« gebraucht wird. Während mit Niklastor eindeutig der Name Nikolaus gemeint ist, bleibt die Herkunft der Bezeichnung »Wicklinstor« im dunkeln. Denkbar wäre die Kurzform eines Personennamens, wie Wigbert oder Wiegand, so wie beim wenige Meter entfernten Küllinsturm, der Kurzform von Kilian. Auch die Wickenpflanze als Namensgeberin wäre beim Vergleich mit den nach der Holunderpflanze benannten Holdergassen denkbar. Das schwäbische Wickle, das die Menge Flachs bezeichnet, die beim Spinnrad für einen Spinngang um den Rocken gewickelt wird⁸³, kommt wohl eher nicht in Frage. Eugen Munz bringt sogar den Namen der abgegangenen Siedlung Weikershausen (nördlich von Erdmannhausen im Bereich der heutigen Bugmühle), deren Verbindungsweg nach Marbach durch dieses Tor führte, mit dem Tornamen in Verbindung.⁸⁴

Der Graben vor dem ehemaligen Tor ist noch heute zu erkennen, ebenso befinden sich dort noch die Reste des Torhauses und eine vermutlich nachmittelalterliche steinerne Grabenbrücke unter dem heutigen Straßenpflaster.⁸⁵ Vor diesem Tor befanden sich die neue Badstube (die alte war vor dem Neckartor) und die Gerber-

Pfründhaus erst in der Mittleren Holdergasse und später in der unteren Niklastorstraße nahe dem Wicklins- oder Niklastor stand.⁸² Beide Bezeichnungen wechseln bis zum Abbruch des Tores im 19. Jahrhundert, wobei jedoch wesentlich häufiger »Wicklinstor« gebraucht wird. Während mit Niklastor eindeutig der Name Nikolaus gemeint ist, bleibt die Herkunft der Bezeichnung »Wicklinstor« im dunkeln. Denkbar wäre die Kurzform eines Personennamens, wie Wigbert oder Wiegand, so wie beim wenige Meter entfernten Küllinsturm, der Kurzform von Kilian. Auch die Wickenpflanze als Namensgeberin wäre beim Vergleich mit den nach der Holunderpflanze benannten Holdergassen denkbar. Das schwäbische Wickle, das die Menge Flachs bezeichnet, die beim Spinnrad für einen Spinngang um den Rocken gewickelt wird⁸³, kommt wohl eher nicht in Frage. Eugen Munz bringt sogar den Namen der abgegangenen Siedlung Weikershausen (nördlich von Erdmannhausen im Be-

vorstadt am Strenzelbach sowie etwas unterhalb die alte Mühle.⁸⁶ Sehr schön ist das Tor in den Stadtansichten von Norden von Kleinsträtzl (1664) und Kieser (1685) zu sehen, die mit dem Stadtbrand von 1693 ihre Gültigkeit verloren.

40 Jahre dauerte es, bis der Wicklinstorturm wieder aufgebaut wurde. 1732 erfahren wir: »Nachdem der Thurn ob dem Wikhlensthor in dem französischen disturbio 1693 samt der hiesigen ganzen Statt vollkommen eingäschert und so ruinirt worden, daß nichts als das steinerne Gemäuer, wie wohlen sehr beschädigt übrig gebliben, welches sich nach und nach so auseinander getrieben, daß man mit Fäusten in die Riss fahren können und dahero besorgen müssen, es möchte alles einstens ohn versehens gar zusammenfallen und wegen beständiger Passage unter dem Thor das gröste Unglückh nach sich ziehen«, wurde am 19. Mai und 14. August 1732 die Reparatur von der Stadt- und Amtsversammlung beschlossen. Die Kosten wurden auf rund 100 Gulden beziffert⁸⁷ und die Stadt suchte sogar bei der herzoglichen Rentkammer um einen Zuschuß nach.⁸⁸

Da besonders die Seiten zum Oberen Torturm hinauf und zur Bachmühle nach unten aufgeschlitzt waren, wurden eiserne Umfassungsringe um den Turm gelegt. Für die Reparatur der Zwischenböden und des Daches waren 33 Stämme Holz erforderlich. Im obersten Stockwerk wurde eine Wohnung eingerichtet.⁸⁹ Der steinerne Teil des Turms war 60 Schuh hoch, 22 Schuh breit und 20 Schuh lang. In ihn mußte Zimmermann Heinrich Nagel vier Stockwerke einbauen, von denen das unterste einen Dielenboden, die übrigen drei aber nur Bretterböden erhielten. Das Fachwerkstockwerk mit Wohnung wurde 12 Schuh hoch und war in Stube und Ern mit Küche unterteilt. Zur besseren Wärmeisolierung zog man eine weitere Decke ein. Für die Turmspitze wurde dieselbe Konstruktion wie 15 Jahre vorher beim Oberen Torturm hergestellt und eine ähnlich gestaltete Schrift eingelegt.⁹⁰

Doch der erneute Verfall war nicht aufzuhalten und 1794 stellte sich, wie später auch beim Oberen Torturm, die Frage nach Sanierung oder Abriß. Ein im Mai erstellter Kostenvoranschlag ergab, daß ein Abbruch die günstigste Lösung wäre. Mit dem Schutt und den Steinen sollte die Wette beim Wilde-Mann-Brunnen aufgefüllt werden.⁹¹ In diesem Jahr hatte ein »Sturmwind« den ohnehin baufälligen Turm erheblich beschädigt, so daß ein Einsturz zu befürchten war. Kirchenratsbaumeister Göz aus Ludwigsburg und Hofwerkmeister Ezel aus Stuttgart rieten zum Abbruch, der vom Oberamt genehmigt wurde. Bald nach Beginn der Arbeiten stellten sich einige Bürger, die von Johannes Rupp angeführt wurden, mit »aufrührerischen und bedrohlichen Reden« gegen den Abbruch. Ein heftiges Gewitter und Regen gefährdeten den Turm inzwischen noch mehr.⁹²

Am 12. Juni 1794 mußte sich Oberweginspektor Groß von Stuttgart »schleunigst nach Marbach begeben«, um zu sehen, »ob und wie weit der Turm abgebrochen werden solle«. Er traf auf den bereits genannten 72jährigen ehemaligen Verwaltungsküfer Rupp, der behauptete, »der Thurm könne noch 1000 Jahre stehen, die Stadt habe so Schulden genug, [denn] das Pflaster sei schadhafft«. Ein Abbruch wäre unnötig, sonst »müsse man die Sturmglocke anziehen«, worauf ihm erwidert wurde, es sei hier noch nicht in Paris, daß es so hergehen dürfe. Dies war natürlich eine Anspielung auf die 1789 ausgebrochene französische Revolution. Für den Abbruch und besonders für die Auffüllung der Wette setzte sich Diakon Röder ein, und ein Gutachten von Stadtphysicus Scholl bezeichnet die Wette als »Cloac eines grossen Theiles der hiesigen Stadt«. Die Oberfläche des mehrere Schuh tiefen Wassers sei beständig schwarz-grün und die Luft dieses Teils

der Stadt wäre, »besonders wenn das Wasser bewegt wird, in hohem Grade verdorben«, wie eine Epidemie bestätigt habe.⁹³ Groß empfahl am 14. Juni den Abbruch und die Erstellung eines neuen erweiterten Tors, worauf weitere zwei Stockwerke und das Vortor abgebrochen wurden.⁹⁴

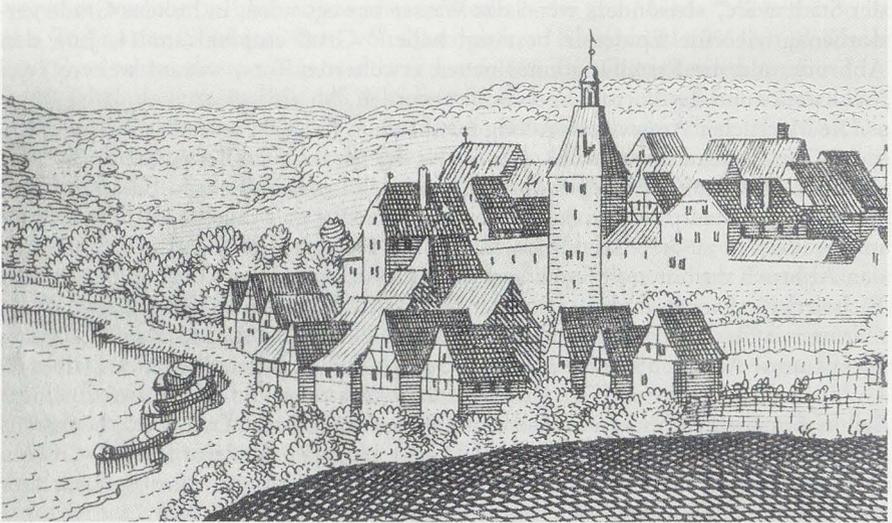
Die Marbacher Amtsversammlung beschloß im Juli 1794 trotz der Proteste, das ganze Tor abzubrechen. Am 22. Juli erging der herzogliche Befehl hierzu.⁹⁵ Zwar war man sich der explosiven Stimmung, die sich besonders gegen Oberamtmann Wächter und Stadtphysicus Scholl richtete, bewußt, gab aber Befehl, die Gegner im Zweifelsfall zu arretieren.⁹⁶ Im September 1794 ratifizierte das Oberamt auch den Abbruch des unteren Stockwerks für 42 Gulden. Zum Abbruch des oberen Fachwerkstockwerks und des darunter liegenden steinernen Stockwerks wurde ein Gerüst mit Flaschenzügen errichtet, so daß das Dach abgehoben werden konnte. Der gesamte Abbruch kostete rund 335 Gulden, von denen der Schmied Daiber 69 Gulden erhielt.⁹⁷ Dessen Haus (heutige Niklastorstraße 33) war nämlich zu einem Teil in den Torturm integriert und Amtspfleger Renz sollte Daiber 50, höchstens 60 Gulden als Entschädigung bieten. Daiber hingegen forderte fast 120 Gulden und erhielt dann 75 Gulden zugesprochen, die, wohl aufgrund bereits bezahlter Beträge, auf 69 Gulden reduziert wurden.⁹⁸

Das unterste Stockwerk des Wicklinstorturms blieb noch einige Jahre stehen, bis es 1805 »total« abgebrochen und durch ein Stachettentor mit zwei neuen Pfeilern ersetzt wurde. Den Plan hatte Baumeister Groß schon 1795 vorgelegt. Ein Pfeiler des neuen Tors und das Gatter wurden 1833 beseitigt, hingegen kann der andere Pfeiler sowie ein Rest der nördlichen Sockelwand des alten Torturms aus Bruchsteinmauerwerk beim Haus Niklastorstraße 33 noch heute besichtigt werden.⁹⁹ Bei Straßenbauarbeiten im Jahr 1992 wurden die steinerne Bogenbrücke vor dem ehemaligen Tor und Reste der Richtung Oberer Torturm verlaufenden Stadtmauer freigelegt. Mit diesen Steinen wurde der Mauerverlauf oberirdisch nachempfunden. Ähnliche Grabungen und Befunde finden wir in Schorndorf und Bönnigheim.¹⁰⁰

Der Neckartorturm

Das Neckartor wird 1473 im Zusammenhang mit Häusern vor diesem Tor erstmals genannt. Dort befand sich auch die alte Badstube und der Anfang des Mühlwegs, der hinunter zur Neckarmühle führte.¹⁰¹ Das Neckartor erhielt nach der von Crusius in seiner »Schwäbischen Chronik« übermittelten Geschichte im Bauernkrieg 1525 den Spottnamen Eselstor, weil aufständische Bauern paarweise durch dieses Tor die Stadt verlassen mußten. Willi Müller kommt zu dem Schluß, daß das Tor aus dem Haupttor und einem kleinen Nebentor bestand, wobei letzteres direkt zum Mühlweg, auch Eselssteig genannt, führte. Durch dieses kleine Tor, das sonst für die Müller und ihre Esel geöffnet wurde, mußten sich wohl die Aufständischen demütig durchzwängen.¹⁰²

Auf der ersten gedruckten Stadtansicht von Matthäus Merian aus dem Jahr 1643 ist der Neckartorturm gut zu erkennen. Offenbar wurde er bei dem großen Stadtbrand von 1693 weniger beschädigt als die beiden anderen Tortürme, denn größere Baumaßnahmen finden sich in den Akten nicht. 1705 wurde das Dach behelfsweise gedeckt, eine »verbrochene« Fachwerkwand aufgemauert und der Zeiger der



Der Neckartorturm auf der 1643 entstandenen Stadtansicht von Matthäus Merian

Uhr repariert. Dies ist zugleich die früheste bekannte Erwähnung der Uhr auf diesem Turm.¹⁰³ Einzig größere Baumaßnahmen waren 1709 die Reparaturen des 1693 abgebrannten Dachs wegen Einsturzgefahr¹⁰⁴ und der schlechten Treppe. Außerdem mußten die Marbacher Zimmermeister Hans Michael Deschler und Balthas Braun »gantz oben bey dem Glöcklen einen Steig von Latten verfertigen, daß man zu selbigem kommen kann«.¹⁰⁵

1731 wurde die Straße nach Ludwigsburg ausgebaut.¹⁰⁶ Innerhalb weniger Jahre nahm der Verkehr auf dieser Route wohl stark zu, denn 1739 klagte der Neckartorturm über mehr Arbeit, da nun der Großteil des Verkehrs nicht mehr durch das Obere Tor, sondern durch das Neckartor gehe. Die Torbrücke wurde vielleicht schon damals durch die Auffüllung des Grabens am Torausgang entbehrlich, durch die zudem das Wasser oberhalb zu einem Feuerlöschsee aufgestaut wurde.¹⁰⁷

Ebenso wie der Wicklinstorturm war 1793 auch der Neckartorturm schadhaft. Hofwerkmeister Ezel stellte nach einer Besichtigung fest, daß schleunigst mit dem Bauwesen begonnen werden müsse. Hauptsächlich waren dabei Zimmermann Heinrich Albrecht und Maurermeister Friedrich Jakob Harsch tätig, die zusammen fast 300 Gulden verdienten.¹⁰⁸

Schon 1803 folgte wieder eine größere Reparatur, die besonders die westlichen Dachstützpfeiler betraf¹⁰⁹, und 1806 erfahren wir von Unstimmigkeiten bei einer größeren Handwerkerrechnung des Neckartorturmbauwesens.¹¹⁰ Die bauliche Erhaltung des Neckartorturms war wohl so kostspielig geworden, daß man 1811/1812 den Turm abbrach und durch ein einfacheres Tor mit zwei Pfeilern, ähnlich dem neuen Wicklinstor, ersetzte. Dieses Tor samt den Pfeilern wurde 1847 abgebrochen.¹¹¹ Das Torhaus blieb stehen und steckt im Kern des Gebäudes Ludwigsburger Straße 10.¹¹² Das »2stockige Torhäusle am Eselsrain«¹¹³ wird noch 1861 als ehemalige Torwartwohnung bezeichnet.¹¹⁴

Anmerkungen

- 1 Für dieses Tor werden seit mindestens 1664 wechselnd die Bezeichnungen Wicklinstor und Niklastor verwendet.
- 2 Ortskernatlas Baden-Württemberg Heft 1.11: Stadt Marbach am Neckar, bearbeitet von Peter Findeisen, Marbach 1995, S. 9 ff. Vgl. Eugen Munz und Otto Kleinknecht: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Stuttgart 1972, S. 35.
- 3 Munz/Kleinknecht S. 43.
- 4 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 373 Bü 4.
- 5 Stadtarchiv Marbach (StAM) R 1 ff.; HStAS A 582 Bü 1–50.
- 6 Munz/Kleinknecht S. 123.
- 7 Ortskernatlas S. 13.
- 8 HStAS H 101 Bd. 1028.
- 9 Johann Friedrich Kast: Geschichte der Stadt Marbach und ihrer Umgebungen, Ludwigsburg 1836, S. 80.
- 10 Albrecht Gühring: »So ist die wehrte Statt ein öder Aschen-Hauffen«. Der Marbacher Stadtbrand im Jahr 1693, Marbach 1993.
- 11 Ortskernatlas S. 28.
- 12 F. Wiedermann: Bild und Zweck unserer Stadttore in früheren Zeiten, in: Hie gut Württemberg 3, 1951, S. 2 f.
- 13 HStAS A 582 Bü 1.
- 14 StAM R 2 S. 37 ff.
- 15 StAM R 9 S. 39b ff.
- 16 StAM R 3 S. 40.
- 17 StAM R 9 S. 39b ff.
- 18 StAM R 44 S. 48 f.
- 19 Philipp Röder: Geographisches statistisch-topographisches Lexikon von Schwaben Bd. II, Ulm 1801, Sp. 131.
- 20 Beschreibung des Oberamts Marbach, Stuttgart 1866, S. 114.
- 21 HStAS A 582 Bü 54.
- 22 StAM R 13 S. 30b.
- 23 Munz/Kleinknecht S. 162 und 215.
- 24 StAM R 16 S. 35.
- 25 StAM R 21 S. 41.
- 26 1 Schuh = 28,65 cm.
- 27 StAM R 21 S. 41–47.
- 28 Ebd. S. 47b–54b, 60b f.
- 29 Ebd. S. 55–59b.
- 30 1 Imi = 18,37 Liter.
- 31 StAM R 21 S. 67b ff.
- 32 HStAS A 306 Bd. 165.
- 33 StAM R 42 S. 52b ff. und 58.
- 34 Ebd. S. 55b.
- 35 Ebd. S. 54b f.
- 36 Karl Förstner: Heimatbuch des Oberamtsbezirks Marbach, Marbach 1923, S. 239 f.
- 37 Carl Seilacher: Ein denkwürdiger Abschnitt in der Geschichte der Stadt Marbach a. N., in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte 20, 1911, S. 113–125, hier S. 113 f.
- 38 StAM R 77.
- 39 StAM B 474.
- 40 Munz/Kleinknecht S. 282.
- 41 HStAS A 306 Bd. 168.
- 42 HStAS A 582 Bü 45 S. 28b ff.
- 43 StAM B 2 S. 275.
- 44 Ortskernatlas S. 18.
- 45 HStAS A 582 Bü 47 S. 30b.

- 46 StAM B 71.
47 StAM B 83 S. 95 und 135 ff.
48 StAM B 422 Nr. 349.
49 StAM R 145.
50 StAM B 425 S. 258.
51 Munz/Kleinknecht S. 215.
52 StAM B 461.
53 StAM B 422 S. 430.
54 Ebd. S. 463.
55 StAM B 477.
56 Munz/Kleinknecht S. 128.
57 StAM B 465 Nr. 313.
58 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) F 182 I Bü 99.
59 Munz/Kleinknecht S. 282.
60 Hermann Schick: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar Bd. 2 (1871–1959), Marbach 1992, S. 46 f.
61 StAL F 182 I Bü 99.
62 Munz/Kleinknecht S. 215 ff.
63 StAL F 182 I Bü 99.
64 StAM A 225.
65 Standesamt Marbach Familienregister Bd. 2 S. 96; freundliche Mitteilung von Herrn Martin Kurz, Wiesbaden.
66 StAM B 465.
67 StAM B 426.
68 Albert Kautter: Marbach am Neckar, die Geburtsstadt Friedrich Schillers, Marbach 1884, S. 13.
69 StAM A 225.
70 StAM Postkartensammlung.
71 StAM A 226.
72 StAM A 470.
73 StAM Schätzungsprotokoll zur Gebäudebrandversicherung.
74 StAM A 225; Munz/Kleinknecht S. 217.
75 Ausführlich beschrieben in: »Furchtlos und treu«. Die Geschichte des Marbacher Kriegerdenkmals (Schriften der Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach und Umgebung e. V. Bd. 2), Marbach 1994.
76 Nach neueren Erkenntnissen ist Herzog Ludwig von Teck Stadtgründer.
77 StAM GR 18. 9. 1955.
78 StAM Meldekartei; Munz/Kleinknecht S. 217.
79 StAM B 108, Gemeinderatsprotokoll 26. 2. 1959.
80 Ebd., Gemeinderatsprotokoll 24. 3. 1959.
81 HStAS H 101 Bd. 1025 S. 8b, 15.
82 Munz/Kleinknecht S. 70.
83 Hermann Fischer: Schwäbisches Wörterbuch Bd. 6, Tübingen 1924, Sp. 752.
84 StAM Munz-Aufsatz III S. 66c; vgl. auch Lutz Reichardt: Ortsnamenbuch des Stadtkreises Stuttgart und des Landkreises Ludwigsburg, Stuttgart 1982, S. 165.
85 Ortskernatlas S. 28.
86 Ebd. S. 13.
87 StAM R 39 S. 48 ff.
88 HStAS A 249 Bü 1586.
89 StAM R 39 S. 50b ff.; Munz/Kleinknecht S. 162.
90 StAM R 39 S. 53 f., 56b f.
91 HStAS A 306 Bd. 168 S. 222.
92 HStAS A 582 Bü. 39 S. 28 ff.
93 HStAS A 213 Bü 2575.
94 HStAS A 582 Bü 39 S. 28 ff.
95 HStAS A 306 Bd. 168 S. 233b, 237b.

- 96 Munz/Kleinknecht S. 207.
 97 HStAs A 582 Bü 39 S. 28 ff.
 98 HStAs A 306 Bd. 168 S. 237b und 245b.
 99 HStAs A 582 Bü 50 S. 36 f.; Munz/Kleinknecht S. 128.
 100 Roland Buggle: Zur ältesten Anlage des Schorndorfer Oberen Tors, in: Heimatblätter Schorndorf 10, 1994, S. 72–77; Kurt Sartorius und Werner Holbein: Die Stadtbrücke vor dem Oberen Tor, in: Ganerbenblätter 7./8, 1984/85, S. 42–45.
 101 HStAs H 101 Bd. 1025 S. 2b; Ortskernatlas S. 14.
 102 Kast S. 70 f.; Willi Müller: Die Geschichte vom »Eselstor« zu Marbach, in: Hie gut Württemberg 10, 1959, S. 42–44.
 103 HStAs A 582 Bü 51.
 104 StAM Munz-Aufsatz Nr. 18.
 105 StAM R 12 S. 29.
 106 HStAs A 247 Bü 227.
 107 Munz/Kleinknecht S. 209.
 108 HStAs A 582 Bü 38 S. 27 ff.
 109 HStAs Bü 47 S. 29 f.
 110 StAM B 70.
 111 Munz/Kleinknecht S. 209.
 112 Ortskernatlas S. 28.
 113 StAM B 475 Nr. 53.
 114 StAM B 424.

Vom Lumpen zum Kulturträger

Herstellung und Geschichte des Papiers unter Berücksichtigung der Markgröninger Papiermühle

von Petra Schad

Heute, im Zeitalter der Technik, wo der Umgang mit dem PC in vielen Bereichen zur Selbstverständlichkeit wurde, erscheint es altmodisch, ja geradezu rückständig, daß sich dieser Beitrag ausschließlich mit dem Thema Papier, jahrhundertlang der Kulturträger schlechthin, beschäftigt. Selbst der Zugang zur Schriftkultur läuft heutzutage fast ausschließlich über Bits und Bytes: in Büchereien erfolgt die Literatursuche und -ausleihe per Computer, auch der Buchhändler löst eine Buchbestellung mittels Knopfdruck aus. Jedoch wird jeder, wenn er ehrlich ist, zugeben, wie dankbar man für die segensreiche Existenz einer geschriebenen Notiz sein kann, die manche Hosentasche zu einem »wandelnden Büro« werden läßt. Auch ein noch so kleiner Papierfetzen kann das strapazierte Gedächtnis stützen und beruhigt gleichzeitig die oftmals noch strapazierteren Nerven. Die Fixierung einer Information auf Papier gibt ihr Beständigkeit.

Diese einführenden Worte verdeutlichen die nach wie vor existierende Bedeutung des Papiers, das als eine der wichtigsten Errungenschaft für die abendländische Kultur angesehen werden kann.

Bis ins 14. Jahrhundert hinein galt im Gebiet des heutigen Deutschlands das Pergament, das aus Ziegen-, Schaf- und Kalbshäuten hergestellt wurde, als das übliche Schreibmaterial. Dann führten deutsche und italienische Kaufleute Papier aus Italien nach Deutschland ein. Papier war billiger und leichter zu beschreiben als Pergament, ermöglichte und förderte somit die Ausbreitung der Schriftkultur. Der erste Papiermüller auf deutschem Boden war der Nürnberger Patrizier, Ratsherr und Handelsmann Ulmann Stromer, der 1390 an der Pegnitz mit dem Umbau einer Mühle zu einer Papiermühle begann.¹

Die Beschaffung des für die Papierproduktion² erforderlichen Rohstoffs Lumpen war anfänglich kein Problem. Auf der Suche nach abgelegter Wäsche und Kleidungsstücken aus Leinen, Hanf und Baumwolle durchstreiften Lumpensammler fest abgegrenzte Bezirke und belieferten damit die Papiermacher. Nachdem die Knöpfe und Schließen entfernt, die Lumpen gereinigt und sortiert waren, wurden sie in handgroße Fetzen zerschnitten – eine Arbeit, mit der vornehmlich Frauen befaßt waren. Zwischen einer und knapp drei Wochen lagen die Lumpen in Faulbüten. Das häufig mit Kalkmilch angereicherte Wasser sollte die Hadern mürbe machen. Der Brei mußte immer wieder umgerührt werden, um die Wärmeentwicklung der faulenden Gärung zu verteilen und das Ansetzen zu verhindern. Danach wurde das Material in einem Stampfwerk unter Frischwasserzufuhr zerfasert: Stempel, auch Fallhämmer genannt, die von einer Nockenwelle gehoben wurden und durch ihr Eigengewicht in die Stampflöcher zurückfielen, zermalmten die Lumpenmasse, die durch die Wasserbewegung wieder unter die Hämmer gespült wurde. Daher stammt der Name Papiermühle.

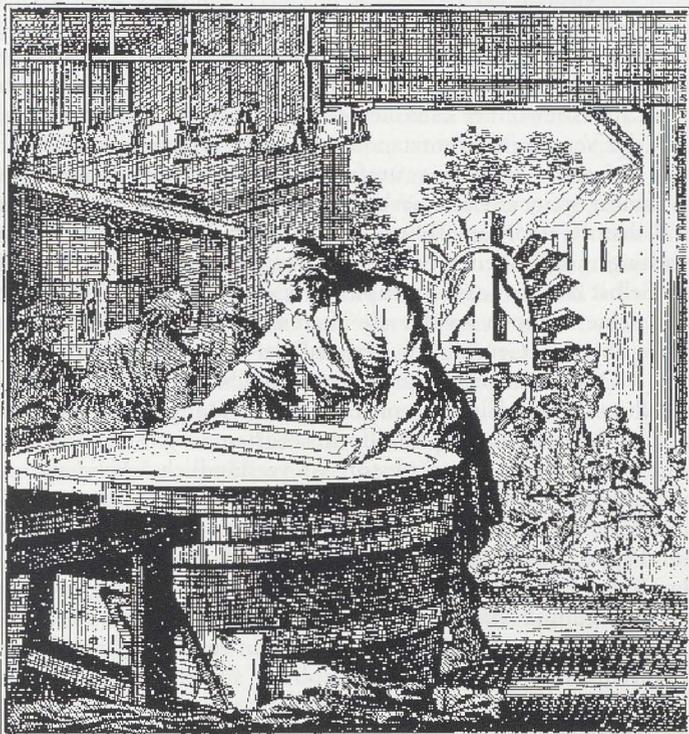
Eine technische Neuerung wurde um 1700 in Holland entwickelt. Der sogenannte »Holländer« war ein Messerwalzwerk, in dem die Lumpen zwischen rotierenden Messern zerfasert wurden. So konnten die Lumpen nicht nur bedeutend schneller und geräuscharmer, sondern durch einen variablen Einsatz der Messer auch bedarfsgerechter zerschnitten werden.

Der entstandene Faserbrei, auch Stoff genannt, kam in Bütten. Mit einer geschickten Bewegung tauchte der Bütteselle (Schöpfer) die Schöpfform in den Brei ein und belud sie bis zum Überlaufen mit Zeug. Dann schwang er die Form in horizontaler Lage nach allen Richtungen hin und her, bis das Wasser durch die Maschen des Siebs abgelaufen war und die Fasern sich zu einem Blatt verfilzt hatten. Die rechteckige Schöpfform besaß bereits die Größe des herzustellenden Papierbogens, der Boden bestand aus einem Messingdraht-Sieb. Sollte ein Wasserzeichen das Papier zieren, nähte man entsprechend geformte Drahtfiguren auf den Siebboden auf. An dieser Stelle lagert sich weniger Papiermasse ab, der Bogen wird durchsichtig. Diese individuellen Markenzeichen können heute helfen, undatierte Schriftstücke, Pläne und Drucke zeitlich näher zu bestimmen.³

Das noch nasse Blatt Papier aus der Form heraus auf einen Filz zu stürzen, war Aufgabe des Gautschers. Diese Arbeit erforderte sehr viel Geschick, da jede zwischen Papierbogen und Filz eingeschlossene Luftblase beim Pressen zwar entweicht, doch zeichnen unverwischbare Vertiefungen im Blatt den von ihr genommenen Weg. Unter mechanischen Naßpressen wurde nun der Bausch, der aus 180 bis 200 Bogen Papier und mindestens ebenso vielen Lagen Filz besteht, entwässert. Daraufhin wurden die angetrockneten Papiere, jetzt ohne Filzlagen, vom Leger erneut gepreßt. Frauen legten nun die bereits ziemlich festen Bogen zum Trocknen aus oder hängten sie im Hängeboden über Latten und Seile, um im Luftzug völlig zu trocknen. Das Papier besaß jetzt die Qualität von Löschpapier und konnte bestenfalls für die zähflüssige Druckertinte als Schreibunterlage dienen. Für gutes Schreibpapier mußten die Poren erst noch mit Leim verschlossen, die Bogen erneut getrocknet und geglättet werden. Papiere der feinsten Sorten wurden, nachdem sie geleimt und getrocknet waren, noch durch warmes Wasser gezogen, das den Leimüberschuß abwusch und das Papier dadurch weicher machte.

Das hier beschriebene frühe Papierherstellungsverfahren erforderte nicht nur eine beträchtliche Menge an Lumpen, sondern war auch sehr arbeitsintensiv. Das tägliche Produktionsoll eines Papiergesellen lag bei einem zehnstündigen Arbeitstag bei rund 3100 Bogen bzw., wenn er sich nicht um die Stoffaufbereitung kümmern mußte, sogar bei 3500 Bogen.⁴ Der erste Anstoß für die maschinelle Papierproduktion ging 1799 vom Franzosen Louis Robert aus, wurde in England aufgegriffen und entscheidend verbessert. Der Einsatz einer Papiermaschine setzte neben ausreichendem Wasserangebot eine entsprechende Wasserkraft, später auch Dampfkraft, voraus. Die Gebrüder Rauch von Heilbronn baten 1832 um die Erlaubnis, erstmals eine englische Papiermaschine nach Württemberg einführen zu dürfen und priesen sie mit folgenden Worten: »Sie macht ohne Feuer und in der höchsten Vollkommenheit Velinpapier [= Druckpapier] von jedem Format, Stärke und Güte, in einer unendlichen Länge, ohne daß solches die Flecken, Luftblasen und Wassertropfen enthielt, welche bei den gewöhnlichen Arbeiten entstehen. Es erfordert nur 3 Personen, um die Arbeit von 10 Bütten in 14 Stunden zu verrichten, wodurch folglich bei deren Anwendung, da man die Bütte zu 3 Arbeitern rechnet, eine Ersparnis von 27 Gesellen und 10 Feuern bewirkt wird. Durch das

Der Papierer.
Es scheint schlecht, und dient doch recht



Der alte Lurpe kommt durch Fleiß
Zu neuen Tüßen schon und weiß:
Holt du mein Herz verächtlich bleiben?
hervor aus altem Sünden Staud,
ganz rein und rein das Gottes Hand
auff dich mog seinen Willen schreiben.

»Der Papierer«, Kupferstich Ende 17. Jahrhundert (aus: Christoph Weigel:
Abbildung und Beschreibung der gemein-nützlichen Hauptstände,
Regensburg 1698, ND Nördlingen 1987)

stufenweise und stark walzenförmige Pressen auf der Maschine wird das Papier geglättet und hierdurch die Arbeit von 10 Weibspersonen erspart, die sonst damit beschäftigt wären. Die Vorteile dieser Maschine bestehen also in der Menge und Vollkommenheit des durch dieselbe verfertigten Papiers, in der Ersparnis sehr bedeutender Fabrikations-Kosten und in der Unabhängigkeit von schlechter Ausführung oder Gesundheit der Arbeiter.«⁵

Zurück zum Rohstoffproblem.⁶ Eine Bütte »verschlang« 100 bis 150 kg Hadern pro Tag, somit war für eine ausreichende Rohstoffversorgung ein Sammelbezirk von 20 000 Personen notwendig, da mit einem jährlichen Ertrag von 1 bis 1,5 kg Lumpen pro Landesbewohner kalkuliert wurde. Nach ca. 30 Prozent Materialverlust im Laufe der Verarbeitung entstanden aus 50 kg Lumpen rund 2400 Papierbogen. Die sich steigernde und immer umfangreicher werdende Verwaltungsaktivität hatte einen ständig steigenden Papierbedarf zur Folge, was schon bald zu Engpässen bei der Rohstoffversorgung führte, zumal es für abgelegte Kleidung noch weitere Verwendungsmöglichkeiten gab, als sie Lumpensammlern zu verkaufen, z. B. als Dünger. Selbst der herzogliche Papierverwalter von Warth gestand, wie viele andere auch, seine Lumpen »wider die älteren und neueren Verordnungen zum Düngen in Weinbergen, Grundbirn-, Welschkorn- und Hanf- und Rübenländern« zu vergraben.⁷ Obrigkeitliche Verordnungen, die Sammelbezirke festlegten, die Lumpenausfuhr und den Einsatz von Hadern als Dünger verboten, versuchten vergeblich, dem Rohstoffmangel Abhilfe zu schaffen.

Die Suche nach einem Ersatzrohstoff ist verständlich.⁸ Versuche mit Stroh, Holz, Tannenzapfen, Torf, Moos u. a. wurden im 18. Jahrhundert erfolglos unternommen. Erst nach 1800 wurden Stroh und Altpapier zum wichtigen Rohstofflieferanten für Pappe. Mit Erfindung des Holzschliffverfahrens durch den sächsischen Weber Keller um 1840 wurde Holz der Rohstoff für geringere Papiersorten, die nicht sehr alterungsbeständig sind. Beim Holzschliffverfahren wird das Holz in kleine Stücke zersägt, die auf einem Mahlstein fein gemahlen werden. Nach mehreren Durchläufen werden die Holzsplitter auf einem Sandstein in einem Getreidemahlgang noch weiter zerfasert, die getrockneten Splitter schließlich zur Weiterverarbeitung in eine Pappenfabrik gesandt. Erst als man entdeckte, wie auf chemischem Weg Zellulose aus Holz zu gewinnen war, ließ sich endloses feines Papier produzieren.

Papier diene und dient noch immer nicht allein zum Beschreiben. Seine Verwendungsmöglichkeiten und sein Aussehen nahmen im Lauf der Entwicklung immer vielfältigere Formen an. Erste Nachweise von Packpapier stammen aus dem 14. Jahrhundert, Papiertüten gab es – neben Briefumschlägen und mit Schablonen bemalten Papiertapeten – bereits um 1510. Die ersten Buntpapiere kamen aus dem Fernen Osten. Sie fanden als Vorsatzpapier in Büchern, zur Ausfütterung von Kästchen, Futteralen oder Schränken Verwendung. In Deutschland wurden sie erstmals Mitte des 16. Jahrhunderts in der Pfalz hergestellt. Die Preise für Marmor-, Kleister- oder anderes Buntpapier waren anfangs ansehnlich: man bezahlte viermal mehr als für Kanzleipapier. Später lernten die Buchbinder die Herstellung dieser Schmuckpapiere, um sie als – im Vergleich zum Leder – »billigen« Einband für Buchdeckel zu verwenden. Zur Massenproduktion von Tapeten konnte allerdings erst dann übergegangen werden, als man gelernt hatte, endloses Papier zu erzeugen und die Technik des Textildruckes für den Tapetendruck umgewandelt war; das war nach 1850 möglich. Um diese Zeit gab es auch Neuerungen im Ver-

packungssektor: Papiere wurden in Pech oder Bienenwachs getaucht, und seit 1890 produzierte man in Sachsen die noch heute bekannten Wachspapiere für die Lebensmittelbranche. Nachdem man statt »Tabak zu trinken«, gemeint war damit das Pfeiferauchen, immer häufiger zu Zigarre und Zigarette griff, entwickelte die Papierindustrie um 1900 spezielle Sorten für Zigarettenhülsen und Zigarrenspitzen. Für technische Zwecke werden heute zahlreiche Spezialpapiere hergestellt, wie z. B. Lichtpauspapier oder Isolierpapier für Kabel. Die Erfindung der Fotografie bedingte die Entwicklung des Fotopapiers. Auch heute noch werden an Papier und Pappe immer höhere Ansprüche bezüglich der Reißfestigkeit, Wasserdichte und Luftdurchlässigkeit gestellt: Sie werden mit Klebstoff, Lack und Firnis veredelt und müssen mit allerlei Kunststoffen eine Verbindung eingehen.⁹

Die kommunikative und kreative Seite des Papiers gehört ebenfalls gestreift. Mit einem Stück Papier läßt sich beim »Schiffe-Versenken« oder Falten von Papierswalben in vielen Situationen die Zeit vertreiben. Puzzles und Kartenspiele bestehen aus Papier. Papierprodukte aller Art zieren die Ereignisse im Jahresverlauf: von Luftschlangen und Konfetti über Papierblumen und Schultüten bis hin zum Adventskalender. Papier kann auch wertvoll sein – nicht nur der Geldschein. Denn Papier dient schon seit Jahrhunderten als Trägerstoff für verschiedenste künstlerische Techniken. Etwas Farbe aufs Papier gebracht kann – je nach Ansehen des Künstlers – den Lebensunterhalt durchaus sichern. Diese Aufzählung ist gewiß nicht vollständig, zumal die Entwicklung noch immer fortschreitet. Ein letzter hier noch kurz zu erwähnender Aspekt ist der Hygienebereich im modernen Alltag. Durch Massenproduktion und geänderte Fabrikationsverfahren erschloß man neue Einsatzbereiche: der einst so wertvolle Stoff wurde zum »Wisch-und-weg«-Artikel, deren Beispielsreihe vom Papiertaschentuch über Toilettenpapier und Papierserviette bis hin zur Babywindel reicht. Im entscheidenden Augenblick bei der Hand, wird das auf einmalige Verwendung angelegte Papier nach Gebrauch weggeworfen.

Die Markgröninger Papiermühle

Im Jahr 1786 bat der Enzberger Antonius Boden¹⁰ um herzogliche Erlaubnis, die ungefähr 1,5 Kilometer nordwestlich von Markgröningen an der Glems stehende Öl-, Schleif-, Reib-, Walk- und Gerstenmühle in eine Papiermühle umwandeln zu dürfen.¹¹ Für diese Betriebsgründung mußte er nicht nur das erforderliche Kapital aufbringen, sondern zur Rohstoffversorgung auch Lumpensammelbezirke zugeteilt bekommen, und dies war gar nicht so einfach. Zum einen waren die Sammelbezirke bereits an württembergische oder ausländische Papierer vergeben, und zum anderen war der Konkurrenzkampf hart¹², gab es doch allein im Herzogtum über 20 Papiermühlen, die alle – trotz Ausfuhrverbote und Preisbindungen für Lumpen – mehr oder weniger unter Rohstoffmangel litten. Neben Markgröningen wiesen um 1800 in Württemberg noch folgende Orte Papiermühlen auf: Blaubeyren, Enzberg (2), Enzweihingen, Faurndau, Gönningen, Göppingen, Gültlingen (2), Heidenheim, Hirsau (2), Laufen an der Eyach, Oberlenningen, Pfullingen (2), Roigheim, Tuttlingen und Urach (3).¹³

Trotz Einsprüche seitens der Enzberger Papiermüller¹⁴ legte Rentkammersekretär von Warth im Februar 1787 die Lumpensammelbezirke für den künftigen

Papiermüller Antonius Boden fest. Entsprechend des geschätzten Ertrags lagen auf den einzelnen Bezirken für die Sammelkonzession folgende Abgabesätze:¹⁵

1. Oberamt Bönnigheim	3 fl 30 xr
2. Stabsamt Höpfigheim	1 fl 30 xr
3. Hochberg, Hochdorf und Kirschenhardthof	1 fl 30 xr
4. Geisingen und der württ. Anteil von Beihingen	1 fl
5. Liebenstein, Kaltenwestheim (Neckarwestheim), Ottmarsheim	3 fl
6. Stabsort Mühlhausen an der Enz	1 fl
7. Stammheim und Zazenhausen	30 xr
8. Freudental	1 fl

Das zweite große Problem stellten die hohen Kosten dar, die Boden für eine adäquate technische Einrichtung erst einmal aufwenden mußte, bevor mit der Papierherstellung Geld zu verdienen war. Bei der Kapitalbeschaffung beschritt Boden den üblichen Weg und nahm, weil es damals noch keine Banken gab, bei der Markgröninger Spitalverwaltung einen Kredit von 500 Gulden auf.¹⁶ Weiteres noch fehlendes Geld »besorgte« er sich auf anderem, ebenfalls gebräuchlichen Weg – durch Heirat. Seine Ehefrau Christina Schell, die Tochter des Markgröninger Ratsverwandten Andreas Schell, war eine »gute Partie« und brachte allein 500 Gulden Bargeld sowie einen Kredit ihres Vaters über 695 Gulden »zu Instandstellung des angefangenen Pappier-Mühlbaues« mit in die Ehe. Das persönliche Barvermögen von Boden belief sich auf 941 Gulden.¹⁷

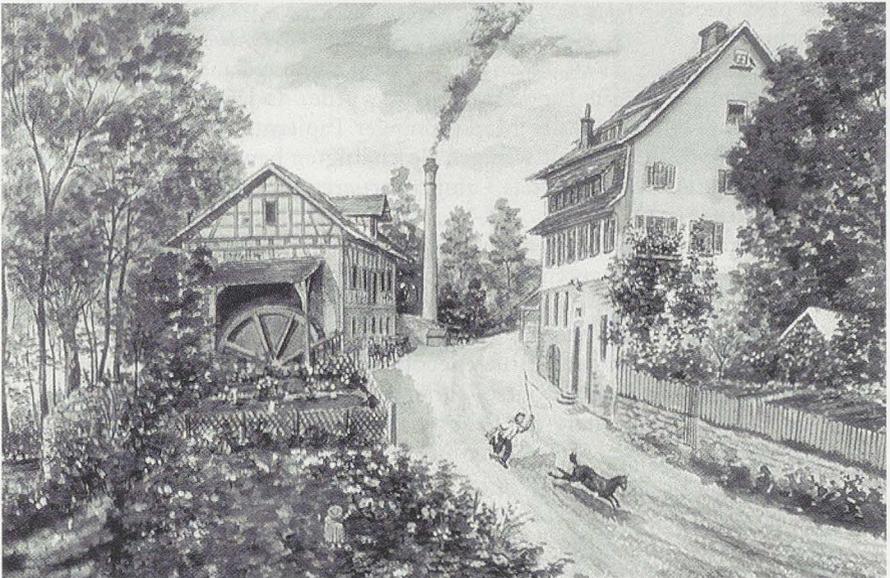
Trotz dieser finanziellen Unterstützung und amtlicher Protegierung des Jungunternehmers war Boden um 1800 zahlungsunfähig. Die Mühle mit »Stampf und Holländer« samt Grundstück hatte nun einen Wert von 2730 Gulden, während Boden die Vorgängermühle für nur 350 Gulden gekauft hatte.¹⁸ Sein Handwerkszeug, das vor allem aus diversen Schöpfformen und Filz bestand, wurde zu rund 71 Gulden angeschlagen.¹⁹ Die im Inventar aufgeführten »Schrenzformen«, »Schlangenformen« und »Baslerstabformen« geben uns Hinweise auf die damalige Produktion der Papiermühle: In »Schrenzformen« wurde dünnes kleinformatiges Packpapier hergestellt, das aus ungebleichten Leinenlumpen geschöpft wurde und geleimt oder ungeleimt auf den Markt kam. Der in der Drahtfigur der Wasserzeichen dargestellte Gegenstand gab einzelnen Formen ihren Namen: in der »Schlangenform« war eine kleine Schlange abgebildet, auf den »Baslerstabformen« ist der Basler Bischofsstab zu sehen.²⁰

Nachdem die Mühle eine Zeitlang still gestanden hatte, wechselte sie 1803 für stolze 4000 Gulden den Besitzer: Die neuen Eigentümer waren Thomas Immanuel Färber aus Dettingen am Schloßberg²¹ und sein Schwiegervater Jakob Dachtel aus Markgröningen. Laut Heiratsinventar besaß Papierer Färber zu Beginn seiner Ehe für 100 Gulden weiße und schwarze Lumpen und neben »gestampftem Zeug« noch 21 Ballen Papier im Gesamtwert von 162 Gulden. Seine Braut Catharina brachte neben 1600 Gulden Kredit die Hälfte der Papiermühle mit Wohnung, Wasserrechten an Glems und Altbach sowie die Mitbenutzung der Leimküche im Gesamtwert von 3700 Gulden mit.²²

Unter Thomas Immanuel Färber erlebte die Papiermühle ihre Blütezeit. An zwei Bütten konnte produziert werden. Über eine vergleichbar gute Ausstattung

verfügte nur ein Drittel der Papiermühlen im Königreich Württemberg.²³ Trotzdem ist fraglich, ob beide Büten tatsächlich ausgelastet waren, denn eine Bütte verschlang jährlich den Hadernanfall von 20 000 Menschen, und um 1820 lebten in dem Färber zugeteilten Lumpensammelbezirk nur 23 600 Seelen. 1826 legte man für je 1000 Leute eine jährliche Abgabe von 3 Gulden fest. So mußte Färber rund 71 Gulden für den Sammelbezirk sowie 10 Gulden für das Wasserregal entrichten.²⁴ Nach Einführung der Gewerbefreiheit in Württemberg und Gründung des Zollvereins²⁵ änderte sich 1831 nicht nur die Rohstoffversorgung, sondern auch die Steuerlast. Die Vergabe von Sammelbezirken – und folglich auch das bisher dafür zu entrichtende Konzessionsgeld – wurde gänzlich aufgehoben, Export und Import von Lumpen richteten sich von nun an nach den Gesetzen des Zollvereins²⁶ sowie nach kapitalistischen Wirtschaftsregeln. Färber sah sich beim Kauf von weißen Lumpen einer angeblichen Preissteigerung von 100 Prozent pro Zentner ausgesetzt.²⁷ Vermutlich hatte der am Grenzgebiet zur badischen Papiermühle in Niefern liegende Papiermüller aber schon vorher Lumpenpreise bezahlt, die doppelt so hoch wie der offizielle Festpreis waren.²⁸

Die Gewerbefreiheit verteuerte zwar allgemein die Rohstoffpreise um 25 bis 100 Prozent, für Färber blieb das jedoch ohne konkrete Auswirkungen. 1821 lag die Personalstärke seiner Papiermühle mit sechs Arbeitern über dem württembergischen Durchschnitt von vier Beschäftigten.²⁹ Rund zehn Jahre später arbeiteten zehn Beschäftigte bei Immanuel Färber.³⁰ Für württembergische Papiermühlen war das seinerzeit ein Betrieb mittlerer Größe. In Markgröningen lag der Produktionsschwerpunkt um 1820 auf Druck- und Fließpapier, das ungeleimt vertrieben und von über 60 Prozent der württembergischen Betriebe hergestellt wurde; das



Pappenfabrik Friederich, Aquarell von A. Diez 1902. Deutlich zu erkennen das 6,5 Meter hohe Wasserrad

hochwertigere Schreibpapier wurde nur in bescheidenem Umfang produziert.³¹

Die Bedeutung der Wasserkraft als lebenswichtiger Energielieferant für die Mühlenbetriebe an der Glems zeigt im Jahr 1832 das gemeinschaftliche Vorgehen aller Markgröninger Mühlwerksbesitzer gegen die Anlage des Bärensees und des Neuen Sees im Glemswald südlich von Stuttgart.³² Ziel dieser Bauarbeiten war, zur besseren Wasserversorgung der Stuttgarter Gerber, Färber und Müller Glemswasser durch den Christophsstollen in die Residenz zu leiten. Vom Markgröninger Stadtrat ließen sich die Markgröninger Müller auf ihrer Eingabe an die Regierung beurkunden, daß diese Verlegung der Wasserscheide zwischen Glems und Nesenbach ihnen eine erhebliche Einbuße an Wasserkraft verursache. Aus Protest gegen diese Arbeiten verweigerten sie 1835 die Bezahlung der Steuern.³³ 1838 bangte Papierfabrikant Färber erneut um die Wasserenergie, als in Talhausen an der Glems, ca. 450 Meter unterhalb seiner Mühle, ein neues Wassertriebwerk zum Betrieb einer Hammerschmiede errichtet werden sollte.³⁴ Er ließ sich garantieren, daß dies keine Veränderungen am Wasserzufluß zu seinem Triebwerk zur Folge habe.

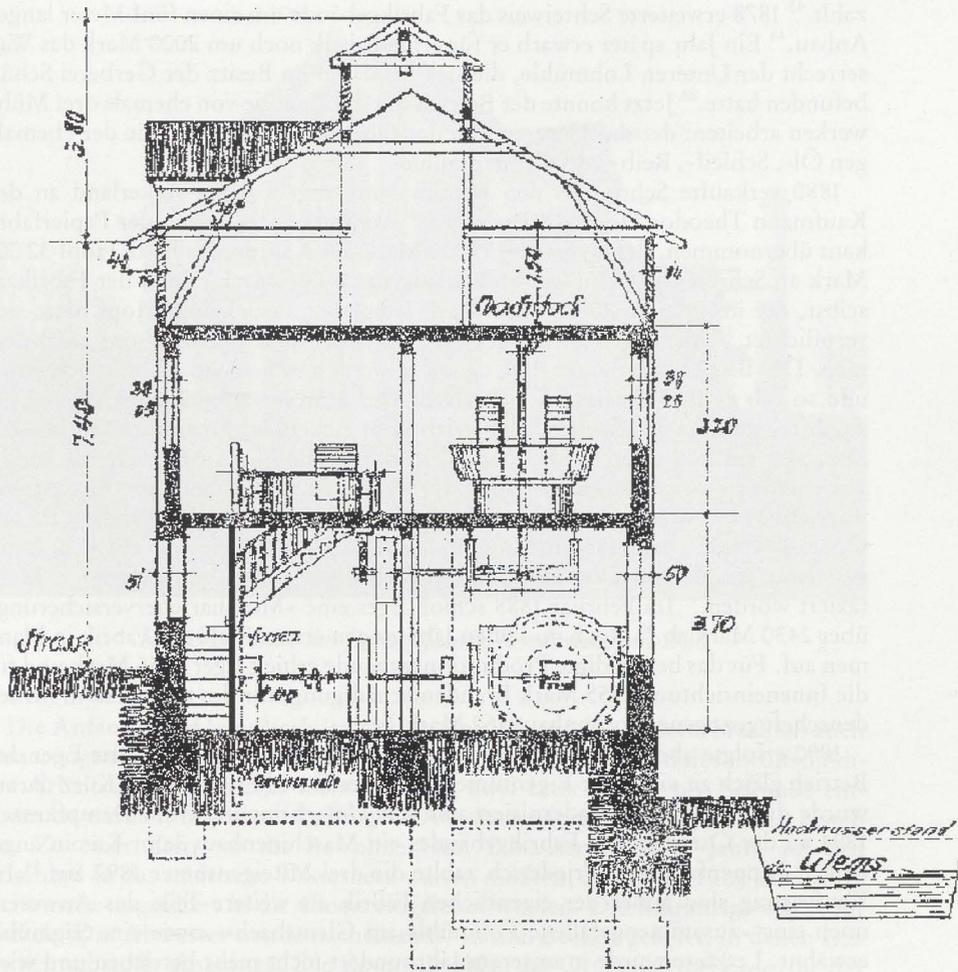
1847 trat Wilhelm Färber in die Fußstapfen seines Vaters.³⁵ Das Erbe, das er antrat, war recht ansehnlich: 4000 Gulden veranschlagte man für die »vor 1811 erbaute 2stokigte Papier-Mühle samt Anstoß, in welchem hinten eine Wohnung eingerichtet ist, mit den nöthigen Kammern und zwei Trockenböden«. Weiter besaß »eine Lohmühle, jetzt Reibmühle [= Hanfreibe], und zwar die obere, welche wöchentlich 1½ Tage das Wasser zum Werk zugewiesen hat«, 50 Gulden Wert.³⁶ Das unterkellerte neue Haus wurde mit Trockenboden auf 3000 Gulden geschätzt. Immanuel und Catharina Färber hatten im Laufe ihrer 43 Ehejahre ihren Besitz versiebenfacht. Das Gesamtvermögen belief sich auf 25 140 Gulden.³⁷

Noch 1858 produzierten in der Papiermühle, die damals über »keine Maschineneinrichtung« verfügte, zwei bis drei Beschäftigte »meist nur geringe Papiere« für den Inlandbedarf.³⁸ Es ist davon auszugehen, daß ungefähr um diese Zeit die Produktion von Papier auf Pappe umgestellt wurde, da laut amtlicher Statistik 1861 keine Arbeiterinnen in der Markgröninger Papiermühle beschäftigt waren und nur Pappenproduktion mit wenigen Beschäftigten bewältigt werden konnte: frauenspezifische Arbeiten wie das Lumpensortieren und Trocknen waren dabei weitgehend überflüssig.³⁹

Papierfabrikant Daniel Schreiweis aus Roigheim bei Heilbronn übernahm nach der Heirat mit der Fabrikantentochter Wilhelmine Färber 1875 die Fabrik.⁴⁰ Im Januar 1876 brannte das Fabrikgebäude das erste Mal nachweislich ab.⁴¹ Schreiweis nützte die Gunst der Stunde und erstellte beim »Wiederaufbau« ein neues, mit 16 Metern fast doppelt so langes Fabrikgebäude. Die Arbeiten schritten zügig voran und im August 1877 nahm Baukontrolleur Schmid aus Ludwigsburg den Bau ab.⁴² Als Brandentschädigung hatte die Feuerversicherung 5385 Mark für das Wohn- und Fabrikgebäude sowie 5260 Mark für die technischen Einrichtungen ausge-

Abb. rechts:

Schnitt des Maschinenraums der Pappfabrik Friederich, Bauzeichnung für den Wiederaufbau 1911. Die anstelle des Wasserrads eingebaute Turbine treibt über Transmissionen eine Rührbütte und zwei Pappmaschinen im Erdgeschoß sowie einen Kollergang, einen »Holländer« und eine hydraulische Presse im 1. Stock an.



10 9 8 7 6 5 4 3 2 1 0 100

Masstab 1:100

Merkmärlinien im September 1901
 der Bauteile.

Handwritten signature

Wen ergänzt
 fertiggestellt im September 1901

Handwritten signature: Fritz Waltz

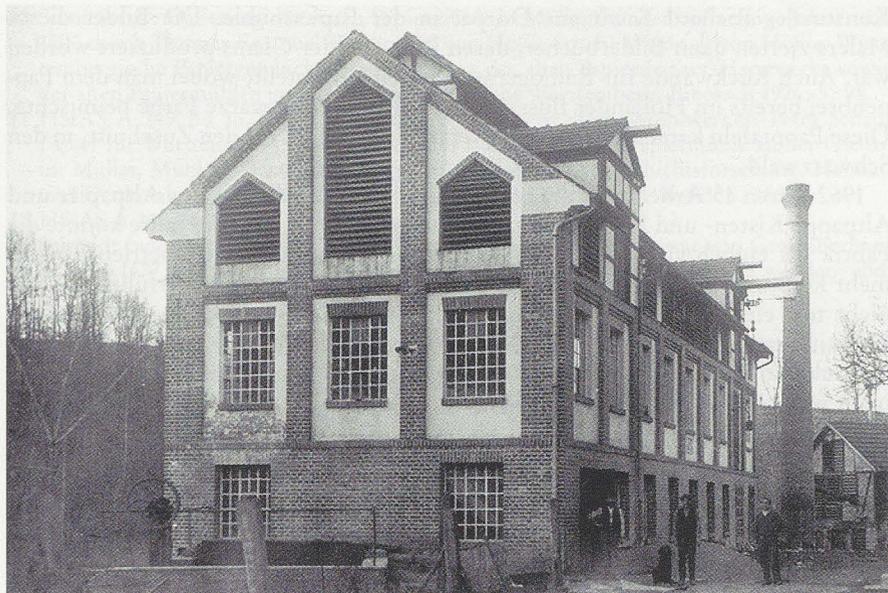
Architekt.

zahlt.⁴³ 1878 erweiterte Schreiweis das Fabrikgebäude um einen fünf Meter langen Anbau.⁴⁴ Ein Jahr später erwarb er für seine Fabrik noch um 2000 Mark das Wasserrecht der Unteren Lohmühle, die sich bis dahin im Besitz der Gerberei Schütt befunden hatte.⁴⁵ Jetzt konnte der Betrieb mit der Energie von ehemals drei Mühlenwerken arbeiten: der der Unteren und der Oberen Lohmühle sowie der ehemaligen Öl-, Schleif-, Reib- und Gerstenmühle.

1880 verkaufte Schreiweis den Betrieb samt zugehörigem Ackerland an den Kaufmann Theodor Hopf aus Esslingen.⁴⁶ Vermutlich hatte sich der Papierfabrikant übernommen, denn von den 59 000 Mark des Kaufpreises hatte Hopf 32 000 Mark an Schreiweis' Gläubiger zu zahlen, nur 17 000 Mark erhielt der Fabrikant selbst, der im Februar 1881 wieder nach Roigheim zurückging. Hopf hatte sich verpflichtet, fehlendes Geld bei der Oberamtssparkasse Ludwigsburg aufzunehmen. Der Betrieb kam unter dem neuen Besitzer anscheinend nicht in Schwung, und so gab es 1885 erneut einen Wechsel. Der Schreibwarenhändler Albert Eger aus Mergentheim ersteigerte den Betrieb samt Ackerland für nur 26 000 Mark.⁴⁷ Dies war ein günstiger Kauf, denn allein der Immobilienschätzwert lag bereits weit höher: das zweistöckige Papierfabrikgebäude mit technischer Ausstattung war auf 20 100 Mark geschätzt worden, die auf dem Betriebsgelände stehende Obere Lohmühle war 1856 in eine Sägmühle⁴⁸ umgewandelt und auf 1720 Mark geschätzt, das Wohnhaus auf 6800 Mark sowie die beiden Schuppen auf 640 Mark taxiert worden.⁴⁹ Im Februar 1888 schloß Eger eine »Mobiliarfeuersversicherung« über 2430 Mark ab.⁵⁰ Noch im selben Jahr gingen erneut Teile der Fabrik in Flammen auf. Für das beschädigte Produktionsgebäude erhielt Eger 4056 Mark und für die Inneneinrichtung 1555 Mark Brandentschädigung, für das nur leicht in Mitleidenschaft gezogene Trockenhaus 162 Mark.⁵¹

1890 erfolgte abermals ein Besitzwechsel. Für 33 000 Mark verkaufte Eger den Betrieb gleich an vier neue Eigentümer, darunter David Friederich.⁵² Kurz darauf wurde die Produktion modernisiert und zur Unterbringung eines Dampfkessels 1894 an der Ostwand des Fabrikgebäudes ein Maschinenhaus samt Kamin angebaut.⁵³ Pappenfabrikant Friederich zahlte die drei Miteigentümer 1897 aus.⁵⁴ Im Kaufvertrag sind außer der eigentlichen Fabrik als weitere Teile des Anwesens noch eine »zusammengefallene Lohmühle am Glemsbach« sowie eine Sägmühle erwähnt. Letztere wurde in unserem Jahrhundert nicht mehr betrieben und wich 1937 einem Garagenbau.⁵⁵ David Friederich investierte weiter: 1908 wurde ein zweistöckiges Trockenhaus mit 24 Metern Länge erbaut.⁵⁶

In der Nacht vom 7. auf 8. September 1911 legte ein Großfeuer zum dritten Mal innerhalb von 35 Jahren die Fabrik in Schutt und Asche. Die Radstube mit dem Wasserrad, das Kennzeichen der ursprünglichen Papiermühle, brannte ab. Der Wiederaufbau setzte unverzüglich ein, und im Oktober bestellte Friederich bei der Firma Voith in Heidenheim eine Turbine, die nun das Wasserrad ersetzte.⁵⁷ Mit 17 623 Mark war erstmals die zerstörte Maschineneinrichtung mehr wert als das abgebrannte Gebäude, für das Friederich von der Gebäudebrandversicherung 10 108 Mark erhielt.⁵⁸ Später ergänzten sich die Turbine und ein Dieselmotor. Je nach Wasserführung der Glems konnte die Stellung der Turbine im Wasser variiert werden. War die Wasserkraft zu gering, setzte der Motor ein, damit eine ausreichende Stromversorgung gesichert war. Noch bis Anfang der 50er Jahre wurde der Strombedarf der Fabrik ausschließlich durch Eigenproduktion gedeckt; 1952 erfolgte dann der Anschluß an das Stromnetz der Neckarwerke.⁵⁹



Fabrikgebäude der Pappfabrik Friederich, um 1930

Die Anfänge des Umweltschutzes zu Beginn dieses Jahrhunderts brachten auch Neuerungen für die Pappfabrik. Von 1912 an durften während des zwölfstündigen Arbeitstages der Glems nicht mehr als zwei Liter Wasser pro Sekunde entnommen werden, und eine fabrikeigene Abwasserreinigungsanlage war zu erstellen. Zu einer Zeit, wo die Bewohner von Talhausen noch 18 Jahre auf den Anschluß an das städtische Wassernetz warten mußten, durfte das Fabrikabwasser nicht mehr ungefiltert in die Glems eingeleitet werden. Die Kläranlage war recht einfach: Das Abwasser wurde nacheinander in drei Becken geleitet, in denen sich die Schwebstoffe absenkten. Die Kontrolle oblag der Ortspolizeibehörde, die das Abwasser auf »seine Farbe, Klarheit und Durchsichtigkeit, seinen Geruch und seine Fäulnisfähigkeit beim Stehen im geschlossenen Gefäß« hin untersuchen sollte.⁶⁰

Für die Herstellung ihrer Papptafeln benötigte die Fabrik Friederich Altpapier.⁶¹ In einem Kollergang wurde das im Wasser eingeweichte Papier zwischen zwei Steinen gemahlen und von dort in den »Holländer« geleitet, wo es mit viel Wasser gemischt wurde. Wer nahm nun die fertige Pappe mit den Maßen 85 × 120 cm ab? Unter anderem verwendete sie der Markgröninger Buchbinder Ruoff für Buchdeckel. Und vor dem Zweiten Weltkrieg wurde sie auf dem Hohenasperg und in der Ludwigsburger Strafanstalt zu Schuhsohlen für Hausschuhe verarbeitet. Das Ausliefern der Tafeln mit einem Lastwagen, der Vollgummireifen ohne Profil besaß, war im Winter ein Abenteuer. Die Auslieferung erfolgte nach Schulschluß, damit einer der Söhne bei der Fahrt hoch auf den Asperg mit einem Keil hinter dem Lastwagen herumlaufen konnte, für den Fall, daß die mit Ketten angetriebenen Räder durchdrehen sollten. Nach dem Krieg wohnte zeitweise der

Kunstmaler Richard Kiwit aus Dorpat in der Papiermühle. Die Bilder dieses Malers zierte dann Bilderbücher, deren Pappe an der Glems produziert worden war. Auch Rückwände für Radiogeräte wurden hergestellt, wobei man dem Pappbrei bereits im Holländer flüssigen Harzleim und schwarze Farbe beimischte. Diese Papptafeln kamen zur weiteren Verarbeitung, d. h. für den Zuschnitt, in den Schwarzwald.

1962 waren 15 Arbeiter in zwei Schichten damit beschäftigt, aus Altpapier und Altpappe Kisten- und Hartpappe zu produzieren. Ende der 60er Jahre konnte die Fabrik bei täglich vier bis fünf Tonnen Pappenausstoß mit Großbetrieben nicht mehr konkurrieren. 1969 mußte der Betrieb schließen. Eine Weiterführung hätte nicht nur eine komplette Modernisierung der Maschinenanlage, sondern auch Investitionen in Millionenhöhe für eine Kläranlage erfordert.

Nachdem das Fabrikgebäude 1971 abgebrochen worden ist, weist heute nur noch wenig auf die fast 200jährige Tradition Markgröninger Papier- und Pappenproduktion hin. Zu nennen sind die Türinschrift »Immanuel Faerber, 1811, C. Faerberin« am Gebäude Papiermühle 1, die an den Erbauer – den bedeutendsten Papiermüller im engeren Sinn des Wortes – und seine Frau Catharina erinnern, sowie eine Gedenktafel, die auf das letzte Großfeuer hinweist. Früher befand sich der Gedenkstein am wieder aufgebauten Fabrikgebäude, heute liegt er zwischen den Häusern Papiermühle 1 und 3 im Boden. Ein letztes, drittes Überbleibsel ist nicht mehr sichtbar: Die letzte Turbine steckt noch im Boden. Bedauerlicherweise wird sie nicht zur umweltfreundlichen Energiegewinnung genutzt, wie beispielsweise die Turbinen der Unteren Mühle und der Bachmühle in Unterriexingen, die Tag und Nacht Strom ins Netz der Neckarwerke einspeisen.⁶²

Anmerkungen

- 1 Michael Lösel: Nicht von Pappe – Die Papiermacherei in Nürnberg, in: Räder im Fluß. Die Geschichte der Nürnberger Mühlen, hrsg. vom Centrum Industriekultur Nürnberg, Nürnberg 1986, S. 75–84.
- 2 Zum Herstellungsverfahren: Karl Hofmann: Praktisches Handbuch der Papierfabrikation, Berlin 1876; Michael Lösel: Denn »mill« heißt auch Fabrik – Der Produktionsablauf in einer Papiermühle, in: Räder im Fluß (wie Anm. 1) S. 85–88; Frieder Schmidt: Von der Mühle zur Fabrik. Die Geschichte der Papierherstellung in der württembergischen und badischen Frühindustrialisierung, Ubstadt-Weiher 1994, S. 143–162.
- 3 Hermann Bannasch: Wasserzeichen als Datierungshilfen – die Wasserzeichenkartei Piccard im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, in: Zauberstoff Papier. Sechs Jahrhunderte Papier in Deutschland, hrsg. von Jürgen Franzke, München 1990, S. 69–88.
- 4 Das Schöpfen und Gautschen eines Bogens mittleren Formats dauert zehn bis zwölf Sekunden; Schmidt (wie Anm. 2) S. 156.
- 5 Lore Sporhan-Krempel: Vom Papier und seiner Verarbeitung in alter und neuer Zeit, München 1959, S. 15 f.
- 6 Schmidt (wie Anm. 2) S. 42 ff.; Horst-Dieter Beyerstedt: »Ich brauch Hadern zu meiner Mühl« – Zur Rohstoffversorgung der Nürnberger Papiermühlen, in: Zauberstoff Papier (wie Anm. 3) S. 99–104.
- 7 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 249 Bü 1673, Qu 2, Qu 4.
- 8 Sporhan-Krempel (wie Anm. 5) S. 19 ff.
- 9 Ebd. S. 56.

- 10 Somit ist die Datierung der ersten Papiermühle in Markgröningen auf »einige Jahre nach 1800 durch Thomas Emanuel Färber« bei von Hößle falsch; Friedrich von Hößle: Württembergische Papiergeschichte. Beschreibung des alten Papiermacher-Handwerks sowie der alten Papiermühlen im Gebiet des Königreichs Württemberg, Biberach 1926, S. 98.
- 11 HStAS A 249 Bü 1673, Qu 1. Zu den Vorbesitzern dieses Mühlwerkes: Petra Schad: Papier für Württembergs Residenzen. Vom Auf und Ab der Papiermühle an der Glems, in: Müller, Mühlen, Wasserkraft, hrsg. vom Arbeitskreis Geschichtsforschung, Heimat- und Denkmalpflege Markgröningen, Markgröningen 1995, S. 149–161, S. 158 f.
- 12 HStAS A 249 Bü 1673.
- 13 Schmidt (wie Anm. 2) S. 60 f. Württembergs erste Papiermühle war von Graf Eberhard im Bart 1477, zeitgleich mit der Universität Tübingen, in Urach gegründet worden; ebd. S. 43.
- 14 HStAS A 249 Bü 1673, Qu 5.
- 15 HStAS A 249 Bü 1673, Qu 17. Mühlhausen wurde wegen der Einwände der Enzberger Papierer im Mai 1787 wieder abgenommen. Daraufhin reduzierten sich die Gesamtabgaben um 1 Gulden; HStAS A 249 Bü 1673, Qu 21.
- 16 Stadtarchiv Markgröningen (StadtAM), Spitalrechnung 1787/88.
- 17 StadtAM, Inventuren und Teilungen, Nr. 2174.
- 18 StadtAM, Kaufbuch 17 (1784–1788), Bl. 214b, 427b.
- 19 StadtAM, Kaufbuch 21 (1798–1802), Bl. 335–337.
- 20 Schmidt (wie Anm. 2) S. 84 ff.
- 21 Für sämtliche Auskünfte aus den Kirchenbüchern danke ich Hilde Fendrich, Markgröningen. Der Vater von Thomas Immanuel Färber war Chirurg gewesen.
- 22 StadtAM, Inventuren und Teilungen, Nr. 2617.
- 23 Schmidt (wie Anm. 2) S. 75 f.
- 24 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) F 66 Bü 250, Qu 3.
- 25 1828 wurde in Württemberg die Gewerbefreiheit eingeführt. Im selben Jahr wurde ein Zollverein mit Preußen, Hessen und Bayern geschlossen, der Kern des 1833 gegründeten Deutschen Zollvereins.
- 26 August Ludwig Reyscher: Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd. 17,2 (Steuergesetze), Tübingen 1840, S. 1784 ff., 1958 f.
- 27 StAL E 228 II Bü 322.
- 28 Ebd., Bericht vom 24. September 1835.
- 29 Schmidt (wie Anm. 2) S. 75 f.
- 30 Ebd. S. 544.
- 31 Ebd. S. 96 f.
- 32 StadtAM, Stadtratsprotokoll 1828–1832, Bl. 465b (30. Juni 1832).
- 33 StAL F 66 Bü 172.
- 34 Kreisarchiv Ludwigsburg, Triebwerk LB 48. Zur Hammerschmiede vgl. Hermann Beck: Die Hammerschmiede bei Talhausen, in: Müller, Mühlen, Wasserkraft (wie Anm. 11) S. 162–172.
- 35 Sein Bruder Ludwig hatte 1837 nach Hirsau geheiratet und die dortige Papiermühle übernommen; von Hößle (wie Anm. 10) S. 98.
- 36 Zur Geschichte der Lohmühle vgl. Hilde Fendrich: Ein Multifunktionsbetrieb »Im Kühlen Bronnen«, in: Müller, Mühlen, Wasserkraft (wie Anm. 11) S. 142–148.
- 37 StadtAM, Inventuren und Teilungen, Kt. 146, Nr. 96/31. Der Gewinn während der Ehe betrug 22 739 Gulden.
- 38 Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, Stuttgart 1859, S. 265.
- 39 Schmidt (wie Anm. 2) S. 552 f.
- 40 StadtAM, Inventuren und Teilungen, Kt. 148, Nr. 133/8.
- 41 StadtAM, Schätzungsprotokoll 1876, Gebäude Nr. 336.
- 42 Bauakte Papiermühle 1.
- 43 StadtAM, Az. 3270.
- 44 Bauakte Papiermühle 1.
- 45 Vertrag vom 8. Mai 1879; Landratsamt Ludwigsburg, Wasserrechtsbuch LB, Triebwerk Nr. 20.

- 46 StadtAM, Kaufbuch 65 (1879–1881), Bl. 147b.
- 47 StadtAM, Kaufbuch 68 (1884–1885), Bl. 587 ff.
- 48 StAL F 66 Bü 250, Qu 9.
- 49 StadtAM, Kaufbuch 68 (1884–1885), Bl. 587 ff.
- 50 StadtAM, Stadtratsprotokoll 1887–1891, Bl. 88.
- 51 StadtAM, Az. 3270.
- 52 StadtAM, Kaufbuch 71 (1889–1890), Bl. 582 ff. Die vier Käufer waren: Christian Gottlob Veigel, Kaufmann aus Gemmrigheim, die Bäcker Christian Friedrich Fritz aus Ludwigsburg und Friedrich Gustav Veigel aus Besigheim sowie der Schlosser David Friederich, ebenfalls aus Gemmrigheim.
- 53 Bauakte Papiermühle 1.
- 54 StadtAM, Kaufbuch 78 (1897), Bl. 168 ff. Nach dem Tod David Friederichs übernahmen 1920 die Söhne Wilhelm und Karl den Betrieb; Karl Friederich zahlte seinen Bruder noch vor 1937 aus.
- 55 Bauakte Papiermühle 1. Auskünfte von Fritz Friederich.
- 56 Bauakte Papiermühle 1. Zur Modernisierung der Produktion erhielt dieses Trockenhaus 1925 im Untergeschoß eine künstliche, von einem Generator mit Heißluft versorgte Trockenanlage eingebaut.
- 57 Bauakte Papiermühle 1.
- 58 StadtAM, Az. 3270.
- 59 Bauakte Papiermühle 1.
- 60 Ebd.
- 61 Für die Informationen zu den Produkten und dem Herstellungsverfahren danke ich Fritz Friederich, Markgröningen, vielmals.
- 62 Mühlen, Müller, Wasserkraft (wie Anm. 11) S. 106, 180.

Das Gefecht bei Erligheim am 3. November 1799*

von Wolfgang Klusemann

Um die letzte Jahrhundertwende, noch in der Monarchie, besannen sich viele Regimenter der deutschen und österreichischen Armeen ihrer Vergangenheit und Traditionen und begannen, die Geschichte ihrer Gründung, der Veränderungen und ihrer Feldzugsteilnahmen innerhalb der Geschichte des Staates, dem sie dienten, niederzuschreiben.

Aus den Regimentsgeschichten einiger württembergischer und österreichischer Truppenteile, die vor nunmehr 200 Jahren im 2. Koalitionskrieg französischen Truppen gegenüberstanden, und aus weiteren Quellen sollen das Gefecht bei Erligheim nachgezeichnet und die teilnehmenden Truppen beschrieben werden.

Das Gefecht bei Erligheim 1799 zählt unter den Gefechten und Schlachten des 2. Koalitionskrieges und erst recht unter denen des Vierteljahrhunderts zwischen der Französischen Revolution und Napoleons endgültiger Niederlage in der Schlacht von Belle-Alliance sicher zu den unbedeutenden, aber es gibt doch einige Gründe für uns, dieses vergleichsweise kleine Gefecht zu betrachten. Zum einen sind eben genau 200 Jahre seit diesem Ereignis vergangen und es hat sich ganz in unserer Nähe zugetragen; zum anderen war es in diesem Kriegsjahr das schwerste Gefecht, in das württembergische Truppen einbezogen waren, und vor allem nahmen die württembergischen Truppen in einer neuen Gliederung teil, die erst ein Jahr zuvor eingenommen worden war.

Die Vorgeschichte

Seit 1713 hatte kein Feind mehr württembergischen Boden betreten und seit 1763 war Württemberg in keinen Krieg mehr verwickelt, als die Französische Revolution begann, den Frieden in Mitteleuropa zu stören. Am 20. April 1792 erklärte Frankreich Österreich den Krieg, der sich dann zum 1. Koalitionskrieg ausweitete. Württembergische Truppen nahmen im Rahmen des Truppenkontingents des Schwäbischen Kreises erst ab März 1793 teil, als das Deutsche Reich Frankreich den Krieg erklärt hatte. Es handelte sich um das Kreisinfanterieregiment und das Kreisdragonerregiment.

Im Oktober 1793 starb Herzog Carl Eugen. Ihm folgte sein Bruder Ludwig Eugen, der 1794, als die Gefahr eines französischen Einfalls nach Württemberg wuchs, zu den bestehenden Truppen noch weitere Truppen aufstellen ließ: das Infanterieregiment v. Hügel und eine Landmiliz von 14 000 Mann neben weiteren kleineren Formationen.

Vom Herbst 1793 bis in den Sommer 1796 standen die Württemberger mit den

* Leicht überarbeitete Fassung des am 14. Oktober 1999 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

anderen Regimentern der schwäbischen Kreistruppen bei dem österreichischen Heer am Rhein. Von kleineren Einsätzen im Elsaß abgesehen, lagen sie vorwiegend in der Gegend von Kehl. Inzwischen, im Mai 1795, war Herzog Ludwig Eugen verstorben und Herzog Friedrich Eugen regierte das Land.

Ich zitiere aus dem Buch »900 Jahre Haus Württemberg«: »Friedrich Eugens Regierung war keine friedliche Entwicklung beschieden, erneut wurde er in kriegerische Ereignisse verwickelt, obwohl er bemüht war, in den Koalitionskriegen gegen das revolutionäre Frankreich Neutralität zu wahren. Ende Juni 1796 erzwang General Moreau den Rheinübergang bei Kehl und trieb die hier stationierten Schwäbischen Kreistruppen ins Kinzigtal zurück, um kurz darauf die auf dem Kniebis unter dem Befehl des Erbprinzen stehenden wenigen württembergischen Truppen ebenfalls zu verjagen. Auch die zur Hilfe eilenden Österreicher unter Erzherzog Carl wurden geschlagen und abgedrängt: der Weg ins Herzogtum stand den Franzosen offen. Friedrich Eugen blieb keine andere Wahl, als den siegreichen General um einen Waffenstillstand zu bitten. Er wurde am 17. Juli in Baden-Baden unterzeichnet, Baden und der Schwäbische Kreis schlossen sich an.«

Die Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen. Denn einerseits wurde Württemberg nun von Österreich halb als Feindstaat behandelt, und andererseits entsprach das Verhalten der französischen Truppen trotz aller Zusicherungen keineswegs den Erwartungen. Beide Seiten muteten dem Land hohe Quartierlasten und schwere Plünderungen zu.

Im August 1796 kam es in Paris zur Unterzeichnung eines Sonderfriedens, in dem Württemberg alle linksrheinischen Gebiete abtrat, sich zur Zahlung hoher Kriegsentschädigungen verpflichtete, völlige Neutralität versprach und den französischen Truppen freien Durchmarsch gestattete. Erst der Friedensschluß von Campoformio im Oktober 1797 beendete den Krieg zwischen Österreich und Frankreich. Herzog Friedrich Eugen überlebte ihn nur wenige Wochen; er starb im Dezember. Ihm folgte sein Sohn, Herzog Friedrich II., der wie er als Offizier in preußischen, dann auch in russischen Diensten gestanden hatte.

Ich zitiere nochmals aus »900 Jahre Haus Württemberg«: »Die neunzehnjährige, von 1797 bis 1816 währende Regierungszeit Friedrichs war überschattet von Kriegen. Von Anfang an erfuhr er schmerzlich die militärisch-politische Ohnmacht seines kleinen Landes. Vergebens bemühte er sich, Württemberg aus dem 1799 ausgebrochenen 2. Koalitionskrieg herauszuhalten. Weder Frankreich noch das diesem feindlich gegenüberstehende Österreich respektierten die Neutralität des Herzogtums. Notgedrungen ergriff Friedrich Partei für die habsburgische Kaisermacht.«

Zunächst aber müssen wir noch im Jahr 1798 bleiben. Schon im ersten Jahr seiner Regierungszeit reorganisierte Herzog Friedrich (offiziell am 17. September 1798) das württembergische Militär. Die bestehenden Regimenter gliederte er in mehr, aber kleinere und selbständige Bataillone um:

- Aus den beiden bisherigen Infanterieregimentern, dem Kreisinfanterieregiment und dem Infanterieregiment v. Hügel, die je zwei Bataillone hatten, davon jedes eine Grenadierkompanie und vier Musketierkompanien, machte er sechs Bataillone zu je vier Kompanien und zwar:
 - aus den vier Grenadierkompanien beider Regimenter das Grenadierbataillon v. Zobel,

- aus dem 1. Bataillon des Kreisinfanterieregiments das Bataillon v. Mylius und
- aus dem 2. Bataillon das Bataillon v. Oberrnitz,
- aus dem 1. Bataillon des Infanterieregiments v. Hügel das Bataillon v. Seeger und
- aus dem 2. Bataillon das Bataillon v. Beulwitz sowie
- aus Resten beider Regimente und Rekruten das Bataillon v. Perglas.
- Das Leibjägerkorps, bisher den Husaren zugeteilt, wurde selbständig als Leibjäger zu Pferd.
- Aus dem Kreisdragonerregiment wurden
 - die ansehnlichsten Leute herausgezogen; sie bildeten dann zusammen mit den noch vorhandenen Husaren eine Schwadron Garde-du-Corps und
 - das Regiment selbst formierte zwei Schwadronen Chevaulegers.
- Leibjäger, Garde-du-Corps und Chevaulegers bildeten zusammen ein Reiterregiment. Das bestehende Artilleriekorps wurde personell verstärkt. Das noch vorhandene Garnisonregiment ging ein; das Personal verblieb aber auf den Festungen Hohentwiel, Hohenneuffen und Hohenasperg.
- Zuletzt wurde die Infanterie noch in zwei Brigaden eingeteilt:
 - Zur ersten Brigade gehörten das Grenadierbataillon v. Zobel und die Musketierbataillone v. Mylius und v. Seeger und
 - zur zweiten Brigade die Musketierbataillone v. Oberrnitz, v. Beulwitz und v. Perglas.
- Während die Bataillone v. Zobel und v. Perglas später eingingen, gingen aus den anderen vier fast alle königlich-württembergischen Infanterieregimenter des 19. Jahrhunderts hervor.

Der 2. Koalitionskrieg

Der 2. Koalitionskrieg begann mit der Kriegserklärung Frankreichs an Österreich am 20. Februar 1799 und dem Übergang über den Rhein mit etwa 46 000 Mann bei Basel, Kehl und Mannheim in den ersten Märztagen. Den deutschen Staaten wurde bedeutet, die Franzosen kämen nicht als Feinde, denn der Krieg werde nur gegen Österreich geführt; sie wurden aufgefordert, sich mit Frankreich zu verbünden. Im März 1799 rückten österreichische und französische Heere zwischen Lech und Schwarzwald aufeinander zu. In Oberschwaben kam es zu kleineren bis lebhaften, mehr zufälligen Gefechten. Die Grenzen des Herzogtums Württemberg wurden von beiden Gegnern immer wieder überschritten. Am 25. März 1799 fand dann die Schlacht bei Stockach statt, die aber württembergisches Gebiet nur wenig berührte. Die Österreicher verbuchten die größeren Erfolge. Schließlich zogen sich die Franzosen Anfang April größtenteils wieder über den Rhein zurück.

Württemberg hatte große Kriegslasten zu tragen durch die Schäden, die die Franzosen verursacht hatten und durch die Unterhaltung der fremden Truppen allgemein sowie später eines Mitte August in die Schweiz marschierenden russischen Hilfskorps.

Die weitere Entwicklung beschreibt Karl v. Martens 1847 in seinem Buch »Geschichte der innerhalb der gegenwärtigen Grenzen des Königreichs Württemberg vorgefallenen kriegerischen Ereignisse vom Jahr 15 vor Christi Geburt bis

zum Friedensschlusse 1815«: »Der glückliche Fortgang der österreichischen Waffen in der ersten Hälfte dieses Jahres, und günstige Aussichten, welche der Kaiser dem Herzoge Friedrich II. von Württemberg eröffnete, bewogen diesen, an dem Kriege gegen Frankreich wenigstens so weit Theil zu nehmen, als es zur Vertheidigung der Gränzen seines Landes gegen einen neuen Einfall der Franzosen, womit es bedroht wurde, nöthig war. Er vermehrte die Zahl seiner Truppen, die bald Gelegenheit erhielten, gemeinschaftlich mit den Oesterreichern gegen die Franzosen zu kämpfen. In der Nacht vom 25. auf den 26. August ging nämlich der zum Befehlshaber des französischen Rheinheeres ernannte General Müller bei Mannheim über den Rhein, vertrieb am folgenden Tage eine Abtheilung Szekler Husaren aus Heidelberg und rückte dann gegen Heilbronn vor.« Heilbronn wurde am 28. August durch die Truppen des General Ney besetzt. Karl v. Martens schreibt weiter: »Auf die Nachricht vom Vorrücken der Franzosen nach Heilbronn hatte der Herzog von Württemberg sogleich zum Schutze der beiden Residenzstädte Stuttgart und Ludwigsburg den Generalmajor v. Beulwitz mit vier Bataillonen, einer Abtheilung Reiterei, und acht dreipfündigen Kanonen dem Feinde entgegen gesendet.«

Am 7. und 8. September kam es bei Nordheim und Lauffen zu kleineren Gefechten, in die auf württembergischer Seite das Bataillon v. Mylius unter Oberstlieutenant v. Irntraut und die Bataillone v. Beulwitz, v. Obernitz und v. Seeger verwickelt waren. Nur das Bataillon v. Mylius verzeichnete einen Toten und drei Verwundete. Weil zur gleichen Zeit österreichische Truppen unter Erzherzog Carl über den Raum Stuttgart nach Norden und Nordwesten vorgingen, zogen sich die Franzosen bei Mannheim wieder über den Rhein zurück. Die württembergischen Truppen kehrten etwa am 12. September in ihre Garnisonen zurück.

Drei Wochen später kam es bei den württembergischen Truppen zu einer weiteren Neuaufstellung. Der Oberleutnant Nübling schreibt dazu 1912 in der »Geschichte des Grenadier-Regiments ›König Karl‹ (5. Würt.) No. 123«:

»Bei Nordheim und Lauffen a. N., wie schon 1796, hatten die Württemberger die Überlegenheit der neuen Taktik der französischen Revolutionsheere über die starre Lineartaktik aus der friderizianischen Zeit am eigenen Leibe verspürt. Diese war nicht für die ungeübten, dafür um so kampflustigeren, lebhaften französischen Scharen geschaffen. Das Vorgehen langer geschlossener Bataillonslinien im Gleichschritt war für sie ein Ding der Unmöglichkeit. Dem zum Schützen-schwarm aufgelösten ersten Treffen folgte das zweite nicht mehr wie bisher in starrer dreigliedriger Linie, sondern in Kolonnen. Diese Kolonnen führten mit kräftigem Stoß den durch das Feuer des ersten Treffens eingeleiteten Angriff zur Entscheidung.

Herzog Friedrich entschloß sich sofort zur Schaffung einer Truppe, die der französischen leichten Infanterie entsprechend zur Durchführung der neuen erfolgreichen Taktik befähigt sein sollte. Er verlangte von den bestehenden 6 Bataillonen Meldung über die Zahl der bei ihnen dienenden gelernten ›Jägerpursche‹ und erließ eine Verfügung an die Ämter, daß sich junge Leute aus den Gegenden des Landes melden sollten, ›wo die Jünglinge entweder durch bestehende Schützengesellschaften oder durch die sogenannte freie Pürsch in dem vortheilhaften Gebrauch der Büchsen eingeüb‹ seien.«

Am 6. Oktober 1799 erging, wie Nübling weiter mitteilt, nach den getroffenen



Jäger
1799

Offizier
außerdienstlich
1799

Jäger
1802

Württembergische Jäger 1799

Vorbereitungen folgendes Dekret Herzog Friedrichs an den herzoglichen Kriegsrat: »Seine Herzogliche Durchlaucht machen hiermit folgendes zur gehörigen Nachachtung bekannt: Zu dem Grenadier-Bataillon v. Zobel wird hiemit eine Jäger-Compagnie errichtet, welche bestehen soll aus 1 Capitaine, 2 Lieutenants, 1 Oberjäger, 4 Premierjäger, 1 Feldscher, 1 Fourier, 2 Wald-Hornisten mit Trompeters-Gage, 90 Jäger, welche sämtlich Gage wie die Grenadiers erhalten. Hiezu soll kommen Hauptmann Scharffenstein, Lieutenant v. Dernbach, Lieutenant Scheidemantel und die von den Bataillons consignirten Jäger und Schützen und der sich gemeldete und bereits assentirte Jäger, aus denen auf Herzogliche Genehmigung die erforderliche Anzahl Ober- und Premier-Jäger auszuziehen sind. Die Uniformirung – nach dem Schnitt der übrigen Infanterie-Uniform – ist dunkelgrün, schwarz Aufklapp mit grünem Futter, weiße Knöpfe, dunkelgrüne lange Beinkleider, weißes Gilet, kurze leichte Stiefel, ein runder Filzhut, der vorn aufgeschlagen ein F II und ein grünes Büschel hat. An der Säbel-Kuppel, welche von schwarzem Leder sein muß, soll die Cartouche von gleichem Leder befestigt sein und vorn sitzen. Sowohl Seitengewehr als Cartouche wird der Obristlieutenant und Artillerie-Commandant v. Camrer herbeizuschaffen haben. Die Officiers-Röcke sind nach dem Schnitt der Übrigen, ebenso Farbe der Röcke und Beinkleider, zum Ausruken tragen die Officiers Hüte wie die Gemeinen, Säbel und Büchse.«

Der Anmarsch der Franzosen im Oktober und November 1799

Am 11. und 12. Oktober 1799 gingen die Franzosen bei Oppenheim, Mainz, Worms und anderen Orten erneut über den Rhein. Karl v. Martens schreibt: »Die hier noch stehenden österreichischen Truppen wichen zurück, und die Franzosen unter General Lecourbe besetzten am 17. October Heidelberg. Während hierauf Lecourbe die Einschließung von Philippsburg unternahm, wurde der General Ney beauftragt, sich mit 6000 Mann gegen Stuttgart zu wenden. Am 31. October erreichten die Franzosen in mehreren Colonnen Bretten, die Gegend von Gochsheim, die von Eppingen und die von Heilbronn; eine vorgeschobene Abtheilung kam nach Knittlingen, zog sich aber wieder zurück; eine andere besetzte Brackenheim und rückte am folgenden Tage bis nach Kirchheim am Neckar und Walheim vor. Mit einer der erwähnten Colonnen war der General Ney am 31. October über Fürfeld bis auf die Anhöhen von Frankenbach und Böckingen vorgerückt. Ney ließ noch an demselben Tage die von allen Truppen entblößte Stadt Heilbronn mitags 1 Uhr durch 250 Mann unter dem General Rouyes besetzen. Am 1. November rückten die Franzosen weiter vor und drängten die österreichischen Truppen zurück, wobei ein kleines Gefecht bei Bönningheim vorfiel. Am folgenden Tage befanden sich ungefähr 5000 bis 6000 Franzosen unter dem General Ney im Besitze des linken Ufers der Enz, mit Ausnahme der Höhen bei Bietigheim; ihre Hauptmacht stand bei Bönningheim. . . . Ney hatte die Absicht, das in Cannstatt befindliche Magazin zu zerstören und die beiden Residenzen Ludwigsburg und Stuttgart zu brandschatzen. Zur leichteren Erreichung dieses Zweckes hatte er den Generaladjutanten Ruffin mit ungefähr 1000 Mann und 3 Geschützen bei Heilbronn mit dem Auftrage auf das rechte Neckarufer übergehen lassen, über Beilstein, Großbottwar und Benningen nach Ludwigsburg vorzudringen und hierdurch die bei Bietigheim aufgestellten Truppen im Rücken zu bedrohen.«

Hier will ich einen Schnitt machen; der Aufmarsch der Truppen des Generals Ney und ihr Auftrag sind klar. Wer aber sind die »bei Bietigheim aufgestellten Truppen«, die Gegner der Franzosen?

Die teilnehmenden Truppen

Bei der Darstellung der österreichischen und württembergischen Truppen, die hier beteiligt waren, stößt man auf ein Problem: Die württembergischen Quellen überbetonen oft die Leistungen und Teilnahme der württembergischen Truppen, die österreichischen Quellen gehen über eine württembergische Teilnahme an dem Gefecht elegant hinweg. Eine rühmliche Ausnahme bietet die 1895 geschriebene »Geschichte des k. und k. Dragoner-Regiments Graf Paar Nr. 2«. Es ist nun schwierig, einen Mittelweg zu finden.

Über die französischen Truppen sind in den österreichischen und württembergischen Quellen eigentlich nur Gesamtzahlen enthalten; Hinweise auf die Zusammensetzung der Truppen gibt es kaum.

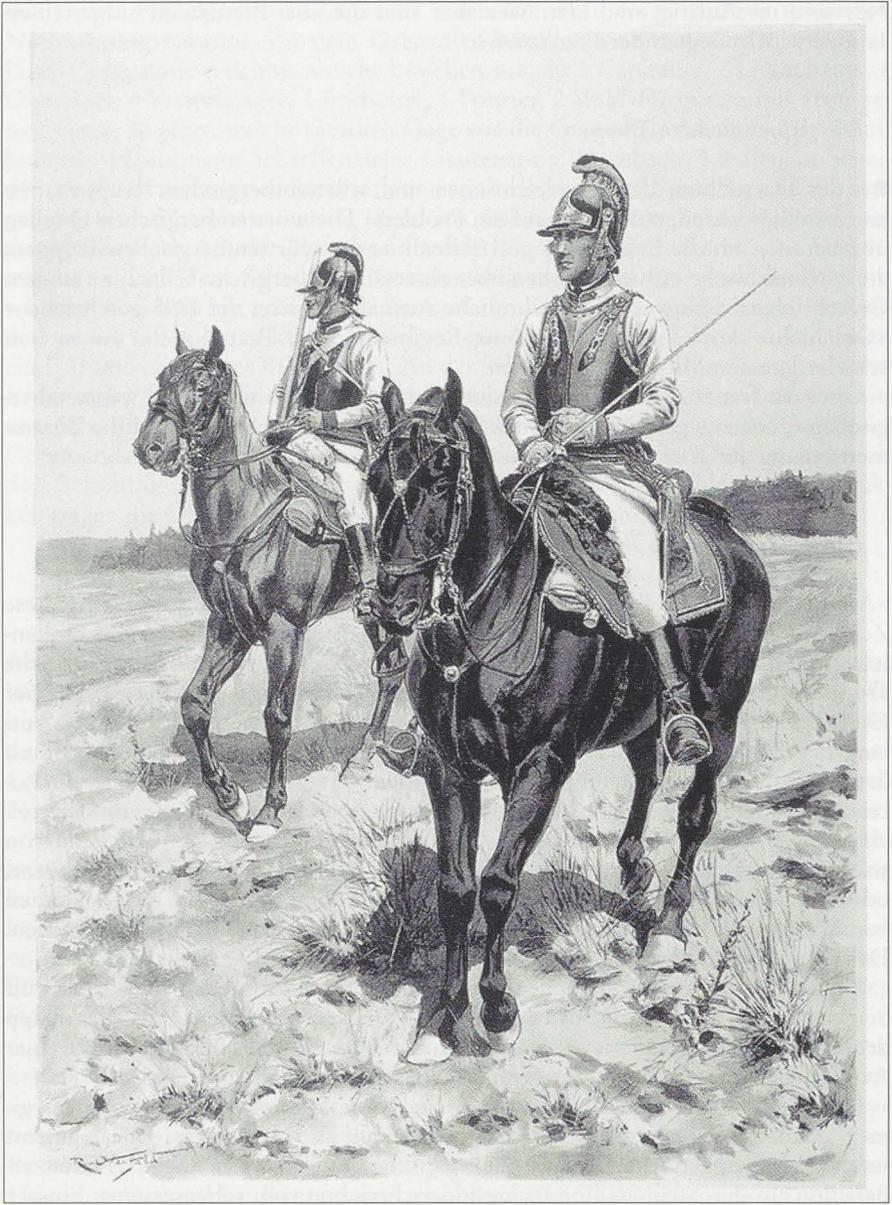
Die österreichischen Truppen

»An österreichischen Truppen«, schreibt Karl v. Martens, »befanden sich um diese Zeit nur 6 Schwadronen Kürassiere unter dem Generalmajor Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen in dieser Gegend. Andere, jedoch schwache österreichische Truppenabtheilungen standen in einem weiten Halbkreise von Neckarelz über Gundelsheim, Offenau, Neustadt am Kocher, dann von Bietigheim der Enz entlang bis Pforzheim. Am 2. November wurde der Fürst von Hohenlohe durch österreichische und württembergische Truppen, letztere unter den Generalmajoren v. Phull und v. Seeger, verstärkt, so daß am Abende dieses Tages von österreichischen Truppen 12 Schwadronen, 1 Bataillon Gränzer, 6 Geschütze, und von württembergischen 1 Schwadron, 5 Bataillone, 1 Jägercompagnie, 10 Geschütze, oder zusammen ungefähr 2600 Mann zu Fuß und 1500 Reiter mit 16 Geschützen bereit waren, sich dem weiteren Vordringen des General Ney entgegenzustellen. Der Haupttheil dieser Truppen lagerte bei Bietigheim.«

Dem Fürsten von Hohenlohe standen von österreichischer Seite also zwölf Schwadronen, d.h., wie auch eine Fußnote zum obigen Zitat vermerkt, knapp drei Regimenter Kavallerie neben einem Bataillon leichter Infanterie und einer Artilleriebatterie zur Verfügung. Um welche Truppenteile handelte es sich?

Karl v. Martens nennt als österreichische Kavallerieregimenter das Reiterregiment Mailand, Teile des Reiterregiments Ansbach und das 13. Dragonerregiment unter Oberst Egger. Mehrere württembergische Quellen bezeichnen das Grenzerbataillon als »Kroatenbataillon«, eine andere berichtet vom »abgessenen Einsatz einer Dragonerschwadron«, was nicht stimmt, denn es waren Kürassiere. Mehr ist den württembergischen Quellen nicht zu entnehmen. Auch wenn man weiß, daß unter Reiterregimentern meist Kürassiere zu verstehen waren, reicht das noch nicht zur klaren Identifizierung aus.

Die weniger bedeutenden österreichischen Quellen sind undeutlich. So werden die »schwachen Eskadronen von Anspach« genannt, die »Erzherzog Franz Mai-



Österreichische Kürassiere in der Uniform ab 1798

land Kürassiere« und, klarer in der Aussage, wieder das 13. Dragonerregiment. Die Hauptschwierigkeit bei der Identifizierung liegt in der weit bis in das 19. Jahrhundert geübten Praxis, Regimenter nach ihren Chefs oder Inhabern zu benennen, die mitunter oft wechselten. Numerierungen waren noch unüblich, blieben Ausnahme.

Umfassend und klar sind die »Gedenkblätter aus der Kriegsgeschichte der K.K. Oesterreichischen Armee« von Graf Thürheim aus dem Jahr 1880. Sie führen alle Regimenter der Armee auf, nennen die Inhaber, beschreiben die Feldzugsteilnahmen und die besonderen Leistungen einzelner Soldaten.

Graf Thürheim erwähnt in seiner Gesamtdarstellung der österreichischen Armee bei folgenden Truppenteilen eine Teilnahme am Gefecht bei Erligheim, das zumeist als das »Treffen bei Lochgau« bezeichnet wird:

- das »Cürassier-Regiment Se. k.k. Hoh. Erzherzog Franz Este Herzog von Modena« unter der Führung des Obersten Wilhelmi; aus diesem Regiment ging das Dragonerregiment Nr. 2 hervor, dessen Regimentsgeschichte als einzige österreichische auch die Teilnahme württembergischer Truppen erwähnt,
- das »Cürassier-Regiment FML Carl Baron Mack von Liebreich«, das in keiner anderen Quelle genannt wird, vielleicht nur mit unbedeutenden Teilen anwesend war,
- das leichte Dragonerregiment Nr. 13, das erst im Jahr zuvor errichtet worden war, unter Führung des Obersten Egger,
- das »Cürassier-Regiment Markgraf Christian Friedrich zu Brandenburg-Anspach und Bayreuth«, das sich durch den oben genannten »abgesessenen Einsatz« hervortat, und schließlich
- das 1. Bataillon des »Deutsch-Banater Grenz-Infanterie-Regiments Nr. 12« unter Oberst Maximilian v. Raketievich.

Graf Thürheim benennt also vier Kavallerieregimenter, im Gegensatz zu den württembergischen und einigen österreichischen Quellen, die alle nur drei aufführen. Die nach vielen Berichten teilnehmende Artillerie im Umfang einer Batterie mit sechs Geschützen – zwei Haubitzen und vier 12-Pfünder, also schon mittlere bis schwere Kaliber – benennt Graf Thürheim hingegen nicht, obwohl er sonst die österreichische Artillerie keineswegs unerwähnt läßt. Weiter schreibt er bei keinem einzigen Truppenteil, in welcher Stärke, ob ganz oder nur mit Teilen an dem Gefecht teilgenommen wurde. Sicher ist nur, daß keines der österreichischen Kavallerieregimenter damals auch nur annähernd seine Soll-Stärke hatte.

Eine kleine Aufrechnung sei gemacht: Die Soll-Stärken der österreichischen Kürassier- und Dragonerregimenter lagen damals bei etwa 1200 Mann, gegliedert in acht Eskadronen zu 150 Mann. Läßt man das nur von Thürheim genannte Kürassierregiment Mack völlig außerhalb der Rechnung, dann hätte Hohenlohe 24 Eskadronen mit 3600 Mann nach dem Soll haben müssen. Er hatte aber nach Angabe der meisten Quellen nur zwölf Eskadronen mit knapp 1500 Mann. Jedes der Regimenter hatte also im Durchschnitt nur die Hälfte der Eskadronen und jede Eskadron nur 80 Prozent Kopfstärke.

Das Grenzerbataillon kann mit einer Stärke von etwa 400 Mann angenommen werden. Für die Artillerie dürfte eine geschätzte Stärke von 100 Mann nicht völlig verkehrt sein. Ob der Fürst von Hohenlohe seine Truppen nochmals in Brigaden eingeteilt und wer diese dann gegebenenfalls geführt hatte, ließ sich nicht feststellen.

Karl v. Martens hat, wie schon zitiert, an württembergischen Truppen aufgeführt: Eine Schwadron, fünf Bataillone, eine Jägerkompanie und zehn Geschütze. Hier ist die Quellenlage weit klarer; die Regimentsgeschichten der württembergischen Armee, die im späten 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts geschrieben wurden, geben umfassend Auskunft. Es waren beteiligt:

– ein Chevauleger-Detachement unter dem Rittmeister v. Harling, in Stärke einer Schwadron mit einer Sollstärke von drei Offizieren und 55 Unteroffizieren und Soldaten, also fast nur eine repräsentative Teilnahme der württembergischen Kavallerie, aber die Masse der österreichischen Truppen bestand ja schließlich aus Kavallerie.

Deshalb war auch die württembergische Infanterie mit fast allen Bataillonen beteiligt:

- Bataillon v. Mylius, in Stuttgart stationiert, das spätere 1. württ. Grenadierregiment »Königin Olga« Nr. 119,
- Grenadierbataillon v. Zobel, auch in Stuttgart stationiert, das später einging,
- Bataillon v. Obernitz, damals in Ludwigsburg in Garnison, das spätere 2. württ. Infanterieregiment »Kaiser Wilhelm« Nr. 120,
- Bataillon v. Seeger, damals in Stuttgart, das spätere Ludwigsburger Hausregiment, das 3. württ. Infanterieregiment »Alt-Württemberg« Nr. 121 und
- Bataillon v. Beulwitz, damals in Ludwigsburg, das spätere 8. württ. Infanterieregiment »Großherzog Friedrich von Baden« Nr. 126.

Nicht teilgenommen hat das Bataillon v. Perglas. Es war vermutlich immer noch nicht einsatzbereit; es war erst im Vorjahr aus verschiedenen Resten anderer Truppenteile formiert worden. Auch dieses Bataillon ging später ein.

Das Grenadierbataillon hatte eine Sollstärke von 15 Offizieren und 342 Unteroffizieren und Soldaten, die vier anderen Bataillone hatten vier Soldaten weniger. Die Jägerkompanie wurde schon beschrieben; sie war gut 100 Mann stark.

So müßte die württembergische Infanterie etwa 1800 Soldaten aufgeboten haben. Die Geschichte des Regiments »Alt-Württemberg« schreibt aber, die Bataillone seien im Durchschnitt etwa 415 Mann stark gewesen. Dann könnten es also fast 2200 Mann gewesen sein. Vermutlich hatten alle Bataillone sogenannte Überkomplete in ihren Reihen.

In seiner 1881 veröffentlichten Geschichte des 2. württ. Infanterieregiment Nr. 120 bzw. des Bataillons Obernitz gibt Albert Pfister eine kleine Beschreibung der Infanteristen des Jahres 1799: »Bewaffnung und Bekleidung war ziemlich die gleiche geblieben wie seither. Die Bataillone unterscheiden sich durch Kragen und Aufschläge von verschiedener Farbe; unser Bataillon trägt hellblaue. Der dreispitzige Hut mußte dem Kaskett weichen. Die Feuergewehre sind alle glatt mit Ausnahme von 120 Büchsen beim Jägerkorps. Viele der gewöhnlichen Musketen scheinen in schlechtem Zustand gewesen zu sein. Geklagt wird insbesondere auch über die vielen verbogenen Bajonets, was darin seinen Grund habe, daß der Mann beim Bivouakieren das Gewehr mit dem Bajonett in die Erde stoße. Um dem Zustand abzuhelpen, ward befohlen, daß mehrere Leute zusammen ihre Gewehre ansetzen und die Mündungen zum Schutz gegen Nässe mit einem Pfropf verschließen sollen.«

Die Muskete des normalen Infanteristen, des Musketiers, hatte einen innen



Württembergische Infanterie in der alten und
in der neuen Uniform mit Kaskett (Mitte) ab 1798

glatten Lauf mit dem Vorteil des schnellen Ladens, aber dem Nachteil der geringen Treffsicherheit, die den Einsatz nur im Salvenfeuer effektiv werden ließ. Die Büchse des Jägers dagegen war mit dem gezogenen Lauf eine Präzisionswaffe, hatte aber den Nachteil, daß das Nachladen ein Mehrfaches der Zeit einer Muskete und großen Kraftaufwand kostete.

Die Artillerie bestand aus einer Batterie unter Hauptmann Schnadow mit sieben Unteroffizieren, 48 Artilleristen und 40 Handlangern mit zehn 3-Pfündern, sieben Karren und drei Wagen, was etwa die Hälfte der württembergischen Artillerie ausgemacht haben dürfte.

Die 3-Pfünder konnte man, im Vergleich zu der österreichischen Batterie, als leichte Feldartillerie ansehen. Kanonen dieses Kalibers waren für gewöhnlich Infanteriebegleit- und -unterstützungswaffen, die meist auch im Verband der Regimenter oder Bataillone mitgeführt wurden.

An- und Aufmarsch der württembergischen Truppen

Mitte September waren die württembergischen Truppen nach Abwehr des letzten Franzoseneinfalls in ihre Garnisonen Stuttgart und Ludwigsburg zurückgekehrt. Dann war die Jägerkompanie neu aufgestellt worden. Nach dem schon erwähnten kleineren Gefecht bei Bönningheim am 1. November waren die schwachen österreichischen Kräfte auf Bietigheim zurückgegangen. Dies war der Anstoß für Herzog Friedrich, nun seine Truppen in Marsch zu setzen.

In der Geschichte des Regiments »Alt-Württemberg« heißt es dazu: »Die Bataillone Beulwitz und Oberritz (Ludwigsburger Garnison) kamen am Morgen des 2. November, der Rest des Detachements (Stuttgarter Garnison) nachmittags in einem auf dem rechten Ufer der Enz bei Bietigheim bezogenen Lager an. Die Truppen wurden in zwei Brigaden eingeteilt; die erste Brigade, unter Generalmajor v. Phull, war gebildet aus dem Grenadierbataillon Zobel, den Bataillonen Seeger, Beulwitz und einer halben Jägerkompanie. Die zweite Brigade, unter Generalmajor v. Seeger, aus den Bataillonen Oberritz, Mylius und der anderen Hälfte der Jäger.«

Die französischen Truppen

Nach der Darstellung von Karl v. Martens hatte der General Ney den Auftrag, mit 6000 Mann über Sinsheim und Heilbronn auf Stuttgart vorzugehen. Noch ein zweiter französischer General wird genannt: General Dorcet, in anderen Quellen heißt er Lorcet. Er ist möglicherweise Neys Stellvertreter gewesen; nach einer weiteren Quelle soll er die Hauptkräfte links des Neckars geführt haben.

Von den 6000 Soldaten gingen dann 1000 mit drei Geschützen unter dem Generaladjutanten Rufin auf der rechten Neckarseite vor. 4000 Mann und sechs Geschütze drangen später bis in den Raum Löchgau vor. Mehr ist in den württembergischen und österreichischen Quellen nicht zu finden.

Ich schätze, daß die dem General Prinz von Hohenlohe gegenüberstehenden 4000 Franzosen zu knapp zwei Drittel aus Infanterie und gut einem Drittel aus Kavallerie bestanden haben.

Leider völlig unbekannt ist mir, aus welchen Arten von Infanterie und Kavallerie Neys Truppen zusammengesetzt waren. Es gab deren viele in der französischen Armee dieser Zeit, die unterschiedlich bewaffnet und ausgebildet und noch bunter uniformiert waren. Nur eine einzige Quelle nennt französische Chasseurs, d.h. eine leichte Infanterie.

Die Lage am 2. November abends

Die Franzosen sind noch am 1. November mit der Masse ihrer Kräfte bis nach Bönningheim vorgegangen, haben dann aber wohl verhalten und bereits weiter vorgerückte Kräfte zurückgenommen. Die Vorpostenlinie reichte am Abend des 2. November von Erligheim bis Kirchheim am Neckar.

Eine authentische Schilderung der Vorgänge Anfang November 1799 habe ich in einem Brief gefunden, den der Pfarrer von Kirchheim wenige Tage später schrieb. Einige Zeilen daraus über den 1. November: »Nach einer halben Stunde hörte man von Ankunft der Franzosen, und kamen wirklich die Brakenheimer Steige und Weinberge herab, und stellten sich zunächst am Ort auf Wisen zur Seite, wo zuvor die Cuirassier gestanden. Der Franz. Officier einer kam herein und machte Forderungen an Heu und Haber. Man verglich sich mit ihnen um ein gewiß Geld. Er ritt von hier nach Walheim mit gewechseltem Pferd und in Begleitung eines hiesigen Purschen, den er jedoch mit seinen Pferd wider zurück reuten ließ mit Verwarnung, sich zu hüten und zu eilen, daß er nicht den Chasseurs in die Hände gerate. Nach einer Weile marschirte die Franz. Infanterie weiter, und da wir meynten, der March geht nach Walheim, machten sie eine Wendung gegen Hofen – aber auf den Abend hin kamen sie von da zurück, marchirten durch hiesigen Ort durch, und da es eben schien, als passirten sie über den Neckar, wurden sie mit der Nacht aber (zu 250 Mann) dahir einquartiert. . . . Am folgenden Vormittag marchirten sie von hir nach Frauenzimmern, wohin ihnen ein Gefärt mitgegeben wurde, wider ab, und wir hatten Ruhe. Erst nachher erfur man, daß sie gleichwohl um Plünderung angesucht, die ihnen ihr Officier nicht gestattete.«

Die Österreicher und Württemberger hatten bis zum 2. November abends die Masse ihrer oben geschilderten Truppen in einem Lager diesseits der Enz bei Bietigheim konzentriert. Die österreichische Batterie wurde unter Bedeckung von Kavallerie zur Bestreichung des Enz-Übergangs postiert. Vortruppen besetzten die Straßengabel 1,5 Kilometer südlich von Löchgau.

In der Geschichte des 2. Württ. Feldartillerieregiments Nr. 29 heißt es: »Nunmehr in der Lage, die Offensive gegen den am 2. November bei Bönningheim eingetroffenen Gegner zu ergreifen, ließ der Führer der beiden Detachements, General Prinz zu Hohenlohe, in der Nacht vom 2./3. November ein Detachement von 1 Bataillon, 2 Eskadrons über Besigheim, ein solches von 1 Bataillon über Bissingen und Freudenthal gegen die rechte und linke Flanke des bei Bönningheim vermuteten Gegners vorgehen.«

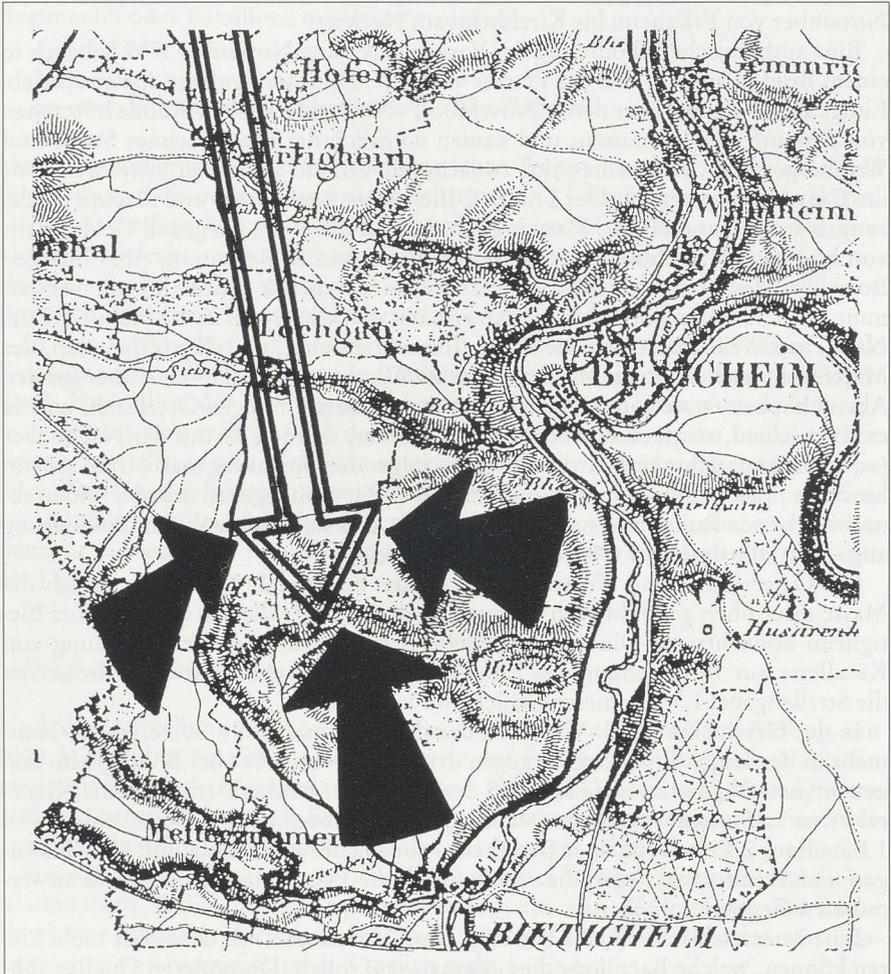
Eine österreichische Quelle bestätigt diese Maßnahme, ich habe aber nicht klären können, welche Bataillone dies gewesen sein sollen. Die anderen Quellen führen alle Bataillone am Morgen des 3. November noch weiter südlich auf. Daß aber kampfstärke Aufklärung in diese beiden Richtungen noch in der Nacht angesetzt werden mußte, ist völlig klar.

Der 3. November 1799

Spätestens nach der Meldung über das rechts des Neckars nach Süden vorgehende französische Detachement unter Rufin muß General von Hohenlohe den Entschluß gefaßt haben, den nunmehr geschwächten Gegner am 3. November selbst anzugreifen.

Ich zitiere nun aus zwei Regimentsgeschichten, in denen der Ablauf der nächsten Stunden geschildert wird. Jede Darstellung weicht von der anderen ein wenig ab. Zunächst aus der Geschichte des Grenadierregiments »König Karl« (5. Württ.) Nr. 123, das aus der Jägerkompanie hervorging:

»Ney kam jedoch dem Prinzen zuvor. Am Morgen des 3. ließ er eine Abteilung



Der Angriff der Österreicher und Württemberger auf die bis in den Wald zwischen Löchgau und Bietigheim vorgestoßenen Franzosen

über Freudental gegen Großsachsenheim vorgehen, während er mit der Vorhut des Gros das zwischen Löchgau und Bietigheim liegende Wäldchen in Besitz nahm. Hier wollte Ney das Vorgehen der auf Großsachsenheim und Großbottwar angesetzten Umgehungskolonnen abwarten. Dazu ließ ihm Prinz Hohenlohe aber keine Zeit. Er nahm den vom Feind besetzten Wald sofort unter Artillerief Feuer, die Kavallerie gewann rasch die Höhe, und während der größere Teil derselben den Wald umging, nahm eine abgesessene Eskadron österreichischer Dragoner diesen dem hier noch schwachen Feind wieder weg.«

Zu den angeblichen Dragonern gleich noch einige Einzelheiten, zunächst aber noch die Schilderung von Pfister: »Hohenlohe in richtiger Würdigung der Verhältnisse, daß er einen Angriff nicht stehenden Fußes erwarten dürfe, daß er vielmehr das Plateau auf dem linken Enzufer zum Vortheil seiner zahlreichen Reiterei ausnützen müsse, ließ sofort die Höhen vor Bietigheim durch seine gesamte Reiterei und die Bataillone Zobel und Seeger samt der Jägerkompanie besetzen; die Kroaten hatten Besigheim inne; die übrigen Bataillone standen hinter Bietigheim an der Chaussee. Dem Fürsten Hohenlohe war es vom Herzog sehr anempfohlen worden, die württembergischen Truppen möglichst zu schonen und sie sehr vorsichtig zu führen und zu gebrauchen. Als die Franzosen aus Löchgau vorrückend das den Höhen von Bietigheim nahe gelegene Wäldchen erreicht hatten, brach Hohenlohe mit seinen 12 Schwadronen und der württembergischen Infanterie vor und warf die Feinde nach Löchgau.«

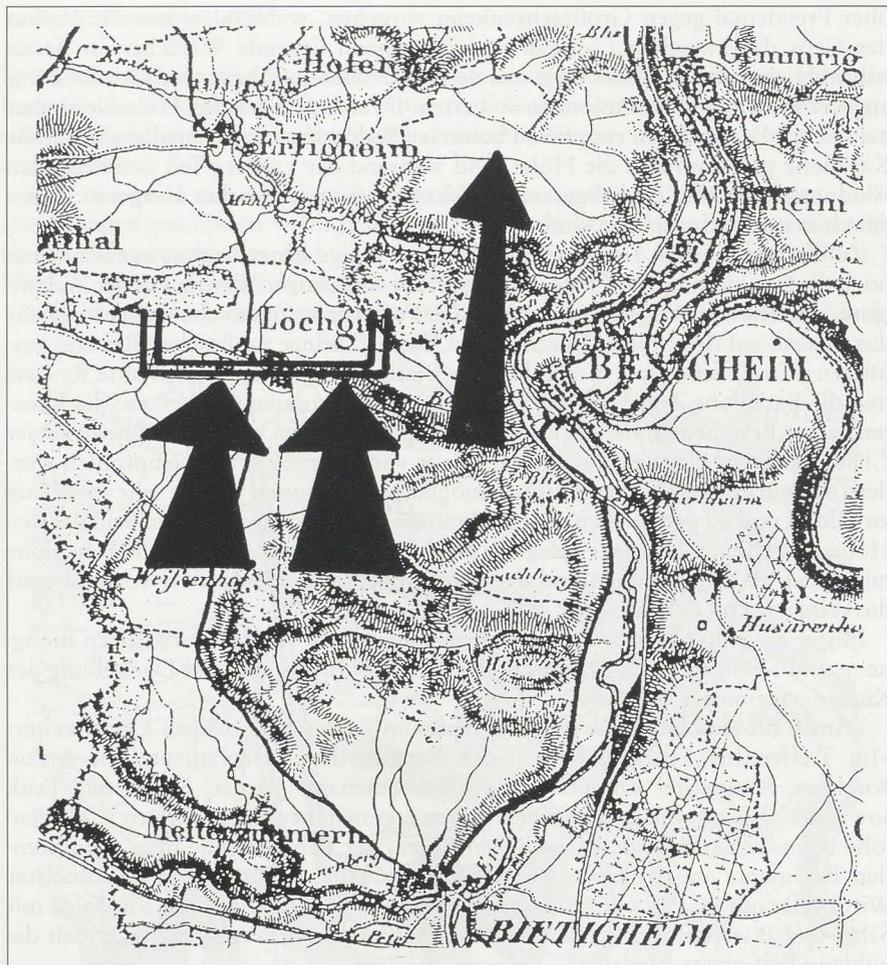
Pfister erwähnt also den »abgesessenen Einsatz« im Wäldchen zwischen Bietigheim und Löchgau nicht. Dazu schreibt Graf Thürheim in seiner Darstellung des Kürassierregiments Ansbach:

»Am 3. November hielt es sich sehr tapfer im Treffen bei Lochgau.« Und weiter: »Im Treffen bei Lochgau hatten sich hervorgethan: Oberstlieutenant Anton Kirchner, Rittmeister Ottenfeld, die Oberlieutenants Jarmer, Kranz und Fenk sowie der als Ordonnanz-Offizier bei dem commandierenden Fürsten v. Hohenlohe befindliche Oberlieutenant Baron Bolza, der sich freiwillig dem attackirenden Regimente angeschlossen hatte.« Und jetzt das Wichtigste: »Wachtmeister Wittib, der mit 20 Freiwilligen abgesessen, die feindliche Infanterie im Walde mit Säbel und Pistolen angriff, 3 Offiziere und 70 Mann gefangen nahm, erhielt die goldene Tapferkeits-Medaille.«

Ganz anders sieht die Geschichte des Regiments »Alt-Württemberg« den Kampf um den Wald. »Nach kurzem Gefecht entrissen die beiden Bataillone (Zobel und Seeger sind gemeint) den Franzosen das Wäldchen und drängten dieselben nach Löchgau und nach kurzem Widerstande von hier nach Erligheim zurück.« Diese Darstellung verkürzt die Geschehnisse doch zu sehr, und man könnte glauben, die beiden Bataillone hätten allein die Schlacht geschlagen.

Karl v. Martens beschreibt sachlicher und ausführlicher, aber auch unter Auslassung der österreichischen Kürassiere: »Nach kurzem Gefechte wurden die Franzosen aus dem erwähnten Wäldchen vertrieben und nach Löchgau zurückgedrängt, wo sie in dem Orte und den daneben liegenden Weinbergen eine Zeit lang Widerstand leisteten; auch hier zum Rückzuge genöthigt, stellten sie sich noch einmal bei Erligheim auf.«

Die »Schwäbische Chronik« vom 1. Dezember 1799 berichtet ähnlich, aber mit mehr Einzelheiten: »Der Prinz v. Hohenlohe zog alsbald seine Truppen über die Enz, rückte dem Feinde entgegen und griff ihn entschlossen an, indem er des Fein-



Der Angriff auf die nach Löchgau zurückgegangenen Franzosen

des rechte Flanke durch die Weinberge und Gebirgswege zu gewinnen suchte, auf der andern Seite aber, nachdem die Höhe von Löchgau genommen war, durch das Weingebirg auf dem Wege gegen Löchgau dem Feinde in die linke Flanke und zum Theil in dessen Rücken fiel.«

Die Regimentsgeschichte des Kürassierregiments Erzherzog Franz beschreibt sehr ins Detail gehend die Leistungen einzelner Offiziere und Unteroffiziere. Daraus ein Beispiel:

»Als Fürst Hohenlohe den als Generalstabs-Offizier verwendeten Oberlieutenant Wernhardt ... zur Beobachtung des Feindes bei Bietigheim zurückließ, bemerkte dieser, daß die von Löchgau durch ein Defilé gegen Bietigheim vorrückende feindliche Colonne, mit Außerachtlassung jeder Vorsicht, zur Deckung

ihrer linken Flanke marschiere und in dem offenen Terrain daselbst mit Vortheil angegriffen werden könne. Es mußte jedoch rasch gehandelt werden. Wernhardt zog daher 4 Kanonen auf seine Verantwortung vom rechten Enz-Ufer auf das linke gegen Löchgau vor und veranlaßte, daß eine Escadron des Regiments unter Commando des Rittmeisters Pettak in dem unbewachten Neckarthale auf dem Weg nach Besigheim und Walheim rasch in die linke Flanke des Feindes vordrang, während die übrigen Escadronen des Regiments, unterstützt vom Kürassier-Regimente Anspach, in der Front attackierten. Dieser zeitgemäß mit Ungestüm und in Übereinstimmung ausgeführte Angriff, bei welchem Wernhardt persönlich tapfer mitwirkte, gelang vollkommen. Die feindliche Colonne wurde ganz über den Haufen geworfen. . . . Oberlieutenant Wernhardts ausgezeichnetes Benehmen an diesem Tage ward dem Oberfeldherrn mit dem größten Lobe gemeldet und dieser ausgezeichnete Offizier der besonderen Gnade empfohlen.«

Im weiteren Text werden dann noch die Leistungen einiger Unteroffiziere und Soldaten gewürdigt, die mit der silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurden. Daraus ein Beispiel, bei dem Württemberger erwähnt werden: »Im Gefecht bei Bönningheim wurde die halbe zweite Escadron der Oberstlieutenants-Division zur Unterstützung der Württembergischen Jäger commandiert, welche unter Anführung des Hauptmanns v. Scharfenstein den rechts von Löchgau gelegenen Wald vom Feinde zu säubern hatten. Als des Gemeinen Georg Watzinger Pferd erschossen wurde, schloß er sich den Jägern an, stürmte mit ihnen den Wald und hat durch sein Beispiel nicht wenig beigetragen, den jungen Leuten, die das erstmal mit dem Feinde engagiert waren, Muth und Bravour einzuflößen. Er erhielt die silberne Tapferkeits-Medaille.«

Der Kirchheimer Pfarrer schreibt in seinem schon oben erwähnten Brief: »Am 3. November hatte ich die Kirchweyh-Predigt zu halten. Hr. Amtmann wollte, daß man wegen Nähe der Franzosen entweder gar nicht oder nur wenig läute. So geschah es und nur wenig Leute kamen zur Kirche. Man hörte aber schon von morgens 8 Uhr an in der Gegend schießen. Das continuirte über den Mittag noch immer in der Ferne.«

Es ist offensichtlich, daß die Franzosen südlich Löchgau, noch im Marsch befindlich, keine genauen Kenntnisse über ihren Gegner hatten, nicht gefechtsbereit waren und ziemlich überraschend von der österreichischen Kavallerie angegriffen wurden. Tief gestaffelte Marschkolonnen haben geringe Aussichten gegen massiert angreifende Kavallerie, die gleichzeitig noch die Möglichkeit zur seitlichen Umfassung nutzt.

Die Franzosen gingen von Löchgau nördlich bzw. nordostwärts bei der Erligheimer Mühle über den Ens- oder Baumbach zurück, sammelten sich auf der Höhe ostwärts von Erligheim und stellten sich erneut auf. Die »Österreichische Zeitschrift« aus dem Jahr 1846 beschreibt diese Aufstellung: »Der Feind wurde überall geschlagen und flüchtete sich nach Erligheim. Bei diesem Orte sammelten sich die Franzosen und stellten ihre Reiterei links vom Dorfe auf eine Anhöhe, welche von mehreren Kanonen und 1800 Mann Infanterie gedeckt war.«

In seinen »Denkwürdigkeiten zur Geschichte von Schwaben während der beiden Feldzüge von 1799 und 1800« schrieb Johann Gottfried Pahl schon 1802: »Der General Ney, schwer getroffen von dem tapferen Arm der Sieger, zog sich zurück, besetzte den Ort Erligheim, stellte seine Kavallerie auf eine nahe Anhöhe und bedeckte sie mit Geschütz und Fußvolk.«

Karl v. Martens schreibt sehr kurz: »Da aber, während der Angriff in der Front eingeleitet wurde, zwei nach Besigheim und Kleinsachsenheim entsendete Abteilungen ebenfalls vorgerückt waren und in Verbindung mit der Reiterei die feindliche Stellung bei Erligheim zu umgehen drohten, so wurde jeder weitere Widerstand vergeblich; der anfangs geordnete Rückzug artete bald in ungeordnete Flucht gegen den Heuchelberg aus.«

Das ist zu knapp gefaßt und übergeht die österreichischen Kavallerieattacken ebenso wie den Angriff der neuen württembergischen Jägerkompanie, die hier, wie es so schön heißt, ihre Feuertaufe erhielt. In ihrer Geschichte, geschrieben 1912, wird das so dargestellt: »Doch die Franzosen machten auf den Höhen bei Erligheim noch einmal Front und nisteten sich auch in Erligheim selbst ein. Die Kavallerie rief nun die Fußjägerkompanie, die eben von Löchgau aus mit 2 Zügen Grenadieren zum Schutz der rechten Flanke auf Hofen entsandt worden war, zur Unterstützung gegen das Dorf herbei. Nach kurzer Beschießung durch die ebenfalls vorgezogene Artillerie warfen die Jäger in Verein mit den beiden Grenadierzügen den Feind nach Erligheim hinein und nahmen das Dorf mit stürmender Hand. So hatte die junge Kompanie doch noch die erhoffte Gelegenheit gefunden, ihre Brauchbarkeit zu zeigen. General v. Phull meldete unmittelbar nach dem Sturm auf Erligheim an Herzog Friedrich: Die herzoglichen Jäger haben sich sehr brav benommen, dem Feind geschadet und überhaupt herrliche Dienste geleistet.«

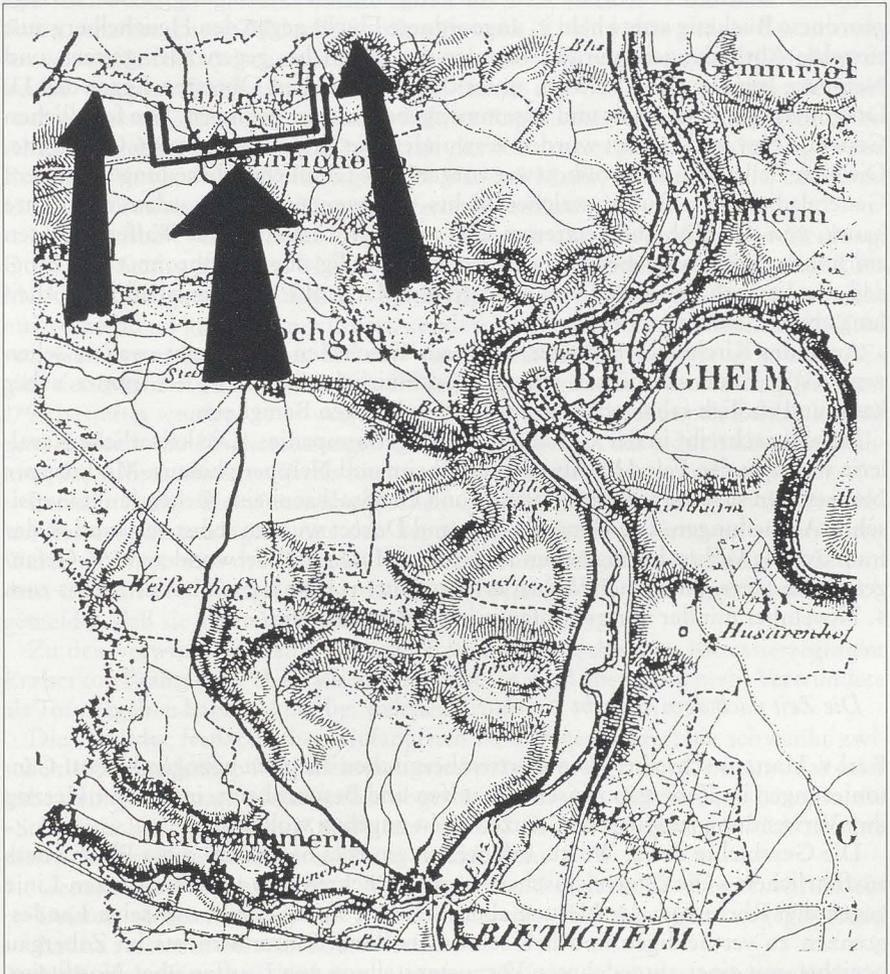
Auch andere Quellen stützen diese Darstellung. So heißt es in der Geschichte des 2. Württ. Infanterieregiments »König von Preußen« Nr. 120: »Jetzt rückte Hohenlohes Infanterie an; allein nur die Jägerkompanie hatte Gelegenheit, ihre Bravour zu zeigen beim Angriff auf die Höhen von Erligheim.« Und in einer weiteren Geschichtsdarstellung des gleichen Regiments, aber von einem anderen Autor, ist zu lesen: »Hier suchten sie (die Franzosen) sich festzusetzen, allein die Fußjäger-Kompanie stürmte das Dorf. Die Franzosen ergriffen die Flucht. Die Infanterie und Hohenlohes Kroaten hatten das Nachsehen, so flink waren die Jäger zur Hand gewesen, die Feuertaufe zu empfangen.«

Besonders schwülstig, aber wohl dem Zeitgeschmack entsprechend berichtet der »Neckar- und Enzbote« vom 5. Oktober 1899: »Namentlich zeichneten sich die württemb. Jäger unter Frhr. v. Scharfenstein durch Umsicht und Unerschrockenheit in rühmlicher Weise aus und verübten mit Todesverachtung wahre Heldentücke im raschen Erstürmen der von den Franzosen besetzten Höhe über dem Friedhof von Erligheim – wie noch bis auf unsere Tage auch durch den Volksmund überliefert ist.«

Erwähnt werden müssen aber auch die Attacken der österreichischen Kürassiere und Dragoner. Graf Thürheim hebt besonders die Leistung des Kürassierregiments Modena hervor, das sich »unter Führung seines tapfern Obersten Wilhelmi« am 3. November »im Treffen bei Löchgau, besonders in der Cavallerie-Attaque bei Erligheim hervorgethan« habe. Auch ein weiteres Regiment, das 13. Dragonerregiment, wird herausgestellt: »Im Treffen bei Löchgau zeichnete sich das Regiment ungeachtet aller Terrainhindernisse in 5 glänzenden Attaquen gegen Cavallerie und Infanterie ungemein aus und brachte dem Feind empfindliche Verluste bei.« Es ist anzunehmen, daß wenigstens eine der fünf genannten Attacken auch auf den Feind bei Erligheim gerichtet war.

Die »Schwäbische Chronik« relativiert die österreichisch-württembergischen Leistungen ein wenig: »Hier beschloß der Prinz v. Hohenlohe die feindliche Kavallerie anzugreifen, da eben der Feind seine Front brach, um sich zurückzuziehen. Der General benutzte diesen günstigen Augenblick, und die an der Zahl der unsrigen dreimal überlegene feindliche Kavallerie wurde mit so vielem Ungestüm und Muth angegriffen, daß sie in kurzem gänzlich geworfen und zerstreut war. Die feindliche Infanterie, welche sich an verschiedenen Orten in Quarrees und Massen stellte, und sich bis auf den letzten Augenblick auf das hartnäckigste verteidigte, ward größtentheils niedergehauen; so daß man die Zahl der Todten ganz gering auf 1,200 rechnen kann, indem das Schlacht-Feld auf allen Seiten damit bedeckt war.«

Pahl schreibt in seinen »Denkwürdigkeiten« praktisch das gleiche, vielleicht hat



Am Ende des Gefechts bei Erligheim fliehen die Franzosen nach Norden

er auch nur abgeschrieben: »Muthig und ungestüm wurde die zahlreiche französische Reiterey angegriffen und über den Haufen geworfen. Hartnäckiger wehrte sich die Infanterie. In mehrere einzelne Massen zertheilt, setzte sie überall den Siegern die unbeugsamste Tapferkeit entgegen. Sie war größtentheils niedergehauen; 1200 Todte lagen auf dem Schlachtfelde.«

Die Franzosen bei Erligheim, eine beiderseitige Umfassung fürchtend und in der Front von Kavallerie und Infanterie mit Artillerieunterstützung angegriffen, gehen nach Norden zurück. Es ist kaum verwunderlich, daß der möglicherweise anfangs geordnete Rückzug bald in Flucht übergeht. Die bisher erfolgreiche österreichische Kavallerie drängt mit aller Macht und von allen Seiten auf die zurückgehende französische Infanterie ein, der das wohl immer wieder von den Führern versuchte Bilden von Karrees auch nicht lange hilft.

Karl v. Martens beschreibt den Rückzug und die Verfolgung: »Der anfangs geordnete Rückzug artete bald in ungeordnete Flucht gegen den Heuchelberg aus; einzelne Abtheilungen wurden von der den Feind bis gegen Kleingartach und Neipperg verfolgenden Reiterei, unter dem kaiserlichen Obersten Egger des 13. Dragonerregiments, ereilt und zusammengehauen oder gefangen. Die feindlichen Generale Ney und Dorcet wurden verwundet; die Sieger machten 696 Gefangene. Die über Beilstein und Großbottwar vorgerückte feindliche Abtheilung unter dem Generaladjutanten Ruffin, welcher nichts entgegengesendet worden war, hatte kaum, von der Höhe bei letzterem Ort aus, den Rückzug ihrer Waffengenossen am linken Neckarufer bemerkt, als sie sich so eilig über Heilbronn zurückzog, daß der Versuch, sie durch eine vom Kampfplatze aus dahin entsendete Abtheilung abzuschneiden, mißlang.«

Auch der Kirchheimer Pfarrer, dicht am Geschehen, beschreibt, was zu sehen war: »Von Hauß aus hörten wir das continuirliche Schießen, das immer näher kam, und endlich sahen wir sogar die Retirade gegen Benigheim.«

Nübling schreibt in der Geschichte der Jägerkompanie: »Die kaiserliche Kavallerie verfolgte den Feind bis über Brackenheim und Neipperg hinaus. Mit knapper Not retteten sich die auf Großbottwar und Großsachsenheim rückenden französischen Abtheilungen. Die Generale Ney und Dorcet wurden selbst verwundet, der französische Verlust betrug neben zahlreichen Toten und Verwundeten 696 Gefangene. Die Jäger, die keinen Verlust erlitten hatten, biwaktierten in der Nacht zum 4. November mit der übrigen Infanterie bei Brackenheim.«

Die Zeit nach dem Gefecht

Karl v. Martens schreibt: »Die württembergischen Truppen bezogen hierauf Cantonierungen im Zabergäu zwischen Lauffen und Brackenheim, indem der Herzog ihre Verwendung jenseits der Gränzen nicht zugeben wollte.«

Die Geschichte des 2. Württ. Infanterieregiments beschreibt diese Phase etwas ausführlicher: »Die österreichischen Truppen rückten nun auf ihrer ganzen Linie gegen den Rhein vor; der Herzog aber hielt sich streng daran, nur seine Landesgrenzen zu vertheidigen und ließ seine Bataillone Kantonnements im Zabergäu beziehen mit einer ausgedehnten Vorpostenstellung von Lauffen über Nordheim, Nordhausen, Bönningheim, Dürrenzimmern, Freudenthal. . . . Den ganzen Monat November über blieben die Truppen in ihren Postirungen. Erst mit Anfang

Dezember schlossen sie sich wieder an die gegen den Rhein vorrückenden Oesterreicher an. Prinz Hohenlohe operirte über Fürfeld nach Sinsheim; ihm folgten die Württemberger, nahmen jedoch nur an den ganz unbedeutenden Gefechten bei Hofen und Nußloch theil, am 2. und 3. Dezember. Ueberall sahen sich die Franzosen gegen den Rhein zurückgedrängt; allein der Herzog war nicht gesonnen, seine Truppen in weitere Unternehmungen zu verwickeln und rief sie am 9. Dezember zurück.« Alle württembergischen Truppen erreichten ihre Garnisonen wieder am 13. bzw. 14. Dezember 1799.

Gefallene, Verwundete und Gefangene

Die «Schwäbische Chronik» hatte schon im Dezember 1799 die Zahl von 1200 Toten genannt. Diese Zahl scheint mir sehr hoch. Es sind aber andere Gesamtzahlen weder für französische noch für österreichisch-württembergische Gefallene in keiner weiteren Quelle zu finden. Sonst taucht nur das wenig aussagende Wort »zahlreich« auf. Einzig die schon erwähnte Regimentsgeschichte des österreichischen Dragonerregiments Nr. 2, damals das Kürassierregiment Erzherzog Franz Este, gibt Verluste zu: »Vom Regimente waren 5 Mann, 18 Pferde todt, 26 Mann, 15 Pferde verwundet und 6 Mann, 8 Pferde vermißt.«

In dem Buch »Bietigheim 789–1989, Beiträge zur Geschichte von Siedlung, Dorf und Stadt« heißt es: »Noch heute erinnert der Franzosenfriedhof auf der Markung Löchgau an die Schlacht bei Bietigheim, . . . bei der die Franzosen nicht nur vernichtend geschlagen wurden, sondern auch eine ungewöhnlich hohe Zahl von Gefallenen zu beklagen hatten.« Auch diese Aussage ist wenig konkret. Es gibt sicher eine Reihe weiterer Friedhöfe in der Region, auf denen Gefallene von 1799 bestattet wurden. Hier weiterzusuchen könnte vielleicht noch Zahlen aufzeigen, vielleicht zu Hochrechnungen anregen; mir schien das jedoch über den Rahmen des selbstgesteckten Zieles hinauszugehen, so habe ich darauf verzichtet.

Betrachtet man die württembergischen Quellen, so hatten lediglich die Franzosen Verluste zu beklagen. Aus den September-Gefechten wird von einem toten Württemberger und drei Verwundeten berichtet, jedoch von keinem Verlust in dem Gefecht von Bietigheim bis Erligheim. Nur für die Jäger wird ausdrücklich gemeldet, daß sie keine Verluste hatten.

Zu den Verwundeten fehlt, abgesehen vom österreichischen Kürassierregiment Erzherzog Franz Este, ebenfalls jede Angabe; es wird aber wohl mehr Verwundete als Tote gegeben haben. Aber bei welchen Truppen?

Die Zahl der französischen Gefangenen ist dagegen klarer; sie schwankt zwischen 1000 und knapp 700; mehrfach wird präzise 696 genannt. Stimmt das oder haben einige Autoren voneinander abgeschrieben? Am deutlichsten benennt die »Schwäbische Chronik« »17 Offiziers mit 697 Mann« als gefangen. Ich möchte dieses düstere Kapitel mit drei Sätzen abschließen:

1. General Ney hat durch Tote, Verwundete und Gefangene sicher mehr als ein Drittel, möglicherweise die Hälfte seiner bis über Löchgau vorgegangenen Kräfte verloren; ein sehr hoher Verlust.
2. Hohenlohe hingegen dürfte, gemessen am Erfolg, nur äußerst geringe Verluste gehabt haben, wenn auch hier sicherlich viele Tote und Verwundete zu beklagen waren.

3. Regimentsgeschichten zählen nur die Siege auf; die Verluste werden unterschlagen. Andere »Geschichten« tun das aber auch.

Zeitgenössische Berichterstattung

Zum Schluß soll noch auf die zeitgenössische Berichterstattung durch die »Schwäbische Chronik« eingegangen werden. Geht man diese Zeitung in ihren Ausgaben ab dem 3. November 1799 durch, so stellt man fest, daß sie zwar von dem Gefecht zwischen Bietigheim und Bönningheim berichtet, aber in einer Weise, die einen heutigen Zeitungsleser nicht befriedigen würde.

Sie erwähnt am 3. November nur Franzosen im Raum Brackenheim, Kirchheim und Walheim, als der Aufmarsch beider Seiten längst abgeschlossen war. Am 4. November, dem Tag nach dem Gefecht, schreibt sie zunächst: »Die Kaiserlichen haben eine gute Stellung an der Enz und bei Bietigheim, wo einige hundert Mann Gränzer und einige Divisionen Kavallerie stehen . . .« Dann heißt es aber weiter unten: »Heute Vormittag hörte man hier, über Bietigheim herauf, kanonieren. – Soeben, nach Mittag, angekommene Nachrichten melden, daß die Franzosen über Löchgau um etliche Stunden heute Vormittag zurück geschlagen worden seien, und daß man eine beträchtliche Zahl derselben zu Gefangenen gemacht habe.«

Wer nun aber glaubt, am 5. November würde eine umfassende Darstellung des Vorgefallenen folgen, wird enttäuscht. Es heißt nur: »Das Gefechte, wovon schon im letzten Blatt . . . die Rede war, dauerte den ganzen Tag und hatte zur Folge, daß die Franzosen die Gegenden von Löchgau, Bönningheim und Lauffen verließen.« Am 8. November wird eben noch ergänzt: »Das Gefechte am letzten Sonntag hat die Franzosen ausser den bereits gedachten Gefangenen auch mehrere Hundert Mann an Todten und Verwundeten gekostet.«

Damit endet die aktuelle Berichterstattung. Nichts wird berichtet über irgendwelche Einzelheiten im Ablauf des Gefechts, über teilnehmende Truppen, gar über die Teilnahme der württembergischen Armee. Der Ort Erligheim, bei dem die Schlacht entschieden wurde, wird nicht erwähnt, und eigene Verluste hat es wohl nicht gegeben.

Die Ausgabe vom 25. November nennt ein besonderes Ereignis: der siegreiche Feldherr, Generalmajor Prinz zu Hohenlohe, ist zum Generalleutnant befördert worden.

Erst vier Wochen nach dem Gefecht, am 29. November und mit einer Fortsetzung am 1. Dezember, druckt die »Schwäbische Chronik« einen Bericht ab, der wie folgt eingeleitet wird: »Von Sr. Kön. Hoh. dem Erzherzog Carl, aus Dero Hauptquartier Donaueschingen, ist der Rittmeister Graf Cothek, an Se. Kais. Maj. abgeschickt, am 16 Nov. in Wien angekommen. Dieser überbrachte den umständlichen Bericht über verschiedene Ereignisse, besonders über ein Treffen, das zwischen dem K. K. unter dem Kommando des F.M.L. Prinzen Carl von Lothringen stehenden General Prinzen von Hohenlohe und dem bei Mannheim über den Rhein gegangenen Feind am 3. Nov. bei Bönningheim vorgefallen.« Und dann folgt ein ausschließlich österreichische Truppen und Erfolge aufführender Artikel, der jegliche württembergische Beteiligung unter den Tisch fallen läßt.

Ich habe mich gefragt, worin der Grund zu dieser nach unserem Verständnis mangelhaften Berichterstattung lag. Durfte damals eine Zeitung keine Kriegsbe-

richterstattung treiben? Der »Schwäbische Merkur«, dem die »Schwäbische Chronik« beilag, beschreibt sonst in ausführlichster Form, wie die Feldzüge in anderen Regionen verliefen. Aber über das direkt vor der Haustür des Lesers stattgefundene Gefecht gibt es keine Informationen. Ganz sicher darf man doch annehmen, daß mündliche Berichte und Gerüchte jeder Art in der Bevölkerung kursierten. Aber warum wurde nicht wahrheitsgetreu berichtet? Durfte man nicht? Interessierte es vielleicht den Leser nicht, so wie es uns heute brennend interessieren würde? Ich weiß es nicht.

Zwei Fragen drängen sich zum Schluß noch auf. Erstens: Was hat das bei Erligheim gewonnene Gefecht bewirkt? Und zweitens: Hat sich Herzog Friedrichs neue Truppengliederung bewährt? Ich möchte die zweite Frage zuerst beantworten und zwar in drei Teilen:

1. Die württembergische Kavallerie kann nicht bewertet werden, nur eine Schwadron war anwesend; über eine aktive Teilnahme am Gefecht wird nichts berichtet.
2. Von den fünf Infanteriebataillonen waren nur Zobel und Seeger im Gefecht; sie halfen, die Franzosen aus dem Wäldchen nördlich von Bietigheim und aus Löchgau hinauszuerwerfen. Daß dabei aber irgendwelche Erkenntnisse zur neuen Gliederung hätten gewonnen werden können, ist äußerst unwahrscheinlich. (Die Bataillone der württembergischen Armee wurden übrigens 1807 wieder zu Regimentern umgliedert.)
3. Die Jägerkompanie stürmte Erligheim, erhielt hier ihre »Feuertaufe« und ein besonderes Lob des Truppenführers. Das war aber auch alles; denn die Kompanie bestand erst vier Wochen, von einer gezielten Ausbildung für den neuen Verwendungszweck konnte bisher keine Rede sein. Ein Sturmangriff bergauf gegen einen Gegner, der einen Ort besetzt hält, gehörte auch keineswegs zu den Aufgaben der neuen leichten Jäger, die nicht einmal Bajonette hatten, sondern nur Hirschfänger, die nicht auf die Büchsen aufgepflanzt werden konnten. Mit nur einer und dazu noch nicht voll ausgebildeten Kompanie war es zur Überprüfung des neuen Konzeptes einer leichten Infanterie noch viel zu früh.

Die erste Frage, nun zuletzt, ist positiver zu beantworten: Das bei Erligheim gewonnene Gefecht – für Herzog Friedrich sehr »kostengünstig«, weil die österreichische Kavallerie die Hauptlast trug – hat die Vereinigung der beiderseits des Neckars vorgehenden französischen Kräftegruppen und ihren Vorstoß auf die beiden Residenzstädte Ludwigsburg und Stuttgart verhindert. Ohne diesen offensiv errungenen Sieg wären die Franzosen in ihrem Vorwärtsdrängen nicht zu halten gewesen. Ein vielleicht nur defensiver Einsatz der österreichisch-württembergischen Truppen im Raum Bietigheim/Ludwigsburg hätte lediglich geringe Aussichten auf Erfolg gehabt. Die Besetzung der beiden Städte Ludwigsburg und Stuttgart hätte immensen materiellen und politischen Schaden für das Herzogtum und die Allianz mit dem Kaiser bedeutet. Der Herzog und beide Städte hätten gewaltige Ablösesummen zur Vermeidung einer Plünderung zahlen müssen und das Herzogtum Württemberg hätte möglicherweise politisch für Jahre keine Rolle mehr gespielt.

Zu welchen Änderungen es in Europa aber wenige Jahre später doch noch kommen sollte, konnte Ende 1799 kein Mensch ahnen.

Werden und Vergehen des Oberamts Marbach*

von Hermann Schick

Vor 60 Jahren, am 30. September 1938, hörte das Oberamt Marbach zu bestehen auf. Seine Aufhebung war ein schwerer Schlag für die Stadt Marbach, die dadurch viel von ihrer Bedeutung für das Umland verlor. Wenn man heute mit offenen Augen durch die Stadt geht, findet man nur noch zwei Inschriften, die an das einstige Oberamt erinnern. Das ist einmal das Straßenschild »Oberamteigasse«, das auf die quer zur Marktstraße verlaufende Gasse hinweist, die zum früheren Amtsgebäude des Oberamts hinführt. Die andere Inschrift befindet sich am Aufgang zur Stadtbücherei (Hauffstraße 7) an dem Pfeiler links von der Treppe und lautet: »Erbaut von der Amtskörperschaft Marbach 1923/24«. Die Amtskörperschaft war der Zusammenschluß aller Gemeinden des Oberamtsbezirks zur selbstverantwortlichen Lösung von Aufgaben, die alle gemeinsam betrafen. Ein württembergischer Oberamtsbezirk war nämlich nicht nur ein Distrikt der staatlichen Verwaltung, sondern er war auch eine kommunale Gebietskörperschaft, so wie dies heute die Landkreise auch noch sind.

Zwei Fragen sollen uns im folgenden vor allem beschäftigen: Wie ist dieser Oberamtsbezirk Marbach entstanden? Und: Weshalb wurde er wieder aufgelöst und von wem?

König Friedrichs Organisationsmanifest

Geschaffen wurden die württembergischen Oberämter im Jahre 1806 durch ein »Organisationsmanifest« König Friedrichs. Die gewaltigen Veränderungen der napoleonischen Zeit hatten dem Herzogtum Württemberg große Gebietszuwächse der verschiedensten Herkunft gebracht, aus Herzog Friedrich II. war Kurfürst Friedrich geworden und am 1. Januar 1806 sogar König Friedrich. Anfänglich ließ er lediglich die nach und nach erworbenen Gebiete als Neuwürttemberg unter einer einheitlichen Verwaltung zusammenfassen und daneben in Altwürttemberg, also dem Herzogtum in seiner bisherigen Form, die überkommene Verwaltungsstruktur bestehen. Doch nach der Annahme des Königstitels – und nachdem die Erlangung der vollen Souveränität durch den Preßburger Frieden vom 26. Dezember 1805 die Aufhebung der altwürttembergischen Verfassung ermöglicht hatte – wollte Friedrich seinem Königreich auch einen einheitlichen Verwaltungsaufbau geben. Die sich daraus ergebenden Veränderungen waren so groß, die Schwierigkeiten so vielfältig, daß die Lebenszeit des Königs nicht ausreichte, um eine dauerhafte Form zu finden. Erst nach seinem im Oktober 1816 erfolgten Tod konnte unter seinem Sohn, Wilhelm I., das Werk vollendet werden.

* Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags, der am 2. November 1998 in Marbach gehalten wurde. Die stilistischen Merkmale des Vortrags wurden beibehalten.

In seinen Vorstellungen war König Friedrich sehr stark vom Vorbild Frankreichs beeinflusst, wo die Revolution die historischen Provinzen zerschlugen und das Land mit einem völlig neuen Netz von Verwaltungseinheiten, den Departements, überzogen hatte. Diese erhielten alle Namen, die sich auf die Geographie bezogen und nicht von der Geschichte hergeleitet waren. So weit wie die Franzosen wollte König Friedrich jedoch nicht gehen; ganz wollte er auf die in der Vergangenheit bewährten Strukturen nicht verzichten. Deshalb tun wir gut daran, zunächst einen Blick auf den Verwaltungsaufbau des Herzogtums zu werfen. Dies empfiehlt sich auch deshalb, weil Marbach ja schon seit 1302 zu Württemberg gehörte und wir somit gleich erfahren, wie die Verhältnisse in unserem Raum vor dem 19. Jahrhundert ausgesehen haben.

Die altwürttembergischen Ämter

Über der einzelnen Gemeinde gab es in Württemberg das Amt. Bereits bei der Landesteilung 1441 war die Grafschaft in 38 Ämter eingeteilt. Ein Amt bestand gewöhnlich aus der Amtsstadt und mehreren um diese herum liegenden Ortschaften. Zusammen bildeten sie aber nicht nur einen Bezirk der Herrschaft, sie waren auch ein Gemeinwesen, ein Kommunalverband, mit Aufgaben, die von den ihm angehörigen Gemeinden nur gemeinsam gelöst werden konnten. Um dabei Ungerechtigkeiten oder Härten zu verhindern, bedurfte es der Übereinkünfte. Man mußte also zusammenkommen zur Besprechung der anstehenden Fragen, und aus diesen mehr oder weniger regelmäßigen Zusammenkünften entwickelten sich im Laufe der Zeit die sogenannten Amtsversammlungen. Für diese wurden schon 1489 in der Amts- und Landschadensordnung erstmals verbindliche Rechtsnormen aufgestellt.

Nach dem Tübinger Vertrag von 1514 wählte die Amtsversammlung auch den Abgeordneten des Bezirks zum Landtag und versah diesen mit bindenden Anweisungen, weshalb auch allgemeine politische Fragen, die das ganze Land betrafen, in den Amtsversammlungen erörtert wurden. Der einzelne Abgeordnete war somit nicht wie sein heutiger Kollege nur seinem Gewissen verantwortlich, sondern er war an die erhaltenen Instruktionen gebunden; es handelte sich also um ein imperatives Mandat.

Leitender herzoglicher Beamter war der Vogt, der seit 1758 den Titel Oberamtmann führte. Seine Zuständigkeit umfaßte alle nur denkbaren Bereiche: er war Militärbefehlshaber, Gerichtsvorsitzender, Finanzbeamter (und als solcher auch für die herrschaftlichen Liegenschaften zuständig), und er war Stadtvorstand der Amtsstadt.

Zum Amt Marbach gehörten nach dem »Herzoglich Württembergischen Adress-Hand-Buch auf das Jahr 1765« folgende Orte: Marbach, Affalterbach, Burgstall, Erbsetten, Erdmannhausen, Hochdorf, Kirchberg, Murr, Pleidelsheim, Rielingshausen, Rietenau, Spiegelberg, Steinheim a. d. Murr und Weller zum Stein. Seinen Sitz hatte der Marbacher Oberamtmann nach dem Brand von 1693 in dem wieder aufgebauten Gebäude Strohgasse 5. Zwischen dem Haus und der kleinen Kelter befand sich eine Stallung mit Scheune, denn auch der Oberamtmann hatte Naturaleinkünfte und brauchte Pferde für seine Dienstreisen.

Im Jahre 1806 wurde das neue Königreich in 64 Oberämter eingeteilt. Nach französischem Vorbild waren alle ungefähr gleich groß mit etwa 20 000 Einwohnern. Dadurch war sichergestellt, daß keines von vornherein eine Ausnahmestellung hatte. Die Struktur der altwürttembergischen Ämter behielt der König bei, doch anders als im Herzogtum wurden die Oberämter in zwölf Kreise zusammengefaßt, die 1810 in Landvogteien umbenannt wurden. Aber diese Konstruktion bewährte sich nicht und wurde 1818 aufgehoben. An die Stelle der Landvogteien



*Haus Strohgasse 5 in Marbach,
bis 1938 Sitz des Oberamts*

traten wieder Kreise, aber jetzt nur noch vier, nämlich Donau-, Jagst-, Neckar- und Schwarzwaldkreis. Das Oberamt Marbach kam von der Landvogtei an der Enz zum Nekarkreis, dessen Kreisregierung in Ludwigsburg saß.

Auch die Oberamtseinteilung war nicht aus einem Guß und wurde wiederholt geändert. Der Marbacher Bezirk bestand weitgehend aus den alten Ämtern Marbach und Großbottwar und dem größeren Teil des Amtes Beilstein. Das bedeutete, daß er im Unterschied zu anderen Oberamtsbezirken recht einheitlich war, denn nur das ritterschaftliche Dorf Kleinbottwar und das Stift Oberstenfeld hatten vor 1803/1805 nicht zum Herzogtum Württemberg gehört. Aber auch diese Orte waren evangelisch, weshalb bei der Volkszählung 1864 insgesamt 26 671 evangelische Einwohner registriert wurden, zu denen noch 118 Katholiken und 15 Christen anderer Konfessionen kamen; Juden gab es damals im Oberamt Marbach nicht.

Nach der Oberamtsbeschreibung von 1866 umfaßte das Oberamt Marbach drei Städte, 19 Pfarrdörfer, vier Dörfer, 37 Weiler, fünf Höfe, zwei Schlösser und elf einzelne Wohnsitze. Selbständige Gemeinden waren: Affalterbach, Allmersbach, Auenstein, Beilstein, Burgstall, Erbstetten, Erdmannhausen, Gronau, Großbottwar, Höpfigheim, Hof und Lembach, Kirchberg, Kleinaspach, Kleinbottwar, Marbach, Mundelsheim, Murr, Nassach, Oberstenfeld, Ottmarsheim, Pleidelsheim, Rielingshausen, Schmidhausen, Steinheim, Weiler zum Stein und Winzerhausen. Diese Orte bildeten auch den neuen evangelischen Kirchenbezirk Marbach, der allerdings schon immer größer als das alte Amt Marbach gewesen war: Das Amt Großbottwar mit zwei Pfarrstellen in Großbottwar und je einer in

Kleinaspach, Winzerhausen und Höpfigheim hatte schon seit der Reformation dazugehört.

Geht man von der Geographie aus, so lag die Oberamtsstadt recht ungünstig am Rande des Bezirks. Durch die Mitte des 18. Jahrhunderts erfolgte Zuordnung der alten Marbacher Amtsorte Poppenweiler und Benningens zum 1719 gebildeten Oberamt Ludwigsburg war dies noch verstärkt worden. In der Oberamtsbeschreibung wird die Entfernung von Prevorst nach Marbach mit $4\frac{3}{4}$ Stunden Fußmarsch angegeben. Für arme Leute, die sich kein Fuhrwerk leisten konnten, war dies ein weiter Weg.

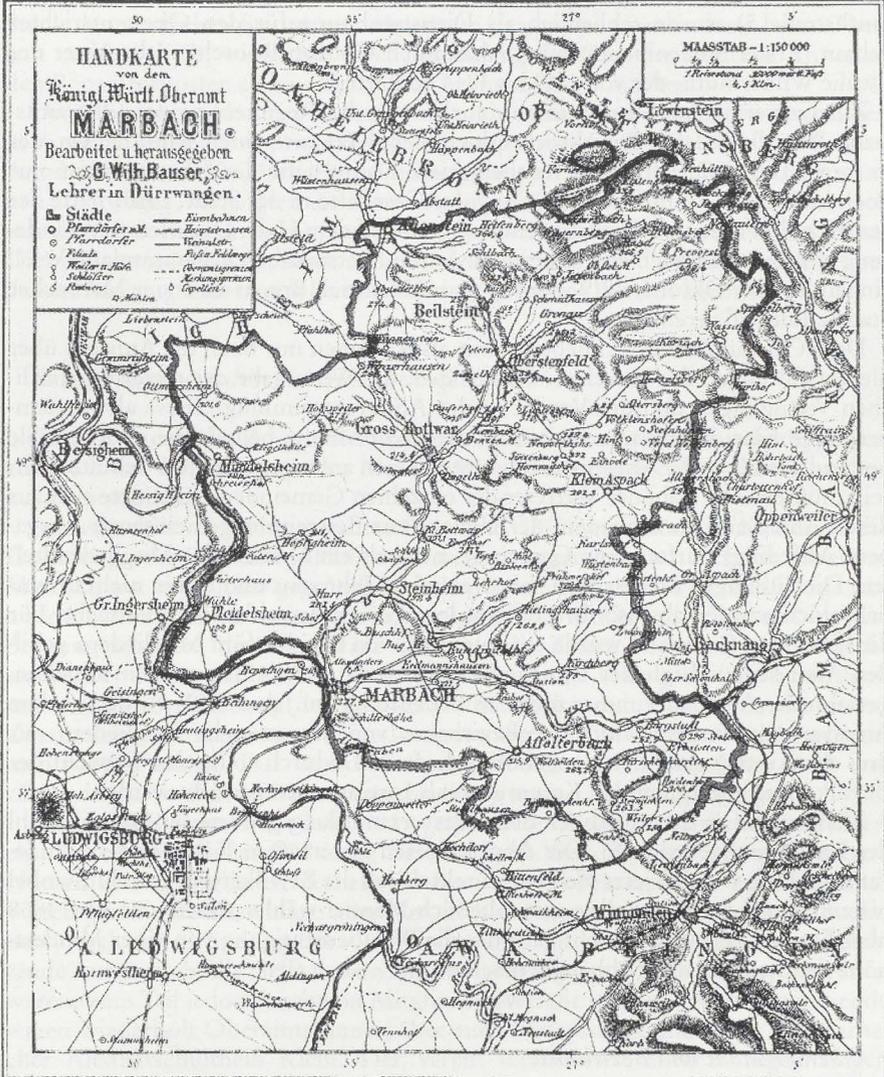
Verständlich war es auch, daß die Stadt Großbottwar nur ungerne den Amtssitz abgab. Schließlich war die Stadt schon fast genauso lange württembergisch wie Marbach und schon seit alter Zeit Amtssitz gewesen. Sie hatte zwei Pfarrstellen, eine Lateinschule und sogar eine Apotheke, und sie hatte bis weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus auch mehr Einwohner als Marbach. Was den Ausschlag zugunsten Marbachs gegeben hat, können wir nur vermuten. Vielleicht waren die räumlichen Verhältnisse in Marbach besser, auch die größere Ausdehnung des alten Amts kann eine Rolle gespielt haben, möglicherweise auch der Sitz der kirchlichen Bezirksbehörden. Auf jeden Fall gab die Geographie nicht den Ausschlag, so rational war die Einteilung also doch wieder nicht.

Wiederholt haben die Großbottwarer versucht, Bezirksbehörden in ihre Stadt zu holen. Erfolg hatten sie damit nur 1837, als sie an den König eine Bittschrift richteten, das eben vakante Kameralamt, also die Finanzverwaltung, von Marbach nach Großbottwar zu verlegen. Dagegen scheiterte 1874 der Versuch, ein Amtsgericht zu erhalten, und im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts wurde das Bezirkskrankenhaus trotz verlockender Angebote der Großbottwarer ebenfalls in Marbach gebaut. Bezeichnend ist immerhin, daß die wichtigsten politischen Versammlungen im 19. Jahrhundert meist nach Großbottwar einberufen wurden, weil diese Stadt von allen Orten des Oberamtsbezirks aus am leichtesten zu erreichen war.

Die Aufgaben des Oberamtmannes

Die königlich württembergischen Oberamt männer trugen zwar noch den gleichen Titel wie ihre Vorgänger in der Herzogszeit, aber sie besaßen bei weitem nicht mehr deren Machtfülle. König Friedrich wollte eine moderne Staatsverwaltung, und dies bedeutete eine nach Sachgebieten gegliederte Regierung mit den entsprechenden nachgeordneten Dienststellen. Schon bei der Schaffung der neuen Oberämter wurde die Finanzverwaltung ausgegliedert. Für sie wurden auf Bezirksebene Kameralämter eingerichtet unter der Leitung von Kameralverwaltern, die vom jeweiligen Oberamt mann unabhängig waren. Als erster Amtsvorsteher des Kameralamts in Marbach wird Christian Friedrich Scholl genannt, den ein Zeitgenosse so kennzeichnete: ein wohlhabender Mann von echt altwürttembergischen Gepräge, in Sprache und äußeren Formen breit, derb und rauh, aber von reeller und biederer Gesinnung. Untergebracht war das Kameralamt zuerst im früheren Physikathaus (Marktstraße 53), dann in der Zehntscheuer in der Strohgasse (heute Amtsgericht).

Nach der Finanzhoheit verlor der Oberamt mann den Gerichtsvorsitz, als 1818



In Schraffur v. G. W. Bauser in Dürrenwangen, Baden

Lith. R. Becker-Steinbart.

Die Höhen sind in Meter angegeben.

Karte des ehemaligen Oberamts Marbach

die Rechtsprechung von der Verwaltung getrennt wurde. In jedem Oberamtsbezirk wurde ein Oberamtsgericht eingerichtet mit einem Oberamtsrichter als Amtsvorstand. Die Gerichtsverhandlungen fanden im Rathaus statt, aber die Schaffung einer passenden Dienstwohnung für den Marbacher Oberamtsrichter bereitete Probleme, besonders als es zeitweise so aussah, als ob das Gericht doch

nach Großbottwar verlegt werden sollte. Das ehemalige Kaufhaus Groß (Wildermuthstraße 5) wurde schließlich als Dienstwohnung für den Oberamtsrichter gebaut. Erster Stelleninhaber war bekanntlich Gottlob Rooschütz, der Vater der Otilie Wildermuth, der von 1819 bis 1844 amtierte.

Zuletzt verlor der Oberamtmann auch noch das Regiment in der Oberamtsstadt. Wie alle anderen Bezirksorte erhielt diese jetzt auch einen Schultheißen, der in ihrem Fall natürlich Stadtschultheiß hieß. Damit hatte der Oberamtmann nur noch indirekten Einfluß auf den Gang der Geschäfte in der Stadt, dafür hatte der Stadtschultheiß seine Dienstaufsicht recht nah auf dem Hals. Diese letzte Veränderung wurde in Marbach erst unter dem vierten Amtsinhaber, Oberamtmann Veiel, eingeführt. Im Oktober 1819 wurde Johann Heinrich Brecht als erster Marbacher Stadtschultheiß vereidigt.

Dem Oberamtmann verblieben somit als Aufgaben nur noch die Aufsicht über die Verwaltungen der einzelnen Gemeinden, die Weitergabe der regierungsamtlichen Verfügungen und der Vorsitz in der Amtsversammlung. Diese altwürttembergische Einrichtung war auch nach der Neuordnung beibehalten worden. Sie bestand aus 20 bis 30 Abgeordneten, unter denen anfangs immer die Schultheißen sein mußten. Die Zahl der Vertreter der einzelnen Gemeinden errechnete sich aus deren Anteil am Amtsschaden, der Umlage zur Bestreitung gemeinsamer Ausgaben. Allerdings durfte keine Gemeinde mehr als ein Drittel aller Mitglieder stellen. Die Sitzungen fanden zwei- bis dreimal im Jahr statt und waren nicht öffentlich, doch wurden ab 1845 ihre Tagesordnungen im Amtsblatt veröffentlicht. Für die laufenden Geschäfte wurde ein Ausschuß von drei bis fünf Mitgliedern gebildet. Weil seine Mitglieder naturgemäß alle wichtigen Informationen erhielten, gewann der Ausschuß immer mehr an Bedeutung. Im Jahre 1891 wurde aus dem Amtsversammlungsausschuß der Bezirksrat, von dessen sechs Mitgliedern nur drei der Amtsversammlung angehören durften. Dadurch sollte das Gewicht der Bevölkerung gegenüber den Kommunen als Institutionen gestärkt werden.

Nicht mehr zu den Aufgaben der Amtsversammlung gehörte seit 1815 die Wahl der Landtagsabgeordneten. Die Abgeordneten zur zweiten Kammer der Ständeversammlung wurden jetzt vielmehr direkt durch die Bevölkerung gewählt, wobei bis zum Ende der Monarchie ausschließlich Männer wählen durften und bis 1868 überdies das Zensuswahlrecht galt, das die Wahlberechtigung von einer Mindesthöhe der Steuerleistung abhängig machte.

Oberamtsstadt und Bezirksorte

Das Verhältnis zwischen der Stadt Marbach und den Orten des Oberamtsbezirks war nie spannungsfrei. Die Trennung der Ämter des Oberamtmanes und des Stadtschultheißen bedeutete auch die Abkehr von Regelungen, von denen die Stadt durchaus profitiert hatte. Noch aus der Grafenzeit stammte die Vorstellung, daß die Befestigungsanlagen der Amtsstadt auch dem Schutz der Dorfbewohner dienten. Infolgedessen hatten auch die Amtsorte zum Unterhalt der städtischen Türme und Mauern beizutragen. Umgekehrt war früher bei herrschaftlichen Gebäuden nicht zwischen landesherrlich und städtisch unterschieden worden. Noch immer nutzte das Oberamt zwei Räume im Obertorturm als Gefängnisse, weshalb die Amtskorporation nach einem 1844 ausgehandelten Kompromiß die

Hälfte der Unterhaltungsmaßnahmen an dem Turm bezahlte. Als dann 1849 ein Stück der westlichen Stadtmauer einstürzte, fragte der Gemeinderat beim Oberamt zwar noch an, wie es mit einer Beteiligung der Orte des früheren Amtes an den Reparaturkosten stehe, aber da war nichts mehr zu machen.

Die Oberamtsstadt stritt in den 1840er Jahren mit den ehemaligen Amtsorten auch wegen einer Feuerspritze. Diese war ursprünglich zum Gebrauch im ganzen Amt bestimmt und in Marbach stationiert gewesen. Weil Marbach jetzt die Spritze behalten wollte, verlangten die Amtsorte einen Kostenersatz. Die Stadt Marbach war dazu jedoch nicht bereit, worauf die Amtsorte die Spritze verkaufen wollten. Dies gefiel wiederum der Stadt nicht, und 1847 kam es darüber zum Prozeß, über dessen Ausgang leider noch keine Nachricht gefunden werden konnte.

Bezirksvereine und Bezirkseinrichtungen

Gefördert wurde das Zusammenwachsen des Oberamtsbezirks durch einige Vereine, die auf Bezirksebene die Menschen zu recht unterschiedlichen Zwecken zusammenführten.

In den schlimmen Hungerjahren 1816 und 1817 hatte Königin Katharina die Gründung von Bezirkswohltätigkeitsvereinen angeregt, und auch im Oberamt Marbach war ein solcher gegründet worden. Seine Aufgabe war es, Bedürftigen zu helfen. Offensichtlich ist der Verein aber nach Überwindung der ärgsten Not wieder eingeschlafen, denn im März 1852, als die Zeiten wieder einmal schlecht waren, bemühten sich Dekan, Oberamtmann, einige Pfarrer und ein Schultheiß um eine Wiederbelebung des Bezirkswohltätigkeitsvereins. Aber zu der ersten Zusammenkunft kamen so wenige Interessenten, daß ein zweiter Anlauf genommen werden mußte. Der Verein bestand auch Mitte der 1860er Jahre noch und zählte damals, wie die Oberamtsbeschreibung notiert, zwanzig Mitglieder.

Auf mehr Resonanz stieß der 1839 gegründete landwirtschaftliche Bezirksverein, der bis zum Ersten Weltkrieg Bestand hatte. Sein Ziel war der unmittelbare Nutzen seiner Mitglieder, deshalb hatte er mehr Lebenskraft. Er gab den Landwirten praktische Ratschläge aller Art, er bemühte sich um Saatgut und Zuchttiere, nach der Gründung des »Postillons« 1845 druckte er im Lokalblatt belehrende Aufsätze ab, die vielfach dem landwirtschaftlichen Wochenblatt entnommen waren, zum Teil jedoch auch von Mitgliedern verfaßt wurden. Vereinsvorsitzende waren wiederholt Oberamtmänner, aber auch Gutspächter und sogar der Marbacher Altstadtschultheiß Klein. Der Verein veranstaltete auch in regelmäßigen Abständen landwirtschaftliche Feste, abwechselnd in Marbach und Großbottwar, wobei Tiere prämiert, neue Geräte vorgeführt und langjährige Dienstboten ausgezeichnet wurden.

Von wieder anderer Art war der Bezirksgewerbeverein, über den in der Oberamtsbeschreibung zu lesen ist: »In Folge der Aufhebung des gewerblichen Zunftwesens konstituierte sich 1863 in Marbach ein Bezirksgewerbeverein, welcher damals 36, gegenwärtig dagegen 178 Mitglieder zählt. Der Ausschuß besteht aus 11 Mitgliedern, einschließlich des Vorstands. Dem Verein wurde von den aufgelösten Zünften ein Vermögen von ca. 1400 Gulden zugewendet. Seine Einnahmen bestehen aus den Jahresbeiträgen der Mitglieder à 30 Kreuzer sowie aus einem Jahresbeitrag von 100 Gulden aus der Amtspflege. Der Verein versammelt sich statu-

tengemäß mindestens zweimal jährlich, der Ausschuß je nach Bedürfnis. Seine Bestrebungen erstrecken sich hauptsächlich auf Verbreitung nützlicher Kenntnisse unter den Gewerbetheuern mittelst mündlicher Vorträge und Anschaffung und Circulation gewerblicher Schriften sowie auf die Heranbildung der gewerblichen Jugend. « Die Aufgabe der Nachwuchsförderung nahm der Verein sehr ernst. Zu diesem Zweck wurde 1880 auch erstmals eine Prüfung der Lehrlinge am Ende ihrer Lehrzeit abgehalten. Natürlich war diese Prüfung zuerst freiwillig und die Teilnehmerzahl auch recht gering; erst nach 13 Jahren stieg sie erstmals auf mehr als zwanzig.

Ein eigener Verein zur Unterstützung reisender Handwerksgesellen wurde 1850 gegründet. Doch schon zwei Jahre später beschloß die Amtsversammlung, diese Aufgabe selbst zu übernehmen, worauf der Verein sich wieder auflöste.

Unter die »Wohltätigkeitsanstalten« des Oberamtsbezirks zählte die Oberamtsbeschreibung von 1866 auch die Oberamtssparkasse. Sie sollte minderbegüterten Landwirten durch kleine Darlehen über vorübergehende Notlagen hinweghelfen, und sie sollte Dienstboten die Möglichkeit geben, auch kleine Ersparnisse zinsbringend anzulegen. Aber die Einrichtung stand unter keinem guten Stern. Zunächst dauerte es elf Jahre vom Gründungsbeschluß bis zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs 1854. Sodann kam das Geschäft immer noch nicht recht in Gang, weshalb die Sparkasse 1869 wieder liquidiert wurde. Drei Jahrzehnte später, 1898, erfolgte ein neuer Versuch mit dem erklärten Ziel, Sparsamkeit zu wecken und zu fördern. Einlagen würden von jedermann angenommen, nicht nur von Dienstboten, ihre Höhe sollte zwischen einer und tausend Mark betragen. In jedem Bezirksort gab es Agenten, welche die Zahlungsgeschäfte besorgten. Doch gerade jener Personenkreis, für den die Einrichtung hauptsächlich gedacht war, nämlich Dienstboten und Arbeiter, trug die Ersparnisse nur allmählich zur Sparkasse. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt diese dann eigene Räume im Haus der Amtskörperschaft in der heutigen Hauffstraße.

Erst spät, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, wurde die Amtskörperschaft auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens aktiv. Spitäler waren bis ins 19. Jahrhundert vor allem Aufbewahrungsanstalten für arme Alte, Hinfällige ohne Familie oder Patienten, die wegen der Art ihrer Erkrankung nicht daheim gepflegt werden konnten. Noch in der Oberamtsbeschreibung ist zu lesen: »In den Spital werden nicht allein Arme der Stadt, sondern auch der Amtsorte in Kost und Wohnung genommen, weshalb die Amtskorporation der Stiftungspflege Marbach jährlich 100 Gulden entrichtet.« An gleicher Stelle heißt es aber auch, es seien an dem städtischen Spitalgebäude 1863 zwei Irrenlokale angebaut worden, die der Amtskörperschaft gehörten. Die Unterbringung psychisch Kranker wurde als Bezirkssache angesehen, weil weder die Angehörigen noch die Heimatgemeinden dazu in der Lage waren.

Die Einführung der allgemeinen Pflichtversicherung für den Krankheitsfall 1883 verlangte auch eine bessere Versorgung der Versicherten, und hier waren die Oberämter gefordert. Dies führte dazu, daß nach der Trennung der bürgerlichen von der Kirchengemeinde 1891 die Amtskörperschaft das Marbacher Krankenhaus in der heutigen Wildermuthstraße kaufte. Es hatte 13 Betten, doch nach den damaligen Vorschriften hätten nur sieben darin aufgestellt werden dürfen. So war der Bau eines neuen Bezirkskrankenhauses nur eine Frage der Zeit; zwischen 1905 und 1908 wurde in Marbach ein neues Haus mit Platz für etwa 40 Patienten erbaut



Das ehemalige »Bezirkskrankenhaus König Wilhelm«, Aufnahme von 1949

und als »Bezirkskrankenhaus König Wilhelm« im Dezember 1908 eröffnet. Anfänglich wurde es als Belegkrankenhaus geführt, 1928 kam mit Dr. Alfred Rumpel erstmals ein leitender Arzt an das Krankenhaus.

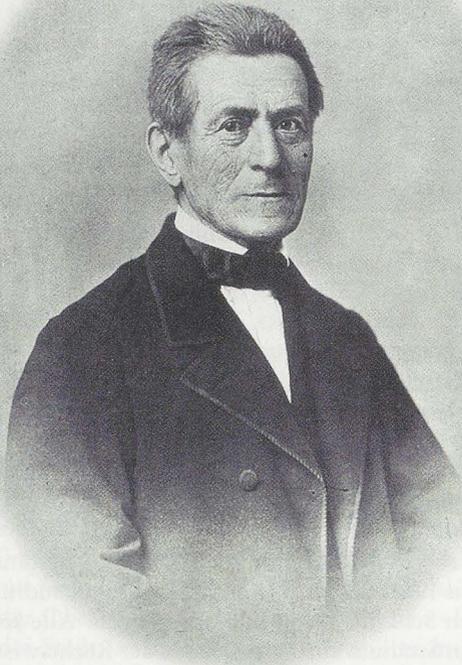
Einige Oberamt männer

In der Reihe der Marbacher Oberamt männer war Karl Ferdinand Sandberger, in Marbach von 1838 bis 1843, der einzige ohne Hochschulstudium. Er war aus dem altwürttembergischen Schreiberstand hervorgegangen. Alle seine Vorgänger und Nachfolger hatten ein Studium absolviert, meist der Rechtswissenschaft.

Die Marbacher Oberamt mann stelle muß als angenehm gegolten haben, denn außer Sandberger, der erst mit 62 Jahren hierher kam, haben ab 1819 alle Oberamt männer sie mehr als zehn Jahre innegehabt, alle hatten schon vorher ein Oberamt geleitet, und alle blieben hier bis zu ihrer Zuruhesetzung. Natürlich wäre auch eine andere Deutung möglich: Marbach sei ein Platz gewesen, auf den Leute geschickt wurden, die andernorts gescheitert waren. Gegen diese Deutung spricht aber, daß fast alle Marbacher Oberamt männer mit ehrenden Rangerhöhungen und Auszeichnungen verabschiedet wurden.

Schon der zweite königliche Oberamt mann in Marbach konnte eine bemerkenswerte Laufbahn vorweisen. Dr. Friedrich Christian Parrot stammte aus Mömpelgard und hatte in Tübingen studiert. Er war zuerst Regierungskanzleirat einer Linie der Grafen von Limpurg und dann 19 Jahre lang Professor der Mathematik und Kameralwissenschaft an der Universität Erlangen. In württembergische Dienste trat er 1801, in Marbach war er 1809/10 als Oberamt mann.

Seine beiden Nachfolger, Mutschler und Veiel, hatten außer in Tübingen auch an Herzog Karl Eugens Hoher Karlsschule studiert. Ernst Ludwig Mutschler galt als »ein Ehrenmann von strenger Rechtlichkeit und patriotischem Sinn«. Nach acht Jahren wechselte er von Marbach zum Kreisgericht für den Neckarkreis in Esslingen. Johann Gottlob Veiel versah das Amt 19 Jahre lang bis zu seinem Ruhestand 1838.



*Gustav Stockmayer (1796–1870),
Oberamtmann in Marbach 1843 bis 1866*

Im Jahre 1830 gingen die Erschütterungen der Julirevolution durch Europa. Ihre Auswirkungen machten sich im Oberamt Marbach insofern bemerkbar, als die Wähler plötzlich mit dem langjährigen Landtagsabgeordneten Hauser nicht mehr zufrieden waren und an seiner Stelle den Pleidelsheimer Schultheißen Johannes Nefflen wählten. Daraus erwuchs eine bittere Feindschaft zwischen dem Abgeordneten, der auch schriftstellerisch tätig war, und dem Oberamtmann Veiel. Besonders ergrimmt war dieser wegen einer Veröffentlichung Nefflens in der liberalen Zeitung »Hochwächter«, in der Nefflen das berühmt gewordene Bild des

Marbacher Verwandtenhimmels entwarf, in dessen Mitte der Oberamtmann thronte, dessen vielfache verwandtschaftlichen Beziehungen mit allem, was in Marbach Rang und Namen hatte, fein säuberlich aufgezeichnet waren. Neffen wurde noch zwei weitere Male in den Landtag gewählt, mußte sein Mandat aber 1838 niederlegen, weil er wegen einer unkorrekten Angabe zur Erlangung eines Kredits verurteilt wurde (obwohl der Kredit längst zurückgezahlt und niemand zu Schaden gekommen war).

Oberamtmann Gustav Stockmayer, in Marbach von 1843 bis 1866, betrieb 1846 die Amtsenthebung des Marbacher Stadtschultheißen Klein, der ihm dann durch seinen Rücktritt zuvorkam. Sonst sei noch erwähnt, daß Oberamtmann Adolph Klett, Stockmayers Nachfolger, 1880 noch vor Erreichung der Altersgrenze starb, und daß der von 1902 bis 1918 amtierende Oberamtmann Wilhelm Waiblinger als Bezirksvorsitzender des Roten Kreuzes die Gründung einer Ortsgruppe in Marbach anregte. Oberamtmann Hermann Grimm schließlich wurde noch von König Wilhelm II. ernannt, diente der Weimarer Republik und wurde im Sommer 1933 von den Nationalsozialisten in Ehren verabschiedet: eine deutsche Beamtenlaufbahn.

Bemühungen um eine Oberamtsreform (1911 bis 1931)

Hundert Jahre nach der Gründung der königlichen Oberämter hatte sich die Welt ziemlich verändert. Die Industrialisierung war auch in Württemberg eingezogen und hatte einige Bezirke wesentlich stärker anwachsen lassen als andere. Wie bereits erwähnt, war ursprünglich die Richtzahl von 20 000 Einwohnern pro Oberamt angestrebt worden. Um 1910 wiesen nur noch zwanzig Oberämter diese Größe auf, wogegen zehn zwischen 42 582 und 71 378 Einwohner zählten. Dazu kamen die durch den Eisenbahnbau und den beginnenden Autoverkehr wesentlich veränderten Verkehrsverhältnisse. Und schließlich entwickelten sich durch den Ausbau des Fernsprechnetzes ganz neue Formen der Nachrichtenübermittlung, welche die Kontakte unter den Ämtern wesentlich erleichterten. Die Struktur der Oberämter war dagegen gleich geblieben, nur am Amtsversammlungsausschuß war einiges geändert und die Bezeichnung Bezirksrat eingeführt worden.

Im Jahre 1911 legte die Regierung Weizsäcker dem Landtag eine Untersuchung vor über die Frage, »welche Vereinfachungen in der Organisation und dem Geschäftsbetrieb der Behörden und Anstalten der einzelnen staatlichen Verwaltungszweige behufs Erzielung von Ersparnissen im Staatshaushalt zur Durchführung gebracht werden können«. In diesem Plan wurde auch die Zusammenlegung von Oberämtern erörtert mit dem Ziel, ihre Zahl um etwa zwanzig zu vermindern und ungefähr gleich große Einheiten zu schaffen. Offensichtlich dachte man dabei nicht an völlig neue Bezirke, sondern erwog nur die Zusammenlegung kleiner Oberämter. Konkret genannt wurde nur der Zusammenschluß der Oberämter Spaichingen und Tuttlingen sowie der des Oberamts Cannstatt mit dem Amtsoberamt Stuttgart. Unmittelbare Folgen hatte die Denkschrift zunächst nicht, aber auf die darin enthaltenen grundsätzlichen Überlegungen wurde in den zwanziger Jahren wieder zurückgegriffen.

Vorher aber brachte der Erste Weltkrieg den Bezirken weitere Aufgaben. Zur Erfassung des angebauten Getreides wurden Bezirksgetreidestellen eingerichtet,

der Versorgung der Bevölkerung dienten Bezirkslebensmittelstellen, Bezirkskleiderstellen und dergleichen mehr.

Der Sturz der Monarchie im November 1918 änderte zunächst wenig, nur die Bezirksräte wurden modifiziert. Erst die große Inflation von 1923 zwang zu neuen Sparmaßnahmen. Diese wurden jedoch erschwert durch den Umstand, daß die Regierung Hieber im Landtag keine Mehrheit hatte und auf die Duldung durch die Sozialdemokraten angewiesen war. Die Aufhebung der vier Kreisregierungen erfolgte ohne Schwierigkeiten, weil diese in der Bevölkerung nur schwach verankert waren, da ihnen keine beschließende Körperschaft zur Seite gestellt war. Eine neugeschaffene Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung übernahm die Aufsichtsfunktion der Kreisregierungen. Als aber im Land bekannt wurde, daß auch zwanzig Oberämter aufgehoben werden sollten, erhob sich ein Sturm des Protestes, und die Regierung wurde von einer ganzen Woge von Protestresolutionen überschwemmt.

Auch in Marbach formierte sich der Widerstand. Am Sonntag, 3. Februar 1924 veranstaltete die national-konservative Württembergische Bürgerpartei, die zu der Regierung Hieber in Opposition stand, im »Bärensaal« eine politische Versammlung. Im Anschluß an die Reden zweier Landtagsabgeordneter brachte Stadtschultheiß Forstner noch das Thema Oberamtsauflösung zur Sprache. Sowohl der Stadtschultheiß als auch der Ortsvorsitzende der Bürgerpartei, Geometer Lutz, wandten sich ganz entschieden gegen die Pläne der Regierung.

Für den Freitag der gleichen Woche berief Lutz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksgewerbevereins eine Versammlung in den »Schillerhof« ein. Dabei warb er vor allem um Unterstützung aus den Bezirksgemeinden. Unter anderem sagte er: »Nur wenn die Allgemeinheit sich mit der Angelegenheit befaßt, sich ein Urteil bildet und in klarer Weise nachdrücklich ihre Belange wahrt, kann sich unser Bezirk noch vor dem Untergang retten. Schweigt der Bezirk noch länger, so besteht die Gefahr, daß man maßgebenden Orts glaubt, wir können uns leicht mit dem zgedachten Schicksal abfinden.« Weder ein Anschluß an Backnang noch einer an Ludwigsburg diene den Interessen des Marbacher Bezirks. Die Anwesenden faßten ihre Ablehnung der Regierungspläne in folgender Resolution zusammen: »Die heute von der Ortsgruppe des Bezirksgewerbevereins veranstaltete, aus allen Kreisen Marbachs stark besuchte Protestversammlung ist einmütig der Auffassung, daß die Aufhebung des Oberamtsbezirks Marbach keineswegs den von der Regierung erhofften Sparerfolg haben wird, mit Sicherheit aber für Stadt und Bezirk große wirtschaftliche und kulturelle Nachteile im Gefolge haben wird. Die Versammlung bittet Gemeinderat und Bezirksrat, sofort mit allem Nachdruck an maßgebender Stelle der Regierung die Unmöglichkeit der Aufhebung des Oberamts nachzuweisen.«

Für den darauffolgenden Sonntag lud das Stadtschultheißenamt vormittags zu einer Protestversammlung in die städtische Turnhalle an der Haffnerstraße ein. Alles, was Rang und Namen in der Stadt hatte, erschien, »insbesondere Oberamtmann Grimm, Landtagsabgeordneter Hornung, die Vorstände der Staats- und Schulbehörden«, wie am nächsten Tag die Lokalzeitung schrieb. Hauptredner war Stadtschultheiß Forstner, der eine Vielzahl von Gründen gegen die Aufhebung gerade des Oberamts Marbach vorbrachte. Selbst Schiller wurde bemüht, dessen Heimatstadt durch eine Oberamtsauflösung in ihrem Ansehen geschmälert werde. Nachdem sich auch der Abgeordnete Hornung vom konservativen Bauernbund

gegen die Aufhebung ausgesprochen hatte, faßte auch diese Versammlung eine Resolution, in der es unter anderem hieß, man sei »davon überzeugt, daß durch den geplanten Abbau der Bezirksverwaltung nennenswerte Ersparnisse nicht erzielt werden«, die Versammlung »weist aber die Regierung mit nachdrücklicher Besorgnis auf die ungeheuren wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Schäden hin, die insbesondere der Oberamtsstadt durch die Wegnahme der Ämter unzweifelhaft erwachsen würden«.

Stadtschultheiß Forstner versuchte auch, den Museumsvorstand Otto von Güntter für die Erhaltung des Oberamts einzuspinnen, zumal Staatspräsident Hieber damals zweiter Vorsitzender des Schwäbischen Schillervereins war und als solcher Stellvertreter Güntters. Er habe dem Staatspräsidenten, so schrieb Güntter daraufhin an Forstner, »aus Gründen unserer Schillersache die Erhaltung des Oberamts Marbach aufs wärmste empfohlen«. Auch die Mahnung des Vorsitzenden des Bezirksgewerbevereins hatte Erfolg, und viele Bezirksgemeinden setzten sich in Gemeinderatsentschließungen für den Erhalt des Oberamts ein. Ein konservativer Leserbriefschreiber sah in den Regierungsplänen nichts anderes als eine Folge der Revolution von 1918; unter schwarz-weiß-roter Flagge, so schrieb er sinngemäß, wären solche Pläne nicht möglich gewesen. Daß schon die königliche Regierung Weizsäcker mit ihrer Denkschrift den Boden für eine Reform bereitet hatte, wußte der Einsender offenbar nicht.

Fast als wollte der Bezirk seine Lebenskraft demonstrieren, ging genau zu der Zeit, als über den Fortbestand des Oberamts so heftig diskutiert wurde, der bedeutendste Bau der Amtskörperschaft Marbach in der Zeit nach dem Weltkrieg



*Das Amtskörperschaftsgebäude, Hauffstraße 7,
Zeichnung aus den Bauakten von 1923*

seiner Vollendung entgegen. Im Jahre 1923 hatte man den Beschluß gefaßt, für die Bezirkssparkasse ein eigenes Gebäude zu errichten, das zudem außer Wohnungen auch die Diensträume des Oberamtspflegers, die der Fürsorgerin und ein Sitzungszimmer enthalten sollte. Noch heute wird das Gebäude Hauffstraße 7 als Amtskörperschaftsgebäude bezeichnet und beherrscht das Stadtbild, wenn man von der Höhe des Galgen auf die Stadt blickt.

Die Proteste gegen die Reform waren erfolgreich, die Zentrumsparlei versagte als Koalitionspartner ihre Zustimmung. Darauf trat Staatspräsident Hieber zurück, und nach der Landtagswahl im Mai 1924 gab die neue national-bürgerliche Regierung unter Staatspräsident Bazille den Plan einer Oberamtsreform vorerst auf.

Doch die Geschichte war nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Schon zwei Jahre später war wieder eine Verringerung der Zahl der Oberämter im Gespräch. Weil aber Marbach damals nicht betroffen schien, beschloß der Gemeinderat im März 1926, sich nicht an einer Protestversammlung der von einer Aufteilung bedrohten Gemeinden zu beteiligen, da für Marbach eine Gefahr vorläufig nicht bestehe. Die Solidarität unter den Oberämtern war allem Anschein nach nicht sehr groß.

Dabei war die Gefahr von Marbach keineswegs abgewendet. In der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise beauftragte die Regierung Bolz den Reichssparkommissar Sämisch mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über Einsparungen und Reformen in der Verwaltung. Zwei Jahre lang war eine ganze Kommission am Werk, dann lagen die Vorschläge in drei Bänden vor. Der Sparkommissar trat für eine ganz radikale Lösung ein: Neben einigen Stadtkreisen sollten nur 23 Oberämter übrigbleiben, historische Zusammenhänge blieben ganz außer acht. Der Westteil des Oberamts Marbach sollte zu einem neuen Großkreis mit Verwaltungssitz in Bietigheim kommen. Einige Gemeinden im Norden waren für den Kreis Heilbronn vorgesehen, der Rest wurde Backnang zugeschlagen. Das Marbacher Amtsgericht sollte in das seines Kreissitzes beraubte Ludwigsburg verlegt werden. Begründet wurde die Aufteilung im Falle Marbachs mit der geringen Steuerkraft. In Marbach waren besonders die Geschäftsleute dagegen, aber auch der Bauernbund und der Gemeinderat wehrten sich.

Das Gutachten des Reichssparkommissars war, anders als die Denkschrift der Regierung Weizsäcker und anders als die Pläne der Regierung Hieber, nicht von landeseigenen Kräften erarbeitet worden. Deshalb war es notwendig, daß auch die Regierung dazu Stellung nahm. Sie ließ sich damit aber Zeit, und in dieser Zeit kam es im Oberamt Marbach zum Streit. Ende Januar 1931 erklärten die Bürgermeister von Steinheim, Pleidelsheim und Murr, daß sie sich den Protestversammlungen gegen die Auflösungspläne nicht anschließen wollten, daß sie vielmehr eine dem wirtschaftlichen Zug der Gemeinden Rechnung tragende baldige Bezirksneueinteilung begrüßen würden. Diese Erklärung ärgerte Marbachs Bürgermeister Kopf. In einem Beitrag in der »Marbacher Zeitung« stellte er fest, die drei Bürgermeister hätten es für gut befunden, der Stadt Marbach bei ihrem Kampf um die Erhaltung des Oberamts in den Rücken zu fallen, was in weiten Kreisen Erregung hervorgerufen habe. Er hielt die Erklärung seiner drei Kollegen aber nicht für böse Absicht und war bemüht, den Marbacher Standpunkt deutlich zu machen.

Aus Äußerungen des Murrer Gemeinderats wird ersichtlich, worin das Ärgernis bestand. Zu viele Wege und Straßen ohne überörtliche Bedeutung mußten von der Amtskörperschaftsumlage richtete

sich jedoch nach der Steuerkraft, deshalb mußten sich Gemeinden mit etwas Industrie benachteiligt vorkommen, denn sie mußten mehr zahlen als die vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Orte, deren Bewohner den alleinigen Nutzen von solchen Wegen hatten. Würden die betreffenden Gemeinden, so meinte der Murrer Gemeinderat, diese Wege in eigene Zuständigkeit übernehmen, dann brächten sie ein gewisses Opfer, das zum Erhalt des Oberamts gewiß beitragen würde. Ähnliche Äußerungen kamen auch vom Bezirksgewerbeverein.

Vorerst aber ging die Gefahr vorüber, denn die Regierung hatte weder den Mut zu einer Reform noch eine breite parlamentarische Basis. In ihrer Antwort an den Sparkommissar hieß es: »Das Staatsministerium möchte, solange die Mehrzahl der Bevölkerung in den von der Aufhebung betroffenen Oberamtsstädten und in den umgebenden Landgemeinden gegen den Plan Stellung nimmt, eine völlige Neugliederung des Landes nicht vornehmen. In dieser Zeit der Gärung und schwerer wirtschaftlicher Not sollte eine so grundstürzende Änderung nicht gegen den Willen der meistbetroffenen Bevölkerungsteile durchgeführt werden.« Dieses Zurückschrecken, die Angst vor der eigenen Courage war später dann das Ziel hämischen Spotts der Nationalsozialisten.

So kam es in unserem Raum nur noch 1932 zur Aufhebung des Finanzamts Großbottwar, womit diese alte Amtsstadt die letzte Dienststelle von überörtlicher Bedeutung verlor. Später wurde die Stadt noch Sitz eines Forstamtes, das erst den jüngsten Sparmaßnahmen des Jahres 1997 zum Opfer fiel.

Die Auflösung des Oberamts

Das Ende des Oberamts Marbach kam während der Herrschaft der Nationalsozialisten. Seit 1928 saß der spätere Ministerpräsident Mergenthaler als zunächst einziger Abgeordneter der NSDAP im Landtag. Er hatte immer jede Änderung der Bezirksgrenzen abgelehnt, ja sogar versprochen, falls es zu Zusammenlegungen komme, werde eine nationalsozialistische Regierung diese wieder rückgängig machen. Die Verwaltungsreform schien also für die Marbacher kein Grund, die Nazis zu fürchten.

Die Pensionierung des noch vom König ernannten Landrats Grimm auf 31. Juli 1933 – in Württemberg war der alte Titel Oberamtmann 1928 nach preußischem Vorbild durch die Amtsbezeichnung Landrat ersetzt worden – hatte keinen politischen Hintergrund, denn dieser war 1866 geboren, stand also im 67. Lebensjahr. Zuversichtlich stimmen konnte auch die Ernennung eines neuen Landrats, Hermann Ebner, schon auf 15. September. Konnte die Regierung eine Aufhebung des Oberamts planen, wenn sie einen neuen Chef ernannte? Auf Konsolidierung des Bestehenden deutete auch die Umbenennung der »Marbacher Zeitung« in »NS-Kreiszeitung« auf 1. Januar 1936. Begründet wurde die Namensänderung mit der Berichterstattung der Zeitung für den ganzen Kreis, nicht nur für Marbach.

Doch dann hieß es am 14. Januar 1937 unter den parteiamtlichen Nachrichten in der Zeitung, es finde am gleichen Abend ein Kameradschaftsabend in der »Krone« statt, zu dem pünktliches Erscheinen erwartet werde. Ob die Marbacher Parteigenossen geahnt haben, was ihnen bevorstand, ist nicht mehr feststellbar. Am folgenden Tag meldete die »NS-Kreiszeitung«, Gauleiter Murr sei in Marbach gewesen und habe bei dem Kameradschaftsabend in feierlicher Form die Überführung

des politischen Kreises Marbach in den politischen Kreis Ludwigsburg vorgenommen – politischer Kreis, das hieß in diesem Fall die Parteiorganisation. Diese Zusammenlegung muß für die Marbacher Nazis ein schwerer Schlag gewesen sein, und dies dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, daß der Gauleiter selbst sich nach Marbach bemühte, um hier am Ort die Sache schmackhaft zu machen. Aus seinen Ausführungen zitierte die Zeitung: »Was uns heute zusammenführt, ist ein Stück Parteigeschichte. Manches ist im Rahmen der Organisation zu tun, was nicht Spaß macht, aber um eines größeren Zieles willen und auf Grund sachlicher, nüchterner Erwägung sein muß.« Ausdrücklich lobte er den Marbacher Kreisleiter Thumm, mit dessen Leistung die Zusammenlegung nichts zu tun habe. Er forderte die Marbacher auf, nicht der Vergangenheit nachzutrauern, sondern gemeinsam mit Ludwigsburg »einer schönen Zukunft entgegen zu marschieren«.

Unmittelbar betroffen von dieser Änderung war die Lokalzeitung, die ab 1. März 1937 wieder unter ihrem alten Titel erschien. In einer kurzen Verlautbarung wurde dies begründet: »Durch die Vereinigung der früheren Parteikreise Ludwigsburg und Marbach zu einem politischen Kreisgebiet war eine Änderung des Titels der bisherigen ›NS-Kreiszeitung‹ in ›Marbacher Zeitung‹ notwendig. Die ›Marbacher Zeitung‹ ist als nationalsozialistische Tageszeitung auch weiterhin Amtsblatt aller Behörden und Verkündigungsorgan der Kreisleitung Ludwigsburg-Marbach.«

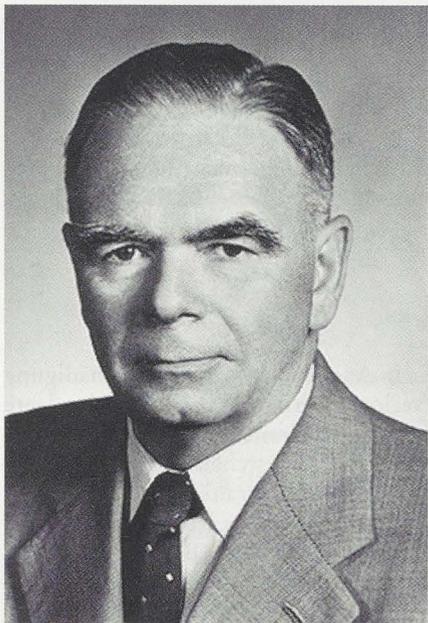
Damit war deutlich geworden, daß es nur eine Frage der Zeit war, bis auch die staatliche Verwaltungsstruktur zu größeren Einheiten gelangen würde. Unter dem Datum des 25. April 1938 erließ die Regierung ein Gesetz über die Landeseinteilung, das an Stelle der bisherigen 62 Oberämter die Schaffung von 34 Land- und drei Stadtkreisen ankündigte. Reichsstatthalter Murr informierte am 3. Mai die Presse, die dann am folgenden Tag berichtete, so auch die »Marbacher Zeitung«. Diese meldete, daß der Kreis Marbach weitgehend im Kreis Ludwigsburg aufgehen werde. Vor der Presse erklärte Murr, die Partei habe erkannt, daß es unmöglich sei, einer solch großen Anzahl von Kreisen die unbedingt notwendige politische Stoßkraft zu verleihen. Als glücklicher Umstand sei hinzugetreten, daß sich die Forderungen der Partei mit denen der staatlichen Verwaltung deckten. Festgestellt wurde weiter, daß mit dieser Maßnahme, deren Lösung wiederum dem Nationalsozialismus vorbehalten geblieben sei, die Verwaltungskraft des Landes gestärkt und durch Vereinfachung fühlbare Ersparnisse erzielt würden. Schließlich sahen die gleichgeschalteten Zeitungen darin eine Tat des Gauleiters und Reichsstatthalters Murr, der das Problem in nationalsozialistischem Sinne gelöst habe.

Die »Marbacher Zeitung« wagte nur einen Satz als Kommentar und schrieb: »Unter den Kreisen, die aufgehoben werden, befindet sich auch der Kreis Marbach. Das ist an sich schmerzlich, aber nicht zu ändern.« Danach fuhr das Blatt fort: »Eine Beruhigung ist uns die Versicherung des Gauleiters, daß durch die neue Kreiseinteilung keine Lahmlegung der Städte erfolgen soll, die eines Kreissitzes verlustig gehen. Er betonte, daß es seine Sorge sein werde, diesen Städten im Lauf der Zeit irgend einen Ausgleich zu schaffen.«

Ansonsten wurden die angekündigten Veränderungen nicht in der Öffentlichkeit diskutiert. Die betroffenen Städte und Gemeinden versuchten allenfalls auf dem Dienstweg, noch eine Änderung der vorgesehenen Maßnahmen zu erreichen.

Das Oberamt Marbach kam nicht geschlossen zum neuen Kreis Ludwigsburg. Im Norden wurden die Orte Auenstein, Beilstein, Schmidhausen und Gronau dem Kreis Heilbronn zugeteilt. Im Osten kamen die Gemeinden Affalterbach, Kirchberg, Rielingshausen, Kleinaspach, Allmersbach am Weinberg, Nassach, Burgstall, Erbstetten und Weiler zum Stein zum Kreis Backnang. Vor allem in Affalterbach ist diese Zuordnung auf wenig Gegenliebe gestoßen; man hatte sich seit Jahrhunderten nach Marbach orientiert, und es gab keine brauchbare Verkehrsverbindung mit der neuen Kreisstadt.

Verhindert wurde schließlich ein problemloses Zusammenwachsen der neuen



*Dr. Hermann Ebner (1896–1964),
Landrat in Marbach 1933 bis 1938,
anschließend bis 1945 in Heidenheim,
1948 bis 1960 Landrat in Ludwigsburg*

Kreisgemeinden schon dadurch, daß die Neuordnung des staatlichen Verwaltungsaufbaus keineswegs alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfaßte. Der Zuständigkeitsbereich des Amtsgerichts Marbach erstreckte sich auch weiterhin auf das Gebiet des ehemaligen Oberamts. Nach wie vor gehörten auch in dem immer noch weithin evangelischen Gebiet – auf 26 014 Evangelische kamen 378 Katholiken – alle evangelischen Kirchengemeinden zum Dekanat Marbach. Und bis zum heutigen Tag deckt die »Marbacher Zeitung« mit ihrer Berichterstattung das ganze ehemalige Oberamtsgebiet ab, mit Ausnahme allenfalls des äußersten Südostens.

Im September 1938 zogen dann die Dienststellen des Landratsamts von Marbach nach Ludwigsburg. In der ehemaligen Oberamtsstadt war man froh, daß als Kreiseinrichtungen wenigstens das Krankenhaus und die Kreissparkasse erhalten blieben. Am 26. September hielt der Kreisverband zum Abschied einen Kameradschaftsabend, am folgenden Tag zogen die letzten Dienststellen vollends um. Landrat Ebner wurde in gleicher Funktion nach

Heidenheim versetzt; nach dem Krieg war er von 1948 bis zu seiner Pensionierung Ende Oktober 1960 noch Landrat in Ludwigsburg.

Am 1. Oktober 1938 widmete die »Marbacher Zeitung« dem Ende des Oberamts eine ganze Seite. Noch einmal wurde ein statistischer Überblick über den ganzen Bezirk gegeben, der von der Einwohnerstatistik über die Entwicklung der Kraftfahrzeugzahlen und dem Viehbestand bis zum bestellten Ackerland reichte und viele interessante Zahlen enthielt. In der gleichen Ausgabe wurde ein Aufruf von Kreisleiter Trefz abgedruckt, in dem dieser feststellte: »Die Verhältnisse im neuen Kreis Ludwigsburg sind sehr verschieden gelagert, der ganze Kreis ist durchsetzt mit allem, was in unserem Gaugebiet vorkommt, so daß gesagt werden

kann, daß der Kreis Ludwigsburg ein Spiegelbild unserer württembergischen Heimat ist. « Zum Glück mußte der Kreisleiter für diesen Satz keinen Wahrheitsbeweis antreten. Fast scheint es auch, als habe er befürchtet, er könnte vielleicht den Überblick verlieren, als er schrieb: »Überhaupt wird in Zukunft eine persönliche Fühlungsnahe zwischen den im öffentlichen Leben stehenden Männern immer wieder nötig sein, damit sie gegenseitig die Tuchfühlung nicht verlieren.«

Die Auflösung von 27 Oberämtern fiel auf den Höhepunkt der Sudetenkrise, als Hitler schon zum Krieg gegen die Tschechoslowakei entschlossen war und die Westmächte durch ihr Nachgeben im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 den Krieg zwar vermieden, doch gerade dadurch Hitler zu neuen Forderungen ermutigten, die dann zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führten. Am gleichen Tag, an dem das Oberamt Marbach zu bestehen aufhörte, marschierten deutsche Truppen in der Tschechoslowakei ein. Dieser neuerliche Erfolg der nationalsozialistischen Führung und die Erhaltung des Friedens beherrschten damals das allgemeine Bewußtsein und ließen die Kreisreform in den Hintergrund treten. Für die Mehrzahl der Bürger änderte sich ja nicht viel, nur die zum Kreis Backnang gekommenen Gemeinden erhielten ein neues Kennzeichen für Kraftfahrzeuge, statt III D galt dort jetzt III C.

Erfolgreiche Bemühungen um Entschädigung

Was aber wurde aus der von Gauleiter Murr in Aussicht gestellten Entschädigung für die Oberamtsstädte, die den Kreissitz verloren hatten? War sie nur eine leere Versprechung oder steckte mehr dahinter? Zunächst einmal war der Zentralitätsverlust nicht absolut, denn die Amtsgerichte blieben ja bestehen und, in den evangelischen Landesteilen, die Dekanatämter auch. Kreiskrankenhäuser wurden zunächst auch nicht geschlossen. Darüber hinaus mußte man freilich selbst etwas tun, von allein geschah nichts. So verdankte es zum Beispiel Besigheim seinem früheren Landrat Thierfelder, daß die Stadt Sitz eines Straßen- und Wasserbauamtes wurde.

Auch der Marbacher Bürgermeister Kopf rührte sich. Schon am 18. Oktober 1938 richtete er ein Gesuch an den Landrat, in dem er die Umgemeindung eines am Neckar gelegenen Geländes von Neckarweiningen nach Marbach beantragte, und zwar jenes Areals, auf dem gerade die Bauarbeiten für ein Dampfkraftwerk begonnen hatten. Genau genommen waren es zwei Kraftwerke, die damals im Bau waren. Im Zuge der Neckarkanalisierung mußte eine Staustufe gebaut werden, die eine Verlegung des von der Stadt Stuttgart seit 1900 am Standort der ehemaligen Marbacher Stadtmühle betriebenen Laufwasserkraftwerks nach Süden, also stromaufwärts erforderlich machte. Gleichzeitig hatten die Technischen Werke der Stadt Stuttgart begonnen, in der Neckaraue oberhalb der Staustufe ein Dampfkraftwerk zu errichten. Beide Anlagen trugen die Bezeichnung Marbach, obwohl sie auf Neckarweininger Gemarkung lagen. Kopf wollte für seine Stadt die Steuereinnahmen für das Wasserkraftwerk nicht verlieren und durch das Dampfkraftwerk für den Verlust des Kreissitzes entschädigt werden. Nachdem er ein sehr detailliertes Gesuch auf den Dienstweg gebracht hatte, wurde er in der Sache wiederholt bei allen damit befaßten Dienststellen vorstellig. Geholfen hat ihm dabei, so eine örtliche Überlieferung, daß er mit dem Staatssekretär Waldmann, der im

Staatsministerium für derlei Angelegenheiten zuständig war, persönlich bekannt war. Am 5. August 1939 gab der Reichsstatthalter sein Einverständnis und ordnete die Vorbereitung der Umgemeindung an. Weder die Übertragung des Dampfkraftwerks an die neu gebildete Energieversorgung Schwaben (EVS) noch der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs haben danach das Verfahren noch aufgehalten. Zum 1. April 1941 wurde der Anschluß des Kraftwerksgeländes an die Stadt Marbach rechtswirksam.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte die Gemeinde Neckarweihingen den Vorgang gern als nationalsozialistisches Unrecht rückgängig gemacht. Doch die entsprechenden Bemühungen hatten in der Hauptsache keinen Erfolg. Für Marbach aber war das Gewerbesteueraufkommen aus dem Betrieb des Kraftwerks von allergrößter Bedeutung.

Rückblickend bleibt festzuhalten, daß Marbach mit dieser Erwerbung kein schlechtes Geschäft gemacht hat. Gerade jetzt, wo sich auf dem Gelände neue, zukunftsweisende Entwicklungen anbahnen, zeigt sich, daß es kein schlechter Tausch war. So schmerzlich der Verlust des Oberamts im ersten Augenblick auch gewesen sein mag, auf lange Sicht war doch auch etwas Gutes dabei.

Quellen und Literatur

Stadtarchiv Marbach:

- Gemeinderatsprotokolle der Stadt Marbach
- Marbacher Zeitung (1845 bis 1924 »Der Postillon«, 1936 bis Februar 1937 »NS-Kreiszeitung«)

Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer (Kammer der Abgeordneten) auf dem 38. Landtag in den Jahren 1911/12, Beilagen-Band 109.

Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg auf dem 1. ordentlichen Landtag in den Jahren 1920/24.

Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg auf dem 2. ordentlichen Landtag in den Jahren 1924/25.

Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996.

Beschreibung des Oberamts Marbach, hrsg. von dem Königlichen statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1866.

Gaese, Heinrich: Johannes Nefflen, Schultheiß von Pleidelsheim, Abgeordneter im württembergischen Landtag, Volksschriftsteller, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 7, 1960, S. 195–213.

Grube, Walter: Vogteien, Ämter, Landkreise in Baden-Württemberg, Stuttgart 1975.

Kleinknecht, Otto/Munz, Eugen: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Stuttgart 1972.

Moersch, Karl: Der Größte war's im ganzen Land. Anmerkungen zur fünfzigjährigen Geschichte des Kreises Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 43, 1989, S. 111–126.

Nüßle, Friedrich: Die administrative Einteilung des unteren und mittleren württembergischen Neckargebietes, Stuttgart 1930.

Pahl, Johann Gottfried: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Tübingen 1840.

Richter, Gregor: Historische Bemerkungen zur Kreisreform von 1973 und zum Gebiet des Großkreises Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 25, 1973, S. 7–21.

Sauer, Paul: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm 1975.

Schick, Hermann: Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Band 2 (1871–1959), Marbach 1992.

Der Ratskeller in Ludwigsburg

Geschichte und Geschichten

von Günther Bergan

Der barocke Stadtkern von Ludwigsburg ist reich an Gebäuden von hohem kunst- und baugeschichtlichem Wert. Unter diesen Gebäuden sticht eines durch seine wechselvolle, immer aufs engste mit der Stadt verbundene Geschichte deutlich hervor. In bevorzugter Lage von einem privilegierten Besitzer erbaut, ist es bis heute eine der ersten Adressen in der Stadt: das ehemalige Palais Pöllnitz, das spätere Prinzenpalais, danach als »Museum« der gesellschaftliche Mittelpunkt der Stadt. Die Rede ist vom heutigen Ratskeller in der Wilhelmstraße 13.¹

Wie kaum ein anderes Gebäude der Stadt erlebte es glänzende Höhepunkte, aber auch schwere Zeiten. Als Prinzenpalais war es das Wohnhaus künftiger württembergischer Könige, gekrönte Häupter stiegen hier ab. Aber genauso begann hier fast hundert Jahre später der langsame Zerfall der für Ludwigsburg im 19. Jahrhundert so wichtigen Museumsgesellschaft. Als Ratskeller war und ist das Gebäude eine Begegnungs- und Erlebnisstätte für alle Ludwigsburger.

Mit jeder neuen Nutzung hat sich das äußere und innere Erscheinungsbild des Gebäudes im Geschmack der Zeit den jeweiligen Erfordernissen angepaßt und geändert. Als Palais, als »Museum« und als Ratskeller begleitet es die Geschichte Ludwigsburgs von Anfang an bis heute. Es gibt also viele Gründe, der spannenden Geschichte dieses unter vier Namen bekannten Gebäudes nachzugehen. Die Ende 1998 erfolgreich abgeschlossene Renovierung und Sanierung des Gebäudes ist der aktuelle Anlaß für den folgenden Aufsatz.

Stadtbauplanung unter Herzog Eberhard Ludwig (1709–1733)

1704 legt Herzog Eberhard Ludwig den Grundstein zum Bau des Schlosses.² Die Arbeiten beginnen am Alten Corps de Logis. Der erste Architekt und Baumeister ist Philipp Joseph Jenisch, der jedoch bereits 1707 von Johann Friedrich Nette abgelöst wird.

Bis 1709 ist der Bau des Schlosses so weit fortgeschritten und die Erweiterungspläne haben solche Dimensionen angenommen, daß die Gründung einer Stadt für den Herzog unumgänglich wird. Die Menschen, die zeitweilig am Schloß bauen und die später für den Betrieb des Schlosses notwendig sein werden, sollten sich in einer, nach seinen Vorstellungen geschaffenen Stadt niederlassen. Ein wildes, unkontrolliertes Entstehen einer Ansiedlung, wie es sich bereits durch die Hütten der Bauarbeiter andeutete, konnte nicht im Sinn des barocken Fürsten sein. In einem Generalreskript fordert deshalb Eberhard Ludwig am 17. August 1709 ein erstes Mal die Bürger des Landes auf, sich hier niederzulassen. Weitere Aufrufe zur Ansiedlung werden folgen.³

Der Stadtplan von Nette

Schloßbaumeister Nette wird mit der Stadtplanung beauftragt. Die grundsätzlichen Entscheidungen für die Anlage der Stadt Ludwigsburg – gute wie schlechte, glückliche und weniger glückliche – fallen in dieser Zeit.

Nette entwirft einen – nicht mehr vorhandenen – Stadtbauplan, in dem die Hauptachse des Schlosses das Rückgrat des zukünftigen Stadtsystems bildet. Die Stadt soll sich, getrennt durch die Schloß- bzw. Mömpelgardstraße, westlich und östlich an das Schloß angliedern. Die Hauptachse nach Süden bleibt für Erweiterungen oder Gartenanlagen frei.

Eine Querachse als Zugang in den westlich des Schlosses gelegenen Teil der Stadt wird durch den Kaffeeberg gebildet. Die Verlängerung dieser Achse nach Osten, südlich vor dem Schloß, führt in den östlichen Teil der Stadt. Die heutige Wilhelmstraße bildet als ein alter, bereits vorhandener Verbindungsweg zwischen dem Schafhof im Westen und dem Fuchshof im Osten eine zweite wichtige Querachse.⁴ Nach der Erweiterung der Schloßanlagen in Richtung Süden gewinnt diese Achse als einzige Verbindung der beiden durch das Schloß getrennten Stadtteile an Bedeutung. Der Legersche Stadtplan von 1726 unterstreicht diese Bedeutung ausdrücklich: die Wilhelmstraße und ihre Verlängerung nach Osten bilden zusammen mit der Schloßachse das zentrale Bezugssystem der Gesamtanlage.

Lockere Bauvorschriften – strenge Zuzugsbedingungen

Die Konzeption Nettes sieht vor, daß die bürgerlichen Häuser im westlichen Teil der Stadt gebaut werden, während der östlich des Schlosses gelegene Teil adligen Bauherren und einer großzügigen Bebauung vorbehalten sein sollte. Das »Waldhorn«, schon 1707 im Westen des Schlosses erbaut, gibt in der Schloßstraße die Baulinie vor und übernimmt an der Ecke zur Marstallstraße die Funktion eines Richthauses.

Bauvorschriften existieren zur Zeit Nettes nur bezüglich Einhaltung der Baulinie und der Symmetrie des Gesamtplans. Geschosshöhe sowie Anzahl der Geschosse oder Bauabstand der einzelnen Gebäude sind frei, wobei allerdings seit 1712 Vorschläge für einheitliche Proportionen beim Hausbau vorhanden sind, die aber erst mit dem Auftreten von Frisoni im Jahr 1715 zur Vorschrift werden.

Wesentlich strenger als die Bauvorschriften werden vor allem in der Anfangszeit die Zuzugsbedingungen für Bauwillige gehandhabt: Genehmigung zum Bauen erhalten nur Handelsleute, Handwerker oder Künstler, Bauern sind vom Zuzug ausgeschlossen. Ferner müssen 1000 Taler Eigenkapital nachgewiesen werden. Die Religionszugehörigkeit spielt keine Rolle.

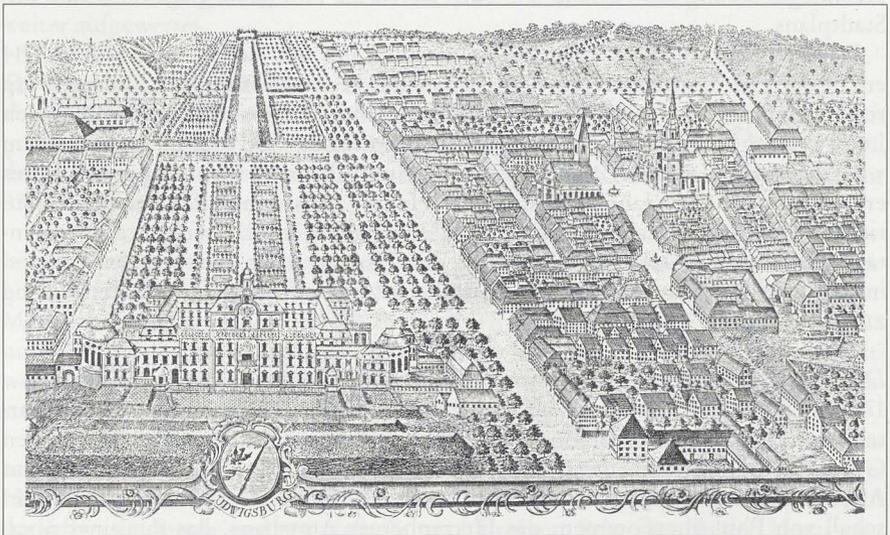
Die Resonanz auf die herzoglichen Aufrufe ist trotz aller Versprechungen und Vergünstigungen gering. Bis zum Frühjahr 1715 sind unter Nettes Regie in der Schloßstraße, anschließend an das dreigeschossige »Waldhorn«, gerade drei eingeschossige Bürgerhäuser und in der Mömpelgardstraße, zentral auf die Kaffeeberg-Achse ausgerichtet, das Adligenhaus von Sternenfels fertiggestellt.

Die Stadtplanung von Frisoni

Nach dem Tod Nettes 1714 übernimmt Donato Giuseppe Frisoni im Januar 1715 dessen Stelle. Er ist damit, wie sein Vorgänger, verantwortlicher Schloßbaumeister und Stadtplaner gleichzeitig. Auf Empfehlung des Geheimen Rates wird der bis-

her gültige Gesamtplan von Nette verworfen und Frisoni beauftragt, von ganz Ludwigsburg einen Riß und ein Modell zu erstellen. Frisoni muß zwar auf der Grundidee von Nette aufbauen, nutzt aber die ihm verbleibenden Freiheiten gekonnt aus und macht somit die Stadtplanung in seiner heutigen Gestalt zu seinem Werk.

Der Marktplatz als zentraler und repräsentativer Platz wird über den »Umweg« Holzmarkt und den Kaffeeberg an das Schloß angebunden. Das Gebiet südlich der Achse Kaffeeberg/Lindenstraße wird in einzelne rechtwinklige Baublöcke eingeteilt und durch ein System von Haupt- und Nebenstraßen in Form von Parallel- und Querstraßen baulich und sozial streng gegliedert.



Ausschnitt aus der Ansicht von Ludwigsburg auf einem Meisterbrief von 1770

Strenge Bauvorschriften und ein einheitlicher Haustypus

Die Bedeutung einer Straße und der in ihr Wohnenden drückt sich in ihrer jeweiligen Breite und Lage aus, d. h. die Bauplatzvergabe erfolgt nach der sozialen Stellung des Bauwilligen: die bevorzugten Schichten bauen in der Hauptstraße, nämlich der Schloßstraße, dem Bürgertum sind die Neben- und Querstraßen, z. B. die Eberhardstraße, vorbehalten. Amtshäusern, Dienstwohnungen und den Palais der Adligen ist der Marktplatz Richtung Süden mit der Oberen Marktstraße und der Wilhelmstraße reserviert.

Mit dem Amtsantritt von Frisoni und dem nachfolgenden Erlaß eines nochmals erweiterten Aufrufs am 18. März 1715 werden zahlreiche Bauvorschriften erlassen, deren Einhaltung von der städtischen Baupolizei und dem Obervogt als deren Chef überwacht werden.⁵ Die zweigeschossige, in Steillagen zum Höhenausgleich nötige dreigeschossige Bauweise wird Pflicht – eingeschossige Häuser aus der Zeit Nettes müssen aufgestockt werden. Eine einheitliche Fassadenfarbe und gleiche Dachneigung wird ebenfalls vorgeschrieben. Nachträgliche Anbauten werden

untersagt. Selbst die Aufteilung der Gartenflächen im Inneren der Baublöcke ist geregelt.

Von Frisoni stammt die künstlerische Gesamtgestaltung der Raum- und Platzverhältnisse. Sein Stilmittel ist die einheitliche Fassadengestaltung der Straßenzüge. Die in geschlossener Bauweise aneinander gereihten Häuser werden durch horizontale Bänder und durch eine gemeinsame Dachtrauflinie miteinander verbunden. Dazu entwirft Frisoni den verbindlichen Grundtyp für ein Bürgerhaus mit einfachem Satteldach und Zwerchgiebel sowie einer kleinen Freitreppe. Die adligen Häuser unterscheiden sich von diesem Grundtyp durch eine größere Baumasse, reichere Architekturteile wie einen aufwendigen Portalschmuck oder eine Lisenengliederung der Fassade und eben durch die besondere Lage innerhalb des Stadtplans.

Der Herzog tut alles, um seine Stadtschöpfung mit Leben zu erfüllen: 1714 erhält der Ort das Marktrecht, 1715 erklärt der Herzog, künftig in Ludwigsburg residieren zu wollen. 1717 wird die Verlegung aller Kanzleien von Stuttgart nach Ludwigsburg befohlen. 1718 folgt die Stadterhebung Ludwigsburgs, außerdem wird die neue Stadt zur zweiten Residenz- und dritten Hauptstadt des Landes erklärt. Im gleichen Jahr beschließt der Herzog, das Amt Ludwigsburg einzurichten. Höhere Hofangestellte werden angehalten, in Ludwigsburg repräsentativ zu bauen. 1720 endlich befiehlt der Herzog allen Ämtern des Landes, in Ludwigsburg ein sogenanntes Amtshaus zur Aufnahme seiner Verwaltung zu bauen.

Die Bautätigkeit in der Wilhelmstraße

1722 wird das erste Amtshaus als Richthaus an der Ecke Wilhelmstraße/Stuttgarter Straße vom Amt Göppingen erbaut. Architekt ist, wie bei allen bisherigen Gebäuden in der Stadt, der Schloß- und Stadtbaumeister Frisoni. 1725 folgt im Anschluß an das Göppinger Amtshaus, in der Zwischenzeit vom Generalfeldmarschall von Phul übernommen, das Herrenberger Amtshaus, das mit einer überbauten Einfahrt mit seinem Nachbarhaus verbunden wird. 1726 ist das freistehende Palais von Thüngen, das spätere Rathaus, zentral in der Achse zum Marktplatz geplant, fertiggestellt.⁶ 1728 kauft der Minister von Graevenitz das Herrenberger Amtshaus und erweitert es um einen großen Anbau in Richtung des Palais von Thüngen.

Anfang 1729 wird das fürstliche Bauwesen vom Stadtbauwesen getrennt. Frisoni wird von seiner Stellung als Stadtbaumeister abgezogen, er ist bei der großen Schloßerweiterung nach Süden unentbehrlich geworden. Sein Nachfolger wird für die nächsten zwei Jahre Leopold Retti. Er erweitert u. a. die Stadtplanung in Richtung Süden bis zur heutigen Mathildenstraße. 1733 endet mit dem Tod von Eberhard Ludwig die erste Phase der Bautätigkeit in Ludwigsburg.

Das Pöllnitzsche Palais (1728–1790)

1728 wird neben dem Palais von Thüngen auf der noch unbebauten Westseite ein weiteres Haus eines Adligen erstellt. Bauherr ist der einflußreiche Gottlob Friedemann von Pöllnitz, erster Obervogt des Amts Ludwigsburg, Vizepräsident des Regierungsrats und Vorsitzender der Ludwigsburger Baudeputation.⁷

Von Pöllnitz wurde 1681 in Sachsen in der Nähe von Greiz geboren, wo heute noch ein Ort mit Namen Pöllnitz auf der Landkarte zu finden ist. 1716 kommt er nach Württemberg, nachdem er vorher in Bayreuth dem Haus Brandenburg-Ansbach als Hofrat gedient hatte. Er muß gute Empfehlungsschreiben mitgebracht haben, denn noch in demselben Jahr übernimmt er von dem eben nach Paris geflohenen Hofmarschall Forstner die Leitung der Ludwigsburger Baudeputation. Er besetzt damit eine Schlüsselposition innerhalb der Stadt, nachdem der Herzog ein Jahr zuvor, 1715, durch die Berufung von Frisoni und durch den Erlaß eines verbesserten Privilegs der Bautätigkeit in der Stadt erfolgreich neue Impulse verliehen hatte. Von Pöllnitz' Position wird 1718 durch die Berufung zum ersten Obervogt des Amtes Ludwigsburg und damit auch zum Chef der städtischen Baupolizei weiter aufgewertet.

Die vier Häuser des Herrn von Pöllnitz

Von Pöllnitz geht in Sachen Hausbau – vielleicht nicht ganz uneigennützig – mit gutem Beispiel voran: 1718/1719 baut er sein erstes Haus in der Schloßstraße 31, den sogenannten Gesandtenbau. Bereits im April 1721 verkauft er es wieder für 8300 Gulden an die Regierung.

Als Obervogt von Ludwigsburg ist er ab 1720 für die Errichtung des Ludwigsburger Amtshauses verantwortlich, das gemeinsam von den Ämtern Ludwigsburg, Markgröningen, Cannstatt, Blaubeuren und Nürtingen 1722 in der Oberen Marktstraße 2 erbaut wird. Nach dessen Fertigstellung »kauft« er zwischen 1722 und 1724 mit Genehmigung des Herzogs den einzelnen Ämtern das Haus schrittweise ab und baut noch 1724 an das Ludwigsburger Amtshaus das Haus Wilhelmstraße 10, sein drittes Haus, an.

1727 verkauft er das Amtshaus in der Oberen Marktstraße an den Stadtvogt Glaser weiter, schon mit dem Gedanken an einen Neubau, der seine bisherigen drei Häuser in den Schatten stellen sollte. Das Gerücht, er sei ein Bauspekulant, macht daraufhin die Runde und veranlaßt ihn, sich in einem Schreiben an den Herzog zu rechtfertigen.

Dessenungeachtet baut von Pöllnitz 1728 sein neues Palais in bester Lage neben dem Palais von Thüngen in der Wilhelmstraße 13. Als Architekt kommt nur der zu dieser Zeit noch als Stadtbaumeister tätige Frisoni in Frage. Das zweigeschossige Gebäude ist mit einem Gewölbe unterkellert, im Wirtschaftshof stehen zwei massive Hofgebäude für Stall und Remise, ein Garten schließt sich an. Das ganze Anwesen ist von einer Mauer umgeben.⁸

Bei seinem Einzug in das neue Palais 1729 verkauft von Pöllnitz sein bisheriges Wohnhaus in der Wilhelmstraße 10 an den Geheimen Rat von Schütz. Doch zur Ruhe kommt von Pöllnitz nicht. Schon lange sucht die Stadt nach einem geeigneten Rathaus. Ende 1730 erbietet sich von Pöllnitz, sein Haus und seinen Garten der Stadt für die Summe von 15 000 Gulden, »was es ihn selbst gekostet hat«, käuflich zu überlassen.⁹ Der Herzog lehnt ab!

Der Stern von Pöllnitz sinkt. Schon 1728 hat er die Leitung der Baudeputation abgegeben, im Juni 1732 wird er auch als Obervogt »abgeschafft«. Er verläßt Württemberg und zieht sich auf seine Güter in Sachsen zurück. Aus dieser Zeit stammt auch der Eintrag in ein tabellarisches Verzeichnis der gräflichen und adligen Häuser in Ludwigsburg.¹⁰ Unter der Bezeichnung »Lit. A. Nr. 4« ist im 1. Stadtviertel vor dem Palais von Thüngen das »Pöllnitzische Haus« aufgeführt.

Nachfolger im Amt als Obervogt und als Besitzer des Palais wird Johann Ulrich von Negendanck, der als Obervogt schon 1735 zurücktritt, aber noch 1740 in dem Palais wohnt. Der Eintrag von 1736 in einer Tabelle aller in Ludwigsburg befindlichen Häuser nennt als Besitzer: »Herr Geh. Rat von Negendanck, vormals Herr von Pöllnitz.«¹¹ Spätere Bewohner des Palais sind 1750 der Hauptmann Johann Jakob von Linkersdorf und 1760 der General von Roman, der 1761 als Kommandant auf den Hohentwiel versetzt wird.¹²

Madame Toscani

Im Sommer 1767 kehrt Herzog Carl Eugen aus Venedig von seiner dritten Italienreise zurück. Ludwigsburg bereitet ihm am Abend des 11. Juli einen festlichen Empfang mit Triumphbogen und Ausschmückung der meisten Häuser. Ein unbekannter Verfasser hat die Schilderung des Einzugs und die Beschreibung der geschmückten Häuser bei Cotta in Ludwigsburg drucken lassen.¹³ Auf diese Weise ist zu erfahren, daß zu dieser Zeit im Gebäude neben dem Rathaus eine gewisse Madame Toscani logiert.

Luisa Toscani, verehelichte Messieri, ist von 1757 bis 1775 als première danseuse beim Ballett von Herzog Carl Eugen mit einem stattlichen Jahresgehalt von 5000 Gulden beschäftigt.¹⁴ Hier die Beschreibung ihres prächtig geschmückten Hauses: »Madame Toscani hatte Dero Logis auf eine ganz besonders und prächtig in die Augen fallende Weise erleuchten lassen. Vor dem Hauß an dem Eingang ware ein Garten mit Orangerie und andern Bäumen, in deßen Mitte ein Parterre mit Füllungen, in welchem der hohe Name Seiner Herzoglichen Durchlaucht nebst dem Wort Vivat! von brennenden Lampen, wie auch die Füllung und das Ornament selbst beleuchtet gewesen. Das Portal, Fuß, Gurth-Gesims und übrige Theile der äußern Facade waren mit einer sehr großen Menge von Lampen und Wachslichter besetzt, gleichwie auch die Fenster mit Guirlanden von natürlichen Blumen und Laubwerk verziert gewesen. Die Mitte derselben aber ware auf rund pyramidalische Art mit vielen Wachs- und anderen Lichtern illuminirt, so, daß das ganze Werk nicht nur in Ansehung seiner Erfindung, sondern auch der starken Erleuchtung jedermanns Augen und Bewunderung auf sich zoge.«

Ob Madame Toscani das Haus auch besessen hat, geht aus der Schilderung nicht hervor. Auch sind der Beschreibung – außer dem Hinweis auf das Gurtgesims – keinerlei Details der architektonischen Gestaltung der Fassade zu entnehmen.

Der Rechtsstreit des Handelsmanns Mainoni

Anfang 1785 ist der Handelsmann Joseph Mainoni »nunmehriger Eigentümer« des ehemaligen Palais von Pöllnitz. In dieser Zeit kommt es zu einem Streit mit dem Nachbarn auf der rechten Seite, dem Handelsmann Laufer. Streitpunkt ist das Regenwasser, das von dem Hausdach des Nachbarn in die teilweise offene Einfahrt von Mainoni rinnt. Oberst von Dedell, der nächste Besitzer des Hauses, vertritt Mainoni in diesem Streit als »Mandatarius«.

Am 9. Mai 1785 wird in einem sogenannten Stadtuntergangsprotokoll¹⁵ die bauliche Situation an der Grundstücksgrenze rund um das Mainonische Haus genau beschrieben. Aus diesen Aufzeichnungen lassen sich wichtige Rückschlüsse auf das damalige Aussehen des Palais ziehen.

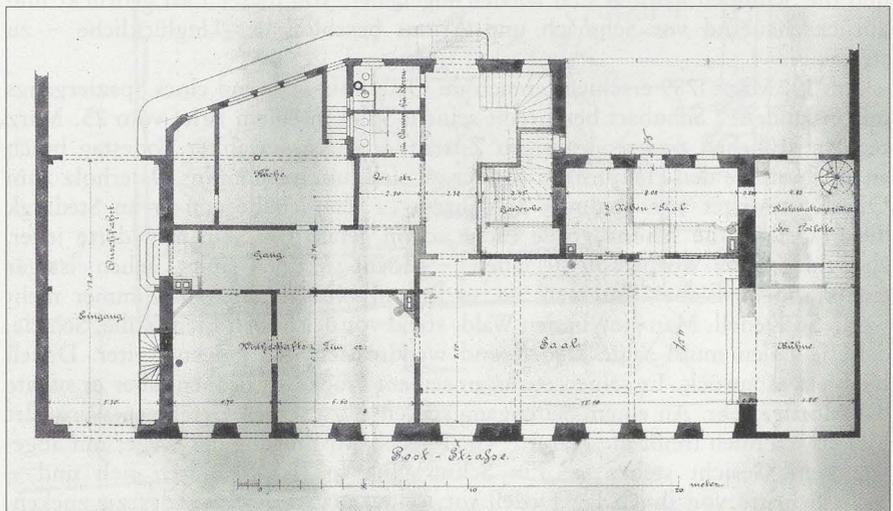
Das Protokoll beschreibt zunächst die Situation an der Grenze zum Nachbarn Laufer, Wilhelmstraße 15. Es heißt dort u. a.: »... in der Einfahrt neben dem

Handelsmann Lauferischen Haus eine ganz separate, ohngefähr 2 Schuh dicke Mauer, welche oben mit Platten belegt, und in die Mainonische Einfahrt das Wasser leitet. An diese Mauer ist das Lauferische Haus hart angebaut und der Dachtrauf fällt auf erwähnte Mauer und in die Mainonische Einfahrt. Diese Einfahrt ist aber in etwas überbaut, dieser Überbau hart an das Lauferische Haus, und ganz auf erwähnte Mauer gesetzt, von diesem Überbau fällt das Wasser in die Mainonische Einfahrt . . .« Anschließend wird der weitere Verlauf der Mauer um den Hof und den Garten beschrieben, bis hin zum östlichen Nachbarn, dem ehemaligen Palais von Thüngen, dem jetzigen Rathaus: » . . . und bis an die Straße zwischen der Mainonischen und Rathaus Einfahrt fortgeht, von diesem Stück Mauer fällt das Wasser in den Rathahof . . .« Der Handelsmann Laufer gibt zu Protokoll: »Es wunder ihn dieses Ansinnen deswegen, weil das Mainonische Haus vor dem Seinigen erbaut worden, und der Dachtrauf, so lang sein Haus stehe, in die Mainonische Einfahrt gefallen und von allen Mainonischen Hausbesitzern nicht das Geringste dagegen eingewendet worden sei.« Der salomonische Urteilsspruch sieht übrigens vor, daß beide Kontrahenten auf ihre Kosten Rinnen anzubringen hätten – Laufer an sein Dach, Mainoni an seine Einfahrtüberbauung –, die das Wasser auf die Straße leiten sollten!

»Eine zweistöckige Behausung mit zwei offenen Seiteneinfahrten«

Die oben zitierte Beschreibung deckt sich mit dem Eintrag im Häuser- und Gebäude-Meßprotokoll von 1788, in dem Joseph Mainoni, Handelsmann, als »Possessor« des Hauses Nr. 64 ausgewiesen wird: »Eine zweistöckige Behausung in der Canzleistraße mit zwei offenen Seiteneinfahrten, lang 138 Schuh, und einer Mansarde, gewölbtem Keller, Hofremise, Stallung und Pumpbrunnen . . .«¹⁶

Das Palais Pöllnitz ist demnach zweifelsfrei als freistehendes Palais mit zwei seitlichen, offenen Durchfahrten gebaut worden. Dieser alte Kern des Palais mit seinen dicken Umfassungsmauern ist auch heute noch auf allen Gebäudegrundris-



Grundriß des Erdgeschosses, 1887

sen klar zu erkennen, die Seitenmauern der Eckpavillons sind dagegen auffallend schmal. Die Durchfahrten konnten als Ein- bzw. Ausfahrten benützt werden, so daß in den Hof eingefahrene Kutschen bei der Weiterfahrt im Hof nicht wenden mußten.

Ein wertvolles Nachschlagewerk ist das zur gleichen Zeit vom Geometer Wagner aufgenommene Meßbuch der Stadt Ludwigsburg.¹⁷ Es beschreibt anhand von Maßskizzen alle Ludwigsburger Grundstücke mitsamt den darauf befindlichen Gebäuden. Unter der alten Bezeichnung Nr. 64, bzw. Lit. A. Nr. 66, ist in der »Canzleistraße«, der heutigen Wilhelmstraße, das Pöllnitzsche Palais in seiner ursprünglichen Form mit den beiden Seiteneinfahrten – maßstabsgetreu in Ruten und Fuß – eingezeichnet. Die Aussagen des Stadtuntergangsprotokolls und des Häuser- und Gebäude-Meßprotokolls werden durch diese Skizze bestätigt. Das Äußere des ursprünglichen Gebäudes dürfte vergleichbar sein mit dem auch heute in seiner Erscheinungsform noch unveränderten ehemaligen Postgebäude in der Wilhelmstraße, an der Ecke zum Arsenalplatz.

Der Oberst von Dedell und seine (zu) prächtigen Feste

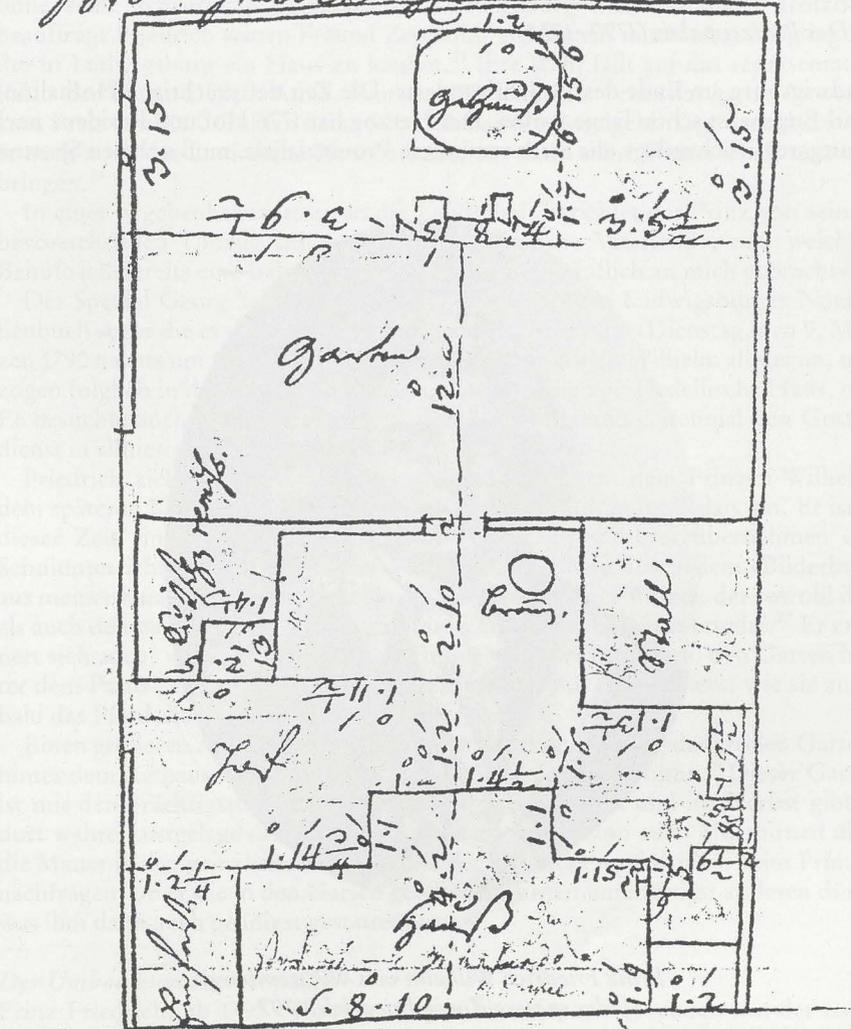
In diesem Meßbuch wird auch auf den Besitzer von »Lit. A. Nr. 66« hingewiesen: »Ihro Gnaden H. Obrist v. Dedell«. ¹⁸ Dieser Oberst ist eine schillernde Figur im Ludwigsburger Gesellschaftsleben der damaligen Zeit, um den sich viele Anekdoten ranken.¹⁹ Er stammt aus armen Verhältnissen, bringt es aber bis zum Oberstleutnant und zum Ritter des Militär-St. Karlsordens. Er ist ein Freund und Gönner von Schubart während dessen Ludwigsburger Zeit. 1774 heiratet er, immer in Geldnöten, die reiche Witwe des berüchtigten Ämterhändlers Wittleder.

Schubart beschreibt ihn als einen Mann hohen Geistes und starken Sinns, der sich durch seine Kenntnisse und kluges Betragen bis zum Oberstleutnant emporgeschwungen hat. »Er hielt Equipage, gab prächtige Feste und lebte wie der reiche Mann, sorglos und alle Tage herrlich und in Freuden. Auch dies Vermögen zerrann und die Schulden häuften sich wieder ungeheuer. Von dieser Last gedrückt und zurückschauend vor Schmach und Armut beschloß der Unglückliche – zu sterben.«

Am 19. März 1789 erschießt er sich im Osterholz während eines Spaziergangs mit Freunden.²⁰ Schubart beschreibt seinem Sohn in einem Brief vom 25. März recht ausführlich diesen »traurigen Zustand«: »Sein gewählter Todestag brach an. Er bestellte den Hauptmann Mylius zu sich, um mit ihm ins Osterholz zum Oberforstmeister von Stedingk zu fahren. . . . Endlich begann er an Stedingk die Frage: Ist die schöne große Eiche schon gefällt? – Nein, erwiderte jener, aber noch diese Woche soll sie fallen. – Möcht sie noch einmal sehen; ist gar eine stattliche Eiche! Kommen Sie, es ist mir ohnehin hier im Zimmer nicht wohl. So Dedell. Man ging in den Wald, stand vor der hohen Eiche stille. Schade, daß sie fallen muß! sagte Dedell und wandte sich. Sie gingen weiter. Dedell blieb etwas zurück. Er schien etwas an seinem Fracke zu ordnen; aber er suchte das Mordgewehr. An einem Seitengang sprach er zu seinen Gefährten: Verweilet hier etwas, mich treibt die Natur. – Sie blieben am Eingang des Weges mit abgewandtem Gesicht stehen. – Ein Schuß ging los, sie wandten sich und – sechs Schritte von ihnen lag Dedell tot, ohne nur noch eine Ader zu zucken. Mit einem gezogenen Terzerol schoß er sich mitten durch die Stirn.« Auch Justinus Kerner erzählt in seinem »Bilderbuch aus meiner Knabenzeit« von der glei-

No. 66 Lit. A. M. 66

Museum.
Herrn Grafen v. Odrick v. Dedell



Engeln - Odrick.

1. M. H. v.

Gesamtplan des Grundstücks im Meßbuch von 1788

chen Begebenheit, die er von seinem Vater, einem der Freunde Dedells, öfters gehört hatte.²¹ Die verarmte Witwe Dedells kann das Anwesen nicht halten und verkauft es ein Jahr später an den Prinzen Friedrich Wilhelm von Württemberg.

Das Prinzenpalais (1790–1834)

Ludwigsburg am Ende des 18. Jahrhunderts: Die Zeit der prächtigen Hofhaltung Carl Eugens ist schon lange vorbei. Der Herzog hat 1776 Hof und Residenz nach Stuttgart zurückverlegt, die Stadt versinkt in Provinzialität, muß sich den Spottna-



*Prinz Friedrich Wilhelm von Württemberg,
der spätere König Friedrich, 1797*

men »Grasburg« gefallen lassen. Zur gleichen Zeit erschüttert von Paris aus die Französische Revolution ganz Europa.

Prinz Friedrich Wilhelm, der Sohn von Herzog Friedrich Eugen und Neffe von Carl Eugen, hat den Ausbruch dieser Revolution in Paris selbst miterlebt. Bis 1786 ist er Generalgouverneur im russischen Teil von Finnland. Er verläßt aber nach seiner Entlassung das Land und läßt sich nach einer Zwischenstation in der Nähe von Lausanne zunächst in Bodenheim bei Mainz nieder.²²

Da sich Friedrich berechnete Hoffnungen auf den württembergischen Herzogsstuhl macht, versucht er von Mainz aus, gegen den energischen Widerstand von Herzog Carl Eugen, sich in Württemberg niederzulassen. Im August 1789 hat ihm der Herzog unter Andeutung unangenehmer Folgen noch untersagt, sich ohne seine schriftliche Erlaubnis in Ludwigsburg niederzulassen. Trotzdem beauftragt Friedrich seinen Freund Zeppelin, zusammen mit Hofrat Mögling für ihn in Ludwigsburg ein Haus zu kaufen.²³ Ihre Wahl fällt auf das repräsentative Palais der Witwe Dedell. Am 8. Februar 1790 kauft der Prinz das ganze Anwesen zum Preis von 9000 Gulden nebst 500 Dukaten Schlüsselgeld. Tags darauf erwirbt er auch noch das Laufersche Nachbarhaus, um darin seine Dienerschaft unterzubringen.²⁴

In einer Ergebenheitsadresse an die Landschaft berichtet der Prinz von seinem bevorstehenden Umzug ins »gemeinschaftlich liebe Vaterland«, »zu welchem Behufe ich bereits eine Behausung zu Ludwigsburg käuflich an mich gebracht«.²⁵

Der Spezial Georg Sebastian Zilling notiert in seinem Ludwigsburger Notabilienbuch sogar die exakte Uhrzeit von Friedrichs Ankunft: »Dienstag, den 9. März 1790 nachts um 8 Uhr kam der durchl. Prinz Friedrich Wilhelm allhier an, und zogen folglich in ihr neuerkauftes Logis, das vormalig von Dedellische Haus, ein: Er besuchte auch am Sonntag Judica, den 21. März, zum erstenmal den Gottesdienst in allhiesiger Stadtkirche.«²⁶

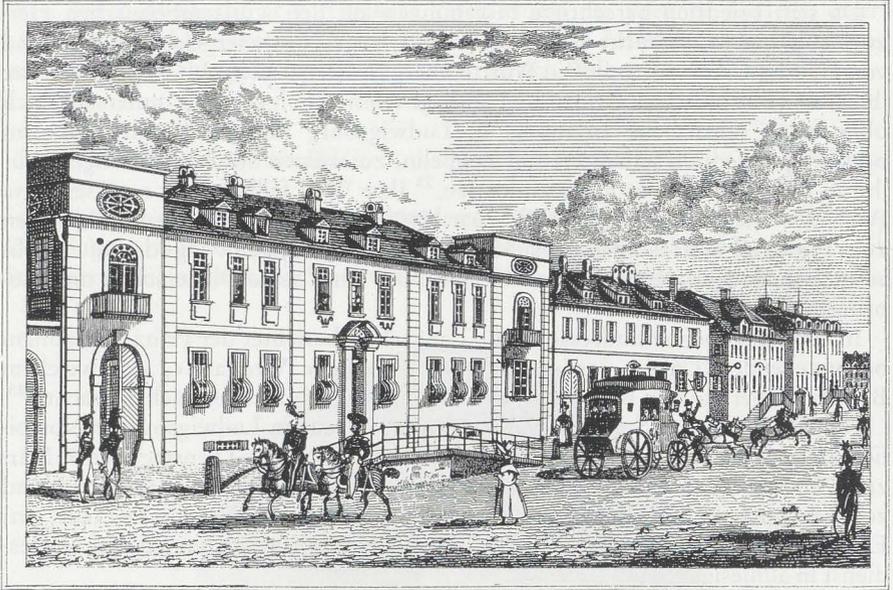
Friedrich zieht zusammen mit seinen beiden Söhnen, dem Prinzen Wilhelm, dem späteren König Wilhelm I., und dem Prinzen Paul, in das Palais ein. Er ist in dieser Zeit ein strenger alleinerziehender Vater. Privatlehrer übernehmen den Schulunterricht der jungen Prinzen. Justinus Kerner berichtet in dem »Bilderbuch aus meiner Knabenzeit« von dem langen alten Schullehrer Wetzels, der sowohl ihm als auch den beiden Prinzen Unterricht im Lesen und Schreiben erteilte.²⁷ Er erinnert sich auch, wie er selbst öfters als Gespieler zu den Prinzen in den Garten hinter dem Palais gerufen wurde, und daß er im Spiel mit ihnen öfters, wie sie auch, bald das Pferd, bald den Kutscher machte.²⁸

Einen größeren Abschnitt widmet Kerner der Beschreibung des großen Gartens hinter dem Rathaus, das der Stadtschreiber Schönleber bewohnt.²⁹ Dieser Garten ist mit den prächtigsten Obstbäumen aller Arten besetzt und im Herbst gibt es dort wahre Lustgelage der Jugend. Ab und zu fallen dann auch Mostbirnen über die Mauer in den prinzlichen Garten und der Schreiber muß drüben beim Prinzen nachfragen, ob er die in den Garten gefallenen Birnen untertänigst auflesen dürfe, was ihm dann auch gnädigst gestattet wird.

Der Umbau zum Prinzenpalais

Prinz Friedrich, ab 1795 Erbprinz, wohnt bis zu seiner Hochzeit mit der englischen Kronprinzessin Mathilde im Jahr 1797 in dem Palais in der Wilhelmstraße. In dieser Zeit muß er größere bauliche Veränderungen an dem Gebäude vorgenommen haben, die dem bisher bürgerlichen Palais die einem Erbprinzen geziemende Würde verliehen haben.

Die erste erhaltene Außenansicht des Prinzenpalais stammt aus der Zeit von 1834 und zeigt uns ein langgestrecktes Gebäude mit zwei auffälligen Eckpavillons, die von einer Attika abgeschlossen werden. Sechs Lisenenstreifen und ein horizontaler Gurtsims gliedern die Fassade. Die beiden halbrunden Balkonfenster im 1. Geschoß der Pavillons sowie die Korbgitter, die nur die Erdgeschoßfenster des



Das ehemalige Prinzenpalais, Lithographie um 1835

Kernhauses verziern, heben die beiden Pavillons deutlich von der übrigen Fassade ab. Die Einfahrt zum Hof befindet sich im linken Pavillon, eine großzügige Auffahrt erlaubt das Vorfahren direkt vor das zentrale Portal.

Aus dem Vergleich mit der Baubeschreibung von 1785 bzw. 1788 und dem Meßbuch von 1788 sind die beiden Eckpavillons als Anbauten aus der Zeit von Prinz Friedrich zu erkennen, während das Dach mit den Mansarden unverändert beibehalten worden ist. Während der letzten Renovierung 1997/98 sind an der unverputzten Fassade die Baunähte zwischen dem Kernhaus und den beiden Anbauten deutlich sichtbar geworden, ebenso wie das völlig andere Mauerwerk der beiden Anbauten.

Die Vermutung, die G. Wiedenmann 1954 geäußert hat, ob das Palais »in dieser Gestalt nicht vielmehr ein Werk des Prinzen Friedrich sei, der Pracht und Repräsentation liebte und dem Werk Schönlebers (damals noch fälschlicherweise als Erbauer vermutet) durch Anbringung der Ecktürme eine fürstliche Krone aufgesetzt habe«, bestand damals also zu Recht.³⁰

Die Räumlichkeiten im erweiterten Palais ermöglichen dem Erbprinzen standesgemäßes Wohnen und Auftreten. Im unteren Stock wird ein Saal nebst fünf tapezierten Zimmern und drei Nebenzimmern eingerichtet, in der Beletage zwei Salons, zehn Zimmer sowie ein Alkoven, alles natürlich tapeziert. Die Innenausstattung ist entsprechend aufwendig: Spiegel an den Pfeilern in Mahagonirahmen, schwarz marmorne französische Kamine und Porzellan-Kachelöfen, dazu Standuhren in Marmor und Bronze mit Flötenwerken und Glockenspielen, Statuen in carrarischem Marmor (»Das weinende und das vergnügte Kind« von Scheffauer, »Die erwachende Sappho« von Dannecker), Ölgemälde u. a. von Holbein,

Greuze, van Goyen, chinesisches und europäisches Porzellan, Alabastervasen, Kronleuchter, Walzensekretäre, Sofas, Kommoden usw.³¹

Hohe Besuche im Prinzenpalais

Zwei hohe Besuche, die Prinz Friedrich in seinem neuen, geschmackvoll eingerichteten Palais empfangen konnte, sollen hier nicht unerwähnt bleiben.

Nach dem Tod von Herzog Carl Eugen 1793 wird dessen Bruder Ludwig Eugen regierender Herzog von Württemberg. Auf seiner Fahrt von Bönningheim zur Thronbesteigung nach Stuttgart macht er in Ludwigsburg Halt, um die Huldigungen der Obrigkeit und der Bürgerschaft entgegenzunehmen und danach im Palais des Prinzen das Mittagsmahl einzunehmen. Ein unbekannter Chronist beschreibt den Aufenthalt von Herzog Ludwig Eugen in Ludwigsburg mit einem lesenswerten Satz: »Der Magistrat, Geistlichkeit und Bürgerschaft ermangelte hierbei nicht, die reinste Freude über höchst desselben Ankunft und Regierungsantritt dadurch an den Tag zu legen, daß ein ansehnlicher Teil der Bürgerschaft zu Pferd nicht nur diesen Fürsten etliche Stunden weit einholte, und nach Überreichung eines unter den huldvollsten Ausdrücken gnädigst angenommenen Glückwunsches mitten durch die von der weltlichen und geistlichen Obrigkeit, welche an dem Planie-Tor versammelt war, und vor welche der Beamte und Specialis eine kurze Anrede und Gratulation auch Empfehlung des Gemeinen Wesens hielt, und übrige Bürgerschaft zünftweise vom Planie-Tor an gezogene Reihen nach des Prinzen Friedrich Wilhelm Palais, allwo höchst dieselben das Mittagsmahl einnahmen und bereits eine Ehrenwache ebenfalls aus der Bürgerschaft paradierte, untertänigst begleitete, sondern auch nach aufgehobener Tafel dem Herzoglichen Wagen noch weiter bis in die Gegend von Stuttgart vorzureiten sich erlaubt.«³²

Justinus Kerner hat als Siebenjähriger den Empfang des Herzogs selbst miterlebt. Als Anführer eines aus den Knaben der Stadt gebildeten, »wohl uniformierten und armierten Korps« ist er aktiv mit dabei. Wesentlich lockerer beschreibt er diesen Empfang, vor allem, wie der Spezial Zilling den Herzog mit einer langen Rede empfangen wollte, aber vor lauter Aufregung über die Anrede nicht hinauskommt.³³

Ein weiterer hoher Gast ist der englische König Georg III., der anlässlich eines Besuches bei seiner frisch verlobten Tochter, der Kronprinzessin Mathilde, und deren Bräutigam Erbprinz Friedrich 1797 im Prinzenpalais Absteigequartier nimmt.³⁴

Herzog Ludwig und sein Sekretär

Nach dem Auszug von Herzog Friedrich wird das Palais nicht mehr regelmäßig bewohnt. Die Oberamtsbeschreibung von 1859 vermerkt, daß nach Erbprinz Friedrich sein Bruder Herzog Ludwig (»Louis«) und nachher Prinz Paul das Palais bewohnt hätten.³⁵ In einer Beschreibung des Gebäudes im Adress-Handbuch von Ludwigsburg von 1825 hingegen wird nur vermerkt, daß das Palais später an den Herzog Ludwig und zuletzt durch testamentarisches Vermächtnis an die Kinder des Prinzen Paul gekommen sei.³⁶ Wenn Prinz Paul wirklich in dem Palais gewohnt haben sollte, dann nur im Zeitraum von 1799 bis 1806.³⁷ Ein gesicherter Nachweis ist zur Zeit nicht möglich.

Für einen Aufenthalt von Herzog Ludwig im Prinzenpalais kommen nur die Jahre 1806 bis 1810 in Frage.³⁸ In dieser Zeit hält er sich am württembergischen

Hof auf. Er hat wohl in der ersten Zeit, als er in Stuttgart noch kein standesgemäßes Quartier gefunden hatte, im Prinzenpalais gewohnt. Außerdem dürfte er zusammen mit dem Hofstaat während der Sommermonate nach Ludwigsburg in die Sommerresidenz gezogen und in der Nähe des Schlosses, im Prinzenpalais abgestiegen sein.

Eindeutig nachgewiesen ist allerdings, daß der junge Komponist Carl Maria von Weber von 1807 bis 1810 bei Herzog Ludwig als Geheimer Sekretär und Hauslehrer seiner Kinder angestellt war. Um diese Tätigkeit Webers ranken sich unzählige, fast opernhafte Anekdoten.³⁹

Weber verläßt 1806 hochverschuldet seine Stelle als Theaterkapellmeister in Breslau und findet als Theaterintendant am Hof von Herzog Eugen, einem Bruder von König Friedrich, im oberschlesischen Carlsruhe Aufnahme. Schon im Februar 1807 verläßt er Carlsruhe in Richtung Stuttgart, um sich am dortigen Hof um die Stelle eines Hofkapellmeisters zu bewerben. Franz Danzi wird ihm vorgezogen, Weber muß mit der Sekretärsstelle bei Herzog Ludwig vorliebnehmen. Am 17. August 1807 unterzeichnet er den Vertrag in Ludwigsburg.

Es ist fast eine Groteske, daß Weber, der bisher selbst nicht mit Geld umgehen konnte, jetzt für einen Herzog, der das noch viel weniger kann, u. a. die Haushaltsführung besorgen soll. Das Ganze muß schief gehen! Im September 1808 unterschlägt Weber 55 Friedrichsdor. Um diese und andere Schulden zu begleichen, leiht er sich Anfang Oktober vom Schwieberdinger Löwenwirt tausend Gulden. Als Gegenleistung sollte der eben zum Militär eingezogene Wirtsohn bei Herzog Ludwig in privaten Diensten untergebracht werden. Als nach einem Jahr der junge Mann immer noch nicht vom Militärdienst befreit ist und Weber das geliehene Geld auch nicht mehr zurückzahlen kann, wird er angezeigt und Anfang Februar 1810 verhaftet. Nach Verhören am 9. und 10. Februar wird Weber am 26. Februar nach Mannheim abgeschoben.⁴⁰ Er hat die Erlebnisse und Eindrücke dieser drei Jahre anschließend in seiner komischen Oper »Abu Hassan« verarbeitet.

In der örtlichen Presse ist aufgrund einer Notiz von Weber »nach Ludwigsburg und angestellt« bisher immer davon ausgegangen worden, daß Webers Beschäftigung beim Herzog ausschließlich in Ludwigsburg stattgefunden hat.⁴¹ Zutreffender ist sicher, daß Weber zeitweise, während der Sommeraufenthalte des Herzogs in Ludwigsburg, im Prinzenpalais beim Herzog arbeitete und im Nebenhaus in der Seestraße 1A kostenlos ein Zimmer mit Licht und Heizung bewohnte und hier auch Teile seiner Oper »Silvana« komponierte.

»Palais des Prinzen Paul K.H. Deszendenz«

Das Palais bleibt im Besitz des Königs bis zu seinem Tod 1816. Danach geht es gemäß testamentarischer Verfügung an die vier Kinder von Prinz Paul über, die das Palais allerdings nie bewohnen.⁴² Der offizielle Besitzereintrag in den Adressbüchern dieser Zeit lautet: »Palais des Prinzen Paul K.H. Deszendenz«.⁴³

Im »Adress-Handbuch von Ludwigsburg von 1825« wird das Prinzenpalais bei der Beschreibung merkwürdiger oder bemerkenswerter Gebäude an erster Stelle aufgeführt: »Das Gebäude ist von schöner Bauart, an den beiden Enden stehen zwei viereckige erkerartige Pavillons. Die Front desselben nimmt sich gut aus. Es hat eine halbrunde mit einem Geländer versehene Anfahrt. Auf beiden Endseiten sind Laternen angebracht. Es war sehr schön möbliert, wovon aber der alten Form wegen vieles verkauft wurde.«⁴⁴

Der Sekretär Huber, der als Verwalter das ansonsten schon verlassene Gebäude bewohnt⁴⁵, wird wohl im Auftrag der Erben die erwähnten Verkäufe des Inventars abgewickelt haben.⁴⁶ Er ist es jedenfalls, der am 8. März 1834 unter der Rubrik »Privat-Anzeigen« im Ludwigsburger Wochenblatt mitteilt, daß er beauftragt sei, das in der Poststraße in der Nähe des Rathauses liegende Palais »Lit. A. Nr. 66« zu verkaufen.⁴⁷ Das Gebäude wird in dieser Anzeige mit all seinen Räumen genau beschrieben, ebenso der Wirtschaftshof und Garten mit seinen Einrichtungen.

Das »Museum« (1834–1899)

Ende des 18. Jahrhunderts erwacht und wächst im aufgeklärten Bürgertum der Wunsch, die eigene Bildung zu mehren. Die deutschen Klassiker stehen hoch im Kurs, die moderne französische Philosophie und Literatur ist geschätzt, immer mehr neue Tages- und Wochenzeitungen erscheinen am Markt und wecken das Interesse der wißbegierigen Bevölkerung. Man will mit anderen, Gleichgesinnten in Kontakt kommen, über die neuen Geistesströmungen Konversation führen und sich nebenher bei abwechslungsreichen Spielen die Zeit angenehm vertreiben.

Im ganzen Land werden Lesegesellschaften gegründet, die in entsprechenden Räumen eine eigene Bibliothek, Möglichkeiten zum Lesen von Tageszeitungen, zur Konversation und zum Spielen anbieten. Da diese Gesellschaften von Anfang an nur dem gehobenen Bürgertum und entsprechenden Gruppierungen wie Professoren oder Offizieren offenstehen, reagiert das städtische Bürgertum, bestehend aus Kaufleuten und Handwerkern, oft mit der Gründung von eigenen Gesellschaften, z. B. von Bürgergesellschaften, die ähnliche Ziele verfolgen.

Aus den Lesegesellschaften gehen Anfang des 19. Jahrhunderts die Museumsgeellschaften hervor. Der Begriff »Museum« ist hier noch in seiner alten, ursprünglichen Bedeutung zu verstehen. Danach ist ein Museum ein den Musen heiliger Raum, ein Ort der Künste, der Wissenschaften, der Gelehrsamkeit. Das »Museum« in diesem Sinn hat also nichts mit einem Ausstellungsraum oder einer Kunstsammlung zu tun.

Die gemeinsame Bildung, die bereits erreichte oder die angestrebte soziale Stellung ist ein starkes Band unter den Mitgliedern. Neben das Bedürfnis nach Lektüre, Konversation und geistvoller Unterhaltung tritt der Wunsch nach Vergnügungen wie Bällen und Konzerten, nach einer eigenen Restauration mit Garten und Kegelbahn.⁴⁸

Die Ludwigsburger Museumsgeellschaft

Ende 1795 wird in Ludwigsburg eine Lesegesellschaft gegründet.⁴⁹ Paragraph 1 der Satzung lautet: »Der Endzweck und die Absicht dieser Gesellschaft schränkt sich einzig und allein auf nützliche und zugleich angenehme Unterhaltung ein.«⁵⁰ 1823 vereinigt sich diese Lesegesellschaft mit einer ebenfalls in Ludwigsburg existierenden Kasinogesellschaft und nennt sich ab jetzt »Museumsgeellschaft«. Die Mitgliederzahl beträgt rund 260 Personen, mehr als die Hälfte davon sind Militärs, da in Ermangelung eigener Kasinos die Offiziere der Garnison angehalten sind, Mitglieder in der Museumsgeellschaft zu werden. Treffpunkt ist bis 1834 das »Waldhorn«.

Die Geschehnisse der Museumsgeellschaft sind sehr gut dokumentiert. Das Stadt-

archiv Ludwigsburg besitzt den gesamten erhaltenen schriftlichen Nachlaß der Gesellschaft, u. a. neun Protokollbände, lückenlos über den Zeitraum von 1796 bis 1972.⁵¹ Der Bestand ist im einzelnen noch nicht systematisch ausgewertet.⁵² Bei der vorliegenden Untersuchung wurden die Protokollbände selektiv im Hinblick auf das Museumsgebäude und die darin stattfindenden Veranstaltungen ausgewertet.

Das neue »Museum«

Mit über 260 Mitgliedern hat die Museumsgesellschaft Anfang der 1830er Jahre eine stattliche Größe erreicht. Die Erwartungen der Mitglieder sind hoch, die Ansprüche steigen, doch die Möglichkeiten im »Waldhorn« sind begrenzt und jede Entwicklung hemmend. Es ist deshalb ein ausgesprochener Glücksfall, daß im März 1834 das Prinzenpalais zum Verkauf angeboten wird. Es bietet all das, was die Museumsgesellschaft nötig braucht: ein großes, eigenes Haus, mit einem Saal für Bälle und Theateraufführungen im Erdgeschoß und Räumen, die für die Restauration verwendet werden können, in der Beletage Zimmer für die Bibliothek – neben den privaten Leihbüchereien die größte und bedeutendste in Ludwigsburg⁵³ – sowie Lese-, Konversations- und Spielzimmer und unter dem Dach die für den Pächter und die Dienerschaft benötigten Kammern. Der Wirtschaftshof ist mit Stall und Remise gut ausgestattet, und der schattige Obstgarten eignet sich für Konzerte im Freien und bietet auch noch genügend Platz für die unbedingt benötigte Kegelbahn.

Nach kurzen Beratungen steht der Kaufbeschluß fest.⁵⁴ – Der Verkaufsbevollmächtigte des Prinzen Paul, der Sekretär Huber, ist übrigens Schriftführer der Museumsgesellschaft! – Da die Museumsgesellschaft keine juristische Person ist, kaufen sieben Herren des Ausschusses am 9. April 1834 das ehemalige Prinzenpalais.⁵⁵ Die Kaufsumme von 18125 Gulden wird durch die Vergabe von Aktien an die Mitglieder finanziert.⁵⁶ Ab jetzt ist das Gebäude unter dem Namen »Museum« für drei Generationen der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in Ludwigsburg.

Protokoll der baulichen Maßnahmen am »Museum«

Die Museumsgesellschaft kauft das Gebäude ohne Inventar. Was sich noch an fürstlichen Gegenständen im Haus befindet, wird am 5. Mai 1834 von den Erben versteigert.⁵⁷ Eine Baukommission wird gegründet, die künftig alle Baumaßnahmen koordinieren und leiten soll und zunächst mit der Einrichtung des Wirtschaftslokals und dem Ankauf des noch benötigten Mobiliars beauftragt wird.⁵⁸ Am 28. Juni 1834 wird das neue »Museum« mit Musik eröffnet – die Geburtsstunde des öffentlichen Lebens und der Gastronomie in diesem Gebäude.⁵⁹

Die ersten zwanzig Jahre verlaufen, was die Bautätigkeit angeht, ruhig. Bis März 1857 ist in den Protokollbüchern nichts Besonderes zu finden, wenn man von der Beschwerde einiger Damen absieht, die bemerken, daß die dunkle Farbe des Saals einen nachteiligen Einfluß auf ihre Gesichtsfarbe hätte.⁶⁰ Es ist nicht überliefert, ob die Farbe daraufhin geändert worden ist.

1854 wie auch 1855 beträgt der Jahresetat für Baukosten und Mobiliar 200 Gulden.⁶¹ Im März 1857 wird von der Feuerschau die Brüstungsmauer der Auffahrrampe in der Wilhelmstraße beanstandet und zur Beseitigung der Schäden der

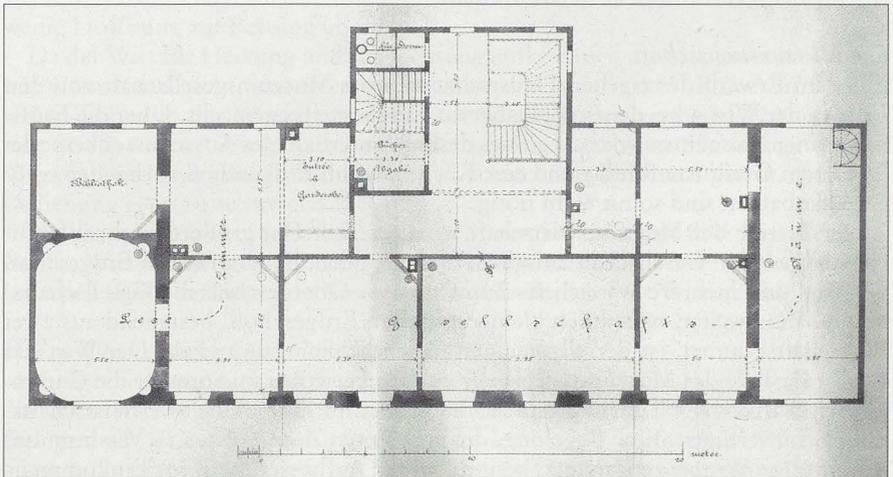
Gesellschaft eine Frist bis Anfang 1860 eingeräumt.⁶² Im Juni 1858 beschließt der Ausschuß, im Gebäude eine moderne Gasbeleuchtung installieren zu lassen.⁶³

Als Ende 1858 die Stimmen nach einer Saalvergrößerung immer lauter werden, wird die ohnehin fällige Sanierung der Rampe zum Anlaß genommen, vor allem das Erdgeschoß gründlich umzubauen.⁶⁴ Die Baukommission schlägt ein umfangreiches Umbauprogramm vor: Totalabriß der Rampe in der Wilhelmstraße; Schließen des Hauptportals, wodurch eine Vergrößerung des Saals um den jetzt freigeordneten Eingangsbereich möglich wird; Verlegung des Haupteingangs in die Seiteneinfahrt; Ersatz der vier Holzsäulen im Saal durch zwei Eisensäulen; Veränderungen im Treppenbereich und Einbau einer zusätzlichen Stiege im hinteren Saalbereich zum Obergeschoß; Küchenerweiterung.⁶⁵ Die Küchenerweiterung wird aus Kostengründen abgelehnt, alle anderen Maßnahmen werden genehmigt und ausgeführt.⁶⁶ Abbruchteile aus diesem Umbau werden in der Zeitung zum Verkauf angeboten.⁶⁷

Anfang 1861 regnet es in eines der Lesezimmer, da das Flachdach einer Attika undicht ist.⁶⁸ Als Abhilfe wird beschlossen, beide Attiken zu entfernen und das Dach auf beiden Seiten entsprechend zu verlängern – das Gebäude erhält damit sein heutiges Aussehen! Der entstehende Dachraum wird für die Einrichtung einer Wohnung genutzt.

Mit der Zeit nehmen die Baumängel und Schäden am Haus spürbar zu. Einer im Mai 1863 erstellten Baumängelliste⁶⁹ folgt ein Jahr später ein Bericht über eine Hausbegehung.⁷⁰ Die Kostenschätzung für die nötigen Reparaturen, vor allem im Außenbereich an Dach, Regenrinnen, Läden und Türen beläuft sich auf 5000 bis 6000 Gulden – eine Summe, die nur durch die Ausgabe neuer Aktien aufgebracht werden kann.⁷¹ Bei dieser Generalreparatur werden u.a. die beiden Balkone im Obergeschoß entfernt, und die Fassade erhält einen neuen Anstrich.⁷²

Einem Jahresbaukostenverzeichnis aus den Jahren 1872/73 ist die Raumaufteilung im Obergeschoß zu entnehmen: Öhrn, kleiner Saal, vorderes Spielzimmer, Billardzimmer, Gesellschafts- oder Altherrenzimmer gegen Osten, vorderes Lese-



Grundriß des Obergeschosses, 1887

zimmer gegen die Straße, großes oder hinteres Lesezimmer – die Räume für die Bibliothek scheinen dabei nicht aufgeführt zu sein.⁷³ Eine exakte Auflistung aller auf dem Grundstück befindlichen Gebäude ist im Brandversicherungskataster von 1876⁷⁴ und in den 1886 angelegten Einträgen im Güterbuch⁷⁵ und im Kaufbuch⁷⁶ enthalten.

Ende 1878 wird im Ausschuß die Notwendigkeit einer Küchenvergrößerung diskutiert.⁷⁷ Im März 1879 unterbreitet die Baukommission einen Vorschlag über einen Küchenanbau, der in den Wirtschaftshof hineingebaut werden soll.⁷⁸ Im April werden die offiziellen Genehmigungsverfahren eingeleitet.⁷⁹ Zur Finanzierung des Anbaus scheint die Aufnahme einer Anleihe von 1000 Mark unvermeidbar.⁸⁰

Im Laufe des Jahres 1886 kommt eine grundsätzliche Diskussion über die längst fällige Saalvergrößerung in Gang, die mit der ebenfalls überfälligen Generalsanierung des Gebäudes verbunden werden sollte.⁸¹ Eine Saalbaukommission wird gebildet.⁸² Hauptproblem ist die Finanzierung des über 50 000 Mark teuren Projekts. Ausweg ist wieder einmal die Aufnahme einer Anleihe, verbunden mit der Verpfändung der gesamten Liegenschaft.⁸³

Anfang 1887 wird ein technisches Gutachten über den allgemeinen Zustand des Gebäudes erstellt, wobei eine Saalvergrößerung durch Verwendung der südlichen Nebenräume und durch eine Treppenverlegung ermöglicht werden soll.⁸⁴ Eine optische Verbesserung der Raumverhältnisse im Saal kann durch eine Tieferlegung des Bodens um 80 Zentimeter und durch eine entsprechende Vergrößerung der Fenster nach unten erreicht werden. Der Bühnenraum, der auf dem alten Niveau belassen wird, tritt dadurch stärker hervor.

Im Mai 1887 wird das Baugesuch eingereicht.⁸⁵ Im Juni beginnen die Umbauarbeiten⁸⁶ und am 16. Dezember 1887 wird der neue Saal in Anwesenheit Ihrer Königl. Hoheiten Prinz Wilhelm und Prinzessin Charlotte festlich eingeweiht.⁸⁷ Ein Bericht darüber in der Ludwigsburger Zeitung schließt mit der Hoffnung, daß die wiedereröffneten Museumsräumlichkeiten auf das gesellschaftliche Leben einen günstigen Einfluß ausüben werden.⁸⁸

Die Museumswirtschaft

Mit dem Erwerb des eigenen Hauses hat sich die Museumsgesellschaft von den Launen der Wirte, bei denen sie bisher zu Gast war, frei gemacht. Über die Eröffnung einer Museumswirtschaft gibt es deshalb innerhalb des Ausschusses keinerlei Debatten. Geeignete Räume und eine Küche sind im Erdgeschoß vorhanden, größere Umbauten sind somit nicht nötig.

Der Betrieb der Museumswirtschaft wird geteilt.⁸⁹ Der größere, nicht öffentliche und nur den Gesellschaftsmitgliedern zugängliche Teil umfaßt im Erdgeschoß den Saal und mehrere Wirtschaftsräume und im Obergeschoß die Gesellschaftsräume. Ein zweiter, wesentlich kleinerer Teil im Erdgeschoß, bestehend aus zwei Wirtschaftsräumen, ist der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich. Der Wirt hat also beide Teile der Museumswirtschaft zu führen, wobei im Sommer die Gartenbewirtschaftung noch dazukommt. Er kann aber nur über seine zwei Wirtschaftsräume frei verfügen. Eine Regelung, die in späteren Zeiten öfters zu Verstimmungen mit den Wirten geführt hat, weil diese zur Aufbesserung ihres Einkommens den oft leerstehenden Saal gerne auch an Nichtmitglieder vermietet hätten, wozu aber immer eine Genehmigung des Ausschusses nötig war. Der Pachtvertrag sieht

ferner vor, daß der Wirt für die Heizung und Beleuchtung der Räume aufzukommen hat, dafür aber die Einnahmen des Billards und der Kegelbahn sowie den Erlös aus dem Obstverkauf des Gartens für sich behalten darf.⁹⁰

Am 14. Juni 1834 gibt der Gemeinderat zu Protokoll, daß er gegen die Bitte von Georg Ludwig Habermaaß aus Illingen, in dem vormalig Königl. Palais in der Wilhelmstraße eine Speise-Wirtschaft einrichten zu dürfen, nichts einzuwenden hat.⁹¹ 14 Tage später wird das »Museum« eröffnet.⁹² Mit Datum vom 30. Juni zeigt der neue Wirt die Übernahme der Museumswirtschaft im Ludwigsburger Wochenblatt an.⁹³

Ludwigsburg. Der Unterzeichnete beehret sich, anzuzeigen, daß er die Museums-Wirtschaft übernommen hat, und ladet daher die verehrlichen Mitglieder dieser Gesellschaft so wohl, als auch — in die zum Betriebe einer Privat-Wirtschaft ihm überlassenen Zimmer des untern Stockes — ein geehrtes Publikum zum zahlreichen Besuche höflichst ein, unter Zusicherung einer prompten Bedienung, guter Getränke und Speisen und billiger Preise. Gedürbetem Wunsche gemäß habe ich noch ferner die Ehre, mich zu einer Table d'hôte um die hier üblichen Preise zu offeriren, und bitte um baldige Bestellung.

Den 30. Juni 1834.

Museumswirth Habermaaß.

*Ludwigsburger Wochenblatt
vom 1. Juli 1834*

Bereits Ende 1835 scheidet der erste Wirt aus.⁹⁴ 1844 versucht eine Wirtin, Madame Springer⁹⁵, ihr Glück, allerdings auch nicht sehr erfolgreich: Schon ein Jahr später wird sie abgelöst.⁹⁶

Einmal lassen mysteriöse Blutlachen auf eine Schlägerei schließen und beschäftigen den Vorstand.⁹⁷ Und es kommt noch schlimmer! Am 31. Oktober 1848 unternimmt ein junger Mann im unteren Öhrn des »Museums« mittels Schusses aus einer Pistole einen »Selbstentleibungsversuch«, den er schwerverletzt, aber mit wenig Hoffnung auf Rettung überlebt.⁹⁸

Da der Wirt für Heizung und Beleuchtung aufkommen muß, spart er im Winter mit Wärme und Licht, was öfters zu Beschwerden Anlaß gibt.⁹⁹ Eine Abmahnung wegen Lärms in der Wirtschaft wird in den Protokollen vermerkt¹⁰⁰, auch fehlt eine Strafe wegen Überschreitung der Polizeistunde nicht im Sündenregister des Wirts¹⁰¹, von einer Beschwerde über den schlechten Wein und die mangelhafte Bedienung ganz zu schweigen.¹⁰²

Mit den zunehmenden Schwierigkeiten der Museumsgesellschaft ab 1891 wird es auch für den Wirt schwieriger, der dann auch 1894 seine Pacht nicht mehr zahlen kann.¹⁰³ Im April 1897 übernimmt die Stuttgarter Tivoli-Brauerei die Wirtschaftspacht.¹⁰⁴

Das gesellschaftliche Leben im »Museum«

»Häufiger ließ man sich auf den Bällen des Ludwigsburger Museums sehen. Daß die Offiziere Mitglieder des Museums waren, darauf wurde gehalten; dort war Gelegenheit, Zeitungen und Broschüren zu lesen, dort konnte man Bücher entlehnen; dort fand auch zur Winterzeit allmonatlich das Garnisongemurmelt statt. So benannten wir den Gesellschaftsabend, an dem die ganze Ludwigsburger Garnison, Generale und die Offizierskorps der zwei Reiter- und zwei Infanterieregi-

menter, der Artillerie, der Pioniere, der Kriegsschule und anderer Körper sich versammelten . . . Die Bärengesellschaft scheint sich aufgelöst zu haben, als die Veteranen aus dem aktiven Dienst ausschieden. An ihre Stelle trat auf dem Museum das Wachsfigurenkabinett. So nannten wir Jungen die Gesellschaft der älteren Herren, der Staboffiziere und Pensionäre, die allabendlich in stiller Gemütlichkeit um den Tisch saßen und ihre Pfeifen rauchten . . . In rechtem Gegensatz zu diesen Genügsamen und pedantisch regelmäßigen Wachsfiguren standen die Flotteren unter den jüngeren Offizieren . . . Denn der flotte Lebemann dieser Klasse befand sich eigentlich nur vorübergehend zu Hause, bei Tag wie bei Nacht. Sein eigentlicher Aufenthalt war nach den wenigen Stunden des Dienstes das Wirtshaus. Dies ausschließliche Wirtshausleben vollzog sich zum Teil unter ganz wunderlichen Formen und brachte da und dort eine Art von höchst solidem Wesen, fast eine Art von Häuslichkeit außer Hause zu wege.«¹⁰⁵

Diese Sätze aus dem Erinnerungsbuch »Deutsche Zwietracht«, verfaßt von dem General und Historiker Albert Pfister, der die Ludwigsburger Kriegsschule als Schüler und später als Lehrer erlebte, beschreiben das gesellschaftliche Leben der gehobenen Schicht in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Ludwigsburg sehr treffend.

Das »Museum« ist auch so ein Ort der »Häuslichkeit außer Hause«. Man trifft sich dort regelmäßig in vertrautem Kreis zum Gespräch oder zur Zeitungslektüre, leiht Bücher für daheim aus, diskutiert während des Billardspiels, kegelt im Garten oder probiert sein Glück beim Whist am Kartentisch. Vor allem ist man unter sich. Die Einflußreichen treffen sich dort, die Mitgliedschaft wird somit für manchen ein gesellschaftliches Muß.



»Im dunklen Lesezimmer«, Gemälde von Johann Peter Hasenclever, 1843

Regelmäßig werden Sonntagsunterhaltungen mit Musik durchgeführt.¹⁰⁶ Beliebte Treffpunkte sind der »Montagskranz« und der »Familienkranz«.¹⁰⁷ Für die Damen der Museumsgesellschaft – man ist kein Herrenclub! – wird eine eigene Damenunterhaltung eingerichtet. Schönwissenschaftliche Vorlesungen finden sich auf dem Programm sowie Veranstaltungen von Predigern. Im Saal wird

<p>Theater in Ludwigsburg. Museumssaal. Heute Mittwoch Die Räuber. Trauerspiel in 5 Acten von Friedrich von Schiller. Kassaöffnung 5 Ubr. — Anfang 6 Ubr.</p>
--

Theater gespielt, z. B. »Die Räuber«.¹⁰⁸ In den oberen Räumen wird Tanzunterricht erteilt.¹⁰⁹ Die Ludwigsburger Tageszeitung ist voll von Anzeigen, die auf Veranstaltungen im »Museum« hinweisen.

Das »Museum« ist aber auch die Stätte bedeutender gesellschaftlicher und patriotischer Auftritte. Die großen Bälle werden alljährlich zu Weihnachten und zum Geburtstag des Königs veranstaltet. Die sogenannten kleinen

Ludwigsburger Tagblatt
vom 8. März 1865

Bälle, wie Offiziersbälle und Maskenbälle, wechseln sich mit Konzerten ab.

Tony Schumacher weist in ihrem Buch »Mein Kindheitsparadies« auf eine nicht zu unterschätzende Funktion des »Museums« innerhalb der Garnisonsstadt Ludwigsburg hin. Hier treffen sich Bürger und Militärs unter einem Dach, hier kann eine Verständigung der beiden Bevölkerungsgruppen ohne übertriebene protokollarische Zwänge stattfinden. Sie schreibt: »Ich habe die Erfahrung gemacht, daß, objektiv angesehen, unsere geistig strebsamsten, gebildetsten Offiziere zu allen Zeiten nicht diejenigen waren, die sich »exklusiv« hielten, sondern die Gelegenheit hatten und nahmen, ihren Gesichtskreis durch die Ansichten gescheiter Fachleute aus anderen Ständen und Berufsarten zu erweitern . . . Den Bällen in Ludwigsburg wohnten damals sämtliche Offiziere, auch die »flotten«, bei, und von oben herunter wurde auf vollzähliges Erscheinen und fleißiges Tanzen gesehen. Am Whisttisch saß der Herr Regierungsrat neben der Frau Generalin, der Kavallerieoberst neben dem Herrn Oberamtmann, und die »Flotten« verschmähten nicht, auch mit dem Töchterlein des Gymnasialprofessors oder des Herrn Apothekers zu tanzen.«¹¹⁰

Diese enge Verbindung von Militär und Bürgern in der Museumsgesellschaft Mitte des 19. Jahrhunderts ist auch einer der Gründe für die insgesamt königstreue Gesinnung der Ludwigsburger.¹¹¹ General Moriz von Miller, während der Revolutionsjahre 1848/49 Kommandeur der in Ludwigsburg stationierten Infanterie-Division, ist in dieser Zeit Vorstand der Museumsgesellschaft. So nimmt es auch nicht wunder, daß während der Ludwigsburger Exilzeit von König Wilhelm I. vom April bis Juli 1849 die Adjutanten des Königs und der Hofstaat zu einem Besuch im »Museum« eingeladen werden.¹¹²

Während des Krieges 1870/71 überläßt die Museumsgesellschaft ihren Saal dem neu gegründeten Sanitätsverein als Vereinslokal. Er sammelt Hilfsgüter für die Soldaten, fertigt Verbandszeug an, veranstaltet Vorträge und eine große Lotterie »zur Linderung der Not unserer Verwundeten«. Die gefangenen französischen Offiziere genießen in dieser Zeit im Museum Gastrecht.¹¹³

Schon als Kronprinz ist der spätere König Wilhelm II. Mitglied und Ehrenvorsitzender der Museumsgesellschaft.¹¹⁴ Er läßt über seinen Adjutanten Bücher aus der Museumsbibliothek entleihen. Die Weihnachtsfeier 1885 mit anschließendem Souper beehrt er mit seiner Anwesenheit.¹¹⁵ Zuvor aber wird ihm noch eine beson-

dere Huldigung dargebracht. »Schiller in Ludwigsburg« wird als Folge von sieben lebenden Bildern, begleitet von einem Text in »reizenden und launigen Versen«, mit Hilfe einiger Ausschußmitglieder dargestellt.

Am 25. Februar 1886 veranstaltet das Museum »zu Ehren des hohen Geburtstages Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Wilhelm« einen sogenannten Familienabend mit einleitendem Konzert und abschließender Tanzunterhaltung.¹¹⁶ Gerade eine Woche später, am 6. März, lädt Oberbürgermeister Abel zur Feier des Geburtsfestes seiner Majestät des Königs zu einem Festessen in den Museumssaal ein.¹¹⁷ Am Abend wird von der Garnison das militärische Lustspiel mit Gesang »Die Deutschen in Kamerun« aufgeführt.¹¹⁸

Letzter Höhepunkt in der Festgeschichte der Museumsgesellschaft im »Museum« ist die Einweihung des vergrößerten Festsaals am 16. Dezember 1887 in Anwesenheit von Prinz Wilhelm und Prinzessin Charlotte.¹¹⁹

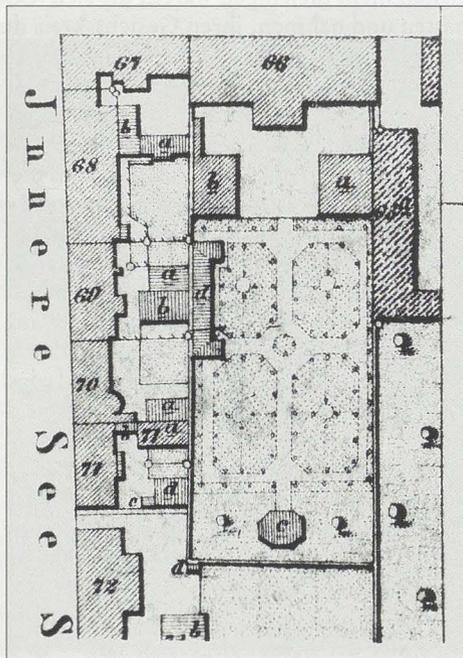
Der Museumsgarten

Zu den herrschaftlichen Palais in der Wilhelmstraße gehörten ursprünglich großzügig angelegte Grundstücke. Von diesen Hof- und Gartengrundstücken, die sich unterschiedlich weit nach Süden erstreckten, hat sich, zumindest in originaler Größe, nur das Grundstück hinter dem heutigen Ratskeller erhalten.

Zum Zeitpunkt des Kaufs durch die Museumsgesellschaft ist es dreigeteilt.¹²⁰ Direkt an das Wohnhaus schließt sich der durch eine Einfahrt erreichbare Wirtschaftshof an. Ihm folgt, getrennt durch eine kleinere Mauer, ein Gemüse- und Blumengarten. Den Abschluß nach Süden bildet ein Gras- und Baumgarten. Das ganze Anwesen wird von einer etwa zwei Meter hohen Mauer umgeben.

Auf der Flurkarte von 1839 ist eine Trennung in zwei verschiedenen große Gartenteile mit unterschiedlicher Nutzung klar zu erkennen, ein größerer, symmetrisch angelegter Ziergarten und ein wesentlich kleinerer Baumgarten um den Pavillon. Wie die Bepflanzung des Gartens zu Zeiten der Museumsgesellschaft ausgesehen hat, ist im einzelnen nicht bekannt. Viel geändert oder neu angelegt werden mußte auf jeden Fall nicht, denn drei Tage nach der offiziellen Eröffnung des »Museums« am 5. Juli 1834 wird auch der Garten mit Musik eröffnet.¹²¹

Sicher ist auf jeden Fall, daß der Garten u. a. mit Blumen bepflanzt war, denn im Mai 1842 sieht sich der Museums-Ausschuß genötigt, im Wochenblatt eine Warnung vor weiteren Diebstählen von Blumen aus dem Museumsgarten zu veröff-



Ausschnitt aus der Flurkarte von 1839

fentlichen.¹²² Später erfahren wir, daß der Museumsgarten als Nutzgarten mit Obstbäumen bepflanzt ist.¹²³ Auch eine Gartenterrasse ist vorhanden.¹²⁴ Der Wirt kann den Erlös aus dem Obstverkauf für sich behalten, was 1846 zu Streitigkeiten mit dem Museumsdiener Fees führt, welcher der Obstunterschlagung bezichtigt wird.¹²⁵ 1868 beginnt mit der Pflanzung von vier starken Kastanien die schrittweise Umwandlung des Obstgartens in den Biergarten heutigen Aussehens.¹²⁶

Die Hintergebäude

Das in der Flurkarte unter der Nr. 13a im Wirtschaftshof auf der Rathausseite eingezeichnete Gebäude wird in den Güterbüchern als »Pavillon mit Wohnung, Waschküche und Remise« beschrieben. Es wird vom jeweiligen Museumsdiener bewohnt. Im Rahmen der großen Ratskellerrenovierung 1953/54 wird es als letztes der Hofgebäude abgerissen. Das Gebäude Nr. 13b, an der westlichen Seite des Grundstücks zur Seestraße hin gelegen, ist ein »Pavillon mit Pferdestall«. Es wird 1887 abgerissen und durch ein kleines Gartenhaus ersetzt.¹²⁷

Das heute als Pavillon bekannte Gebäude im südlichen Teil des Gartens wird unter Nr. 13c als »massives Gartenhaus mit gewölbtem Keller« beschrieben. 1872 scheint dieser Pavillon recht baufällig gewesen zu sein, doch scheitert der geplante Abriß an Geldmangel.¹²⁸ 1878 sind die Abrißpläne vom Tisch und das kleine Schmuckstück am Ende des Gartens wird renoviert.¹²⁹

Als erste Baumaßnahme nach dem Kauf läßt die Museumsgesellschaft noch 1834 im Anschluß an die Hofmauer im Garten eine »doppelte Kegelbahn auf Freipfosten«, Nr. 13d, errichten.¹³⁰ Sie muß sehr stark bespielt worden sein, denn



Der Gartenpavillon in einer Darstellung von 1914

bereits 1853 soll sie für 200 Gulden repariert werden.¹³¹ 1870 wird wieder eine Reparatur beantragt.¹³² 1887 schließlich wird sie im Rahmen der Abbruchaktionen im Garten abgerissen.¹³³ Die noch verwertbaren Teile werden verkauft.¹³⁴

Unter Nr. 13e wird im Hof, angebaut an den Pferdestall, ein »dreifacher Schweinestall« aufgeführt. Zusammen mit einem Hühnerhaus im Garten bildet er einen Teil der Existenzgrundlage des Wirtes. Wie lange er in Betrieb war, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall sind in den Protokollbüchern keinerlei Beschwerden über Geräusch- oder Geruchsbelästigung während der sommerlichen Gartenkonzerte vermerkt. Der Schweinestall wird zusammen mit dem Pferdestall 1887 abgerissen.¹³⁵

Der Niedergang der Museumsgesellschaft

Mitte der 1860er Jahre zählt die Museumsgesellschaft über 300 Mitglieder, von denen rund zwei Drittel dem Militärstand angehören. Ein großer Nachteil, wie sich herausstellen sollte, denn nach der Einrichtung eigener Offizierskasinos ab 1871 treten viele Offiziere aus der Museumsgesellschaft aus, was einen spürbaren Verlust an Attraktivität und Einnahmen zur Folge hat.¹³⁶ Der Versuch, diese negative Entwicklung durch die Vergrößerung des Saals aufzuhalten, schlägt fehl. Die Neuverschuldung übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der immer kleiner werdenden Gesellschaft.

Ab 1888 versucht die Museumsgesellschaft, durch Vermietung einiger Räume im Obergeschoß die finanziellen Einbußen etwas zu verringern: Bis 1894 mietet sich das 1. Ulanen-Regiment im »Museum« ein und betreibt dort sein Offizierskasino.¹³⁷ Ende 1894 zieht der Kaufmännische Verein ein und benützt die Räume als Vereinslokal.¹³⁸

Als 1890 die Musikhalle mit ihrem modernen Festsaal als Konkurrenz zum Museumssaal weitere Besucher und Veranstaltungen abzieht, ist der Niedergang nicht mehr aufzuhalten.¹³⁹ 1895 können die Schulden nicht mehr gezahlt werden.¹⁴⁰ Ein Jahr später werden Verkaufsverhandlungen mit der Stuttgarter Tivoli-Brauerei zwar abgebrochen¹⁴¹, doch schon Anfang 1898 stimmen die Mitglieder

L u d w i g s b u r g.

Großes Anwesen zu verkaufen.



Die Museums-Gesellschaft verkauft ihr mitten in der Stadt, Wilhelmsstraße Nr. 13 gelegenes Anwesen, bestehend aus:

- 1) einem massiv zweistöckigen Gesellschafts-haus mit Sälen und großen schönen Räumlichkeiten, Mansarden-Dachwohnungen, geräumigem gewölbtem Keller, Küchen-Anbau zc. mit auf dem Hause ruhender dinglicher Wirtschaftsgerechtigkeit,
- 2) Hinterhaus mit Wohnung, Waschküche und Remise,
- 3) großen Garten-Anlagen hinter dem Hause mit schattigen Bäumen im Meßgehalt von ca. 25 Ar nebst massivem Gartenhaus.

Das Anwesen eignet sich vermöge seiner Lage in der belebtesten Straße der Stadt (Sitz der Kreisregierung und einer Garnison von nahezu 6000 Militärpersonen) unmittelbar neben dem Rathaus und zwischen 2 Kasernen, nicht nur für Großbrauereien zu Wirtschaftszwecken zc., sondern auch mit entsprechenden baulichen Aenderungen zum Hotel-Betrieb und zu gewerblichen Anlagen zc.

Wegen Besichtigung wolle man sich an die im Hinterhause wohnende Gesellschafts-Dienerin wenden, woselbst auch nähere Auskunft erteilt wird.

Schriftliche Angebote sind zu richten an die Verkaufskommission der Museums-Gesellschaft Ludwigsburg, abzugeben Wilhelmsstraße Nr. 13, 1. Stock im Lesezimmer.

Den 27. April 1898.

Ludwigsburger Zeitung vom 30. April 1898

den erneuten Verkaufsabsichten zu.¹⁴² Eine Verkaufskommission wird gegründet¹⁴³, die im April eine Anzeige veröffentlichen läßt: »Großes Anwesen zu verkaufen«. ¹⁴⁴ Anfang Dezember 1898 geht das Kaufangebot der Stadt ein.¹⁴⁵ Die Verhandlungen ergeben, daß die Stadt für 130 000 Mark das Anwesen übernimmt, und daß die Museumsgesellschaft bis auf weiteres in einigen Räumen im Obergeschoß des Gebäudes verbleiben kann.¹⁴⁶ Am 1. Februar 1899 genehmigt der Gemeinderat den Vertrag¹⁴⁷, am 22. Februar auch die Mitgliederversammlung der Museumsgesellschaft.¹⁴⁸ Am 1. April schließlich erfolgt die Übergabe an die Stadt.¹⁴⁹

Nach der Kündigung der Räume im Ratskeller übersiedelt die Museumsgesellschaft im Januar 1906 in ihr neu erworbenes Haus in der Alleinstraße 10 neben der Synagoge.¹⁵⁰ Nach über siebenzig Jahren ist damit die Ära »Museum« in der Wilhelmstraße 13 zu Ende gegangen.

Der Ratskeller (ab 1900)

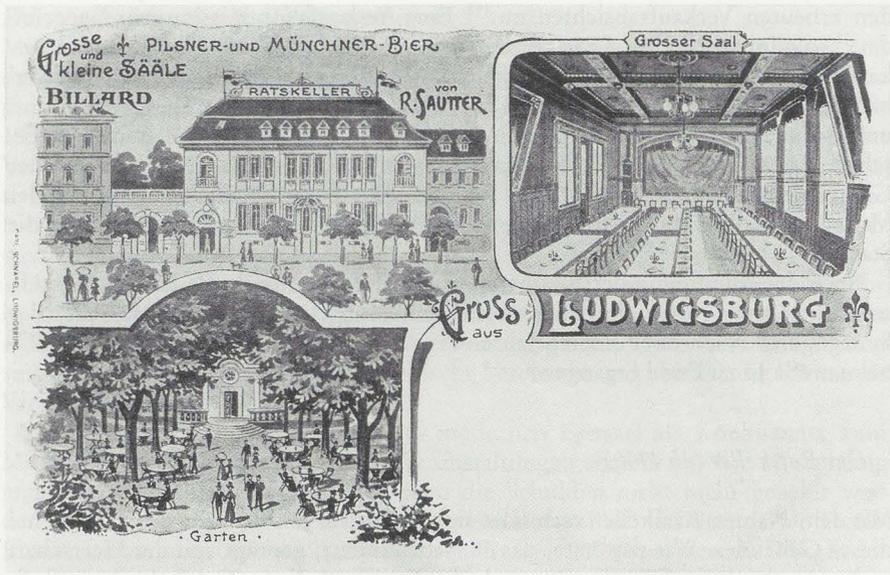
Mit dem Namen Ratskeller verbindet sich das dritte Jahrhundert der Geschichte dieses Gebäudes. War das erste, das 18. Jahrhundert, geprägt von der Herrschaft mehrerer absoluter Fürsten, die auch das Schicksal dieses Gebäudes beeinflussen haben, so war das zweite, das 19. Jahrhundert, die Zeit von drei württembergischen Königen, die mit diesem Palais eng verbunden waren. Mit dem nun beginnenden 20. Jahrhundert setzt die dritte Phase ein. Es ist dies die Zeit, in der die Stadt und alle ihre Bürger die Geschicke ihres Ratskellers mitprägen.

Der Kauf des Anwesens Wilhelmstraße 13 ist für die Stadt eine Investition in die Zukunft. Bei den Verantwortlichen herrscht bald Einigkeit darüber, wie die neu erworbene städtische Immobilie zu nutzen sei. Die Gaststätte soll im Erdgeschoß weitergeführt werden, im Obergeschoß sind Kanzleiräume für die Stadtverwaltung einzurichten.

Die Stadt übernimmt mit der Museumswirtschaft auch den Wirt und führt das Lokal zunächst noch über ein Jahr unter dem alten Namen weiter.¹⁵¹ Der Namens- und Pächterwechsel erfolgt erst zum 1. Juli 1900, nachdem der Gemeinderat am 13. Juni 1900 die Änderung des Namens von »Museum« in »Ratskeller« beschlossen hatte.¹⁵² Der letzte Museumswirt Carl Knapp verabschiedet sich von seinen Freunden und Bekannten am 28. Juni 1900 mit einem Abschiedsschoppen.¹⁵³ Am 14. Juli 1900 findet die Ratskeller-Eröffnung unter dem neuen Pächter und Ratskeller-Wirt Robert Sautter statt.¹⁵⁴

Die Rathausweiterung

Das ehemalige Museumsgebäude wird über einen eisernen Steg im Obergeschoß mit dem Rathaus verbunden.¹⁵⁵ Im östlichen, zum Rathaus hin gelegenen Teil des Gebäudes werden sechs Räume – das Bibliothekszimmer, die drei Lesezimmer, das Altherrenzimmer und ein Vorzimmer – zu Kanzleien umgebaut. Fünf weitere Räume werden der Museumsgesellschaft überlassen, der kleine Saal, in der Mitte gelegen, wird von der Gaststätte genutzt und steht der Museumsgesellschaft bei Bedarf zu Verfügung.¹⁵⁶ Über eine Verlegung des Haupteingangs von der unattraktiven Seiteneinfahrt auf die Straßenseite und über eine Aufstockung des Gebäudes wird diskutiert, beide Überlegungen scheitern jedoch an den Kosten.¹⁵⁷



Der Ratskeller, Ansichtskarte um 1905

Der Historische Verein im Ratskeller

1897 gründete sich in Ludwigsburg der Historische Verein. Sein Ziel ist u. a. der Aufbau einer stadtgeschichtlichen Sammlung, eine Tätigkeit, die mit viel Eifer und Erfolg betrieben wird. Ende 1900 stellt deshalb die Stadtverwaltung dem Historischen Verein auf dessen Bitte hin im Obergeschoß des Ratskellers den kleinen Saal zur Präsentation der Sammlung unentgeltlich zur Verfügung.¹⁵⁸ Die Ausstellungsstücke sind schon so zahlreich, daß beschlossen wird, eine – durch Leihgaben ergänzte – geschichtliche Ausstellung durchzuführen. Die Museumsgesellschaft überläßt dem Historischen Verein als weiteren Ausstellungsraum ihr neben dem kleinen Saal liegendes Zimmer.¹⁵⁹ Die Ausstellung findet vom 31. März bis 8. April 1901 statt.¹⁶⁰ Sie ist ein voller Erfolg und wird durch den Besuch des Königs und der Königin geadelt. So fällt es der Stadtverwaltung nicht schwer, dem Historischen Verein auch weiterhin beide Räume zur Aufbewahrung und Ausstellung der Sammlung unentgeltlich zu überlassen.¹⁶¹ 1905 wird die immer umfangreicher werdende Sammlung in den Ruinenbau im Schloßpark verlegt.¹⁶²

Die Gewerbe- und Industrieausstellung 1914

Nach der letzten »Lokal-Gewerbeausstellung«, die 1886 in der Turnhalle und dem angrenzenden städtischen Areal hinter dem Rathaus stattgefunden hat, soll 1914 eine wesentlich größere »Gewerbe- und Industrieausstellung« auf dem Gelände des Rathauhofes und des Ratskellers stattfinden.¹⁶³ Mit der Gesamtplanung wird der Ludwigsburger Architekt Friedrich Hausser beauftragt.

Er entwirft die Ausstellungshallen auf dem Rathauhof samt Innenausstattung.¹⁶⁴ Der Ratskellergarten wird von ihm vollständig neu gestaltet, mit einem

»Musiktempel« an der Grenze zum Rathaushof und einer »Schenke mit Pergola und Laube« an der westlichen Seite des Gartens, um die unschöne Rückfront der Seestraße etwas freundlicher zu gestalten.¹⁶⁵ Das Erdgeschoß des Ratskellergebäudes wird umgebaut, wobei die Verlegung des Haupteingangs auf die Straßenseite entgegen der Planung nicht durchgeführt wird. An die südwestliche Ecke des Ratskellers wird der schon lang gewünschte Gartensaal angebaut.¹⁶⁶ Die Bühne liegt dabei an der nördlichen Stirnseite des Saals, eine Lösung, die sich für die Bewirtschaftung des Saals schon sehr bald als unpraktisch erweisen sollte; die Verlegung der Bühne an die Südseite wird bereits 1927 gefordert, aber erst 1954 durchgeführt.¹⁶⁷

Historischer Verein

für Ludwigsburg und Umgegend.

Der Verein veranstaltet vom 31. März bis 8. April
in den oberen Räumen des „Ratskellers“ eine

geschichtliche Ausstellung,

in der Gegenstände, die mit d. r. Geschichte Ludwigsburgs und seiner Umgegend
in Beziehung stehen, vereinigt sein werden.

Die Ausstellung ist erstmals am nächsten Sonntag
von 1 Uhr an und an den folgenden Tagen von 10—5 Uhr
dem allgemeinen Zutritt geöffnet.

Eintrittspreis am Sonntag 30 Pfg., am Montag 50 Pfg. ;
an den folgenden Tagen 30 J.

Vereinsmitglieder haben gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte für ihre
Person freien Eintritt. Außerdem werden ihnen auf Wunsch in der Aigner's-
chen Hofbuchhandlung je zwei weitere Eintrittskarten zu einmaligem Besuch der
Ausstellung für ihre Angehörigen ausgehändigt.

Die Aussteller erhalten ebenfalls dort zwei Freikarten.

Zu zahlreichem Besuch wird höflich eingeladen.

Der Ausschuss.

Historischer Verein

für Ludwigsburg und Umgegend.

Nächsten Montag abend 8 Uhr wird Herr Pfarrer
Kallee aus Feuerbach im Museumsaale einen Vortrag
halten:

„Erinnerungen eines alten Ludwigsburgers aus den
Jahren 1848 und 1849.“

Hiezu wird jedermann freundlich eingeladen.

An den Vortrag wird sich eine gefellige Vereinigung
der Vereinsmitglieder und ihrer Angehörigen anschließen.

Der Ausschuss.

Die Ausstellung wird am 15. Juni 1914 vom König eröffnet, ein Festmahl im neuen Gartensaal schließt sich an. Die Resonanz auf die Ausstellung ist groß. Die Zeitung berichtet in sechzehn Fortsetzungen ausführlich von einem Rundgang durch die Ausstellung. Bei Freilichtaufführungen wird das Stück »Ludwigsburger Porzellan« zum besten gegeben. Tanzveranstaltungen finden im Gartensaal statt.¹⁶⁸ Der Ausbruch des 1. Weltkrieges beendet die Ausstellung jäh, am 11. August wird sie vorzeitig geschlossen.



König Wilhelm II. mit Oberbürgermeister Dr. Hartenstein beim Rundgang durch die Gewerbe- und Industrieausstellung von 1914

Vom 31. August bis 8. September 1935 wird auf dem Ratskellergelände eine weitere Gewerbeausstellung »als Ausdruck der neuen wirtschaftlichen Hoffnung« durchgeführt.¹⁶⁹ Auch diese Ausstellung ist in der Zeitung ausführlich beschrieben.¹⁷⁰ Unter anderem ist in einem Teil des Gartens eine »mit Liebe und Sorgfalt zusammengestellte kleine Ausstellung des Reichsluftschutzbundes« aufgebaut, und der Keller unter dem Pavillon ist zu Demonstrationszwecken als Luftschutzraum eingerichtet!

Renovierung und Umgestaltung 1927

Die Öffnung der Gaststätte für jedermann – das »Museum« war ja in erster Linie ein Vereinslokal – und der Anbau des Gartensaales sind ein großer Gewinn für die Gastronomie in Ludwigsburg. Unter der Bezeichnung »Ratskeller-Stadtgarten« werben die jeweiligen Pächter für das städtische Lokal und empfehlen es als »vornehmstes und erstes Restaurant am Platze«, in dem »nur städtische, garantiert

reine Regieweine« ausgeschenkt werden.¹⁷¹ Die Bezeichnung Stadtgarten ist übrigens bis in die Mitte der fünfziger Jahre gebräuchlich.

Nach Beendigung des 1. Weltkrieges kommt 1922 die Diskussion über die längst notwendige Verlegung des Haupteingangs wieder auf, die Inflation verhindert jedoch zunächst die Ausführung.¹⁷² Erst im Juli 1927 beschließt der Gemeinderat die Verlegung des Haupteingangs und bei dieser Gelegenheit auch eine Renovierung des großen Wirtschaftsraums im Erdgeschoß, allerdings in einfacher Ausführung¹⁷³, d. h. auf eine Decke mit Bögen, die dem Raum den Charakter eines Kellers verleihen sollte¹⁷⁴, ist verzichtet worden.

Am 6. Oktober 1927 ist die Innen- und Außenrenovierung des Ratskellers abgeschlossen. Die Verzierungen des Hauptportals mit dem Stadtwappen in einer Kartusche stammen vom Kunstbildhauer Erwin Dauner. Die Decke des Wirtschaftsraums ist grau im Grundton und quadratisch in fei-

**Ratskeller □ Stadtgarten
Ludwigsburg**

Fernsprecher Nr. 159 Besitzer **Julius Hoffmann** Fernsprecher Nr. 159

**Vornehmstes u. erstes Restaurant
am Platze.**

∴ **Grosser neuer Festsaal.** ∴

Grosses Lager in reinen alten und neuen Weinen.
F. F. Biere vom Fass:
Freiherrl. v. Tucherbräu, Nürnberg (bestes bayr. Bier)
Fürst von Fürstenbergbräu
(Tafelgetränk Sr. Maj. des Deutschen Kaisers)
Spezial-Schlossbräu, A. Fischer, hier.

Bekannt guten und grössten Mittagstisch.
Mittagessen von 1/12—2 Uhr.
Nach der Karte reichhaltigste Auswahl.

Zur Abhaltung von Hochzeiten, Familien- und Vereins-Festlichkeiten, Privat-Bällen, Versammlungen, Konferenzen etc. empfehle meine besonders geeigneten grösseren und kleineren Gesellschaftsräume bei unentgeltlicher Benützung.

Menuvorschlüge in jeder Preislage.

==== **Bierdepot.** ====

Lieferant vieler und höchster Herrschaften,
sowie sämtlicher Offizierkasinos.

Anzeige aus dem Adreßbuch von 1915



Grosser Gastraum, Blick auf die Bühne, um 1920



Die »Vereinigung der 1887er« im Ratskellergarten, 1927

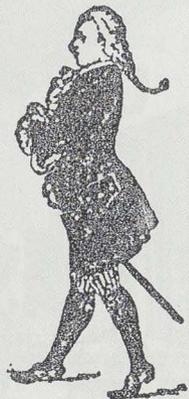
Ratskeller.

Fastnachtsdienstag von 7 Uhr ab
in sämtlichen Räumen

Fastnachts-Unterhaltung
mit Ball.

Originelle Dekorationen.

2 Kapellen.



Ludwigsburger Zeitung vom 23. Februar 1925

nen Farbnuancen ausgemalt. Die den Fenstern gegenüberliegende Wandseite schmückt ein Wandbild des Kunstmalers Pfennig, betitelt »Der Hungrige – Der Mäßige – Der Satte«. ¹⁷⁵

Der Ratskellergarten mit seinem neuen Musiktempel ist ein beliebter und oft benutzter Ort für sorgfältig arrangierte Gruppenfotos als Erinnerung an Jubiläen oder Treffen, die aus diesem Grund sicher gerne im Ratskeller durchgeführt werden.

Der Ratskeller im Spiegel von Zeitungsanzeigen

Ein Jahresquerschnitt von Anzeigen, die im Zusammenhang mit dem Ratskeller in der örtlichen Presse erschienen sind, gibt für die beiden politisch entscheidenden Jahre 1925, Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, und 1933, Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, einen Einblick in das Ludwigsburger Leben dieser beiden Jahre. Der Querschnitt läßt aber auch die steigende politische Beeinflussung der Menschen durch die nationalsozialistische Partei erkennen. Von den rund 40 Anzeigen, die in den beiden Jahren jeweils erschienen sind, haben 1925 vierzehn einen politischen Hintergrund, wobei davon die Hälfte dem aktuellen Wahlkampf zuzuordnen ist. 1933 sind es achtzehn, allerdings eben ohne eine einzige Wahlkampfanzeige.

Die großen Militärkonzerte im Garten verfehlen dabei sicher genausowenig ihre Wirkung bei der Bevölkerung wie der große Auftritt des Stabschefs der SA, Ernst Röhm, im Oktober 1932 anläßlich einer Fahnenweihe im Ratskellersaal. ¹⁷⁶

Renovierung 1936

Die große Renovierung des Wirtschaftsraums im Jahr 1927 war offensichtlich doch nicht so überzeugend gelungen wie es in der Zeitung anläßlich der Neueröffnung mit wohlgesetzten Worten beschrieben worden ist. Im Frühjahr 1936 beschließt nämlich der Gemeinderat, anläßlich eines Pächterwechsels eine weitere Renovierung durchzuführen, bei der in dem Wirtschaftsraum eine Decke eingezogen wird. ¹⁷⁷ Außerdem werden die Fenster »nach den Erfordernissen der Zeit« mit unsichtbaren Verdunkelungsvorhängen ausgerüstet. ¹⁷⁸

Ab 1. Juni 1936 ist der Ratskeller wieder geöffnet, neuer Pächter und Wirt ist Karl Henrichsen. ¹⁷⁹ Sein Pachtvertrag – und auch der seines Nachfolgers – sieht u. a. vor, daß sechs Prozent des Gesamt-Bruttoumsatzes als Pacht an die Stadt entrichtet werden müssen. Dem Umstand, daß der Wirt damit zur Errechnung der Pachthöhe jeden Monat seine Abrechnung vorlegen muß, ist es zu verdanken, daß die Umsätze des Ratskellers von 1936 bis 1955 lückenlos bekannt sind. ¹⁸⁰

Die ersten großen Veranstaltungen im frisch renovierten Ratskeller finden im Rahmen des Württembergischen Artilleristentages Anfang Juni 1936 statt. Dabei ist der Ratskeller einer der Treffpunkte der aus Anlaß des 200jährigen Bestehens der württembergischen Artillerie nach Ludwigsburg gekommenen Soldaten und Veteranen. Einem Bericht der Ludwigsburger Zeitung zufolge soll der Ratskeller »einfach nudelvoll« gewesen sein. ¹⁸¹

Zwei Jahre später feiern die Parteigenossen der Ortsgruppe Ost am 30. Januar 1938 den 5. Jahrestag der Machtergreifung mit einem Kameradschaftsabend im Ratskeller. ¹⁸² Aber auch die leichte Muse darf nicht fehlen: Im Sommer sorgen Variété-Aufführungen im Garten für die nötige Abwechslung. ¹⁸³

Ende 1938 werden im Gemeinderat Pläne zur Erweiterung des Gartensaals besprochen. ¹⁸⁴ Mitte 1940 wird auch über einen Küchenumbau verhandelt,

doch müssen die Baumaßnahmen auf die Zeit nach dem Krieg verschoben werden.¹⁸⁵

Kriegszeit

Für die Zeit des Krieges finden sich nur wenige Informationen über den Ratskeller, da sich die Zeitungen aus Platz- und Spargründen auf die wichtigen Ereignisse konzentrieren und auch keine Inserate mehr abdrucken. Bekannt sind allerdings Pläne und Kalkulationen für den Bau eines 500 Kubikmeter großen offenen Löschwasserbehälters in der Mitte des Ratskellergartens vom Oktober 1943, dessen Anlage zuvor vom Gemeinderat beschlossen wurde.¹⁸⁶

Gegen Ende des Krieges dient der Ratskeller der Stadtverwaltung häufig als zusätzlicher Ort für Gespräche mit der Öffentlichkeit. Von Anfang April 1945 an werden hier laufend Gespräche zwischen der städtischen Verwaltungsspitze und Vertretern aus Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe geführt, die hauptsächlich die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zum Inhalt haben.¹⁸⁷

Am 19. April 1945 findet im Nebenzimmer des Ratskellers eine Versammlung Ludwigsburger Einwohner statt, bei welcher der Kreisleiter und der Stadtkommandant zur Verteidigung Ludwigsburgs »bis zum letzten Mann« aufrufen.¹⁸⁸ Aber bereits am nächsten Vormittag teilt der Oberbürgermeister bei einer Besprechung mit den Amtsleitern im Ratskeller mit, daß die Hauptkampflinie zwischen Kornwestheim und Stuttgart verlegt worden und eine Verteidigung der Stadt demnach gegenstandslos sei. Am 21. April ziehen die Franzosen in Ludwigsburg ein.

Das Rathaus im Ratskeller

Ab dem 24. April richtet die französische und ab Anfang Mai deren Nachfolgerin, die amerikanische Militärregierung ihr Quartier im beschlagnahmten Rathaus ein. Als Ersatz werden der Stadtverwaltung u. a. die Büroräume über dem Ratskeller zugewiesen.¹⁸⁹ Das Betreten des Rathauses ist für Zivilpersonen streng verboten. Noch 1947 muß die Ausführung eines Gemeinderatsbeschlusses, am Balkon des Rathauses und an den Fenstern des Ratskellers Blumenschmuck anzubringen, zumindest was das Rathaus betrifft, davon abhängig gemacht werden, ob der tägliche Zutritt zum Blumengießen von der amerikanischen Militärregierung gestattet wird!¹⁹⁰

Neben Büroräumen und dem Zimmer des Oberbürgermeisters befindet sich auch der Sitzungssaal des Gemeinderates im Ratskeller, und zwar im 1. Obergeschoß, Zimmer 33.¹⁹¹ Es ist dies der größte im Ratskeller noch verfügbare, gerade 65 Quadratmeter große Raum an der Westseite des Gebäudes. Von Anfang an leidet diese Notlösung unter den beengten Raumverhältnissen. Und weil die Ratsherren in den harten Zeiten wenigstens weich sitzen sollten, beschließt der Gemeinderat Anfang 1947 die Anschaffung von 31 gepolsterten Sesseln.¹⁹² Für die Zuhörer stehen, sicher aus Platzgründen, nur schmale einfache Holzbänke an einer Seitenwand des Saales zur Verfügung.¹⁹³

Das Provisorium im Ratskeller bleibt bis zur Gemeinderatswahl im Januar 1951 bestehen. Da die von 30 auf 36 erhöhte Zahl von Gemeinderatsmitgliedern im bisherigen Saal nicht mehr untergebracht werden kann, genehmigt der Resident Officer nach Bitten des Oberbürgermeisters die Freigabe des Sitzungssaales im teilweise noch beschlagnahmten Rathaus. Der einstige Sitzungssaal im

Ratskeller wird 1957 durch Raumteilung in zwei Büroräume verwandelt.

Neben dem Gemeinderat benützt auch der Kreistag den Ratskeller als Tagungsstätte. Ab dem 29. Januar 1947 tritt er immer, wenn er in Ludwigsburg tagt, im großen Saal zusammen.¹⁹⁴ Der Ratskeller bleibt Tagungsstätte des Kreistags bis zur Fertigstellung des Kreishauses in den achtziger Jahren.

Zwei Pächter – zwei Schicksale

Die bittere Ironie der deutschen Geschichte in der Zeit von 1944 bis 1946 wird am beruflichen und persönlichen Schicksal der beiden Ratskellerwirte Karl Henrichsen und Karl Spohn spürbar. Es soll hier kurz geschildert werden.

Karl Henrichsen, seit 1933 Parteimitglied, wird im Januar 1944 wegen politischer Unzuverlässigkeit aus der NSDAP ausgeschlossen.¹⁹⁵ Ihm wird u. a. Interesselosigkeit der Partei gegenüber bzw. ständiger Nichtbesuch von Parteiveranstaltungen vorgeworfen. Seine Einsprüche führen nicht zum Ziel. Die Stadtverwaltung ihrerseits überlegt sich, ob unter den gegebenen Umständen die Pacht überhaupt weitergeführt werden soll.¹⁹⁶ Mitte August 1944 entzieht die örtliche Polizeidirektion Karl Henrichsen die Konzession mit der Begründung, daß politisch unzuverlässige Personen »auch als persönlich unzuverlässig zu behandeln und mithin vom Gaststättengewerbe fernzuhalten sind«. Prompt zieht die Stadtverwaltung nach und kündigt das Pachtverhältnis fristlos. Zur gleichen Zeit bewirbt sich bereits Karl Spohn um die in nächster Zukunft sicher frei werdende Pacht.¹⁹⁷ Ende August unterschreibt Karl Henrichsen unter Druck einen Vergleich und verläßt den Ratskeller. Mitte September 1944 zieht Karl Spohn als neuer Pächter ein¹⁹⁸, während Karl Henrichsen als Westwallarbeiter nach Belfort geschickt wird.

Für Karl Spohn endet die Pacht dann 1945 recht abrupt und unangenehm. Der Fabrikant Otto Heinrich Franck, in den letzten Kriegstagen als französischer Dolmetscher für die Stadtverwaltung tätig, schildert die Situation: »Als mir am 23. April frühmorgens Colonel Colliou [der Kommandeur der französischen Besatzungstruppen] sagte, daß er gestern abend auch noch den Besitzer des Ratskellers, Herrn Spohn, ins Gefängnis habe bringen lassen, weil er ihm und seinen Offizieren nicht die Vordertüre des Ratskellers aufgemacht habe, antwortete ich Colonel Colliou: ›Dabei muß es sich um ein Mißverständnis handeln, da bei uns hierzulande nur gute Gäste durch die Hintertür eine Gastwirtschaft betreten dürfen.‹ Die Folge davon war, daß Herr Spohn innerhalb von 20 Minuten frei war.«¹⁹⁹

Nach Kriegsende wird zunächst die gesamte Ratskellergaststätte von der amerikanischen Militärregierung beschlagnahmt, nachdem Karl Spohn zuvor, noch unter der französischen Militärregierung, als ehemaliges Parteimitglied seine Stellung als Pächter verloren hatte.²⁰⁰ Währenddessen versucht Karl Henrichsen bereits im Sommer als Wiedergutmachung seine alte Konzession zurückzubekommen – erfolglos, obwohl nach seiner Aussage der Ratskeller nie ein typisches Parteilokal war.

Am 4. Dezember 1945 gibt die amerikanische Militärregierung in einem ersten Schritt das große Wirtschaftszimmer des Ratskellers mit Küche und Keller zur Nutzung als städtische Kantine wieder frei und veranlaßt, daß Waldemar Kernbach, zunächst für ein Jahr, einen Pachtvertrag erhält. Er hat die städtischen Angestellten mit Mittag- und Abendessen zu versorgen. Für den allgemeinen Publikumsverkehr ist der Ratskeller erst ab 18 Uhr geöffnet.

Nach abgeschlossener Entnazifizierung meldet sich auch Karl Spohn wieder zu



Ratskellersaal, 1928

Wort und stellt an den Gemeinderat den Antrag, ihn in seine Rechte des früheren Pachtvertrags wieder einzusetzen, wobei er auch darauf hinweist, daß ihm durch Plünderung und 14tägige Truppenverpflegung ein Schaden von 30 000 Mark entstanden sei.²⁰¹ Die Stadtverwaltung sieht sich Karl Spohn gegenüber in der Pflicht und kann Waldemar Kernbach dazu bewegen, vorzeitig aus der Pacht auszusteigen, womit der Ratskeller ab Mitte August 1946 wieder an Karl Spohn verpachtet werden kann.²⁰² Karl Henrichsen wird erneut abgelehnt. Er verklagt daraufhin die Stadt auf Schadenersatz und erhält Ende 1953 eine Entschädigung von 14 000 Mark.²⁰³

Hat Karl Spohn 1944 in seinem ersten Vertrag noch das »Wirtschaftszimmer mit erhöhter Diele«, zwei Nebenzimmer, den Saal und den Garten gepachtet, so umfaßt sein erneuerter Vertrag von 1946 nur noch das Wirtschaftszimmer mit Küche.²⁰⁴ Nebenzimmer und Saal sowie offensichtlich auch der Garten sind zu dieser Zeit noch von der amerikanischen Militärregierung beschlagnahmt.²⁰⁵ Erst ab Ende November 1946 wird der Saal freigegeben und kann wieder verpachtet werden.²⁰⁶ Das Nebenzimmer kommt Mitte Januar 1947 dazu.²⁰⁷

Das »Schiller-Theater«

Im Frühjahr 1946 gründet Intendant Erich Homann in Ludwigsburg ein privates Theaterunternehmen, das »Schiller-Theater«.²⁰⁸ Auf dem Repertoire stehen klassische Stücke genauso wie Operetten oder Lustspiele. Premiere ist im Juli 1946.²⁰⁹ Noch ohne eigenen festen Spielort, tritt das »Schiller-Theater« zunächst als Wan-

derbühne in den Kreisgemeinden auf. Nach Aufhebung der Beschlagnahmung wird der Ratskellersaal der feste Spielort des Theaters. Als Festvorstellung zur Eröffnung der sogenannten Kammerspiele im Ratskellersaal wird am 22. Dezember 1946 »Der zerbrochene Krug« von Heinrich von Kleist aufgeführt.²¹⁰ 1947 wird der Saal mit 350 Polsterstühlen neu ausgestattet.²¹¹

Bis zum finanziellen Ende des Unternehmens 1949 wird im Ratskellersaal mehrmals wöchentlich Theater gespielt, wobei auch Gastspiele anderer Bühnen, z. B. der Württembergischen Landesbühne Esslingen, stattfinden.²¹²

Im Wirtschaftsaufschwung

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Ludwigsburg kommt wieder in Schwung. Im Herbst 1948 erscheint im Amtsblatt die erste Anzeige von Karl Spohn, mit der er für den Ratskeller wirbt.²¹³ Der Ratskeller und sein Saal werden von Vereinen wieder als Versammlungslokal benützt, im Winter, aus Kohlemangel, auch ohne Heizung.²¹⁴ Lichtbildervorträge, Konzerte blinder Künstler, Liederabende, Tanzunterhaltungen und Tanzstundenbälle, die sogenannten »Erdmann-Abende« – benannt nach dem hiesigen Theaterunternehmer Erdmann – wechseln sich mit politischen Veranstaltungen oder Werbevorfürungen ab. Alle Veranstaltungen müssen vorher von der Stadtverwaltung genehmigt werden und unterliegen außerdem noch der polizeilichen Meldepflicht.

Schon 1948 entwirft das Gartenamt Pläne für eine grundlegende Neugestaltung des Ratskellergartens mit einer Tanzfläche und einem Brunnen an Stelle des zugeschütteten Löschwasserbehälters.²¹⁵

Im Sommer findet jetzt im Ratskellergarten täglich ein Tanzkonzert statt.²¹⁶ Ein Brunnen aus Muschelkalk verschönert den Garten.²¹⁷ Als Brunnenfigur sitzt ein nackter Putto einsam auf einer Weltkugel und musiziert mit Fröschen. »Durch diese Brunnenfigur soll gleichsam unsere Armut und unser Kulturwillen verkör-



Der von Erwin Dauner gestaltete Brunnen im Ratskellergarten, um 1950

pert und der Charakter des Konzertgartens betont werden. «²¹⁸ Der Brunnen ist ein Werk des Ludwigsburger Bildhauers Erwin Dauner, der von 1924 bis 1954 im Gartenpavillon sein Atelier betreibt.²¹⁹ Mitte der 1990er Jahre muß der Brunnen nach einer mutwilligen Zerstörung der Figur abgeräumt werden.²²⁰

Das »Geheimgespräch« von Ludwigsburg

Eine Episode am Rand: Während im Saal vielleicht gerade eine Modenschau läuft, treffen sich am 2. Juli 1953 im Nebenzimmer des Ratskellers, »in einem versteckten Winkel«, die Landespolitiker Alex Möller und Gebhard Müller zu einem für den weiteren Verlauf der Landespolitik entscheidenden Gespräch.²²¹ Nachdem die Landesregierung unter Reinhold Maier durch den Rücktritt von Justizminister Victor Renner in eine schwere Krise geraten war, einigen sich hier im Ratskeller beide Politiker, daß künftig eine große Koalition aus SPD und CDU unter Leitung von Gebhard Müller gebildet werden soll, was dann auch Ende September 1953 nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Maier der Fall ist. Gebhard Müller wohnte übrigens lange Jahre in Ludwigsburg in der Mömpelgardstraße und hatte im Ratskeller seinen Stammtisch.

Der große Umbau 1953/54

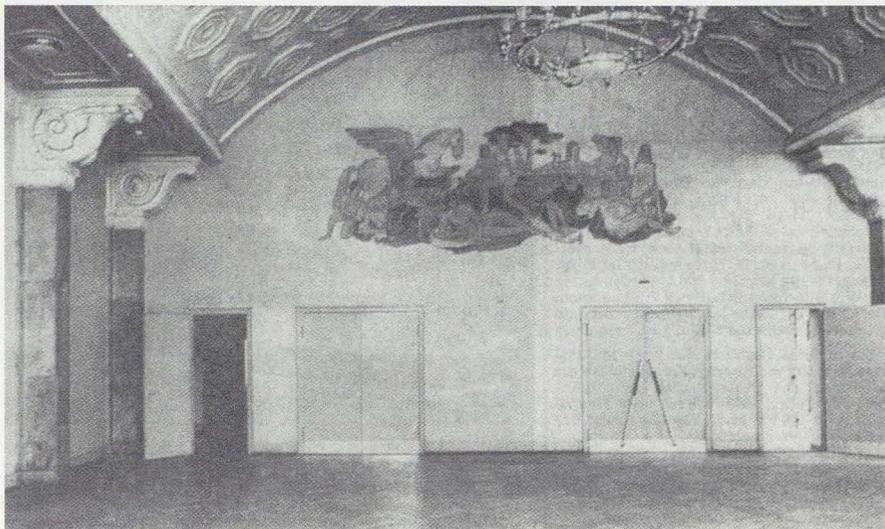
Mit den steigenden Besucherzahlen und der immer größer werdenden Auslastung der Lokalitäten treten auch die alten, schon vor dem Krieg beklagten Mängel deutlich wieder zutage. So weist u. a. auch der Pächter Karl Spohn im März 1953 in einem Brief an die Stadtverwaltung auf die dringend notwendigen Umbaumaßnahmen hin.²²² Stadtverwaltung und Gemeinderat zögern im Hinblick auf das bevorstehende Jubiläumsjahr 1954 nicht lange, den Ratskeller einer Generalsanierung zu unterziehen, und zwar in zwei voneinander getrennten Bauphasen: Dem Architekturbüro Kurt Knecht wird die Umbauplanung des gesamten Gaststättenbereichs übertragen²²³, das Büro Artur Kühlbrey ist für den Ratskellersaal zuständig.

Anhand von Mängel- bzw. Forderungslisten wird der Gesamtumfang der Arbeiten im Juni 1953 festgelegt: Unterkellerte Saalerweiterung um zwei Achsen nach Süden; Verlegung der Bühne von der Nord- an die Südseite des Saals; Unterkellerung der Saalvorhalle mit Garderobe; Verlegung der Toiletten in das Untergeschoß; Entfernung der ehemaligen Bühnenempore im großen Gastraum und dadurch Schaffung eines Nebenzimmers; Innenarchitektonische Umgestaltung des großen Gastraums; neuer Zugang zu den Kanzleien auf der Ostseite des Gebäudes; Schließung der Hofeinfahrt; Vergrößerung und teilweise Verlegung des Küchenbereichs; Abbruch des alten Wirtschaftsgebäudes Nr. 13a im Hof.²²⁴

Im August/September 1953 stimmen der Technische Ausschuß und der Gemeinderat den Umbauplänen zu. Anfang Oktober beginnen die Bauarbeiten an der Gaststätte, der Saal folgt in einem zweiten Bauabschnitt.²²⁵ Verschiedene Entwürfe für eine Neugestaltung des Gartens nach Abriß des Wirtschaftsgebäudes im Hof liegen vor.²²⁶ Mitte Januar 1954 beschließt der Technische Ausschuß, bei der Saalerweiterung die Ornamentdecke und die Karyatiden an den Pfeilern zu entfernen, nimmt dann aber nach heftigen Protesten von Friedrich Hausser, dem Architekten des Saals, den Beschluß zurück. Die neuen Kronleuchter für den Saal sind nach Entwürfen von Hausser angefertigt.

Auf die künstlerische Ausgestaltung der Räume wird von der Stadt größter Wert

gelegt. Von Susanne Duschek-Bundschuh stammt der Fries über dem Buffet. Kunstmaler Alfred Ade fertigt für den Treppenabgang ins Untergeschoß ein Sgraffito, zwei Pferde darstellend, an. Wilhelm Blutbacher schmückt die Nordwand des Saals über den Türen mit einem Wandbild, betitelt »Die Musen«.



Ratskellersaal mit dem Wandbild »Die Musen« von Wilhelm Blutbacher, 1971

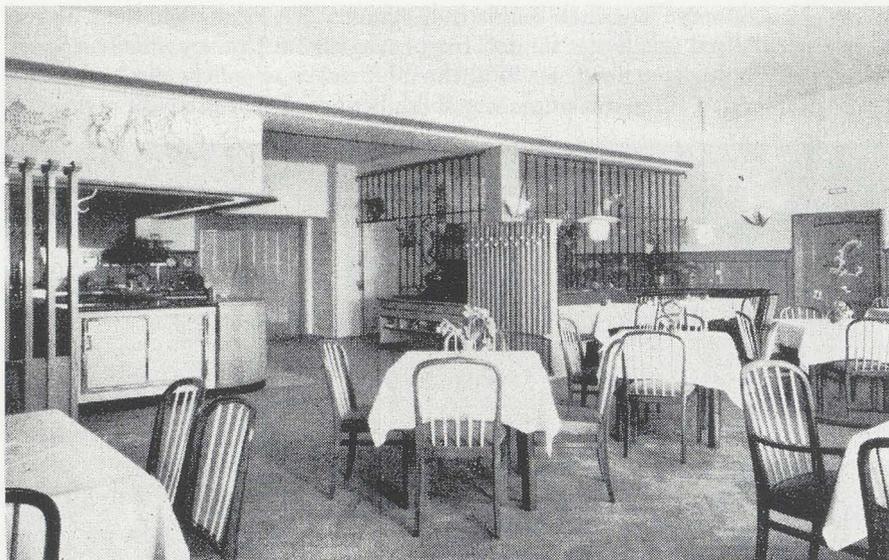
Für den Eingangsbereich stifteten die ausführenden Architekten ein mehrteiliges Kachelbild mit der Geschichte des Ratskellers. Mehrere Ludwigsburger Schreinermeister fertigen für das neue Barockzimmer eine Tür an, die mit dem in Intarsientechnik gearbeitetem Barock-L verziert ist. Die beiden blinden Fenster im kleinen Nebenzimmer sind mit drei auf Glas gemalten alten Ansichten und dem Stadtwappen von Ludwigsburg geschmückt, eine Stiftung von Stadtrat Dr. Schaefer und seiner Frau aus dem Jahr 1950.

Am 26./27. April 1954 wird der neugestaltete Ratskeller eröffnet.²²⁷

1955–1990

Im November 1955 werden nach 1830 und 1834 zum dritten Mal Kunstschatze aus königlichem Besitz im Ratskeller verkauft.²²⁸ Um ihre Pferdezucht in der Marienwahl aufrechterhalten zu können, läßt die Fürstin Pauline zu Wied, die Tochter König Wilhelms II., rund 600 persönliche Gegenstände verkaufen, u. a. Silberservice, Kristallsachen, Ludwigsburger Porzellan und Möbel. Nicht zuletzt wegen der engen Bindung der Fürstin an Ludwigsburg ist das Interesse an der Versteigerung sehr groß.

Nach siebzehn ereignisreichen Pachtjahren verläßt Karl Spohn 1961 den Ratskeller.²²⁹ Der Pächterwechsel wird zu einer Renovierung der Innenräume genutzt.²³⁰ Anfang November 1961 wird der Ratskeller unter dem neuen Pächter Ernst Sauter wiedereröffnet.²³¹ Interessant ist ein Gemeinderatsbeschuß aus die-



Blick in den großen Gastraum, 1954

ser Zeit, wonach Werbevorführungen und Ausstellungen nur dann in den Ratskellerräumen stattfinden dürfen, wenn sie dem Wesen des Ratskellers als einem gepflegten Gaststättenbetrieb entsprechen.²³²

Ernst Sauter ist bis Ende November 1970 Ratskellerwirt.²³³ Auch mit diesem Pächterwechsel wird eine Renovierung der Innenräume verbunden. Der Ratskeller bleibt dieses Mal allerdings über ein halbes Jahr geschlossen, da die Haustechnik und der Küchenbereich modernisiert werden müssen.²³⁴ Außerdem ist im Saal eine Verbesserung der Akustik dringend notwendig. Die schallharte Nordwand des Saals wird deshalb mit einer verrippten Holzverschalung verkleidet, hinter der sich seit dieser Zeit »Die Musen« von Wilhelm Blutbacher verstecken.²³⁵

Ende Juni 1971 wird der renovierte Ratskeller wiedereröffnet. Für die nächsten 21 Jahre ist Helmut Striffler Pächter und Ratskellerwirt. Eine lange Zeit, in der unzählige Vereinsfeiern, Ehrungen, Klassentreffen, Empfänge, Hochzeiten und Trauerfeiern, Festessen, Ausstellungen und Abschlußbälle in den altherwürdigen und immer wieder erneuerten Räumen stattfinden. Prominente und weniger prominente Leute sind in diesen Jahren Gäste des Ratskellers und haben sich ins Gästebuch eingetragen.²³⁶ Die »Nachfolger« der württembergischen Könige – die Ministerpräsidenten Gebhard Müller, Hans Filbinger, Lothar Späth – oder »ausländische Herrscher« wie Gerhard Stoltenberg und Franz-Josef Strauß geben sich genauso die Ehre wie Willy Brandt, Peter Schreier, Claudio Arrau, Rex Gildo, Jürgen von der Lippe oder die Miss Germany 1987/88, um nur eine kleine Auswahl zu nennen.

War der Ratskellergarten vor dem Krieg und noch in den fünfziger Jahren ein beliebter Treffpunkt in den Sommermonaten, so hat das Interesse in der Folgezeit sehr nachgelassen, mit der Folge, daß der Garten wegen der fehlenden Nutzung

immer mehr verkommt. Der Harmonika-Spielring, der seit 1967 den frisch renovierten Gartenpavillon als Übungsraum benützt, setzt 1974 erfolgreich die Renovierung des Gartens durch.²³⁷ Die Eröffnung erfolgt Anfang Juli, aber schon vier Jahre später ist alles wieder beim alten. Die Klagen über den schlechten Zustand sind nicht zu überhören. Zeitweise wird der Platz unter den Kastanien sogar zum Parken benützt. Die Wiederbelebungsversuche sind nicht immer sehr erfolgreich verlaufen, aus der Diskussion ist der Garten bis heute nicht gekommen.

Generalsanierung 1997/98 und neues Konzept

Anfang der neunziger Jahre, also rund zwanzig Jahre nach der letzten grundlegenden Renovierung, befindet sich der Ratskeller, insbesondere die Haustechnik, in einem so desolaten Zustand, daß eine umfassende Sanierung des Gebäudes dringend notwendig wird. Im Sommer 1991 wird deshalb eine 14,5 Millionen Mark teure Sanierung beschlossen.²³⁸ Doch noch vor Beginn der Bauarbeiten löst Helmut Striffler den Pachtvertrag und verläßt Ende März 1992 den Ratskeller. Sein Nachfolger ist Peter Reimertshofer. Die Stadt gibt jedoch zwischenzeitlich aus Geldmangel die Renovierungspläne auf, und als Peter Reimertshofer dann Ende Oktober 1994 aus finanziellen Gründen aus der Pacht aussteigt, wird der Ratskeller auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Über die künftige Verwendung wird in den zuständigen städtischen Gremien diskutiert: Verkauf oder Sanierung? Multikulturelle Nutzung zusammen mit dem Museum, dem Stadtarchiv oder dem Kunstverein? Reduzierte Gastronomie und teilweise Verpachtung an Gewerbebetriebe?

Im April 1995 einigt man sich auf eine gastronomische Konzeption mit zwei Pächtern, einen für den Ratskeller als Speisegaststätte (Fotius Kostakopoulos) und einen für das Ratskeller-Café (Herbert Adamek).²³⁹ Nach über einjähriger Planungszeit wird im September 1996 die Baugenehmigung erteilt und der Umbau beginnt.²⁴⁰ Am 29. November 1998 wird der neugestaltete Ratskeller mit einem Empfang in allen Räumen eingeweiht. Seit 1. Dezember ist er wieder der Ratskeller für alle Ludwigsburger.²⁴¹

Anmerkungen

Abkürzungen:	BSP	Bauschauprotokoll
	GRP	Gemeinderatsprotokoll
	HgW	Hie gut Württemberg (Beilage der LKZ)
	HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
	LGbl.	Ludwigsburger Geschichtsblätter
	LKZ	Ludwigsburger Kreiszeitung
	LT	Ludwigsburger Tagblatt
	LW	Ludwigsburger Wochenblatt
	LZ	Ludwigsburger Zeitung
	StadtALB	Stadtarchiv Ludwigsburg

1 Straßennamen sind in der aktuellen Bezeichnung wiedergegeben. – Wilhelmstraße: früher Post- bzw. Canzleistraße; Schloßstraße: früher Vordere Schloßstraße; Mömpelgardstraße: früher Hintere Schloßstraße.

2 Zur allgemeinen Stadtbauentwicklung unter Herzog Eberhard Ludwig siehe, wenn

- nicht anders vermerkt, Hermann Stroebel: Ludwigsburg, die Stadt Eberhard Ludwigs, Ludwigsburg 1918.
- 3 Christian Belschner: Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Gründung Ludwigsburgs, in: LGBL. 2, 1901, S. 56–91.
 - 4 Die heutige Wilhelmstraße liegt aus diesem Grund nicht exakt achsparallel zum Ludwigsburger Straßenraster.
 - 5 Wie Anm. 3.
 - 6 Es kann nur darüber spekuliert werden, warum das Palais, einige Meter nach Osten versetzt, außerhalb der Achse gebaut worden ist.
 - 7 Zu Pöllnitz und seiner Bautätigkeit in Ludwigsburg siehe Gerhard Heß: Die vier Bauten des Herrn von Pöllnitz, in: HgW 6, 1955, S. 1 ff.
 - 8 Georg Friedrich Ludwig Schönleber: Historisch statistische topographische Nachrichten von der Stadt Ludwigsburg (Fotokopie im StadtALB S 40/Nr. 7, S. 311/1).
 - 9 Ebd. – Die von W. Weber in seinem Aufsatz »Aus der Ludwigsburger Rathausgeschichte« (HgW 5, 1954, S. 90) gemachte Aussage, bei dem für das Rathaus vorgesehenen Gebäude handle es sich um das Ludwigsburger Amtshaus in der Oberen Marktstraße, kann nicht stimmen, da dieses Haus 1730 bereits seit zwei Jahren dem Stadtvogt Glaser gehört. Schönleber schreibt aber, daß von Pöllnitz sein Haus zum Verkauf angeboten habe.
 - 10 HStAS A 372 Bü 11.
 - 11 HStAS A 249 Bü 1427, S. 235.
 - 12 Wie Anm. 7.
 - 13 Beschreibung des feyerlichen und gnädigsten Einzugs Seiner Herzoglichen Durchlaucht . . . , anonym, Ludwigsburg 1767, S. 35.
 - 14 Herzog Karl Eugen von Württemberg und seine Zeit, hrsg. vom Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein, Esslingen 1907, Band 1, S. 514, 531.
 - 15 StadtALB L 155 Bd. 2, Bl. 4 ff. (Stadtuntergangsprotokoll vom 9. Mai 1785). – Mit »Untergang« ist ein Gremium gemeint, das sich mit Grenzproblemen und geringen Streitigkeiten beschäftigt. Die Protokolle, die sich auf Rechtsfälle innerhalb einer Stadt beziehen, sind die Stadtuntergangsprotokolle. Sie werden von einem Untergänger aufgenommen. In dem vorliegenden Stadtuntergangsprotokoll befindet sich auch ein Hinweis auf den vormaligen Besitzer, von Lenkersdorf, und den Erbauer, »Präsident von Pöllnitz«.
 - 16 StadtALB L 165 Bd. 1, Bl. 20r (Häuser- und Gebäude-Meßprotokoll 1788). – 1 Schuh = 1 Fuß = 28,65 cm; 1 Rute = 16 Schuh = 4,584 m.
 - 17 StadtALB L 165 Bd. 9a, Lit. A. Nr. 66 (Meßbuch der Stadt Ludwigsburg 1788).
 - 18 Es ist verwirrend, daß Oberst von Dedell in dem Häuser- und Gebäude-Meßprotokoll von 1788 nicht bei den auf Joseph Mainoni nachfolgenden »Possessores« aufgeführt ist. Unter 1789 ist als erster neuer »Possessor« die verwitwete »Frau Obristin von Dedell« eingetragen!
 - 19 Die Ausführungen zu Oberst von Dedell, wenn nicht anders vermerkt, nach Otto von Schanzenbach: Das frühere Museums- und jetzige Ratskellergebäude in Ludwigsburg, in: LGBL. 6, 1911, S. 76–88.
 - 20 StadtALB S 3/I/3, Bl. 49r (Zur Geschichte der Stadt Ludwigsburg, anonym 1800).
 - 21 Justinus Kerner: Das Bilderbuch aus meiner Knabenzeit, Frankfurt 1978, S. 89.
 - 22 Das Haus Württemberg. Ein biographisches Lexikon, hrsg. von Sönke Lorenz, Dieter Mertens und Volker Press, Stuttgart 1997, S. 289 ff.
 - 23 Paul Sauer: Der Schwäbische Zar. Friedrich, Württembergs erster König, Stuttgart 1984, S. 105 ff.
 - 24 Wie Anm. 20, Bl. 35r; wie Anm. 16, Bl. 20v.
 - 25 HStAS G 243 Bü 2–9 (Brief des Prinzen Friedrich Wilhelm vom 18. Februar 1790 an die Landschaft in Stuttgart).
 - 26 Georg Sebastian Zilling: Ludwigsburger Notabilien-Buch, Fotokopie im StadtALB S 40/Nr. 5, S. 72.
 - 27 Kerner (wie Anm. 21) S. 88.
 - 28 Ebd. S. 90.
 - 29 Ebd. S. 97 f.

- 30 G. Wiedenmann: Der Ludwigsburger Ratskeller im Wandel der Zeiten, in: HgW 5, 1954, S. 36.
- 31 LW 10. April 1830, 8. März 1834, 26. April 1834.
- 32 Wie Anm. 20, Bl. 34v.
- 33 Kerner (wie Anm. 21) S. 29 f.
- 34 LZ 6. Dezember 1898.
- 35 Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, hrsg. von dem Königlichen statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1859, S. 126.
- 36 C. F. Nast: Adress-Handbuch für Ludwigsburg, Ludwigsburg 1825, Anhang S. 36.
- 37 Wie Anm. 22, S. 313 f.
- 38 Ebd., S. 343 f.
- 39 Helmut Lauterwasser: Der prinzliche Schatullenverwalter, in: HgW 44, 1993, S. 7 f.
- 40 Joachim Veit: ... mit äußerster Diskretion zu benutzen, in: Neue Zeitschrift für Musik 12, 1989, S. 8 ff.
- 41 LZ 21. Dezember 1886; LKZ 15. Mai 1964, 21. November 1986.
- 42 Schanzenbach (wie Anm. 19).
- 43 Adreß-Bücher von Ludwigsburg 1819, 1825, 1831.
- 44 Nast (wie Anm. 36).
- 45 Wie Anm. 43.
- 46 LW 10. April 1830.
- 47 LW 8. März 1834, 1. April 1834.
- 48 Alf-Rüdiger Schmuker, Sebastian Kolb: Die Museumsgesellschaft Tübingen, Tübingen 1992. – Die Museumsgesellschaft Tübingen ist etwa zur gleichen Zeit wie die Ludwigsburger Museumsgesellschaft durch den Zusammenschluß mehrerer Lesegesellschaften entstanden. Die Entwicklung verläuft in Tübingen ähnlich wie in Ludwigsburg, Grundideen und Ziele sind gleich.
- 49 Karl Erbe: 110 Jahre Museumsgeschichte (Typoskript, StadtALB V 3/XIV Bü 20).
- 50 StadtALB L 1 Bü 242.
- 51 StadtALB V 3/XIV Bü 1 bis 20.
- 52 Hinweis auf eine Einzelarbeit zum Thema Museumsbibliothek: Ralf Mosny: Museumsgesellschaft Ludwigsburg, Diplomarbeit an der Hochschule für Bibliotheks- und Informationswesen Stuttgart, 1996.
- 53 Günther Bergan: Bibliotheken in Ludwigsburg, Ludwigsburg 1996, S. 65.
- 54 StadtALB V 3/XIV Bd. 2, Bl. 82r (7. April 1834).
- 55 StadtALB L 165 Bd. 94, Bl. 133 (Kaufbuch 1833–1835), L 150 Bd. 47, Bl. 67 (GRP vom 12. Mai 1834).
- 56 StadtALB V 3/XIV Bd. 2, Bl. 85v (14. April 1834).
- 57 LW 26. April 1834, 29. April 1834, 3. Mai 1834.
- 58 StadtALB V 3/XIV Bd. 2, Bl. 87v (21. April 1834).
- 59 LW 28. Juni 1834.
- 60 StadtALB V 3/XIV Bd. 3, Bl. 20v (4. November 1839).
- 61 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 75r (9. Januar 1854).
- 62 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 100v (3. März 1857), V 3/XIV Bü 14, 12. Juni 1857.
- 63 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 111v (12. Juni 1858).
- 64 LT 29. Dezember 1858.
- 65 StadtALB V 3/XIV Bü 14, 19. Januar 1859, V 3/XIV Bd. 4, Bl. 128r (27. Januar 1859).
- 66 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 130v (7. Februar 1859).
- 67 LT 14. Januar 1860.
- 68 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 173v (16. Februar 1861); V 3/XIV Bü 14, 1. März 1861.
- 69 StadtALB V 3/XIV Bü 14, 3. Mai 1863.
- 70 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 253r (20. Februar 1864).
- 71 StadtALB V 3/XIV Bd. 5, Bl. 18v (20. Juni 1865).
- 72 LT 7. September 1864.
- 73 StadtALB V 3/XIV Bü 14, Jahresbau-Überschlag 1872/1873. – Ein elliptisches Türschild »Lesezimmer« wurde bei der Renovierung 1997/98 auf dem Dachboden gefunden und vom Hochbauamt an das Stadtarchiv übergeben.

- 74 StadtALB V 3/XIV Bü 14, 1. November 1876.
- 75 StadtALB L 165 Bd. 33, Bl. 56 f. (Güterbuch 1886).
- 76 StadtALB L 165 Bd. 122, S. 181 ff. (Kaufbuch 1886).
- 77 StadtALB V 3/XIV Bd. 6, S. 31 (7. Dezember 1878).
- 78 StadtALB V 3/XIV Bü 14, März 1879.
- 79 StadtALB L 155 Bd. 26, S. 79 (BSP vom 26. April 1879), L 155 Bd. 40, S. 210 (BSP vom 30. April 1879), L 63/I Bü 1131 (Baugesuch vom April 1879).
- 80 StadtALB V 3/XIV Bd. 6, Bl. 61r (22. Juli 1879).
- 81 Ebd. S. 126 (4. März 1886).
- 82 Ebd. S. 139 (30. März 1886).
- 83 Ebd. S. 157 (4. November 1886).
- 84 StadtALB V 3/XIV Bü 11, 24. Januar 1887.
- 85 StadtALB V 3/XIV Bd. 6, S. 206 (20. Mai 1887), L 155 Bd. 29c, S. 17 (BSP vom 26. Mai 1887), L 155 Bd. 43, S. 406 (BSP vom 27. Mai 1887), L 63/I Bü 1131, (Baugesuch vom Juni 1887).
- 86 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 1 (14. März 1888).
- 87 LZ 15. Dezember 1887.
- 88 LZ 18. Dezember 1887.
- 89 LT 28. November 1867.
- 90 Ebd.
- 91 StadtALB L 150 Bd. 47, S. 97 (GRP vom 14. Juni 1834), L 32/II (Wirtschaftskonzessionen Buchstabe H).
- 92 LW 28. Juni 1834.
- 93 LW 1. Juli 1834. – Liste der ermittelbaren Museumswirte (nach den Protokollbüchern der Museumsgesellschaft, StadtALB V 3/XIV Bd. 2–5, und nach den Adreßbüchern von Ludwigsburg): Georg Ludwig Habermaaß (1834–1835), Friedrich Majer (1835–?), G. Kuhn (?–?), Pächter Schäfer (?–1838), Louis Habermaaß (1838–?), Madame Springer (1844–1845), Sebastian Maier (1845–1846), ehem. Museumsdiener Fees (1846–?), Pächter Breuninger (?–1853), Pächter Krehl (1853–1860), Pächter Schnauffer (1860–1868), Louis Obermüller (1868), Georg Leyser (1868–1879), Gottlob Läßle (1879–1888), August Schweitzer (1888–1895), Adolf Kipp (1895–1896), Georg Wurster (1896–1897), Carl Knapp (1897–1900).
- 94 StadtALB V 3/XIV Bd. 2, Bl. 122v (15. Dezember 1835).
- 95 StadtALB V 3/XIV Bd. 3, Bl. 101r (30. März 1844).
- 96 Ebd., Bl. 131v (20. Oktober 1845).
- 97 StadtALB V 3/XIV Bd. 3, Bl. 196v (28. Juli 1846).
- 98 LT 1. November 1848.
- 99 StadtALB V 3/XIV Bd. 2, Bl. 145r (8. Januar 1837) und Bd. 5, Bl. 132r (13. November 1874).
- 100 StadtALB V 3/XIV Bd. 3, Bl. 225v (31. Mai 1847).
- 101 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 167v (8. Dezember 1860).
- 102 StadtALB V 3/XIV Bd. 5, Bl. 132r (13. November 1874).
- 103 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 252 (2. Dezember 1894).
- 104 Ebd. S. 265 (29. April 1897).
- 105 Albert Pfister: Deutsche Zwietracht, Stuttgart 1902, S. 50, 53. – Es sei hier noch verwiesen auf Albert Pfister: Pfarrers Albert, Stuttgart 1901. Pfister beschreibt darin u. a. seine Kriegsschulzeit in Ludwigsburg Mitte des 19. Jahrhunderts. Auf S. 164 kommt er auf das »Museum« und die darin stattfindenden Bälle zu sprechen, wobei er sich etwas despektierlich über die Schönen Ludwigsburgs äußert.
- 106 StadtALB V 3/XIV Bd. 3, Bl. 135r (10. November 1845).
- 107 Wie Anm. 86.
- 108 LT 8. März 1865.
- 109 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 203v (25. November 1861).
- 110 Tony Schumacher: Mein Kindheitsparadies, Stuttgart 1914, S. 117.
- 111 Wolfgang Läßle: Ludwigsburg in den Revolutionsjahren 1848/49, in: LGbl. 52, 1998, S. 67–141, hier S. 69 f.

- 112 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 19r (2. Mai 1849).
- 113 StadtALB V 3/XIV Bd. 5, Bl. 98v (25. Februar 1871); LT 29. Juli 1870, 8. Februar 1871, 16. März 1871.
- 114 StadtALB V 3/XIV Bd. 6, S. 124 (21. Dezember 1885).
- 115 LZ 23. Dezember 1885, 30. Dezember 1885.
- 116 LZ 25. Februar 1886, 28. Februar 1886.
- 117 LZ 25. Februar 1886.
- 118 LZ 9. März 1886.
- 119 LZ 15. Dezember 1887, 18. Dezember 1887.
- 120 StadtALB L 165 Bd. 19, Bl. 3 (Güterbuch 1846).
- 121 LW 5. Juli 1834.
- 122 LW 24. Mai 1842.
- 123 StadtALB V 3/XIV Bd. 3, Bl. 194v (17. Juli 1846).
- 124 Ebd. Bl. 179v (29. Mai 1846).
- 125 Ebd. Bl. 196v (28. Juli 1846).
- 126 StadtALB V 3/XIV Bd. 5, Bl. 78v (17. Dezember 1868).
- 127 StadtALB V 3/XIV Bü 11, 7. Juli 1887; LZ 5. Juli 1887.
- 128 StadtALB V 3/XIV Bd. 5, Bl. 114r (10. Dezember 1872).
- 129 StadtALB V 3/XIV Bd. 6, S. 7 (20. April 1878). – Der Pavillon im Garten ist als Gebäude von besonderer Bedeutung seit 1928 nach § 28 (§ 12 Denkmalschutzgesetz) erfasst. Das Hauptgebäude ist als Kulturdenkmal nach § 2 des Denkmalschutzgesetzes registriert.
- 130 StadtALB V 3/XIV Bd. 2, Bl. 89r (29. April 1834).
- 131 StadtALB V 3/XIV Bd. 4, Bl. 70v (20. Juni 1853).
- 132 StadtALB V 3/XIV Bd. 5, Bl. 91v (2. März 1870).
- 133 StadtALB V 3/XIV Bd. 6, S. 208 (13. September 1887); ebd. Bü 11, 20. September 1887.
- 134 LZ 20. September 1887.
- 135 StadtALB V 3/XIV Bü 11, 7. Juli 1887.
- 136 Erbe (wie Anm. 49).
- 137 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 29 (3. September 1888).
- 138 Ebd. S. 253 (6. Dezember 1894); LZ 10. Januar 1895.
- 139 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 204 (14. Mai 1891).
- 140 Ebd. S. 249 (29. September 1894).
- 141 Ebd. S. 261 (15. Oktober 1896).
- 142 Ebd. S. 268 (3. März 1898).
- 143 Ebd. S. 272 (24. März 1898).
- 144 LZ 30. April 1898.
- 145 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 275 (2. Dezember 1898).
- 146 Ebd. S. 276 (12. Januar 1899); StadtALB L 150 Bd. 120, S. 644 (GRP vom 21. Dezember 1898, § 8).
- 147 StadtALB L 165 Bd. 135, Bl. 193 ff. (Kaufbuch 1899), L 150 Bd. 121, S. 62 (GRP vom 1. Februar 1899, § 5).
- 148 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 279 (22. Februar 1899).
- 149 StadtALB L 150 Bd. 121, S. 308 (GRP vom 31. Mai 1899, § 3), L 23 Bü 36.
- 150 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 342 (12. Oktober 1905) und S. 347 (31. Januar 1906), L 23 Bü 37.
- 151 StadtALB L 23 Bü 37.
- 152 StadtALB L 150 Bd. 122, S. 358 (GRP vom 13. Juni 1900, § 3); LZ 13. Juni 1900.
- 153 LZ 28. Juni 1900.
- 154 LZ 13. Juli 1900. – Liste der Ratskellerwirte (StadtALB L 32/II/454 und L 23 Zugangs-Nr. I/20/93, Ordner 3): Robert Sautter (1900–1908), Julius Hoffmann (1908–1918), Eugen Hoffmann (1918–1919), Alfred Baumeister (1919–1931), Albert Remmele (1931–1936), Lotte Remmele Wwe. (1936), Karl Henrichsen (1936–1944), Karl Spohn (1944–1945), Waldemar Kernbach (1945–1946), Karl Spohn (1946–1961), Ernst Sauter (1961–1970), Helmut Striffler und Hagen Mühlich (1971–1974), Helmut Striffler (1974–1992), Peter Reimertshofer (1992–1994), Fotius Kostakopoulos und Jörg Adamek (seit 1998).

- 155 StadtALB L 155 Bd. 29m, S. 150 (BSP vom 2. Juni 1900), L 155 Bd. 50, S. 527 (BSP vom 10. Juli 1900), S 12/II/68 (Baupläne).
- 156 StadtALB V 3/XIV Bd. 7, S. 285 (20. Oktober 1899), L 155 Bd. 33a, S. 44 (BSP vom 24. Juli 1899). – Weitere nichtstädtische Nutzungen des Ratskellergebäudes: Die Königl. Oberersatzkommission führt ab 1899 Musterungen im Ratskellersaal durch (StadtALB L 150 Bd. 121, S. 286; LZ 2. Mai 1902); ein Kanzleiraum im Obergeschoß ist bis Ende 1919 vom Bezirksgeometer belegt, ein weiterer Raum wird ab 1907 dem Handels- und Gewerbeverein zur Verfügung gestellt (ebd. L 23 Bü 37).
- 157 StadtALB L 23 Bü 36, Bü 36a.
- 158 Wie Anm. 151.
- 159 Christian Belschner: Mitteilungen aus dem Verein, in: LGbl. 2, 1901, S. 98 ff.
- 160 LZ 30. März 1901.
- 161 StadtALB L 150 Bd. 123, S. 290 (GRP vom 19. Juni 1901); LZ 27. Mai 1905.
- 162 Christian Belschner: Zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Historischen Vereins, in: LGbl. 9, 1923, S. 7 f.
- 163 StadtALB S 31, ST4.2 (Gewerbeausstellungen).
- 164 StadtALB V 3/XXXVII Bü 194.
- 165 Ebd. Bü 195, L 155 Bd. 53, S. 361 (BSP vom 23. März 1914).
- 166 StadtALB V 3/XXXVII Bü 188, L 155 Bd. 53, S. 291 (BSP vom 24. Dezember 1913).
- 167 StadtALB L 23 Bü 36a.
- 168 StadtALB L 3 Bü 644.
- 169 Wie Anm. 163.
- 170 LZ 31. August 1935.
- 171 Ludwigsburg, Kleiner Führer (ca. 1915, ca. 1920); Adreßbuch 1915; Wohnungsbuch 1920; Führer durch Ludwigsburg, 1925.
- 172 Wie Anm. 167. – Hinweis auf einige Umbau- und Renovierungsarbeiten dieser Zeit: 1923 Einbau einer Dachgeschoßwohnung (StadtALB L 155 Bd. 54, S. 720); 1926 Innenrenovierung des Gartensaals, Einbau einer Gasheizung (L 23 Bü 36a); 1931 Umstellung auf Wasserspülung (L 150 Bd. 154, S. 123).
- 173 StadtALB L 23 Bü 36a, L 150 Bd. 150, S. 175 (GRP vom 5. Juli 1927, § 15).
- 174 LZ 12. Juni 1927.
- 175 LZ 1., 5., 6. Oktober 1927.
- 176 LZ 10. Oktober 1932.
- 177 StadtALB L 150 Bd. 159, S. 31 (GRP Verw.-Abtlg. vom 6. April 1936).
- 178 LZ 5. Juni 1936.
- 179 Ebd.
- 180 StadtALB L 24 A.Z. I/20/1993. – In Fasz. 5 dieser Quelle sind die Inventarverzeichnisse des Ratskellers von 1944 bis 1955 vorhanden. In dieser Zeit speist man übrigens im Ratskeller bei besonderen Anlässen mit Silberbesteck!
- 181 LZ 8. Juni 1936.
- 182 LZ 31. Januar 1938. – Die Stadt veranstaltete schon seit 1934 regelmäßig aus Anlaß der Machtergreifung sogenannte Betriebs- oder Gemeinschaftsappelle der städtischen Angestellten und Arbeiter im Ratskellersaal (StadtALB L 10 AZ II/1134).
- 183 LZ 14. Juni 1937.
- 184 StadtALB L 150 Bd. 161, S. 155 (GRP vom 24. November 1938).
- 185 StadtALB L 150 Bd. 163, S. 119 (GRP vom 13. Juni 1940, § 5).
- 186 StadtALB L 32 A.Z. I/17/1985, L 150 Bd. 166, S. 74 (GRP vom 15. September 1943, § 3).
- 187 Wolfgang Läßle: Zusammenbruch, Besetzung, Neubeginn. Ludwigsburg in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs, Ludwigsburg 1982, S. 46.
- 188 Ebd. S. 52.
- 189 Ebd. S. 75.
- 190 StadtALB L 150 Bd. 169, S. 40 (GRP Verw.-Abtlg. vom 18. Februar 1947, § 2, 19).
- 191 Amtsblatt für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg, 11. Januar 1947. – Zu den Raumverhältnissen im Büroteil des Ratskellers nach 1945, wenn nicht anders vermerkt: StadtALB L 3/I A.Z. 1141, L 3/III A.Z. 1141, ferner L 9 Bü 4, Bü 7 (Handakten des OB).
- 192 Wie Anm. 190, S. 23 (GRP Verw.-Abtlg. vom 28. Januar 1947, § 2, 12.).

- 193 StadtALB L 150 Bd. 170, S. 35 (GRP vom 24. März 1948, § 3).
- 194 Amtsblatt für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg, 25. Januar 1947, 18. Februar 1950.
- 195 StadtALB L 150 Bd. 167, S. 10 (GRP vom 2. Februar 1944, § 9). – Zur Pacht von Karl Henrichsen, seiner Entlassung und seinem Rechtsstreit mit der Stadt siehe: L 24 A.Z. I/20/1993 Fasz. 4.
- 196 StadtALB L 150 Bd. 167, S. 53 (GRP vom 28. Juni 1944, § 9).
- 197 Ebd. S. 69 (GRP vom 16. August 1944, § 6).
- 198 StadtALB L 23, Zugangs Nr. I/20/93, Ordner 3.
- 199 Läßle (wie Anm. 187) S. 72.
- 200 Zur Ratskellerverpachtung direkt nach Kriegsende siehe StadtALB L 24 A.Z. I/20/1993 Fasz. 1.
- 201 StadtALB L 150 Bd. 168, S. 53 (GRP Verw.-Beirat vom 11. Juni 1946, § 2).
- 202 Ebd. S. 77 (GRP Verw.-Beirat vom 2. Juli 1946, § 2).
- 203 StadtALB L 150 Bd. 175, S. 184 (GRP vom 8. Dezember 1953, § 2).
- 204 Wie Anm. 198.
- 205 Wie Anm. 201.
- 206 StadtALB L 150 Bd. 168, S. 240 (GRP Verw.-Beirat vom 26. November 1946, § 2, 4.).
- 207 Wie Anm. 190, S. 17 (GRP Verw.-Abtlg. vom 21. Januar 1947, § 2, 3.).
- 208 Wolfgang Läßle: Ludwigsburg in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg, in: LGbl. 45, 1991, S. 87–170, hier S. 166.
- 209 Amtsblatt für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg, 20. Juli 1946.
- 210 Ebd. 21. Dezember 1946.
- 211 Wie Anm. 190, S. 46 (GRP Verw.-Abtlg. vom 25. Februar 1947).
- 212 LKZ 16. April 1949.
- 213 Amtsblatt für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg, 4. September 1948.
- 214 Ebd. 8. Februar 1947; StadtALB L 24 A.Z. I/20/1993 Fasz. 3.
- 215 StadtALB S 12/V/32 (Pläne). – Weitere Pläne zum Ratskeller und Ratskellergarten siehe: S 12/II/26; Registratur und Archiv des Hochbauamts. – Zu baulichen Veränderungen, Pacht- und Mietsachen betr. Ratskeller und Ratskellergarten von 1948 bis 1970, wenn nicht anders vermerkt: StadtALB L 3/II A.Z. 3111, L 3/III A.Z. 7204.
- 216 LKZ 17. Mai 1950. – Von 32 Anzeigen, die 1950 für den Ratskeller erschienen sind, weisen 21 auf Tanzveranstaltungen hin!
- 217 LKZ 2. Juli 1949.
- 218 StadtALB L 150 Bd. 170, S. 32 (GRP Techn. Abtlg. vom 29. Oktober 1948, § 2).
- 219 LKZ 13. März 1954.
- 220 Auf einem Foto des Ratskellergartens in der LKZ vom 4. Februar 1993 ist der Brunnen als Torso ohne Figur zu erkennen.
- 221 Von der Ständerversammlung zum demokratischen Parlament, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, S. 300 f; Stationen 1952–1992, hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg [1992], S. 41 f.
- 222 Quellen zum Umbau 1953/54, wenn nicht anders vermerkt: StadtALB L 65 Zugangs Nr. I/38/1982 Ordner 55 und 78, L 3/II A.Z. 3111, L 3/III A.Z. 7204.
- 223 Originalpläne im Architekturbüro Kurt Knecht, Ludwigsburg; Bauzeichnungen 1L52.
- 224 Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt Ludwigsburg, Bautagebuch Nr. 372 vom 12. Juni 1954.
- 225 LKZ 3. Oktober 1953, 7. November 1953.
- 226 Wie Anm. 215.
- 227 LKZ 26., 28. April 1954.
- 228 LKZ 22., 26. November 1955.
- 229 Wie Anm. 198.
- 230 Wie Anm. 224, Baugesuch 1961/1178. – Bei diesem Baugesuch befinden sich zwei Pläne vom 1. Obergeschoß und vom Dachgeschoß des Ratskellergebäudes von 1931!
- 231 Wie Anm. 198.
- 232 StadtALB L 150 Bd. 178, S. 128 (GRP vom 5. Juli 1956, § 1,3), L 150 Bd. 186, S. 376 (GRP vom 11. November 1964, § 4). – Schon 1953 gab es Ärger, als die Ludwigsburger bzw. die Ludwigsburgerinnen am 6. Oktober in einer großen Anzeige einer Waschauto-

- matenfirma aufgefordert wurden, schmutzige Wäsche zum Probewaschen in den Ratskeller mitzubringen.
- 233 Wie Anm. 198.
- 234 Wie Anm. 224, Bautagebuch Nr. 115/71 vom 6. Mai 1971.
- 235 StadtALB S 31 »SS 6.1«, »SK 5.3.2«. – In diesen Beständen befinden sich Zeitungsausschnitte und allgemeine Materialien zum Thema Ratskeller, vor allem aus der jüngeren Zeit.
- 236 StadtALB S 32 »SK 5.3.2«. – Die Fotokopie der beiden Bände des Ratskeller-Gästebuches befindet sich dank freundlicher Unterstützung von Helmut Striffler im Stadtarchiv Ludwigsburg.
- 237 StadtALB SQ 4.3 (25 Jahre Harmonika-Spielring).
- 238 Zur Sanierung 1997/98 siehe, wenn nicht anders vermerkt: Anm. 235; GRP vom 10. Juli 1991 Top 11, S. 213. – In einem erweiterten Sonderdruck dieses Aufsatzes, hrsg. vom Stadtarchiv Ludwigsburg, wird die Sanierung 1997/98 ausführlicher behandelt.
- 239 Bauausschuß vom 27. April 1995.
- 240 Bauausschuß vom 12. September 1996.
- 241 LKZ 12. Dezember 1998.

Besten Dank an Frau Galaske, Frau Witzmann und Herrn Läßle vom Stadtarchiv Ludwigsburg für die freundliche Unterstützung und die zahlreichen nützlichen Hinweise.

Berichte und Notizen

Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1998/99

1. Die Vorträge im Winterhalbjahr 1998/99 im Kulturzentrum Ludwigsburg

1. Donnerstag, 8. Oktober 1998: Zum Auftakt der Vortragsreihe im Winterhalbjahr sprach Stadtbaumeister a.D. Richard Hachenberger über »Immanuel Dornfeld aus Neckarweiningen (1796–1869) – Pionier des Weinbaus in Baden-Württemberg«. Eine angenehme Überraschung erwartete die Besucher: Ansprechend dekoriert standen jeweils eine Flasche Dornfelder und seiner »Eltern« (Heroldrebe und Helfensteiner) bereit zur Weinprobe – der gelungene Versuch des Referenten, seinen Vortrag nicht zu trocken geraten zu lassen.

Der »Dornfelder« ist die erfolgreichste Neuzüchtung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Weinsberg; diese Sorte nimmt inzwischen den vierten Platz unter den Rotweinen in Deutschland ein. Benannt ist sie nach Immanuel August Dornfeld, dem Pionier des württembergischen Weinbaus. Die Vorfahren waren protestantische Glaubensflüchtlinge aus den damals spanischen Niederlanden. Im 18. Jahrhundert spaltete sich eine württembergische Linie der Dornfelds ab, die unter anderem Pfarrer in Oberstenfeld und Neckarweiningen stellte. Im Pfarrhaus von Neckarweiningen wurde am 15. Mai 1796 Immanuel Dornfeld geboren. Als königlicher Verwaltungsbeamter versah er 18 verschiedene Ämter in rund 20 Städten und Gemeinden Württembergs und war seit 1850 Kamealverwalter in Weinsberg.

Bekannt geworden ist Immanuel Dornfeld schon seinen Zeitgenossen durch sein unermüdliches Engagement für den württembergischen Weinbau. Dabei war er ein völliger Autodidakt auf diesem Gebiet. Wo er seine umfassenden Kenntnisse erworben hat, ist unbekannt. In einer Vielzahl von Schriften und Vorträgen kämpfte er für die Hebung der Weinqualität; zugleich zählte er zu den aktivsten Mitgliedern der »Gesellschaft für die Weinverbesserung in Württemberg«, der Vorgängerin des heutigen Weinbauverbandes Württemberg. Er war aber nicht nur Theoretiker, sondern setzte seine Grundsätze auch erfolgreich in die Praxis um. Bei der Weltausstellung 1867 in Paris wurden Weine prämiert, die von Dornfelds Weinbergen in Weinsberg stammten. Dornfeld gab auch den Anstoß zur Einrichtung einer Weinbauschule, der heutigen Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt. König Wilhelm I. genehmigte 1864 die Weinbauschule; vier Jahre später wurde sie eingeweiht. Die Berufung als erster Direktor dieser Einrichtung lehnte Dornfeld aber ab. Ein Jahr nach ihrer Eröffnung, am 24. Dezember 1869, starb er in Weinsberg. Sein mit einem Traubenornament verzierter Grabstein steht heute, frisch renoviert, in der Vorhalle der Schule, die ohne ihn nie zustande gekommen wäre. *ev*

2. Donnerstag, 12. November 1998: Pfarrer Dr. Joachim Hahn referierte über »Die Entstehung der Israelitischen Gemeinde in Ludwigsburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts«. Der Vortrag wurde in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 52/1998 (S. 47–66) abgedruckt.

3. Donnerstag, 10. Dezember 1998: Stadtarchivar Wolfgang Läßle sprach über »Ludwigsburg in den Revolutionsjahren 1848/49«. Der Vortrag wurde in erweiterter Fassung ebenfalls in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 52/1998 (S. 67–141) veröffentlicht.

4. Donnerstag, 14. Januar 1999: Den ersten Vortrag im neuen Jahr hielt Dr. Susanne Dieterich, geschäftsführende Direktorin der Ludwigsburger Schloßfestspiele, über »Mätressen am württembergischen Hof«. In der sehr gut besuchten Veranstaltung berichtete die Referentin über eine Gruppe von Frauen, die vor allem im Zeitalter des Barock im Zentrum der Aufmerksamkeit standen und dabei sehr zwiespältige Gefühle auslösten.

Frauen im Rang einer Mätresse gab es zu allen Zeiten an Fürstenhöfen in der ganzen Welt. Sie wurden beneidet, zuweilen geliebt, oft gehaßt. Doch waren sie wirklich so schlecht wie ihr Ruf? War ihr Einfluß wirklich so schädlich? Und waren sie allein für die Mißstände im Land verantwortlich? Bis heute herrscht in der öffentlichen Meinung ein einseitiges Bild vor. Die Absicht der Rednerin war es, dieses Phänomen neu anzugehen, nämlich aus der Sicht der Frauen.

Schon die Vorgängerinnen der Mätressen, die Hetären im antiken Griechenland, waren hochgebildete Frauen gewesen, die sich durch Geist und Bildung auszeichneten, ähnlich wie die Kurtisanen der Renaissancezeit in Rom. Was die Mätresse (frz.: Herrin, Geliebte) von einer Ehefrau unterschied, war zunächst ihr Status vor dem Gesetz. Die anerkannte Mätresse (*Maitresse en titre*) stand im Rang direkt hinter der Ehefrau des Fürsten und trug blaue Strümpfe als Zeichen ihrer Zugehörigkeit zum Landesherrn. Sie übernahm wichtige Funktionen und Ämter am Hof; sie war z. B. für Ressorts wie Kultur und Personal verantwortlich. Ihre Chance kam immer dann, wenn die Ehefrau des Fürsten die Erwartungen nicht erfüllte. Nach dem Tod des Fürsten folgte meist ein tiefer Sturz.

Männliche Gegenstücke zu den Mätressen gab es zwar auch, aber diese Umkehrung der Geschlechterrollen war viel seltener. Am bekanntesten sind wohl die Günstlinge der russischen Zarin Katharina der Großen. Aber auch in Württemberg gibt es Beispiele dafür, so etwa das Verhältnis zwischen der verwitweten Herzogin Sybilla und dem berühmten Musiker Johann Jacob Froberger.

Wie unterschiedlich Mätressen beurteilt werden konnten, beweisen zwei Frauengestalten aus dem 18. Jahrhundert: Wilhelmine von Grävenitz, die »schlechte Mätresse«, und Franziska von Hohenheim, die »tugendsame Mätresse« (Friedrich Schiller).

Franziska war eigentlich keine Mätresse im klassischen Sinne, sondern viel eher eine zeitweilig verhinderte Ehefrau. Dennoch wurde sie nach dem Tod von Herzog Carl Eugen wieder als Mätresse abgestempelt und um ihre berechtigten Ansprüche betrogen. Selbst ein gemeinsames Grab mit ihrem geliebten Carl Eugen verweigerte man ihr. Bis heute aber ist Franziska eine der populärsten Frauengestalten der württembergischen Landesgeschichte geblieben. Nicht von ungefähr versammelten sich im Januar vergangenen Jahres im Park von Hohenheim mehrere tausend Menschen, als dort ein Denkmal aus Anlaß ihres 250. Geburtstages enthüllt wurde.

Für Wilhelmine von Grävenitz, die »Landesverderberin«, gab es kein Denkmal. Ganz im Gegenteil: Nahezu alle ihre Aufzeichnungen, Tagebücher und Briefe wurden vernichtet. Dabei gelang ihr ein bemerkenswerter Aufstieg vom Objekt einer Intrige zur gewieften Machtpolitikerin. 25 Jahre lang konnte sie die Bezie-

hung zu Herzog Eberhard Ludwig aufrechterhalten, bis sie verstoßen und auf dem Hohenurach eingekerkert wurde. Auf preußischen Druck freigelassen, starb sie 1744 in Berlin im Alter von 58 Jahren. *ev*

5. Donnerstag, 11. Februar 1999: Studiendirektor Dr. Arnulf Moser sprach über »Die nationalpolitischen Erziehungsanstalten in Südwestdeutschland – Eliterteilziehung im Dritten Reich«. Der Referent hatte dieses Mal eine besonders weite Anreise, war er doch eigens für den Vortrag aus Konstanz gekommen. Seine Ausführungen basierten auf mündlichen und schriftlichen Interviews mit etwa zwei Dutzend ehemaligen Schülern der nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napolas) Rottweil und Reichenau.

Die ersten Napolas wurden schon kurz nach der Machtergreifung Hitlers im April 1933 gegründet. Die Aufgabe dieser Schulen war es, den Nachwuchs für Führungspositionen im nationalsozialistischen Staat heranzuziehen. Es waren staatliche Schulen, keine Parteischulen. Neben der Schulbildung standen ein breites Sportangebot, Geländespiel, Musisches und Weltanschauung auf ihrem Programm. Zum Unterricht hinzu kamen Auslandsreisen, Schüleraustausch, Wander- und Skifahrten sowie Arbeitseinsätze in der Landwirtschaft und im Bergbau. Es waren ausgesprochene Eliteschulen, die etwa nur 1,5 Prozent der deutschen Abiturienten stellten. Zum elitären Charakter dieser Schulen trug bei, daß es keine Repetenten gab, was die Schüler unter starken Druck setzte. Lehrer und Schüler waren uniformiert, die Schulen autoritär strukturiert. Klassen hießen »Züge«, die Schüler »Jungmänner«, die Lehrer »Erzieher«; sie hatten Ränge wie »Zugführer« und »Hundertchaftsführer«. Zu den Schülern einer Napola gehörten so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der Schauspieler Hardy Krüger, der Journalist Theo Sommer, der General Günter Kießling und der Bankier Alfred Herrhausen.

Außerhalb Preußens gründeten lediglich die Länder Anhalt, Sachsen und Württemberg eigene Napolas, die erste davon 1934 in Backnang. Die in einer aufgelösten Lehrerbildungsanstalt gegründete Napola Backnang war eine gymnasiale Oberstufe (Klassen 11 bis 13), hatte also nichts mit dem Vorbild der preußischen Kadettenanstalten zu tun, sondern versuchte vielmehr, die Tradition der evangelisch-theologischen Klosterschulen in Württemberg im nationalsozialistischen Sinne weiterzuentwickeln und umzuformen. Rottweil, 1936 ebenfalls in einer ehemaligen Lehrerbildungsanstalt eingerichtet, war zunächst lediglich als Mittelstufe für Backnang gedacht (Klassen 8 bis 10). Durch einen Staatsakt in Backnang wurden am 22. April 1941 sämtliche Napolas zu Reichsschulen erklärt und dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstellt. Es folgte eine Welle von Neugründungen, zu denen im Südwesten Reichenau, Achern-Illebenau und im besetzten Elsaß Rufach gehörten. Bei Kriegsende bestanden etwa 35 Napolas, die sehr ungleichmäßig über das Reich und die besetzten Gebiete verstreut lagen. Nach Kriegsende gelang es nicht nur den Schülern der Napolas, vorübergehende Probleme im Zusammenhang mit ihrer Herkunft zu überwinden; die Lehrer der vierziger Jahre wurden die Oberstudiendirektoren der fünfziger Jahre.

Abschließend konnten die Zuhörer einen zwanzigminütigen Propagandafilm der Napolas aus dem Jahr 1939 ansehen. An der angeregten Diskussion beteiligten sich auch ehemalige Schüler der Napolas Backnang und Rottweil. *ev*

6. Donnerstag, 11. März 1999: Der letzte Vortragsabend des Winterhalbjahres begann mit der Mitgliederversammlung. In seinem Tätigkeitsbericht gab der Ver-

einsvorsitzende Dr. Wolfgang Bollacher einen Überblick über die vielfältigen Vereinsaktivitäten im vergangenen Jahr. Neben den Vorträgen gehörten vor allem die Exkursionen zu den Schwerpunkten im Berichtszeitraum. Der Verein pflegte Kontakte zu anderen Heimatvereinen im Landkreis und präsentierte kurz vor Weihnachten den 52. Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter; außerdem förderte der Verein die Drucklegung der Veröffentlichungen »Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach« von Margarete Dörr und »Jüdisches Leben in Ludwigsburg« von Joachim Hahn. Die vom engeren Vorstand neu berufenen Vorstandsmitglieder Albrecht Gühring, Dr. Robert Kretzschmar sowie Elfriede und Ulrich Krüger wurden von der Mitgliederversammlung im Amt bestätigt.

Nach der reibungslosen und wie immer zügigen Abwicklung der Vereinsregularien referierte Dr. Wolfgang Bollacher über »Anton Schott (1846–1913) – Württembergischer Artillerieoffizier und Heldentenor«.

Auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg steht ein auffälliges Grabmal. Ein fast zweieinhalb Meter hoher Granitblock trägt das Bronzerelief eines gutaussehenden bärtigen Mannes. Darunter steht: »Anton Schott. Dem Meister des Gesanges, dem edlen Menschen errichtet von dankbaren Freunden«. Wer war dieser Anton Schott?

Anton Albert Schott wurde am 24. oder 25. Juni 1846 auf der Domäne Staufen-
eck bei Salach im damaligen Oberamt Göppingen geboren. Die Schotts waren eine angesehene protestantische Familie in Württemberg, die jahrhundertlang Juristen, Theologen und Offiziere hervorgebracht hatte. Zum Begriff wurde der Familienname durch Friedrich August Schott, den Übersetzer und Herausgeber des römischen Meßbuches. Der »Schott«, der Name ist gesetzlich geschützt, erlebte innerhalb weniger Jahrzehnte eine Auflage von mehr als zehn Millionen und wird heute noch verwendet. Anton Schott, sein jüngerer Bruder, besuchte das Gymnasium in Darmstadt, dann die Oberrealschule in Stuttgart. Im Alter von 16 Jahren trat er als Zögling in der Offiziersbildungsanstalt ein, die sich in Ludwigsburg in der Mömpelgardstraße befand. Als Leutnant aus dieser Kriegsschule entlassen, kämpfte er in den Kriegen von 1866 und 1870/71.

Am Ende des Deutsch-Französischen Krieges nahm Anton Schott seinen Abschied vom aktiven Militärdienst und debütierte an der Frankfurter Oper als Max im »Freischütz«. Im folgenden Jahr wurde er auf die Stelle eines lyrischen Tenors an die Berliner Hofoper berufen. Nach einer Zwischenstation in Schwerin erlebte er in Hannover als Nachfolger des berühmten Tenors Albert Niemann eine Glanzzeit seines Lebens. Nach vier Jahren verließ Schott Hannover und kaufte die Burg Abenberg südlich von Nürnberg, die er aufwendig um- und ausbauen ließ. Auf der Burg führte er ein großes und gastfreies Haus. Bekannte Persönlichkeiten kamen zu Besuch, so z. B. Wilhelm Busch. Von Abenberg aus führten Gastspiele ihn in die ganze Welt. Schon 1879 trat Anton Schott erstmals in London auf. Auch in Amerika feierte er Triumphe; an der Metropolitan Opera in New York sang er die Titelrollen von »Tannhäuser« und »Lohengrin«. Seine künstlerische Bedeutung war in Deutschland weithin anerkannt. Die renommierte »Vossische Zeitung« schrieb: »Anton Schott ist im Besitz von Stimmitteln, die als gewaltig und bedeutend zu bezeichnen sind, die Kraft und Fülle des Tones sind imponierend, die Ausdrucksmittel unerschöpflich reich, der Sänger verfügt über die an ihm allseitig gerühmte vornehme ruhige Tonbildung.« Um die Jahrhundertwende ließ er

sich wieder dauerhaft in Deutschland nieder, und zwar in Stuttgart, wo er als Musik- und Gesanglehrer tätig war. In Stuttgart starb Anton Schott am 6. Januar 1913. 48 Stunden später starb seine Frau auf Abenberg. Die Asche Anton Schotts und der Leichnam seiner Frau wurden auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg beigesetzt. Die Verehrer des Tenors fanden aber die Gedenkstätte nicht gebührend. In einer Nacht- und Nebelaktion entfernten sie das große eiserne Kreuz mit den Namenstafeln vom Familiengrab und setzten Anton Schott das eingangs erwähnte Denkmal. *ev*

II. Die Sommerfahrten 1999

1. Samstag, 24. April 1999: Halbtagesfahrt nach Oberstenfeld. Der Historische Verein ließ sich von Rektor a. D. Ernst Schedler durch Oberstenfeld und hier insbesondere seine drei Kirchen führen. »Am Stock«, einer Erhebung über dem Ort, die Stelle ist nach einem abgegangenen Bildstock benannt, wurden die Umgebung und ihre Geologie vorgestellt sowie ein kurzer Abriss der Geschichte Oberstenfelds geliefert. Natürlich wurde dabei auch der Landgraben aus dem 15. Jahrhundert erwähnt, der einst vom Heuchelberg über Lauffen und den Fohlenberg bei Beilstein bis Gronau verlief und noch vielerorts im Gelände sichtbar ist.

Die Oberstenfelder Dorf- oder Fleckenkirche ist Nachfolgebau einer bereits im 9. Jahrhundert dem heiligen Gallus geweihten Kapelle. Über dem Eingang finden sich ein »redendes Wappen« – ein Obrist reitet über Feld (Oberstenfeld) – und ein seltenes Chronogramm: In einem Text ist mit römischen Zahlen die Jahreszahl 1739 verschlungen, das Jahr der Fertigstellung des heutigen Kirchenbaus. Aus dem Innern der Kirche sind die Emporenbrüstungsbilder und gedrehte Säulen aus Holz zu erwähnen.

Inmitten des alten Dorfes erhebt sich die Stiftskirche des 11. bis 13. Jahrhunderts. Der erst später anstelle einer Apsis errichtete Ostturm ist reich gegliedert, keine seiner vier Seiten ist gleich. Restaurierungen zu Beginn dieses Jahrhunderts haben an Nord- und Südseite des Langhauses zu »romanischer Purifizierung« geführt. Im Innern der dreischiffigen flachgedeckten Säulenbasilika sind die tragenden Säulen mit ihren mächtigen Würfelkapitellen eindrucksvoll, deren schönstes das »Evangelistenkapitell« ist. Aus dem Munde des Evangelisten wachsen Blattranken, Lebensbäume, Reben und Lilien, die das Wort des Lebens versinnbildlichen. Der Boden des Mittelschiffes liegt um einige Stufen höher, um sich ostwärts im kreuzrippengewölbten Altarraum nochmals zu heben. Grund hierfür ist die darunterliegende kleine Säulenhalle, die nur als Krypta der Mitte des 11. Jahrhunderts verstanden werden kann. Bezüge zur Krypta des Speyrer Doms – Grabeskirche der Salier – sind unverkennbar. Tatsächlich waren Mitglieder der Lichtenberger Stifterfamilie in salischen Diensten. So war Oudalrich von Lichtenberg Kanzler der Kaiser Heinrich II. und Konrad II. Unter Hermann von Lichtenberg, dem Kanzler Ludwigs des Bayern, wurde übrigens erstmals eine Kaiserurkunde in deutscher Sprache ausgestellt. Die Gründung des Stifts und der Stiftskirche dürfte um 1016 erfolgt sein. Die Gründungsurkunde ist freilich gefälscht, wie Gerhard Heß nachgewiesen hat. Den Chor schmückt ein dreiflügliger Altar, eine von dem Herrn von Lichtenberg gestiftete, der Dürer-Schule zugeschriebene Darstellung der Kreuztragung. An die Kirche schloß sich das Frauenstift an, dessen Kreuz-

gang noch bis 1799 erwähnt ist. Das Stift war ein ummauerter Bezirk mit Stiftsgebäuden, Kirche und Pfründhäusern. Ziel der Stiftung war es, adlige Töchter standesgemäß unterzubringen. Oberstenfeld wurde nach der Reformation unter Herzog Ulrich evangelisch. Das reichsfreie adlige Fräuleinstift nahm aber erst 1540 die neue Lehre an. Nachdem es 1730 nach langwierigen Auseinandersetzungen die württembergische Schirmherrschaft hatte anerkennen müssen – aus dieser Zeit stammt das »geohrte« Prunkportal –, fiel es im Reichsdeputationshauptschluß 1803 endgültig an Württemberg. Unter den Äbtissinnen des Stifts ist Katharina, Tochter des Kurfürsten Friedrich und späteren ersten Königs von Württemberg, zu nennen, die mit Jérôme, dem Bruder Napoleons I., – als »König Lustig« bekannt – vermählt und Königin von Westfalen mit Residenz in Kassel wurde. Ihr Leib ruht in der Fürstengruft des Ludwigsburger Schlosses, ihr Herz an der Seite ihres Gatten im Dome des Invalides zu Paris.

Die Peterskirche, bereits zum Bistum Würzburg gehörend (der Sölbach war Grenze zum Bistum Speyer), ist ein Kleinod der Romanik. Möglicherweise als »Gegenkirche« zur Stiftskirche in Oberstenfeld gegründet, war sie die Kirche für das verschwundene Kratzheim (Pangratzheim). Die Chorturmkirche hatte ursprünglich drei Chonchen oder Apsiden, war also eine Kleeblattkirche. Sie besitzt im Innern eine nicht mehr oft anzutreffende Priesterbank und Reste von Wandmalereien aus dem späten 13. Jahrhundert (Apostel, Passionsszenen, heiliger Georg und heiliger Martin), die Verwandtschaft mit Malereien in der Kapelle der Burg Lichtenberg aufweisen. *wb*

2. Samstag, 10. Juli 1999: Ganztagesfahrt nach Warthausen und Biberach an der Riß.

Mittelpunkt der ehemaligen Herrschaft Warthausen, die einst 16 Orte mit niederer und hoher Gerichtsbarkeit umfaßte und eine der drei »Seeherrschaften« des Federsees war, ist das auf beherrschender Höhe gelegene Schloß, ein wuchtiger »Kastenbau«, der im wesentlichen aus den Jahren nach einem Brand von 1622 stammt. Der heutige Besitzer, Franz Freiherr von Ulm-Erbach, führte den Verein durch die Räume, die an die Stadionsche Zeit, insbesondere an den kunstsinnigen Grafen Friedrich von Stadion erinnern, der Warthausen zum »Mushof« machte, nachdem er sich von den Staatsgeschäften in kurmainzischen Diensten zurückgezogen hatte. Er, der einer der Baumeister der sogenannten Pragmatischen Sanktion (österreichisches Erbfolgegesetz von 1713) war, lud Christoph Martin Wieland (1733–1813) zu sich und bot Sophie Gutermann (1731–1807), späterer von La Roche ein Heim. Wieland und Sophie verlobten sich. Das Verlöbniß hielt jedoch nicht, und Sophie ging eine Konvenienzehe mit Georg Michael Frank ein, dem angenommenen Sohn des Grafen von Stadion, von dem er den Adoptivnamen La Roche erhalten hatte. Aus der Ehe gingen acht Kinder hervor. Die älteste Tochter, Maximiliane, heiratete den Kaufmann Peter Brentano. Unter den Kindern dieser Ehe waren Clemens und Bettina Brentano. Sophie von La Roche war also die Großmutter der berühmten Brentanos. Nach dem Tode des Grafen Friedrich von Stadion kam Frank von La Roche vorübergehend auf eine Amtmannsstelle in Bönnigheim, wo das dortige Stadionsche Schloß sein und Sophies Wohnsitz wurde. Es war ebenso wie das Amtshaus zu Warthausen von dem Baumeister Anton Haaf erbaut worden. Sophie war als Schriftstellerin tätig. Ihr Hauptwerk ist der empfindsame Briefroman »Die Geschichte des Fräuleins von Sternheim«, ein Zeugnis der Zeit des Sturms und Drangs. Unter den Räumen des Schlosses

Warthausen, teilweise noch mit Tapeten aus dem 18. Jahrhundert bestückt, sind besonders das Porzellankabinett und die Bibliothek hervorzuheben.

Biberach – Kreisarchivdirektor Dr. Kurt Diemer führte den Verein – wird 1083 erstmals urkundlich genannt. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Siedlung nahe dem Schnittpunkt zweier Römerstraßen bei der heutigen Martinskirche schon in alamannischer Zeit bestand. Biberach erhielt in der Stauferzeit die Stadtrechte und wurde nach dem Ende der Staufer 1282 Reichsstadt. Die Gründung des Heiliggeistspitals 1230 schuf die Voraussetzungen für den Erwerb eines Territoriums, zu dem schließlich 24 Dörfer und Weiler gehörten. Noch heute besitzt »der Spital« 3000 Hektar Wald. Die Stadt nahm durch die Produktion von Barchent – einem Gespinst aus Flachs und Baumwolle – und dem Handel damit einen großen wirtschaftlichen Aufschwung, der seinen Höhepunkt um 1500 erreichte, als es in Biberach 400 Webstühle gegeben haben soll. An diese Zeit erinnern die Weberhäuser am Weberberg, aber auch das erkergeschmückte »Haus zum Kleeblatt« am Markt, von dem wohlhabenden Handelsherrn Martin Weißhaupt erbaut.

Die Reichsstadt wurde von einem Rat regiert, in dem die Zünfte immer mehr Einfluß gewannen. Als 1531 die Reformation »in oberdeutscher Gestalt« eingeführt wurde, bedeutete dies eine Niederlage des katholisch gebliebenen Patriziats. Die Martinskirche wurde aber 1548 simultan genutzt, gleichwohl blieben Spannungen zwischen den Religionsparteien, die am Ende des Dreißigjährigen Krieges in den berühmten Paritätsbestimmungen des Vertragswerks von Münster und Osnabrück 1648 ein Ende fanden. Biberach erhielt ein konfessionell hälftig geteiltes Stadtregiment, was zwar hohen Verwaltungsaufwand zur Folge hatte, aber funktionierte. Die Biberacher sind bis heute tolerant, in erster Linie Bürger ihrer Stadt und erst in zweiter Linie Konfessionszugehörige. Das zeigt sich eindrucksvoll in der Martinskirche. Jede Konfession achtet hier darauf, die andere nicht zu verletzen. Der Chor ist katholisch und das Schiff gemeinschaftlich. Die Deckenfresken von Johann Zick aus der Mitte des 18. Jahrhunderts stellen »nur« biblische Szenen und keine Szenen beispielsweise aus der Marien- oder Heiligenverehrung dar.

Den Niedergang des Barchenthandels konnte die aufkommende Rot- und Weißgerberei nicht wettmachen, an die noch mehrere Häuser an den teils sichtbaren, teils verdolten Stadtbächen erinnern. In der »Schlachtmetzig« wurden von Biberacher Bürgern, deren Theaterspiel seit 1597 nachgewiesen ist, die von Christoph Martin Wieland übersetzten Shakespeare-Dramen aufgeführt. Es begann damit die deutsche Shakespeare-Rezeption. Außerdem schrieb Wieland seinen »Agathon«, den ersten deutschen Entwicklungsroman. In Biberach wurden geboren und wirkten Justin Heinrich Knecht (1752–1817), der bedeutendste schwäbische Komponist seiner Zeit, der Maler Johann Baptist Pflug (1785–1866), dessen Bronzestatue vor dem Städtischen Museum im Spital steht, und Johann Melchior Dinglinger (1664–1731), der Hofjuwelier August des Starken, dessen großartige Werke im »Grünen Gewölbe« zu Dresden zu sehen sind.

Als Folge des Friedens von Lunéville bzw. des Reichsdeputationshauptschlusses verlor Biberach den Rang einer freien Reichsstadt, fiel erst an Baden und dann 1806 an Württemberg. Biberach wurde Oberamtsstadt und ein Zentrum des Getreidehandels.

Unter den Sehenswürdigkeiten, auf die Dr. Diemer hinwies, dürfen das »Alte Rathaus« und das »Neue Rathaus« nicht unerwähnt bleiben, ebensowenig die

»evangelische Spitalkirche«, eine gotisch gewölbte Halle mit prächtigen Schlußsteinen, einst eine »Siechenstube«, und der Marktbrunnen, den ein Ritter ziert, der zwei Schilde hält, ferner das ehemalige Kloster der Franziskanerinnen, später Posthalterei und heute Amtsgericht, und schließlich der Ulmer Torturm, Rest von einst 25 Türmen und Toren der Stadtbefestigung aus der Mitte des 15. Jahrhunderts. *wb*

Der vorliegende Jahresbericht fußt auf den (Zeitungs-)Berichten von Dr. Wolfgang Bollacher (*wb*) und Dr. Erich Viehöfer (*ev*). Wolfgang Läßle

Rückblick auf das Jahr 1998

Januar

1. Bestürzung und Wut im Ditzinger Stadtteil Heimerdingen: Graffiti-Sprayer haben in der Silvesternacht die katholische Kirche mit unchristlichen Parolen und hässlichen Motiven beschmiert.
2. In Ludwigsburg beginnt das neue Staatliche Vermögens- und Hochbauamt seine Arbeit. Es erfüllt künftig die Aufgaben sowohl des bisherigen Ludwigsburger Hochbauamts als auch des zum 31. Dezember 1997 aufgelösten Staatlichen Liegenschaftsamts in Stuttgart.
3. In Bietighcim werden in den Nachtstunden von vermutlich jugendlichen Rowdys 82 Fahrzeuge mutwillig beschädigt. Die Polizei beziffert den Schaden auf rund 182 000 Mark.
6. Um Heizkosten zu sparen, schließt die evangelische Kirchengemeinde in Marbach die Stadtkirche. Die Gottesdienste werden bis Mitte Februar im Gemeindehaus gefeiert. Auch in Neckarrens und drei Ludwigsburger Kirchen sieht man sich zu dieser Maßnahme gezwungen, die zugleich ein öffentliches Zeichen für die prekäre Finanzlage der Kirchengemeinden setzen soll.
9. Beim Kreisbauerntag in Schwieberdingen artikulieren die Landwirte ihren Unmut über Preisverfall und Bürokratie.
10. Frühlingshaftes Wetter mit Temperaturen um 15 Grad läßt die Natur Kapriolen schlagen. Zierkirschen und Rosen treiben aus, auf den Feldern treibt die Wintersaat und vor dem Ludwigsburger Schloß blühen die Gänseblümchen.
11. Martin Luscher, bisheriger Pfarrer in Plieningen, wird von Prälantin Dorothea Margenfeld in sein neues Amt als Dekan des Kirchenbezirks Besigheim eingeführt. – In Pleidelsheim wird das im evangelischen Pfarrhaus eingerichtete und in seiner Art im Landkreis einzigartige neue Kirchenmuseum eröffnet. – Das Städtische Museum Ludwigsburg beteiligt sich mit einer Franziska-Matineé an den landesweiten Gedenkfeiern zum 250. Geburtstag von Franziska von Hohenheim.
16. Der seit Herbst 1996 in der ehemaligen High-School von Kornwestheim-Pattonville eingerichteten Kaufmännischen Schule des Landkreises wird im Rahmen des Neujahrsempfangs des Kreistags ein neuer Name gegeben. Sie heißt künftig nach dem langjährigen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Erich-Bracher-Schule.
17. Die Kornwestheimer Sporthalle Ost ist Austragungsort der württembergischen Meisterschaften im Gardetanz. Rund 1000 Tänzerinnen und Tänzer nehmen teil.
18. Die Katholische Kirchengemeinde in Markgröningen feiert mit einem

- Festgottesdienst und einem Gemeindenachmittag die Einweihung ihres für 3,6 Millionen Mark erbauten neuen Gemeindezentrums.
20. Die Stadt Ludwigsburg gibt aus Kostengründen endgültig den Plan auf, das Städtische Museum aus dem Kulturzentrum in das Jägerhofpalais an der Schorndorfer Straße zu verlegen.
 22. Bei einem Überfall auf eine Bankfiliale in Markgröningen erbeutet ein maskierter Mann mehrere zehntausend Mark. Die Täterbeschreibung und die Art des Überfalls lassen darauf schließen, daß es sich um denselben Mann handelt, der schon im Oktober letzten Jahres dieselbe Bankfiliale um einen fünfstelligen Betrag beraubt hatte.
 24. Die Luftgewehrschützen des SV Affalterbach werden in Gelsenkirchen deutscher Mannschaftsmeister.
 25. Ein Lesekonzert mit Gedichten und Liedern aus der Zeit des Vormärz bildet den Auftakt der Veranstaltungsreihe, mit der die Ludwigsburger Kultur- und Bildungseinrichtungen an die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/49 erinnern.
 30. In der Ludwigsburger Musikhalle findet zum zwölften Mal die Antiquaria-Messe statt, an der sich diesmal 49 Aussteller aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden beteiligen.
 31. In Deutschland erreicht die Arbeitslosigkeit mit 4,8 Millionen einen neuen Rekordstand. Auch im Kreis Ludwigsburg nahm im Januar die Zahl der Arbeitslosen zu, doch im Vergleich zum Januar des Vorjahres gibt es immerhin rund 700 Arbeitslose weniger und mit jetzt 7,1 Prozent weist der Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg die niedrigste Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg aus.

Februar

1. Die bisherige Staatliche Sportakademie für Lehrerfortbildung in Ludwigsburg wird in das Landesinstitut für Schulsport umgewandelt.
2. Zahlreiche Eltern fürchten um die Gesundheit ihrer Kinder, nachdem man in einem Drogeriemarkt in Pleidelsheim Babynahrung gefunden hat, die mit Pflanzenschutzmittel vergiftet wurde. Der Hersteller der Babynahrung wird von einem Unbekannten erpreßt. Zum Glück kommt bei der ganzen Aktion niemand zu Schaden.
3. Die seit vielen Jahren als Treffpunkt für Vereine und Kulturschaffende genutzte Kelter in Poppenweiler wird bis Ende August geschlossen, nachdem bei Messungen eine starke Belastung der Räume mit gesundheitsgefährdendem PCP festgestellt worden ist.
5. Ministerpräsident Erwin Teufel übergibt dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach drei Mörike-Handschriften sowie den gesamten literarischen Nachlaß Alfred Döblins, den Bund, Land und verschiedene Stiftungen für insgesamt 3,3 Millionen Mark von den Erben des Schriftstellers erworben hatten.
15. Bei der Bürgermeisterwahl in Markgröningen erhält Amtsinhaber Rudolf Kürner bei 43,2 Prozent Wahlbeteiligung 93 Prozent der gültigen Stimmen. Er ist somit für weitere acht Jahre gewählt.

22. Jubiläum im Hochdorfer Keltenmuseum: Seit der Eröffnung vor sieben Jahren sind bereits 250 000 Besucher gezählt worden. Dank des anhaltend starken Interesses ist das Keltenmuseum eines der wenigen öffentlichen Museen im Land, das ohne nennenswerte Subventionierung betrieben werden kann.

März

1. Beim Brand eines Kindergartens in Schwieberdingen entsteht ein Sachschaden von einer Million Mark. 114 Kinder müssen zehn Monate lang in Provisorien betreut werden.
4. Der Ludwigsburger Gemeinderat spricht sich mit großer Mehrheit für eine Neugestaltung der Verkehrsachse zwischen der Stern-Kreuzung und dem Schillerplatz aus. Kernstück des heftig umstrittenen Projekts, von dem man sich eine nachhaltige Belebung für die Innenstadt erhofft, ist der Umbau der bisher vierspurigen Wilhelmstraße, die zugunsten von Geh- und Fahrradwegen und einer Allee auf zwei Fahrspuren für Autos verengt werden soll. – Nach einjähriger Bauzeit wird die neue Seemühlenbrücke an der Bundesstraße 10 zwischen Vaihingen und dem Stadtteil Roßwag für den Verkehr freigegeben. Die 4,7 Millionen Mark teure Enz-Überführung ersetzt die alte Brücke aus dem Jahr 1949, die aufgrund gravierender Mängel abgebrochen werden mußte.
6. In Löchgau wird die neue Sporthalle offiziell eingeweiht. Der Neubau kostete rund 7,5 Millionen Mark und bietet den örtlichen Vereinen vielfältige Nutzungsmöglichkeiten.
9. Bei einer Fachtagung im Staatsarchiv Ludwigsburg beschäftigen sich vierzig Experten aus Deutschland, der Schweiz und Österreich mit der Frage, wie sich digitalisierte Akten und Dokumente so archivieren lassen, daß sie auch in ferner Zukunft noch lesbar und für die historische Forschung verwertbar sind.
12. Neuer Ärger um die Müllgebühren. Weil die Gebührenbescheide an die Haushalte aufgrund von technischen Problemen erst wesentlich später als geplant verschickt werden können, muß die Kreiskasse rund 28 Millionen Mark vorfinanzieren. Die Verzögerungen bescheren dem Landkreis 672 000 Mark Zinsverluste.
17. Aktivisten der Umweltschutzorganisation Greenpeace besetzen den Schornstein des Dampfkraftwerks Walheim. Mit ihrer spektakulären Aktion protestieren sie gegen den Castortransport aus den Kernkraftwerken Neckarwestheim und Gundremmingen, der auf dem Walheimer Kraftwerksgelände zusammengestellt wird. Zur Sicherung des Transportes sind 5500 Polizisten im Einsatz.
18. Das Forum am Schloßpark feiert sein zehnjähriges Bestehen. Zum Jubiläum gibt es ein Festkonzert mit dem Ensemble der Ludwigsburger Schloßfestspiele und drei Tage später eine »XXL-Geburtstagsgala«.
20. In Marbach wird das neue Jugend-Kultur-Haus »planet-x« eingeweiht.
26. Ministerpräsident Erwin Teufel eröffnet in Ludwigsburg das neue Film-

und Medienzentrum in der für mehr als 50 Millionen Mark umgebauten ehemaligen Reinhardt-Kaserne.

27. Zum 200. Geburtstag Ludwig Hofackers erinnert Rielingshausen mit einer Ausstellung an den bekannten Theologen und Erweckungsprediger, der von 1826 bis zu seinem frühen Tod 1828 im Ort als Dorfpfarrer gewirkt hatte.

April

1. In Murr ziehen die ersten Bewohner in das neue Kleeblatt-Pflegeheim ein. Das für 9,8 Millionen erbaute Haus bietet 25 Pflegeplätze und 22 altengerechte Wohnungen.
11. Die neue Markthalle in Ludwigsburg eröffnet fünf Monate nach ihrer konkursbedingten Schließung wieder ihre Pforten. Die Eigentümer haben bereits rund 15 Millionen Mark in die umgebaute Halle der ehemaligen Eisengießerei G. W. Barth investiert.
16. Trotz angespannter Finanzlage stockt das Land die Mittel für die Sanierung des Ludwigsburger Schlosses um weitere 32 Millionen Mark auf rund 146 Millionen Mark auf. Damit ist sichergestellt, daß bis zum Jubiläumsjahr 2004 die gesamte Schloßfassade renoviert werden kann.
20. Die Beru AG, der weltweit führende Hersteller von Dieselmotoren, weiht in der Ludwigsburger Weststadt ihr neues, 14 Millionen Mark teures Entwicklungszentrum ein.
21. Gifteinleitungen verursachen zum zweiten Mal innerhalb von zehn Wochen ein großes Fischsterben in der Bottwar. Im Gewässerabschnitt zwischen Sauserhof und Kleinbottwar wird fast der gesamte Fischbestand vernichtet.
24. Gerlingen feiert die Einweihung der neuen Stadtbibliothek. Der 6,2 Millionen Mark teure Neubau war wegen der Investitionssumme und den Folgekosten im Gemeinderat lange Zeit umstritten.
26. Die Vaihinger Bürger wählen Heinz Kälberer für weitere acht Jahre ins Amt des Oberbürgermeisters. Er erhält bei 47,4 Prozent Wahlbeteiligung 90,8 Prozent der abgegebenen Stimmen.
27. Ein kurzes, aber heftiges Unwetter mit Hagelschlag sucht den Marbacher Raum heim und richtet in Weinbergen und auf Obstwiesen schwere Schäden an. Besonders schlimm betroffen ist der Steinheimer Teilort Kleinbottwar.
29. In Möglingen nimmt das neue Flaschenspül- und Sortierzentrum der Weingärtner-Servicegesellschaft den Betrieb auf. Das 19,3 Millionen Mark teure Zentrum, in dem jährlich bis zu 60 Millionen Flaschen gesäubert werden können, ist eine der modernsten Spülanlagen in Deutschland.

Mai

1. Ein schweres Unwetter sorgt im Bereich Steinheim und Großbottwar für überflutete Straßen und Keller.

2. Im Remsecker Ortsteil Aldingen findet zum Auftakt der Europawoche ein Europäischer Markt statt.
3. In Sachsenheim wird das neue Kulturhaus eingeweiht. In dem Acht-Millionen-Bau finden auch das Stadtarchiv und das Städtische Museum eine neue Bleibe.
5. Am europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen demonstrieren in Ludwigsburg zahlreiche Behinderte für ihre Anliegen. Unter anderem fordern sie, den Ludwigsburger Bahnhof endlich behindertengerecht auszubauen.
12. Die Evangelische Brüdergemeinde Korntal feiert mit einem Festakt das 175jährige Bestehen des Kinderheimes Hoffmannhaus.
14. Einen Tag nach dem Beschluß, das Dampfkraftwerk der EVS in Marbach stillzulegen, einigen sich das Energieunternehmen, der Regionalverband und die Stadt darauf, das Kraftwerksgelände künftig als Gewerbepark zu nutzen. Ende Oktober steht fest, daß hier unter anderem auch die erste Solarfabrik Baden-Württembergs entstehen soll.
15. Justizminister Ulrich Goll eröffnet auf dem Hohenasperg die Ausstellung »Auf den Bergen ist Freiheit – Die Festung Hohenasperg und das Gericht über die Revolution«. Die vom Haus der Geschichte in den historischen Kasematten aufgebaute Dokumentation erinnert an die rund 400 politischen Gefangenen, die nach dem Scheitern der Revolution von 1848 auf dem »Demokratenbuckel« eingesperrt waren.
17. Ulrich Bahmer wird im zweiten Wahlgang zum neuen Bürgermeister von Pleidelsheim gewählt. Der 27 Jahre alte Stadtspektor aus Vaihingen tritt die Nachfolge von Erwin Paulus an, der sich nach 16 Jahren als Verwaltungschef der Spargelgemeinde nicht mehr zur Wahl gestellt hatte. – In Benningen feiert der örtliche Bund für Heimatkunde mit einem Festakt und einem Aktionstag im »Museum im Adler« sein fünfzigjähriges Bestehen.
19. Der traditionelle Festumzug beim Ludwigsburger Pferdemarkt wird von einem tragischen Unfall überschattet. Scheuende Pferde trampeln einen 62jährigen Mann zu Tode.
22. Das für 12,5 Millionen Mark renovierte Ludwigsburger Schloßtheater wird nach vierjähriger Umbauzeit feierlich wiedereröffnet.
30. 150 Jugendliche aus Polen und Baden-Württemberg beziehen über Pfingsten ein Zelt Dorf auf dem Gelände der PH Ludwigsburg. Das Jugendtreffen, das in dieser Form zum ersten Mal in Deutschland veranstaltet wird, soll das gegenseitige Kennenlernen der jungen Menschen aus beiden Ländern erleichtern.
31. Ein schweres Gewitter mit sintflutartigem Regen verursacht in mehreren Städten und Gemeinden des Kreisgebiets hohe Sachschäden.

Juni

4. Das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg feiert mit einem Festakt sein 50jähriges Bestehen. Unter den Gratulanten sind auch Bundespräsident Roman Herzog und der ehemalige EU-Kommissions-

präsident Jacques Delors, die in ihren Ansprachen die Leistungen und Bedeutung des heute führenden Zentrums der Frankreichforschung in der Bundesrepublik würdigen.

6. Zum Saisonstart der Schloßfestspiele wird die Ludwigsburger City in eine »klingende Stadt« verwandelt. Auf insgesamt neun Podien zwischen Marstall-Center und Schillerplatz ertönen den ganzen Tag über klassische Klänge, Jazz und Musicalmelodien.
8. In Ludwigsburg protestieren zahlreiche Mitglieder der Gesang- und Musikvereine gegen die Kulturpolitik der Stadt und gegen die Kürzungen im städtischen Kulturretat.
12. In Schwieberdingen wird das neue Bürgerhaus eingeweiht. Mit der Fertigstellung des 14-Millionen-Projekts ist die Neugestaltung der Ortsmitte für das alte »Dorf an der Straße« weitgehend abgeschlossen.
13. Mit Konzerten, Sonderführungen und diversen Aktionen feiert die Porzellanmanufaktur Ludwigsburg aus Anlaß ihres 240jährigen Bestehens zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein Porzellanfest. – In Großsachsenheim wird der in den vergangenen fünf Jahren etappenweise neugestaltete Bahnhofsvorplatz offiziell eingeweiht. Das Gesamtprojekt umfaßt neben zahlreichen Parkplätzen für Pendler und einem neuen Omnibusbahnhof auch einen »Funpark« für die Sachsenheimer Jugend.
15. Die Studierenden der PH Ludwigsburg beschließen, eine Woche lang die Vorlesungen zu boykottieren. Mit ihrem Streik wollen sie gegen die schlechten Einstellungschancen der zukünftigen Lehrer und die Erhebung von Studiengebühren protestieren. – In Pattonville demonstrieren zahlreiche Bewohner für eine rasche Sanierung ihrer mit einem krebserregenden Parkettkleber kontaminierten Wohnungen. Die Sanierungsarbeiten beginnen Ende November.
18. In Bietigheim wird nach 14monatiger Bauzeit ein riesiger Supermarkt eröffnet. Das 55-Millionen-Projekt unmittelbar am unteren Ausgang der Fußgängerzone in der Altstadt soll dazu beitragen, die City zu stärken und den Kaufkraftabfluß aufzuhalten.
19. Der Ditzinger Stadtteil Heimerdingen feiert mit einem Festakt sein 1200-Jahr-Jubiläum. Der Ort wurde 798 als »Heimradingen« in einer Schenkung an das Kloster Lorsch erstmals urkundlich erwähnt.
21. In Vaihingen wird das neue Bürgerzentrum in der Grabenstraße eingeweiht. Das Besondere: Die künftigen Nutzer, Vereine und die Jugendmusikschule, haben bei der Renovierung des denkmalgeschützten Gebäudekomplexes kräftig mitgeholfen und in Eigenleistung zahlreiche Arbeiten selbst erledigt.
28. Bei der Bürgermeisterwahl in Erligheim erhält Amtsinhaber Albert Leibold bei 49,6 Prozent Wahlbeteiligung 94 Prozent der gültigen Stimmen und ist somit für weitere acht Jahre gewählt.

Juli

4. Bei einem feierlichen Festakt besiegeln Kirchheim und die Gemeinde Piolenc in der Provence eine neue deutsch-französische Partnerschaft.

5. In Remseck wird Regierungsdirektor Karl-Heinz Schlumberger zum neuen Bürgermeister gewählt. Der 51 Jahre alte Referatsleiter bei der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn tritt am 1. September die Nachfolge von Peter Kuhn an, der nach 23 Amtsjahren aus gesundheitlichen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand geht.
7. Bei einer Feierstunde im Markgröninger Spitalkeller wird die frühere baden-württembergische Sozial- und Bundesratsministerin Annemarie Griesinger zur Ehrenbürgerin der Schäferlaufstadt ernannt.
10. Der Kreistag beschließt, in den nächsten zwei Jahren rund 35 Millionen Mark in den Umbau und die Erweiterung der Beruflichen Schulzentren Ludwigsburg/Kornwestheim und Bietigheim-Bissingen zu investieren. Die Bauarbeiten beginnen Mitte August und sollen im Frühjahr 2000 abgeschlossen sein.
11. Die Evangelische Kirchengemeinde in Eglosheim feiert mit einem dreitägigen Fest das 500-Jahr-Jubiläum ihrer Katharinenkirche.
15. In einer Art Amoklauf tötet in Geisingen ein 38jähriger Mann mit einer Axt und einem Messer seinen Vater und den Bruder eines Nachbarn. Der psychisch kranke Täter war den Behörden bekannt.
25. Die Gemeinde Affalterbach weihet ihr neues Sport- und Freizeitzentrum am Lemberg ein.
28. Der Kornwestheimer Gemeinderat beschließt, die vor acht Jahren eröffnete Städtische Galerie zum Jahresende 1999 zu schließen. Grund für die Entscheidung war, daß die Galerie jährlich ein großes Defizit aufweist und überdies in der Kornwestheimer Bevölkerung nur geringe Resonanz fand.
30. Im Ludwigsburger Gewerbegebiet Tammer Feld öffnet nach einjähriger Bauzeit das gigantische Möbelhaus des schwedischen Einrichtungshauses Ikea seine Pforten. Zur Erschließung des knapp 38 000 Quadratmeter großen Geländes in unmittelbarer Nachbarschaft zum Breuningerland und für seine Anbindung an die Autobahn sowie an die B 27 war ein 20 Millionen Mark teures neues Verkehrskonzept notwendig.

August

4. In Kornwestheim wird nach zweijähriger Bauzeit der neue Güterterminal der Deutschen Bahn in Betrieb genommen, der den bisherigen Containerbahnhof in Ludwigsburg ablöst. Die 75 Millionen Mark teure neue Anlage ist das modernste deutsche Güterzentrum und soll künftig die zentrale Umschlagstation für alle auf der Schiene in die Region Stuttgart transportierten Waren sein.
8. Bei Benningen wird das neue »Naturparadies am Neckar« offiziell eingeweiht. Zur ökologischen Verbesserung der Neckarauen haben die Stiftung Europäisches Naturerbe und der Landkreis in den letzten fünf Monaten für rund 1,5 Millionen Mark zwischen Marbach und Benningen einen rund einen Kilometer langen naturbelassenen Neckarseitenarm anlegen lassen.
10. Ludwigsburg trauert um seinen Ehrenbürger Albert Schöchle. Der

- »Vater« des Blühenden Barocks und der Wilhelma in Stuttgart starb im Alter von 93 Jahren in seiner Heimatstadt Kempten.
12. Nach tagelang anhaltender Hitzewelle mit Temperaturen über 30 Grad hat die Ozonkonzentration in der Luft den kritischen Grenzwert überschritten. Das Umwelt- und Verkehrsministerium in Stuttgart ordnet deshalb ein landesweites Fahrverbot für alle nicht schadstoffarme Fahrzeuge an. Das Fahrverbot wirkt sich allerdings auf den Verkehr im Landkreis und in der Region kaum aus und wird schon am nächsten Tag wieder aufgehoben.
 18. Die Getreidebauern im Landkreis ziehen nach Abschluß der Ernte eine eher düstere Bilanz. Zwar seien Qualität und Quantität der Ernte zufriedenstellend, doch aufgrund eines starken Preiserfalls sei der Getreideanbau eigentlich nicht mehr rentabel.
 19. Der amerikanische Bodenbelagshersteller Armstrong übernimmt die Kapitalmehrheit der DLW Aktiengesellschaft in Bietigheim, eines der traditionsreichsten und größten Industriebetriebe im Kreis.
 29. Zum Markgröninger Schäferlauf, dem ältesten württembergischen Heimatfest, kommen rund 100 000 Besucher in die ehemalige Freie Reichsstadt.

September

4. In Bietigheim wird der 64. Pferdemarkt eröffnet. An den vier Festtagen strömen rund 300 000 Besucher auf das Fest- und Turniergelände beim Viadukt.
5. Großes Pech für die Organisatoren und Besucher des traditionellen Lichterfestes im Blühenden Barock: Ein sintflutartiger Regen bereitet dem Fest ein vorzeitiges Ende.
7. Die Ludwigsburger Schloßfestspiele feiern mit Mozarts »Zauberflöte« eine glanzvolle öffentliche Premiere im renovierten Schloßtheater. – Premiere auch in Pleidelsheim, wo der erste Waldkindergarten im Landkreis seine Arbeit aufnimmt.
8. Die Oströhre des 2,5 Kilometer langen neuen Engelberg-Autobahntunnels zwischen Gerlingen und Leonberg wird für den Verkehr freigegeben. Sie nimmt bis zu der für Ende 1999 geplanten Fertigstellung der Weströhre den gesamten Verkehr in diesem Autobahnabschnitt auf. Der alte Engelbergtunnel hat damit ausgedient und wird 60 Jahre nach seiner Erbauung stillgelegt.
12. Die zweite »Antikmeile« macht die Ludwigsburger Innenstadt um Marktplatz und Holzmarkt zum Treffpunkt für Sammler und Flaneure. Sie wird umrahmt von einem Open-air-Konzert der Liedermacher.
13. In Eberdingen-Hochdorf findet das 11. Bulldog- und Schleppertreffen statt. Den rund 10 000 Besuchern werden 250 historische Traktoren, Zugmaschinen, Dampfmaschinen und andere Oldtimer der Landmaschinenindustrie präsentiert.
14. Neue Turbulenzen um das Ludwigsburger Scala-Theater. Nachdem schon vor Wochen Unstimmigkeiten in der Buchhaltung bekannt

- geworden waren, wird nun der langjährige Geschäftsführer beurlaubt. Um den Konkurs der überregional bekannten und bedeutsamen Kultureinrichtung abzuwenden, gewährt ihr die Stadt Mitte Oktober einen weiteren Zuschuß.
19. In Hoheneck wird mit einem Festgottesdienst das »Haus Edith Stein«, das neue zweite Zuhause des katholischen Dekanats Ludwigsburg, eingeweiht. – Die historische Murrbrücke in Steinheim kann nach siebenmonatiger Sanierung wieder für den Verkehr freigegeben werden. Durch die Renovierung und Beachtung moderner Sicherheitsstandards ist die Brücke so stark verändert worden, daß sie nun den Status als Kulturdenkmal verliert.
 22. Die Salamander AG teilt mit, daß sie im Rahmen einer »Restrukturierung« am Stammsitz Kornwestheim ein Viertel der derzeit noch rund 1000 Mitarbeiter entlassen wird.
 25. In der Bissinger Rommelmühle wird das »erste Umwelt-Erlebnis-Kaufhaus in Europa« eröffnet. Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude der Ende 1996 stillgelegten Mühle ist in den letzten 17 Monaten für rund 38 Millionen Mark saniert und zu einem Öko-Zentrum umgebaut worden.
 27. Bei der Bundestagswahl gewinnen Matthias Wissmann (CDU) und Hans Martin Bury (SPD) die beiden Direktmandate im Kreis Ludwigsburg. Über die Landesliste zieht außerdem Cem Özdemir (Bündnis 90/ Die Grünen) in den neuen Bundestag ein.

Oktober

6. Um den Fortbestand des Strafvollzugsmuseums in der Schorndorfer Straße sowie der ebenfalls sehr renommierten Tanz- und Theaterwerkstatt zu sichern, erhöht die Stadt Ludwigsburg ihre Zuschüsse an beide Einrichtungen.
9. Der Ludwigsburger Stadtverband für Sport feiert mit einem Festakt und einem großen Ball im Forum sein 50jähriges Bestehen.
11. Im Ludwigsburger Schloß wird mit einer Hochzeitsmesse an die prunkvoll gefeierte Vermählung von Herzog Carl Eugen mit Friederike von Bayreuth vor 250 Jahren erinnert.
13. Das Staatsarchiv Ludwigsburg eröffnet seine neu konzipierte Dauer Ausstellung im Arsenalbau. Unter dem Titel »Typisch Archiv« werden zahlreiche Dokumente und Exponate aus 900 Jahren südwestdeutscher Geschichte gezeigt.
18. In Sersheim wird Bürgermeister Jürgen Scholz mit 85 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt.
23. Nach fast zwölfjährigem heftigen Streit zwischen Weingärtnern und Naturschützern beginnen am »Geigersberg« im Sachsenheimer Teilort Ochsenbach die Arbeiten zu einer der letzten Rebflurbereinigungen im Land. Die Flurneuordnung erfolgt in einer Weise, die den Erhalt der historischen Weinberglandschaft sicherstellt.
24. Beim Landeswettbewerb »Unser Dorf soll schöner werden« gewinnt

Schöckingen eine Goldmedaille. Nach Ansicht einer sachverständigen Jury zählt der kleinste Ditzinger Stadtteil zu den acht schönsten Dörfern Baden-Württembergs.

29. Nach anhaltenden starken Regenfällen treten auch im Kreisgebiet die Flüsse über die Ufer. Das Hochwasser wirkt sich im Landkreis allerdings weit weniger schlimm aus als in anderen Regionen des Landes.

November

2. Die Wengerter im Landkreis sind mit dem diesjährigen Weinherbst überaus zufrieden. Sowohl die Qualität wie auch die Menge stimmen. Der Ertrag ist rund ein Drittel, teilweise um bis zu 50 Prozent größer als im Vorjahr.
4. Der Beschluß des Wüstenrot-Konzerns, das Unternehmen zum 1. Januar 1999 mit der Württembergischen Versicherungsgruppe zu fusionieren, findet ein unterschiedliches Echo. Während Gewerkschaften den Abbau von Arbeitsplätzen befürchten, betonen Unternehmenssprecher, daß die Fusion die Wettbewerbsfähigkeit stärken und somit langfristig Arbeitsplätze sichern werde.
9. In Ludwigsburg wird mit einer Gedenkstunde und mehreren Veranstaltungen an die Zerstörung der Synagoge vor 60 Jahren erinnert. Ehrengäste sind fünf ehemalige jüdische Mitbürger, die eine Woche lang auf Einladung der Stadt ihre einstige Heimatstadt besuchen.
13. Am Neubau des zweiten Vaihinger Gymnasiums kann ein halbes Jahr nach Beginn der Bauarbeiten Richtfest gefeiert werden. Der 24-Millionen-Bau soll rechtzeitig zum Schuljahresbeginn im Herbst 2000 fertiggestellt sein. – Die 20jährige Studentin Cornelia Pfitzenmaier wird in ihrer Heimatstadt Besigheim zur neuen württembergischen Weinkönigin gewählt.
15. In Löchgau wird das neue Nagelmuseum eröffnet. Es ist das einzige Museum dieser Art in Deutschland.
17. Die Interessengemeinschaft »Lebendiges Ludwigsburg« übergibt der Stadtverwaltung eine Unterschriftenliste, auf der sich 6450 Bürgerinnen und Bürger gegen den vom Gemeinderat beschlossenen Rückbau der Wilhelmstraße und den Umbau des Schillerplatzes aussprechen und einen Bürgerentscheid über das umstrittene Projekt fordern.
20. In Ditzingen weiht die Firma Trumpf ihre neue Laserfabrik ein. Der 50 Millionen Mark teure Neubau wird als bedeutender Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region gewertet. – In Korntal müssen die Feuerwehrleute an einen ungewöhnlichen Brandort eilen: Das Feuerwehrhaus selbst steht in Flammen.
24. Der ehemalige Ludwigsburger Sportmanager und Stadtrat Günther Bullinger wird wegen Untreue zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er war im Februar nach jahrelanger Flucht von den USA nach Deutschland abgeschoben worden.
28. In Pattonville wird mit einem großen Familiengottesdienst die ökumenische Heilig-Geist-Kirche eingeweiht.

29. Beim Keltenmuseum in Hochdorf brennt ein erst am Vortag fertiggestellter Nachbau eines Keltenhauses vollständig aus. Das Feuer wurde mutwillig gelegt, der Sachschaden beträgt rund 300 000 Mark.

Dezember

1. Der vor fünf Jahren geschlossene historische Ratskeller in Ludwigsburg wird nach umfassenden Umbauarbeiten wieder eröffnet. Die Stadt hat in den vergangenen zwei Jahren rund 9,5 Millionen Mark in die Sanierung des 1729 erbauten Gebäudes investiert.
2. Anlässlich des 40jährigen Bestehens der »Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen« findet im Ludwigsburger Schloß ein Symposium mit NS-Forschern aus aller Welt statt.
3. Der Kunstverein Ludwigsburg feiert bei einer Ausstellungseröffnung in der »Villa Franck« sein 25jähriges Bestehen.
4. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim erklärt auf entsprechende Klage des »Initiativkreises Müllgebühren Ludwigsburg« die Abfallsatzung des Jahres 1997 teilweise für ungültig und verpflichtet den Landkreis, die Müllgebühren rückwirkend zu ermäßigen und den Gebührenzahlern insgesamt rund 9,4 Millionen Mark zurückzuzahlen. Nach Meinung der Richter hat der Landkreis die Abfallgebührenzahler zu Unrecht mit den Kosten des gescheiterten Deponierückbaus in Horheim belastet.
5. Starker Schneefall und glatte Fahrbahnen führen im ganzen Kreisgebiet zu zahlreichen Verkehrsunfällen. Zeitweise schneit es so heftig, daß mehrere Straßen vorübergehend gesperrt werden müssen.
6. In Sachsenheim wird das im Kulturhaus eingerichtete neue Stadtmuseum eröffnet.
7. Erneut legt ein Schneechaos den Verkehr in der Region weitgehend lahm. Selbst auf den Autobahnen geht stundenlang nichts mehr. Meteorologen sprechen von einem der kältesten und schneereichsten Frühwinter der Nachkriegszeit.
11. In Großbottwar wird das neue Kleeblatt-Pflegeheim offiziell eingeweiht. Es ist das vorerst letzte der insgesamt 17 Kleeblatt-Häuser, die seit 1992 im Landkreis gebaut wurden.
13. Das Pädagogisch Kulturelle Zentrum in der ehemaligen Synagoge Freudental eröffnet seine neue Dauerausstellung mit einer Auswahl aus der Freudentaler Genisa.
18. Der Kreistag verabschiedet den Haushaltsplan des Landkreises für das Jahr 1999. Um den Etat ausgleichen zu können, muß die von den Gemeinden aufzubringende Kreisumlage von bisher 34 auf 36 Prozent erhöht werden.
26. In Bönnigheim feiert die evangelische Kirchengemeinde mit einem Gottesdienst den Abschluß der Restaurierung des spätgotischen Hochaltars in der Cyriakuskirche.

Thomas Schulz

Buchbesprechungen

Vor- und Frühgeschichte im Kreis Ludwigsburg. Hg. vom Landkreis Ludwigsburg 1993, 427 S., zahlr. Abb.

Ein handlicher Führer zu den archäologischen Fundstätten im Landkreis. Als idealer Begleiter auf Fahrten und Wanderungen durch den Kreis paßt er in jede Tasche oder jeden Rucksack. Elf Wissenschaftler, hauptsächlich Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg, sind die Autoren der einzelnen Textbeiträge.

Einem allgemeinen Teil, in dem die einzelnen Hauptepochen vom Paläolithikum über die Jungsteinzeit, die Bronze- und Eisenzeit bis hin zu den Römern, Alamannen und Franken grundsätzlich behandelt werden, schließt sich der topographische Hauptteil des Buches in Form eines Ortslexikons an. In Einzelartikeln werden die wichtigsten archäologischen Fundorte und Fundstücke der einzelnen Epochen in kompakter Form und anhand von Abbildungen und Skizzen näher beschrieben. Es sind alle 39 Kreisgemeinden von Affalterbach bis Walheim mit ihren Teilorten aufgenommen. Das Literaturverzeichnis am Ende jedes Beitrags ermöglicht eine Vertiefung der Informationen. Ein Glossar mit den wichtigsten Fachausdrücken schließt den Führer ab.

Günther Bergan

Karen Eva Noetzel: Asperg und das »Deutsche Thema«. Band 1: Antisemitismus in Asperg. Das Schicksal einer jüdischen Unternehmerfamilie. Erdmannhausen 1997, 118 S., zahlr. Abb.

»Die vorliegende Veröffentlichung ist eine lokalhistorische Betrachtung der Jahre 1933–1945. Sie will vor der eigenen Haustüre auf Spurensuche gehen. Sie zeigt schwerpunktmäßig auf, wie eine scheinbar ganz »normale« Kleinstadt in den Bann des Nationalsozialismus geraten konnte. Sie will keine trockene Untersuchung sein, sondern lebendige, konkrete Geschichte. Die braune Diktatur bekommt Namen und Gesichter. Sie wird plastisch und damit »begreifbar«.« So die Autorin im Vorwort des ersten Bandes ihrer in drei Bänden geplanten Arbeit mit der Darstellung der Vorgeschichte, des Verlaufs und der Folgen des Nationalsozialismus in Asperg.

Der vorliegende Band beschreibt im ersten Teil zunächst die Entstehung und Ausbreitung des Antisemitismus in Asperg vor dem Hintergrund der politischen Gesamtentwicklung in Deutschland. Nach zwei weiteren einleitenden Kapiteln über den »Antisemitismus vor 1933« und die Judenverfolgung in Württemberg bzw. in Ludwigsburg steht das Kapitel »Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Asperg« im Mittelpunkt der Arbeit.

1931 wurde die NSDAP-Ortsgruppe Asperg gegründet, die von diesem Zeitpunkt an zahllose Parteiveranstaltungen, Versammlungen, Gedenkfeiern, Fackelzüge, Vorträge und Großkundgebungen gegen Reaktionäre, zur rassenpolitischen Erziehung und hauptsächlich zur »Judenfrage« durchführte. Der Asperger

»Strohäubote« begleitete dabei die antisemitischen Agitationen mit entsprechenden Artikeln. Ab 1938 wurde die Ortsgruppe von einem eigenen NS-Propagandachef unterstützt.

Detailliert geht die Autorin auf die Rolle der evangelischen Kirche in Asperg und des Asperger Stadtarztes als örtlichem Vertreter des Rassepolitischen Amtes ein. Ferner schildert sie auch die Lebensläufe von einigen Asperger SS-Männern, allerdings ohne direkte Namensnennung, im Gegensatz zum Ortsgruppenführer, NS-Propagandachef oder SA-Führer, deren Namen voll genannt und durch ein Bild ergänzt werden.

Die Auswirkungen der antisemitischen Agitationen werden im zweiten Teil am Beispiel der seit 1905 im Gewann Hirschberg ansässigen Lackfabrik des jüdischen Unternehmers Hans Frischauer geschildert. Der aus Mähren stammende Frischauer, ein Schwiegersohn von Leopold Weil, dem Mitinhaber der Ludwigsburger Fabrik Weil & Eichert, bewohnte in Ludwigsburg eine repräsentative Villa in der Asperger Straße 34 und war in Asperg allgemein anerkannt. Die Firma beschäftigte 50 Mitarbeiter und nahm eine führende Position bei der Herstellung von Rostschutzfarben ein. Die systematische Ausschaltung der Firma begann 1933: Boykott-Aufrufe, Entzug staatlicher Aufträge, Werbeverbot, Rohstoff-Kontingentierung, Eintrag in das Verzeichnis jüdischer Betriebe, Diffamierungskampagnen, Einsetzung eines NS-Geschäftsführers, Arisierung durch »Verkauf« an eine Stuttgarter Lackfabrik waren die einzelnen Schritte der »Entjudung« der Firma. 1938 floh Frischauer nach Prag, 1942 wurde er mit seiner Familie nach Izbica deportiert und umgebracht, nur seine Tochter überlebte in England.

Mit dem Kapitel »Waren die Asperger Antisemiten?« schließt der sicher zu den verschiedensten Diskussionen Anlaß gebende Band. Anmerkungen ergänzen und erläutern den Text. Die Quellen sind leider ohne Textbezug zusammengestellt. Band 2 der Arbeit, »Der Aufstieg der Nazis«, soll zum Jahresende 1999 erscheinen, der dritte Band, »Die NS-Rassenpolitik«, im Jahr 2000. *Günther Bergan*

500 Jahre Katharinenkirche Eglosheim 1498–1998. Hg. von der Evangelischen Kirchengemeinde Eglosheim 1998, 79 S., zahlr. Abb.

Mehrere Autoren behandeln einzelne Schwerpunkte zur Geschichte der in ihrer heutigen Form 500jährigen Katharinenkirche in Eglosheim. Hermann Burkhardt: »Pfarrer der Kirche zu Eglosheim«. Eine Liste aller nachweisbaren katholischen und evangelischen Pfarrer. Hermann Burkhardt: »Kirche und der Ort Eglosheim«. Ein Abriss der Geschichte von Kirche und Ort. Die erste Kirche, 844 erstmals urkundlich erwähnt, war vermutlich ein schlichter Holzbau, der um 1000 durch einen Steinbau ersetzt und Unserer Lieben Frau geweiht wurde. Graf Eberhard im Bart vollendete den Bau. 1534 wurde die Kirche evangelisch und nach der hl. Katharina benannt. Martin Burkhardt: »Altäre, Reliquien und Heilige in der Pfarrkirche Unserer Lieben Frau zu Eglosheim«. Erstmalige Wiedergabe und Interpretation von Notizen auf dem Pergamentumschlag des Pfarrzinsbuches. Es handelt sich dabei um eine Aufzählung der vor 1476 in der Kirche vorhandenen Altäre samt der dazu gehörenden Reliquien. Alfred Seizinger: »Die Katharinenkirche in Eglosheim«. Eine Baubeschreibung und damit zugleich ein kunsthistorischer Kirchenführer mit Abschnitten u. a. über den Chor mit den bunten Glasfen-

stern, das Kirchenschiff und sein Netzgewölbe mit Schlußsteinen und Konsolen, den Turmaufbau, die archäologischen Grabungsbefunde oder die Wappensteine in der Sakristei. Je vier exemplarische Schlußsteine und Konsolen sowie die Wappensteine sind farbig abgebildet. Helmut Wallmersperger gibt einen Arbeitsbericht über die jüngste Sanierung der Katharinenkirche.

Nach dem historischen ersten Teil der Broschüre stellt sich im zweiten Teil die heutige Kirchengemeinde mit ihren einzelnen Einrichtungen vor. Abschließend erläutert Pfarrer Dieter Benz eine kunsthistorische Rarität der Kirche, den sogenannten Kirchenhimmel, eine kreisrunde Öffnung im Gewölbe des Kirchenschiffs, durch die an Christi Himmelfahrt eine Christusfigur in den Himmel hinaufgezogen wurde.

Günther Bergan

Vaihinger Totenbuch 1609–1788. Teil 1: 1609–1654. In Zusammenarbeit mit Heidemarie Scheck herausgegeben und eingeleitet von Manfred Scheck. Vaihingen an der Enz 1999 (Beihefte zur Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz, Heft 5), 282 S.

Die kriegerischen Ereignisse des 17. Jahrhunderts haben in Württemberg die auf lokaler Ebene vorhandenen schriftlichen Dokumente teilweise stark dezimiert. Besonders extrem war dies in Vaihingen der Fall, wo der große Stadtbrand von 1693 nicht nur die meisten Gebäude innerhalb der Mauern, sondern mit dem Rathaus auch das gesamte städtische Archiv zerstört hatte. Aus dem Brand konnte allerdings eines der Kirchenbücher nahezu unversehrt gerettet werden: das im Jahr 1609 angelegte Totenbuch, das heute im Archiv der evangelischen Kirchengemeinde aufbewahrt wird und eine wichtige Quelle zur Geschichte Vaihingens im 17. und 18. Jahrhundert darstellt.

Die hier anzuzeigende Edition umfaßt die Einträge im Totenbuch zwischen dem 1. Januar 1609 und dem Jahresende 1654. Sie ist gleichwohl mehr als nur eine Auflistung der Namen von 5000 Vaihinger Toten aus vier Jahrzehnten. Die Bearbeiter haben sich dankenswerterweise die Arbeit und Mühe gemacht, die einzelnen Einträge im Totenbuch unter Heranziehung anderer Quellen wo immer möglich zu erläutern und zu ergänzen, so daß die im Totenbuch verzeichneten Personen vielfach aus der Anonymität des bloßen Namens heraustreten und das Individuum mit »Leben« gefüllt wird. Dies ist um so mehr zu begrüßen, als das Totenbuch selbst außer dem Namen des Verstorbenen und dem Datum der Bestattung erst ab 1655 regelmäßig auch weitere Angaben, etwa zum Beruf, enthält.

Das Totenbuch gibt einen lückenlosen Überblick über die Familien, die im 17. und 18. Jahrhundert für kürzere oder längere Zeit die Stadt Vaihingen bewohnten und ist somit eine erstrangige Quelle für Genealogen. Seine Edition ist jedoch beileibe nicht nur für die familiengeschichtliche Forschung von Nutzen, sondern vermittelt darüber hinaus in vielerlei anderer Hinsicht interessante Einblicke, etwa in die demographische Entwicklung, wobei auffällt, daß die Vaihinger Bevölkerung in den ersten drei Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts einen im Vergleich zum 18. Jahrhundert nur relativ geringen Geburtenüberschuß aufwies. Deutlich wird auch die damalige hohe Kindersterblichkeit – in vielen Jahren waren über 50 Prozent, gelegentlich sogar über 60 Prozent der Toten Kinder – und nicht zuletzt das schreckliche Ausmaß von Epidemien und Seuchen, denen die Menschen weitgehend schutzlos ausgeliefert waren: So starben im Pestjahr 1635 in Vaihingen nicht

weniger als 1802 Menschen; innerhalb von 14 Monaten gab es mehr Tote als in den 24 Jahren zuvor.

Bearbeiter und Herausgeber sind zu der rundum gelungenen Veröffentlichung des ersten Teils des Totenbuchs zu beglückwünschen. Es ist zu hoffen, daß die Edition schon bald für die Jahre 1655 bis 1788 fortgeführt wird und anderswo zu ähnlichen Publikationen anregt.

Thomas Schulz

Hans Dieter Flach: Ludwigsburger Porzellan. Fayence, Steingut, Kacheln, Fliesen. Ein Handbuch. Stuttgart 1997, 1080 S., 1740 Abb.

Das festlich-heitere Rokoko mit seinem galanten höfischen Treiben scheint am besten im edelsten keramischen Material eingefangen: im Porzellan. Und das ist kein Zufall. An vielen absolutistischen Fürstenhöfen in Europa war im 18. Jahrhundert geradezu eine Porzellaneuphorie ausgebrochen. Auch am Hof des württembergischen Herzogs Carl Eugen. Per Dekret entstand 1758 die Ludwigsburger Porzellanmanufaktur als »notwendiges Attribut des Glanzes und der Würde«.

Neben repräsentativen Beweggründen haben den Herzog wohl auch die merkantilistischen Vorstellungen der Zeit bewogen. Der Kauf ausländischer, meist teurer Porzellanobjekte sollte vermieden werden, ja im Gegenteil, vielleicht sogar eigene Erzeugnisse verkauft werden. Doch so einfach war das nicht. Zunächst mußte ein zuverlässiger Arkanist gefunden werden, ein Meister, der das »Geheimnis« der Porzellankunst beherrschte. Nach anfänglichen Schwierigkeiten kam 1759 mit dem Wiener Joseph Jakob Ringler ein erfahrener Mann auf den Ludwigsburger Direktorposten. Die Wiener hatten durch Überläufer aus Meißen 1718 von der begehrten Formel der Zusammensetzung der Porzellanmasse erfahren. Sie gründeten die zweite Manufaktur, Ludwigsburg war die achte und letzte der großen deutschen Manufakturen. Der Herzog hatte mit seinen weiteren Personalbefürungen eine glückliche Hand: Gottlieb Friedrich Riedel (Obermaler), Johann Göz (Modelleur), Johann Jakob Louis (Oberbossierer), Johann Christian Haselmeyer (Bossierer) oder Christian Wilhelm Beyer (»statuaire«, Vorsteher der Modelleure) und andere Künstler verhalfen der Ludwigsburger Manufaktur zu ungewohnt rascher Blüte.

Das Jahrzehnt zwischen 1760 und 1770 gilt Kennern als Höhepunkt Ludwigsburger Porzellankunst. Einzelne Folgen der Musikanten, die Beyer zugeschrieben werden, zählen zu den Vollkommenheiten figürlichen Porzellans. Herzog Carl Eugen schätzte Figürliches besonders. Als Dekoration bei Soupers belebten Galanterieszenen, Türkisches und Chinesisches, Jagdabenteuer und Schäferszenen die Tafel. Ein besonders gesuchtes »Schmankerl« sind für Sammler heute die venezianischen Messeszenen, miniaturisiertes Markttreiben in acht Zentimetern Größe.

Natürlich gab es auch Geschirr. Das Ludwigsburger Porzellanservice glich zunächst den allgemein verbreiteten Rokokoformen. Bewegt gestaltete Modelle mit eingebauchten, durch Rippen oder Rillen unterteilte Gefäßformen waren häufig Zinn- oder Silbervorbildern nachgeformt. Die Ludwigsburger stellten ihre Kannen und Terrinen gerne »auf die Füße«; dadurch erhielten sie einen Ausdruck von Leichtigkeit, sogar Schwerelosigkeit. Das typische, Ludwigsburg von anderen Manufakturen unterscheidende Service entwarf Gottlieb Friedrich Riedel, dessen 275. Geburtstag die Manufaktur dieses Jahr feiert. Er entwickelte um 1765 das

Schuppenmuster und andere Geschirrformen und Dekore, an denen sich die Manufaktur noch heute orientiert.

Trotz allem war das Unternehmen ständig in finanziellen Schwierigkeiten. Schon 1763 sollte eine neu gegründete Fayence-Fabrik die Ausfälle der Porzellanabteilung ausgleichen. Nach Carl Eugens Tod wurde 1801 eine Kommission zur Untersuchung »wegen des elenden und ganz zerrütteten Zustands« eingesetzt. König Friedrich führte die Manufaktur jedoch zu einer letzten Blüte. Auch jetzt lag eine Möglichkeit, (den neuen) königlichen Glanz darzustellen, in der Verwendung festlichen Porzellans. Französischer Einfluß und Geschmack, Ägyptenmode, antikisierende Vasen zeugen vom Pomp des napoleonischen Zeitalters. Eine letzte Besonderheit wurden Porzellanmalereien der Königin Mathilde, Grisaillemalereien zwischen 1810 und 1818. Tiere, Landschaften, Amouretten, antike Heroen und Motive hat sie auf Vasen, Tassen und Schüsseln festgehalten.

Zu diesen und anderen Ludwigsburger Kostbarkeiten ist nunmehr ein Handbuch erschienen. Sammler und Liebhaber haben lange darauf gewartet. Es wurde ein richtiger Wälzer (im besten Sinne), man kann den Autor nur bewundern! Hans Dieter Flachs Handbuch bringt eine umfassende und systematische Übersicht der Ludwigsburger Keramikfabriken (1758–1824). Es ermöglicht Sammlern, Händlern und Auktionatoren eine rasche Bestimmung, Modellregister führen zu schnellem Ablesen von Provenienzen, Modelleure sind aufgeführt, Malerzuordnungen leicht zu erschließen. Der Band darf bei keinem »Ludwigsburg-Fan« fehlen.

Das Arbeiten mit diesem Handbuch ist allerdings gewöhnungsbedürftig und bedarf gewisser Einübung. Daher sollte zunächst das Kapitel »Benutzerhinweise« verinnerlicht werden, dann funktioniert das Suchen. *Hans Jürgen Flamm*

Ute Christine Berger: Die Feste des Herzogs Carl Eugen von Württemberg. Stuttgart 1997, 218 S., zahlr. Abb. und Pläne.

Gemeint sind die drei prunkvollen Feste, die anlässlich des herzoglichen Geburtstags 1762, 1763 und 1764 im Ludwigsburger Residenzschloß durchgeführt wurden sowie die ab 1768 in Ludwigsburg und später in Stuttgart zelebrierten Venezianischen Messen.

Prächtige Bauten und Gartenanlagen, glanzvolle Theateraufführungen und üppige Feste sollten den Ruhm und das Ansehen des Herzogs mehren und seinen Hof zum glänzendsten in Europa machen. Die meisten Zeugnisse einstiger Pracht sind heute verschwunden, erhalten haben sich ein Großteil seiner Bauten und einige den Herzog verherrlichende Beschreibungen seiner Feste, u. a. der drei Geburtstagsfeste, verfaßt von Joseph Uriot, dem Hofbibliothekar Carl Eugens. Diese drei Berichte stehen im Mittelpunkt des Buches, flankiert von ergänzenden Betrachtungen über die barocke Festkultur, die Entwicklung des Fest- und Theaterwesens unter Carl Eugen sowie das Bildprogramm der Festdekorationen.

Die Abfolge der drei Geburtstagsfeste war stets ähnlich, nur Pracht, Aufwand und Dauer nahmen von Jahr zu Jahr zu. Die Feste begannen am 11. Februar mit einem Hofzeremoniell in Stuttgart. Es folgten Opern- und Ballettaufführungen, Redouten, französische Schauspiele und Tragödien, Feuerwerke, Konzerte, Jagden, Karussellspiele und als unbestrittener Höhepunkt das »Festin« im Ludwigs-

burger Residenzschloß. Hunderte von Künstlern schufen zu diesem Zweck eine illusionistische Erlebnislandschaft innerhalb und außerhalb des Schlosses, die von der Festgesellschaft gemeinsam durchwandelt wurde.

Die Beschreibung des Festes von 1762 wird vollständig wiedergegeben. Höhepunkt war die festlich erleuchtete, 1000 Fuß lange Orangerie vor dem neuen Corps des Logis. 1763 befand sich die Hauptattraktion im mittleren Schloßhof: der Palast der Pracht, in dessen Zentrum der Olymp, auf dem als Götter verkleidete Musiker Symphonien von Jomelli spielten. Nach der Festtafel wurde im Theater des Palastes der Pracht auf einer über 80 Meter langen Bühne u. a. ein Ballett von Noverre aufgeführt. Nicht mehr zu überbieten war das über zweiwöchige Fest von 1764 mit dem »Festin« im hinteren und mittleren Schloßhof. Innocente Colomba war der künstlerische Leiter und Architekt des Festes. Drei seiner Pläne von der Ausstattung der beiden Höfe sind noch erhalten und werden hier das erste Mal veröffentlicht: Olymp und Ätna, eine Galerie der Götter, die Höhle des Vulkanus und die Wohnung der Zyklopen im hinteren Schloßhof, ein Kolosseum, ein Zauberpalast im Meer des Neptun und ein Gartentheater im mittleren Schloßhof.

Unumstritten waren diese Feste nicht. Uriot mußte eine Gegendarstellung mit dem Titel »Die Wahrheit« als Antwort auf eine Schmähschrift verfassen, in der des Herzogs Verschwendungssucht angeprangert wurde. Etwas zynisch klingt die Rechtfertigung heute schon, wenn das verschwenderische Geldausgeben als »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme« erklärt wird.

Im Schlußkapitel werden die Venezianischen Messen beschrieben, die ab 1768 auf dem Ludwigsburger und ab 1776 auf dem Stuttgarter Marktplatz stattfanden. Interessant der Hinweis auf die Miniaturfiguren aus Ludwigsburger Porzellan, venezianische Maskengruppen und Verkaufsstände darstellend, zu denen auch Entwurfszeichnungen von Gottlieb Friedrich Riedel existieren. *Günther Bergan*

Werner Raupp: Christian Gottlob Barth. Studien zu Leben und Werk. Stuttgart 1998 (Quellen und Forschungen zur Württembergischen Kirchengeschichte 16), 294 S.

Mit dieser Tübinger Dissertation des Kirchen- und Philosophiehistorikers Werner Raupp liegt die erste historisch-kritische Biographie des Pietistenführers Christian Gottlob Barth (1799–1862) vor, die bislang zu den größten Desideraten der württembergischen Kirchenhistoriographie zählte. Sie basiert auf breitem Quellenmaterial aus weltweit 80 Archiven und charakterisiert Barth als eine internationale Gestalt der antimodernistisch-restaurativen Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts, deren sozial- und geistesgeschichtlicher Hintergrund besondere Berücksichtigung findet.

Barth stammte aus einer Stuttgarter Handwerkerfamilie und amtierte nach seinem Studium in Tübingen als Pfarrer in Möttlingen (1824–1838); zuvor war er als Vikar auch kurzzeitig im Ludwigsburger Raum tätig, in Neckarweiningen und Hoheneck (1821/22). Schließlich legte er sein Pfarramt nieder und siedelte nach Calw über, wo er seine bereits in den Jugendjahren begonnene »Reich-Gottes-Arbeit« mit »herkulischer Arbeitsamkeit« fortführte: als Volks- und Jugendschriftsteller und Förderer der Inneren und Äußerer Mission, als Liederdichter und Prediger wie auch als Gründer und Leiter des – heute in Stuttgart ansässigen – Calwer Verlags (gegr. 1833); bekannt geworden ist er schließlich auch als Natur-

forscher und Sammler naturkundlicher Exponate, die er den württembergischen Naturkundemuseen in großer Anzahl schenkte.

Seinen größten Erfolg erzielte er mit den »Zweimal 52 biblischen Geschichten« (1832). Bis 1945 erlebten sie über 480 (!) deutsche Auflagen und nahezu 90 (!) Übersetzungen und wurden nach Bibel und Koran das wohl am weitesten verbreitete Buch des 19. Jahrhunderts. Erfolgreich war er auch als Publizist mit seinen »Jugendblättern« (1836–1951) und mit verschiedenen Missionsblättern (bes. »Calwer Missionsblatt«, 1828–1918), womit er die Gattung der Missions-Journalistik mitbegründete, aber auch zahlreiche »Münchhausiaden« verbreitete. Zudem rief er 1826 die »Kinderrettungsanstalt« in Stammheim bei Calw ins Leben (die heute als Sprachheilzentrum dient) und avancierte zum »heimlichen Inspektor« der Basler Mission.

Seine rastlose Arbeit ließ ihn schließlich zum weltweit bekannten »schwäbischen Reich-Gottes-Manager« werden, der Calw zum Mittelpunkt einer Schriftenmission machte, die bis heute im Schwäbischen ihresgleichen sucht. Damit hatte er im gesamten süddeutschen Raum gleichsam ein christlich-pietistisches Volksbildungsprogramm durchgeführt und einen »immensen Beitrag zur Ausbildung der von biedermeierlich-moralischen Wertvorstellungen bestimmten kleinbürgerlich-pietistischen Kultur geleistet«. Weit über seine Heimat hinaus hat er überdies durch seine zahlreich übersetzten Schriften bei der Christianisierung und des »damit einhergehenden Kulturimperialismus« nichtchristlicher Völker entscheidend mitgeholfen.

Geprägt war Barths Denken von der »Reich-Gottes-Theologie« des württembergischen Pietistenhaupts Johann Albrecht Bengel und des Theosophen Friedrich Christoph Oetinger. So steht es ganz im Zeichen von heilsgeschichtlich-apokalyptischen Vorstellungen, die Raupp zutreffend dem Bereich der Mythologie zuordnet, wenn er resümiert: »Der von der Moderne heraufgeführten Entzauberung der Welt hatte Barth mittels der neutestamentlich-mythologischen Eschatologie lediglich eine Wieder-Verzauberung entgegenzusetzen vermocht, eine Illusion: das Reich Gottes.« Überdies besitzt es markante rassistische Züge (wenn Barth etwa die Afrikaner als »unmündige Kinder« bezeichnet), die der Missionstheologie des 19. Jahrhunderts eigen war.

Den Schlußteil der profunden und ausnehmend kritischen Studie bildet die ausführliche »Bibliographia Barthiana«, die Barths Werke (samt Übersetzungen), Lieder und Zeitschriften verzeichnet, deren Zahl Legion ist. *Markus Britsch*

Naturdenkmale und Landschaftsschutzgebiete der Stadt Marbach am Neckar – eine Natur- und Heimatkunde. Bearb. von Reinhard Wolf. Hg. vom Schillerverein Marbach am Neckar 1992 (Schriften zur Marbacher Stadtgeschichte 6), 240 S., zahlr. Abb.

Anhand von fünf Rundgängen werden Naturdenkmale und Landschaftsschutzgebiete auf der Marbacher Gemarkung beschrieben. Das Buch entstand im Rahmen eines Projekts am Friedrich-Schiller-Gymnasium Marbach, bei dem eine Arbeitsgemeinschaft von vier Schülern unter Anleitung und Mitwirkung ihres Lehrers gezielte Landschaftsbegehungen durchführte und die jeweiligen Beobachtungen niederschrieb und auswertete. So entstand eine natur- und heimatkundliche Betrachtung, angefangen vom geologischen Aufbau über biologische Phäno-

mene bis zu geschichtlichen Fragestellungen. Präzise topographische Beschreibungen sowie Hinweise auf die Rechtsverordnungen der Unteren Naturschutzbehörde sind den einzelnen Beschreibungen vorangestellt.

Der erste Rundgang führt durch die Innenstadt, der zweite in den Norden und der dritte in den Süden der Gemarkung Marbach. Die Naturdenkmale um Siegelhausen sind das Ziel des vierten, die auf Rielingshausener Gemarkung das Ziel des fünften Rundgangs. Eine Landkarte, in der die einzelnen Rundwege mit den beschriebenen Naturdenkmalen und Schutzgebieten eingezeichnet sind, ist dem handlichen Buch beigegeben. *Günther Bergan*

Hans Halla: Waldgänge eines passionierten Forstmannes. Leinfelden-Echterdingen 1998, 306 S., 177 Abb.

Der Buchtitel »Waldgänge« läßt Schilderungen von Waldwanderungen und Erlebnissen im Wald und bei der Jagd erwarten, wie man sie beispielsweise aus den Büchern von Hermann Löns kennt. Der Zusatz »eines passionierten Forstmannes« verrät schon etwas mehr, der Untertitel »Wissenswertes, Persönliches und Hintergründiges über Bäume und Sträucher unserer Heimat« widerspricht der ersten Vermutung und trifft ins Schwarze: Es handelt sich um das in Jahrzehnten gesammelte Wissen eines passionierten und seit einem Dutzend Jahre pensionierten Forstmannes, dessen Leben von Bäumen und Sträuchern geprägt wurde und der sozusagen »alles« über sie weiß.

Schon beim Durchblättern des Buches wird klar: Es handelt sich nicht um Erzählungen aus dem Wald, sondern in erster Linie um Wissensvermittlung. Im Vergleich zu »normalen« wissenschaftlichen Werken, die große Anstrengungen beim Lesen erfordern, ist das Buch des früheren Leiters des Hofkammerforstamtes Bietigheim geradezu eine Nachttischlektüre. In ihm wird auf eine derart anschauliche Weise, dazuhin flott und ohne Langatmigkeit, Wissenswertes geschildert, daß das Lesen eine reine Freude ist. Man kann kaum glauben, daß dies möglich ist: Die Biologie der Bäume wird auf zwei Seiten Einführung gerafft dargestellt, dann wechselt der Schreibstil zum leicht lesbaren Erzählton. Über rund 50 Baum- und Straucharten ist wirklich alles zu lesen, was der Waldgänger wissen sollte: Das Wichtigste über die Baumarten, über Vorkommen und Standorte, Herkommen des Namens, geschichtliche und heutige wirtschaftliche Verwendungsmöglichkeit des Holzes, anderweitige Nutzungen von Holz, Früchten und Laub, über Geschichten und Sagen rund um den Baum. Zahlreiche aussagekräftige, hervorragende Fotos veranschaulichen die Texte.

Das Buch ist nicht allein auf den Landkreis Ludwigsburg gemünzt, im Gegenteil: Es ist in seinen Aussagen sehr allgemein gehalten und deshalb nicht der regional-spezifischen Literatur zuzurechnen. In vielen Beispielen kommt Hans Halla aber immer wieder auf seinen geliebten Strombergwald zurück – man merkt: Hier ist Herzblut mit im Spiel, hier kennt der Autor buchstäblich jeden Baum.

Persönliches kommt in dem Buch nicht zu kurz, macht es farbig und lebendig. Was dem Autor im langen Berufsleben im Wald an Menschen und Tieren so alles begegnet ist, wird zwischendurch geschildert, ebenso, was man bei der Maulwurfsjagd erleben kann oder wie man Mispelschnaps herstellt und vieles andere mehr.

Naturschutzaspekte kommen nicht zu kurz; Hans Halla war schließlich lange Jahre auch Naturschutzbeauftragter des Landkreises. Immer wieder wird darauf

hingewiesen, daß das Geschilderte nicht selbstverständlich ist, sondern des Schutzes, der Hege und Pflege bedarf. Ganz drastisch heißt es im Vorwort: Es gibt lebende Bäume, die haben schon den Bau der Pyramiden vor 3000 Jahren erlebt, drohen aber jetzt abzusterben, weil sie »die Giftstoffe nicht mehr aushalten, die wir für ein goldenes Jetzt auf Kosten unserer Enkel in die Luft blasen«.

Das Buch ist eine rundum runde Sache, kurz gesagt: ein schönes Buch! Wenn man eine Kleinigkeit anmerken sollte, dann vielleicht die, daß heimische Baumarten, Ausnahmeerscheinungen wie die Schuppenschürzenkiefer und Fremdländer wie die Libanonzeder in bunter Mischung geschildert werden, ohne daß dem Laien klar wird, daß er die einen Bäume im Wald, die anderen aber im Stadtpark suchen muß und daß er einige Raritäten wahrscheinlich nur auf einem Waldgang mit dem Autor zu sehen bekommen kann. Dies tut dem Buch aber keinerlei Abbruch.

Reinhard Wolf

Bildnachweis

- Bietigheimer Zeitung S. 7
Bildarchiv Foto Marburg S. 172
Burkhardt, Hermann (Ludwigsburg) S. 19
Hauptstaatsarchiv Stuttgart S. 51, 60, 87, Beilage
Klusemann, Wolfgang (Ludwigsburg) S. 122, 124, 127
Kreisarchiv Ludwigsburg S. 103, 149
Läpple, Wolfgang (Asperg) S. 116
Neubrand, Paul (Ludwigsburg) S. 14, 17, 26, Umschlagbild
Seizinger, Alfred (Ludwigsburg) S. 20
Staatsarchiv Ludwigsburg S. 83
Stadtarchiv Ludwigsburg S. 113, 119, 159, 161, 169, 171, 173–176, 178–182, 186,
187, 189, 190
Stadtarchiv Marbach S. 77, 79, 80, 84–86, 90, 135, 137, 141, 142, 145
Stadtarchiv Markgröningen S. 101, 105
Städtisches Museum Ludwigsburg S. 155, 162, 164
Tomann, Hartmut (Ludwigsburg) S. 24
Württembergisches Landesmuseum Stuttgart S. 22

»Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–1999

Heft	Jahr	Seiten	Heft	Jahr	Seiten
Redaktion Christian Belschner:			Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:		
1	1900	87	31	1979	148
2	1901	100	32	1980	188
3	1903	106	33	1981	256
4	1905	186	34	1982	176
5	1909	115	35	1983	180
6	1911	88	36	1984	242
7	1913	57	37	1985	245
8	1916	48	38	1985	196
9	1923	119	39	1986	224
10	1926	107	40	1987	252
11	1930	133	41	1988	200
12	1939	46	42	1988	224
			43	1989	188
			44	1990	232
Redaktion Dr. Oscar Paret:			45	1991	236
13	1957	140	46	1992	232
14	1960	66	47	1993	168
			48	1994	196
Redaktion Heinrich Gaese:			49	1995	264
15	1963	162	50	1996	200
16	1964	203	51	1997	244
17	1965	207			
18	1966	192			
19	1967	164			
20	1968	196			
			Redaktion Dr. Thomas Schulz:		
			52	1998	240
			53	1999	228
Redaktion Dr. Willi Müller:					
21	1969	92			
22	1970	116			
23	1971	195			
24	1972	272			
25	1973	141			
26	1974	141			
27	1975	199			
28	1976	161			
29	1977	179			
Redaktion Dr. Paul Sauer:					
30	1978	128			

Hefte 1–14, 22, 26–28, 30, 41 und 48
vergriffen, alle anderen lieferbar.

Bestellungen: Buchhandlung Aigner, Arsenalstraße 8, 71638 Ludwigsburg

dolls) R = C E 44 + Tasche



Adalricus clericus Ludewicus et Manegoldus
germani fr̄s de Simeringen dederunt nobis in
Egelingen qđ iuxta Sulsten sita est dimidia
ecclesiam et quatuor h̄ub arabilis terre **husteten**

Adalricus de Vbtingen dedit nobis tres hubas
ad husteten .: **Blanda**

Hugo de Moringen et vidua fratris eius Ber-
toldi dederunt dimidiū molendinū iuxta flumi-
um Blanda et quinq; iugera agri. **Burbach**

Wolfrāmus de Leisenhusen dedit nobis
ynam hubā in Burbach .: **hohenstat**

Heriman de Karlebach dedit nobis quatuor
hubas ad Binnenheim iuxta Scirheim et
totidē curtes. in quibus hubis puenit fructus
frumēti et vini. quod in concābium datum est
pro predio in hohenstat .: **Dettenheim**

Otto frater eius dedit duas h̄ub in Detthei.

In Alsacia ad Sigoldshheim habemus duas
curtes et nouē iugera vinearū et agrozum
duodecā et pratum .: **Osthusen**

Quino de horburg dedit nobis predium in
Osthusen .: **holtzwiler**

Conradus filius eius dedit nobis in holtzwi-
ler dimidia eccliam et salicā terrā et sex pre-
statōnes ad eandē pertinētes et siluā et prata

cum omni iure .: **hessickeim**

Wilhelmus de hessickeim tradidit sup altare

40.
sctoꝝ Ap̄toꝝ petri et pauli in mōsterio hirsau-
grien vnā salicā terram in eadē villa hessickei
sitam. et vnū vinetū qđ ad sex carradas vini
potest sufficere. quod factū est sub Abbe Bru-
none. Ut aut̄ hec traditio firma et incōcussa
semp permaneret. idem Wilhelmus venit ad
Ingersheim in locū secularibus placitis consti-
tutū. vbi p̄dictus abbas hirsaugien cū comite
Adalberto presens erat. et cū multis probis et
idoneis huius rei testibus vbi etiā idem Wilh.
om̄i pprietate eiusdē predy se abdicauit nullo
cōtradicante. et hoc corā om̄ibus cōfessus est et
cōfirmauit. huius rei testes fuerūt Kemmūg
de hochdorf Elewinus de Steinheim Rūding
de Rutingshusen Wernherus de Eckmarshuse
Wolfgang de hessickeim Swigger de Botebor
et hiltbolt filius eius Swigger de Sweigern
et Bertilo fr̄ eius Eckhart de hessickeim Matolf
de Illingen Rūtinger et Bertoldus de Bietkeim
Berlach de Ruxingen Wolpertus de Lochenhei
heincus de Einhart de frieheim Bertolt et
Rūding de Murra .: **Altheim**

Fridericus fr̄ ep̄i Babenbergē dedit nobis
hubā et dimidiā in villula Altheim iuxta Ra-
dingen sita .: **Schafhusen**

Liutfrid fr̄ eius dedit in Schafhusen prediu

Lūff de kurnbach dedit vnā hubā in eodem